



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland
1968

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1968

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Mechthild Lindemann und Matthias Peter

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für
Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg.

1968.

Bd. 1. 1. Januar bis 30. Juni 1968. – 1999

ISBN 3-486-56411-0

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlanges unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56411-0

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	CXLIX
Abkürzungsverzeichnis	CLV
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–207)	3
Band II (Dokumente 208–429)	815
Register	1657
Personenregister	1657
Sachregister	1713
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1968	1775

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1968 wird zum sechsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht. Das bewährte Editions-konzept der seit Herbst 1993 bereits publizierten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ über die Jahre 1949/50 (ein Band), 1963 (drei Bände), 1964 (zwei Bände), 1965 (drei Bände), 1966 (zwei Bände) und 1967 (drei Bände) ist beibehalten worden.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können. Desgleichen danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin (Nachlaß des ehemaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger), dem Willy-Brandt-Archiv in Bonn (Nachlaß des Bundesministers des Auswärtigen der Jahre 1966 bis 1969, Willy Brandt) und Herrn Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr („Depositum Bahr“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn).

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausbezugsgremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Das Hauptverdienst am Gelingen der beiden Bände gebührt den Bearbeitern, Frau Dr. Mechthild Lindemann und Herrn Dr. Matthias Peter, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Ebenso haben wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung der Edition beigetragen: Herr Dr. Jürgen Klöckler und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch durch die Bearbeitung von jeweils zwei Monaten des Jahres 1968, Herr Dr. Franz Eibl durch die Erstellung des Personenregisters und Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die kompetente Beratung bei der Herstellung des Umbruchs.

Die Editionen für 1969 und 1951 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgeesehenen Rhythmus erscheinen.

Bonn, den 1. August 1998

Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968“ (Kurztitel: AAPD 1968) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1968.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1968 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund

stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 429 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleichgestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzenden Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretende Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertige Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der

Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebenein-

ander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten: manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden – sofern sie nicht formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dabei ist, soweit möglich, der aktuelle Stand der Verzeichnungsarbeiten im Politischen Archiv berücksichtigt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer

Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- und Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden zwei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bis 1967 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1969 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlas-

sen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsstellen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Der Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften trat am 1. Juli 1967 in Kraft. Zur Kennzeichnung der Zusammenlegung von EWG, EURATOM und EGKS wird in der Kommentierung ab diesem Datum von „Europäische Gemeinschaften“ bzw. „EG“ gesprochen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die für den inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1968 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Mai 1968 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amtes und orientiert über die Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- 1 02.01. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 3
- Klaiber informiert über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle erläuterte, daß er grundsätzlich keine Bedenken gegen einen britischen EG-Beitritt habe. Jedoch sei es der Gemeinschaft nicht zuzumuten, die aus der „ungeordneten wirtschaftlichen Situation“ in Großbritannien erwachsenden Lasten mitzutragen. Daher lehne er Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Zu Gesprächen über ein wirtschaftliches Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien sowie anderen interessierten Staaten zeigte de Gaulle sich bereit.
- 2 04.01. Botschafter Schlitter, Athen, an Staatssekretär S. 5
Duckwitz
- Schlitter weist darauf hin, daß die seit dem gescheiterten Putsch von Anhängern des Königs Konstantin II. vom 13. Dezember 1967 geübte Praxis, keine offiziellen Kontakte mit der Regierung Papadopoulos zu unterhalten, erhebliche Schwierigkeiten hervorrufe. Die Botschaft habe keine Möglichkeit, die Interessen der Bundesrepublik geltend zu machen, weil sie von allen offiziellen Informationen abgeschnitten sei. Der bestehende „Schwebzustand“ in den Beziehungen komme nur den Ostblock-Staaten zugute. Schlitter schlägt vor, den normalen Geschäftsverkehr mit der griechischen Regierung wieder aufzunehmen.
- 3 04.01. Botschafter Knapstein, Washington, an das S. 8
Auswärtige Amt
- Knapstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk wies darauf hin, daß es im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Stabilisierung der amerikanischen Zahlungsbilanz zu einer erneuten Diskussion über eine Verringerung der Streitkräfte in Europa kommen könne. Jedoch sollten weder die sicherheitspolitischen Vereinbarungen noch die Handelspolitik beeinträchtigt werden. Der amerikanische Außenminister zeigte sich interessiert an einem französischen Schadensersatz für die Verlegung der Infrastruktur der NATO. Positiv äußerte sich Rusk über die Gespräche der Bundesregierung mit der sowjetischen Regierung, mahnte aber auch zur Vorsicht. Wenn die sowjetische Seite von einem neuen Status für Berlin spräche, höre er „gleichsam eine Zeitbombe ticken“. Einem Nichtverbreitungsabkommen brachte Rusk „keinen besonderen Enthusiasmus“ entgegen. Knapstein hob das Interesse der Bundesregierung an der Kontrollfrage und an einer zeitlichen Begrenzung der Vertragsdauer hervor.

- 4 06.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 13
- Zarapkin verliest eine für Bundeskanzler Kiesinger bestimmte Note zu Berlin (West). Brandt hebt den besonderen internationalen Status sowie die Zuständigkeit der drei Westmächte für die Stadt hervor. Zum sowjetischen Vorwurf „provokatorischer Umtriebe“ bemerkt er, daß die Gesetzgebung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowohl für das Bundesgebiet als auch für Berlin (West) gelte, so daß es nützlich sei, wenn sich Ausschüsse des Bundestages mit den besonderen Gegebenheiten in Berlin vertraut machten. Was den Bundesrat betreffe, so gehöre Berlin (West) zur Versammlung der Länder. Zarapkin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Verschärfung der Lage in Berlin (West) vermeiden lasse.
- 5 08.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont S. 16
- Brandt bekräftigt, daß weiterhin eine britische Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften angestrebt werden sollte. Er schlägt Großbritannien vor, einen Beitritt zu EURATOM in Erwägung zu ziehen, zumal die französischen Argumente gegen eine solche Beteiligung nicht stichhaltig seien. Lord Chalfont weist demgegenüber darauf hin, daß eine Konzentration auf EURATOM wegen der geplanten Fusion der Gemeinschaften keine Lösung sein könne. Er befürwortet Konsultationen zwischen den fünf EG-Mitgliedstaaten, die für eine Erweiterung der Gemeinschaft seien, und den vier beitragswilligen Staaten. Besonderes Interesse bekundet er an Gesprächen über eine Zusammenarbeit auf Gebieten außerhalb der Gemeinschaften, an denen auch Frankreich teilnehmen könne.
- 6 08.01. Ministerialdirektor Ruete an Botschafter Strätling, Bukarest S. 19
- Ruete weist Strätling an, eine Botschaft des Bundesministers Brandt an den rumänischen Außenminister zu übermitteln. Manescu gegenüber solle die Entspannungspolitik der Bundesrepublik noch einmal bekräftigt werden, in die auch die DDR einbezogen sei. Allerdings dürfe dadurch die Teilung Deutschlands nicht vertieft werden. Von der Zulassung eines Beobachters der DDR bei der UNO verspreche sich die Bundesregierung keine positive Wirkung. Zur rumänischen Kritik am unzureichenden Einschreiten gegen das „Wiederaufleben des Faschismus“ in der Bundesrepublik solle darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung die Entwicklung der NPD genau verfolge und einschreiten werde, wenn der „Tatbestand der Illegalität“ vorliege.

-
- 7 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 23
- Ruete stellt die Bemühungen der DDR um die skandinavischen Staaten dar, deren strategische Lage und neutrale Tradition solche Aktivitäten ebenso begünstige wie die wirtschaftsgeographische Situation, die das Interesse an einer handelspolitischen Kooperation im Ostseeraum fördere. Hinzu komme die Aufgeschlossenheit gegenüber der deutschen Kultur, die von der DDR etwa durch die Gründung eines Kulturzentrums in Stockholm geschickt genutzt werde. Schließlich fänden die politischen Thesen der DDR durch Besuche hoher Funktionäre in Skandinavien Gehör. Daher spricht sich Ruete für ein aktiveres Vorgehen der Kulturinstitute der Bundesrepublik aus.
- 8 09.01. Botschafter Allardt, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 27
- Allardt berichtet vom Abschiedsbesuch beim spanischen Staatschef. Franco äußerte Zweifel, ob die UdSSR eine wirkliche Koexistenz und Entspannung mit dem Westen wünsche. Er betonte, daß die deutsche Wiedervereinigung auch im Interesse eines europäischen Zusammenschlusses eine „zwingende Notwendigkeit“ sei. Abschließend stellt Allardt fest, daß die physischen Kräfte des Staatschefs nachließen und die Frage der Nachfolge zunehmend diskutiert werde.
- 9 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 28
- Bahr faßt ein Gespräch mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) am 9. Januar 1968 in Wien zusammen. Eklund unterbreitete Vorschläge für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der IAEO und wies darauf hin, daß eine positive Stellungnahme der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen sich günstig auf die gewünschte ständige Vertretung im Gouverneursrat der IAEO auswirken könnte. Bahr erläuterte den Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich eines Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und der IAEO. Eklund betonte demgegenüber die Notwendigkeit eines baldigen Abschlusses eines Nichtverbreitungsabkommens. Die Bundesrepublik könne dabei eine wichtige Rolle spielen und aus der „Verdachtssphäre“ herauskommen, daß sie sich „ein Reservat für Waffenherstellung“ vorbehalten wolle.
- 10 10.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 32
- Blankenhorn teilt mit, daß er dem Staatsminister im britischen Außenministerium den Wunsch der Bundesregierung nach einer ständigen Vertretung im Gouverneursrat der IAEO vorgebracht habe. Mulley habe Verständnis gezeigt, den Weg einer Änderung der Statuten allerdings als nicht gangbar bezeichnet. Dies könne Änderungswünsche anderer Mitglieder und damit eine für den Westen ungünstige Kräfteverschiebung nach sich ziehen. Schließlich habe Mulley darauf hingewiesen, daß die Unterstützung weiterer europäischer Staaten leichter gewonnen

werden könne, wenn die Bundesrepublik sich positiver zur Annahme des IAEO-Kontrollsystems in Artikel III des geplanten Nichtverbreitungsabkommens zeige.

- 11 11.01. Staatssekretär Duckwitz an Botschafter von Walther, S. 33
Moskau

Duckwitz beantwortet die Stellungnahme des Botschafters vom 14. Dezember 1967 zur gegenwärtigen Politik der UdSSR. Er teilt die Ansicht von Walther, daß das „massive öffentliche Vorgehen“ der UdSSR keineswegs vertrauliche Gespräche über einen Gewaltverzicht ausschließe. Obwohl weder er, Duckwitz, noch Bundesminister Brandt sich Illusionen über die Aussichten machten, sollte das Gespräch über Sachfragen „am Rande des Gewaltverzichts“ fortgeführt werden. Im Zusammenwirken mit den westlichen Verbündeten müsse der UdSSR dabei verdeutlicht werden, daß es vergeblich sei, die Bundesrepublik unter Druck setzen oder isolieren zu wollen.

- 12 11.01. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige S. 35
Amt

Sattler gibt Informationen aus Gesprächen des Weihbischofs Tenhumberg sowie des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Forster, mit dem Apostolischen Administrator in Breslau, Erzbischof Kominek, in Rom weiter. Kominek habe sich besorgt über das Erstarken der NPD gezeigt und eine Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz erbeten. Ferner hoffe er auf Unterstützung des deutschen Episkopats für das zu erwartende Memorandum des Bensberger Kreises zu den deutschen Ostgebieten. Zu seinen Verhandlungen im Staatssekretariat des Vatikans habe Kominek mitgeteilt, daß zum einen eine Änderung der Eintragungen im „Annuario Pontificio“ zu den Diözesangrenzen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und zum anderen die Ernennung zweier Administratoren für Kolberg und Grünberg angestrebt werde. Forster habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Bischöfe dem nicht zustimmen könnten, weil die „Gefühle der deutschen Heimatvertriebenen“ nicht außer acht gelassen werden dürften.

- 13 12.01. Ministerialdirigent Böker an Legationsrat I. Klasse S. 40
Bente, Beirut

Böker nimmt zu der Anregung des Generalsekretärs im libanesischen Außenministerium, Sadaka, Stellung, die Normalisierung des bilateralen Verhältnisses erneut direkt mit Präsident Hélou zu erörtern. Zum einen sei dies als Versuch zu betrachten, weiteren Gesprächen über eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen auszuweichen; zum anderen werde eine Unterredung mit dem Präsidenten auf Initiative der Bundesregierung hin den unerwünschten Eindruck „drängender Eile“ erwecken.

-
- 14 12.01. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 42
- Grewe gibt Überlegungen der Ständigen Vertreter bei der NATO zur weiteren Behandlung des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht) weiter. Bei der Behandlung der Deutschland-Frage werde die besondere Verantwortlichkeit der drei Westmächte und der Bundesrepublik allgemein anerkannt. Maßnahmen zur Schaffung einer Neuordnung in Europa, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sollten im Politischen Ausschuss beraten werden. Dabei solle nach britischer und amerikanischer Auffassung die Frage ausgewogener Truppenreduzierungen ohne französische Beteiligung diskutiert werden: Es sei nicht zumutbar, daß Frankreich an Gesprächen teilnehme, die „nur die Truppen der anderen“ betreffen, und keine Bereitschaft zur Einbeziehung der französischen Streitkräfte zeigten. Grewe rät davon ab, die vom Auswärtigen Amt gewünschte Diskussion im Politischen Ausschuss der NATO schon jetzt zu betreiben.
- 15 12.01. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 46
- Knoke legt dar, daß Frankreich nach Ansicht der niederländischen Regierung seit dem 14. Januar 1963 systematisch einen britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften verhindert habe. Daher seien Erörterungen über den von Staatspräsident de Gaulle „hingeworfenen Verzögerungsknochen“ eines Arrangements zwischen Großbritannien und den Fünf überflüssig. Auch die Bemühungen der Bundesrepublik um eine Lösung mittels eines Beitritts in Etappen würden nur dazu führen, daß sie sich „zwischen die Stühle“ setze. Die niederländische Regierung würde in der EWG zwar noch den inneren Ausbau auf dem Gebiet der Agrar- und Sozialpolitik unterstützen, keinesfalls aber einer endgültigen Agrar-Finanzregelung nach dem 1. Januar 1970 zustimmen, um über ein Druckmittel gegenüber Frankreich zu verfügen. Auch einem weiteren Ausbau der Außenbeziehungen würde sie ihre Zustimmung verweigern. Knoke weist auf die britisch-niederländischen Interessenverflechtungen hin, warnt aber abschließend vor dem Eindruck, „daß der Holländer als Pfeffersack sich lediglich von Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Interessen“ leiten ließe. Vielmehr spielten moralische Vorstellungen eine viel größere Rolle als bei anderen Staaten.
- 16 15.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 50
- Blankenhorn warnt vor dem Irrtum, daß die Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften lediglich eine Maximalposition sei, von der die britische Regierung in Verhandlungen eventuell abgehen würde. Dagegen sprächen außenpolitische, wirtschaftliche und innenpolitische Gründe. Die Außenpolitik habe eine stärkere europäische Orientierung erhalten, nachdem deutlich geworden sei, daß Großbritannien sich nicht mehr weltweit engagieren könne. Der EG-Beitritt werde für unabdingbar gehalten, da Großbritannien sich nicht „mit einem zweiten Rang

in Europa“ zufriedengeben könne. Von daher seien Zwischenlösungen nur dann akzeptabel, wenn verbindliche Zusagen hinsichtlich des Übergangs zur Vollmitgliedschaft gemacht würden.

- 17 17.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Well S. 53
- Van Well informiert über die Sitzung des Kontaktausschusses vom 16. Januar 1968. Beraten wurde über die einseitig von der DDR vorgenommene Umbenennung der „Büros für innerdeutschen Handel“ der DDR in Frankfurt/Main und Düsseldorf in „Büro des Ministeriums für Außenwirtschaft in Frankfurt/M. (bzw. Düsseldorf)“. Obwohl der Vertreter des Auswärtigen Amts schwerwiegende Bedenken gegen die Umbenennung vorbrachte, konnten sich die Vertreter der Ressorts nicht dazu entschließen, ein polizeiliches Vorgehen gegen die neue Beschilderung der Büros der DDR zu veranlassen. Es wurde jedoch beschlossen, in einem Schreiben an den Stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, darauf hinzuweisen, daß eine nochmalige einseitige Abänderung der Bezeichnung nicht hingenommen würde.
- 18 17.01. Ministerialdirigent Böß, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 56
- Böß berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister am 8. Januar 1968. Winiewicz äußerte sich besorgt über die wirtschaftliche Teilung Europas in EWG, EFTA und COMECON und regte Gespräche im Rahmen der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) zur Überwindung dieses Zustands an. Böß stellte fest, daß die polnische Regierung und die Bundesregierung die Überwindung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spaltung Europas anstrebten. Er regte an, einen Sachkatalog über die beiderseitigen Auffassungen zu erstellen, der eventuell gemeinsame Schritte ermöglichen könne. Winiewicz richtete dann die Aufforderung an die Bundesregierung, guten Willen durch Taten wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR zu beweisen. Die polnische Regierung erachte die Wiedervereinigung Deutschlands für unumgänglich; allerdings sei dies nur durch direkte Gespräche mit der DDR zu erreichen. Dabei sei zwar vom Status quo auszugehen, ohne jedoch das bestehende Gleichgewicht der Mächte in Europa aufrechterhalten zu wollen: Es sei keines, weil es „über die Wünsche des deutschen Volkes und sein Selbstbestimmungsrecht“ hinweggehe.
- 19 17.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 60
- Blankenhorn resümiert die von der britischen Regierung am Vortag bekanntgegebenen Veränderungen im verteidigungspolitischen Bereich. Danach würden Streitkräfte aus dem Fernen Osten und dem Persischen Golf abgezogen und ab 1972 auf Europa und den Mittelmeerraum konzentriert. Damit verbunden seien eine Reduzierung um 75 000 Mann und der Verzicht auf

50 F-111-Flugzeuge. Inwieweit die Konzentration der Streitkräfte auf Europa zu einer Verstärkung des britischen NATO-Beitrags führen bzw. Auswirkungen auf die Anwesenheit der Rheinarmee in der Bundesrepublik haben werde, lasse sich noch nicht überblicken. Zu den Gründen für den Rückzug aus dem Persischen Golf teilt Blankenhorn mit, daß die dort stationierten Truppen angesichts begrenzter Mittel nicht nur nicht stabilisierend, sondern möglicherweise schon durch ihre Anwesenheit eher „provokierend“ wirken könnten.

- 20** 18.01. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 64
- Lilienfeld nimmt Stellung zu Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk und des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, über eine europäische Verteidigungsorganisation. Konkrete amerikanische Pläne für eine solche Organisation gebe es nicht; möglicherweise solle aber die britische Regierung unterstützt werden, die Interesse an einem „European caucus“ gezeigt habe. Angesichts der zunehmenden amerikanischen „Europamüdigkeit“ und der Tendenz, die weltweiten Verpflichtungen abzubauen, strebe die Regierung offensichtlich auch an, die Bündnispartner zu größerer Eigenverantwortlichkeit für die Sicherheit in Europa zu ermutigen.
- 21** 18.01. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 67
- Lilienfeld gibt Informationen aus der amerikanischen Abrüstungsbehörde zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen weiter. Das überraschende sowjetische Einlenken hinsichtlich des Artikels III (Kontrollartikel) werde darauf zurückgeführt, daß die UdSSR ihr Interesse an einer Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen vor allem in der Dritten Welt erkannt habe. Dadurch sei ihr ursprüngliches Ziel in den Hintergrund getreten, das Abkommen als Mittel gegen die Bundesrepublik, gegen die Einheit der NATO und gegen die europäische Einigung zu nutzen. Bei den weiteren Beratungen würden von amerikanischer Seite Diskussionen insbesondere über die Anzahl und die Qualifikation der notwendigen Ratifikationen, die Sicherheitsgarantien und die Revisionskonferenzen erwartet.
- 22** 20.01. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 71
- Lahr informiert über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister vom Vortag. Brandt habe Brown dargelegt, daß die Bundesrepublik weiterhin den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften anstrebe. Für die Übergangszeit solle eine feste Verbindung zwischen den beitragswilligen Staaten und den Sechs hergestellt werden. Eine technologische Zusammenarbeit könne bereits auf zwischenstaatlicher Ebene vereinbart und eventuell mit Verhandlungen über einen Beitritt zu EURATOM begonnen wer-

den. Brown habe bekräftigt, daß Großbritannien den Beitrittsantrag aufrechterhalte. Die bisherigen Vorschläge für Zwischenlösungen seien insofern nicht attraktiv, als damit ein neuerliches französisches Veto nicht ausgeschlossen sei. Die britische Regierung strebe ein „dynamisches Zusammengehen“ mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften und Konsultationen insbesondere in den Bereichen Technologie und Verteidigung an.

- 23** 22.01. **Vermerk des Bundesministers Brandt** S. 74
- Brandt faßt eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter anläßlich des Diplomatenballs in Bonn am 19. Januar 1968 zusammen. Zarakin bezeichnete den amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen als Kompromiß im wesentlichen zugunsten der Bundesrepublik. Für eine Lösung im Vietnam-Krieg sah er wenig Chancen. Daraus könnten sich Konsequenzen ergeben, die „unwillentlich“ auch die Bundesrepublik betreffen.
- 24** 22.01. **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort** S. 76
- Harkort resümiert ein Telefongespräch mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Abs teilte mit, daß Bundesminister Brandt sich positiv über das Projekt einer Röhrenleitung durch Israel geäußert und die Ablehnung des Antrags auf Absicherung des dafür notwendigen Kredits im Hermes-Ausschuß durch den Vertreter des Auswärtigen Amts auf ein Mißverständnis zurückgeführt habe. Harkort hob nochmals hervor, daß der Antrag abgelehnt werden müsse, solange das Bekanntwerden eines solchen Projekts die Bemühungen der Bundesrepublik um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten gefährden könne.
- 25** 23.01. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank** S. 78
- Frank faßt Grundsätze eines Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und IAEO zusammen. Ziel müsse es sein, der IAEO die Prüfung zu ermöglichen, ob die EURATOM-Sicherheitskontrollen im Sinne des Nichtverbreitungsabkommens wirksam durchgeführt würden. IAEO-Beamten solle daher das Recht eingeräumt werden, die Buchführung über die Verwendung von Spaltstoffen zu überprüfen und EURATOM-Inspektoren beim Besuch von Kernanlagen zu begleiten. Dabei dürften IAEO-Inspektoren nur aus den Staaten akzeptiert werden, die sich selbst internationalen und von der IAEO verifizierten Sicherheitskontrollen unterstellten.
- 26** 24.01. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz** S. 79
- Duckwitz berichtet von einer Demarche des amerikanischen Gesandten. Fessenden fragte an, ob die Bundesregierung beabsichtige, mit der UdSSR über die am 6. Januar 1968 übergebene sowjetische Note über Berlin (West) zu verhandeln. Duckwitz bekräftigte, daß Verhandlungen über eine Änderung des Status von Berlin Sache der Alliierten seien und die sowjetische

Note daher an den falschen Adressaten gerichtet gewesen sei. Fessenden zeigte sich von Pressemitteilungen überrascht, wonach Bundeskanzler Kiesinger den Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen als unannehmbar bezeichnet habe. Duckwitz dementierte die Äußerung „in dieser Form“, betonte aber, daß die Bundesregierung eine Verbesserung einzelner Vertragspunkte weiterverfolge und eine endgültige Stellungnahme erst dann abgeben werde, wenn das Abkommen mit verbindlichen Interpretationen vorläge.

- 27** **24.01. Aufzeichnung des Legationsrats Gehl** **S. 81**
- Gehl faßt den Stand der am Vortag in Paris aufgenommenen Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien zusammen. Noch keine Einigung sei über die aus diesem Anlaß abzugebenden Erklärungen erzielt worden. So habe die deutsche Delegation die Erwartung ausgesprochen, daß in einer gemeinsamen Erklärung auch das Recht der deutschen Nation auf Einheit angesprochen werde. Dies hätten die Verhandlungspartner abgelehnt und ihr Interesse an einer möglichst knappen gemeinsamen Erklärung betont. Zudem hätten sie darauf hingewiesen, daß die Verhandlungsposition der Bundesrepublik schwach sei und bei einem Scheitern der Gespräche ein Rückschritt für die gesamte Ostpolitik der Bundesregierung drohe.
- 28** **24.01. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt** **S. 84**
- Braun gibt Informationen eines tschechoslowakischen Diplomaten über die Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der KPČ, Novotný, weiter. Die UdSSR sei davon überrascht worden, habe sich jedoch rasch umgestellt. Hintergrund für die Entwicklung sei zum einen die starke Stellung des Ersten Sekretärs des ZK der Slowakischen Kommunistischen Partei, Dubček, gewesen. Zum anderen sei dem am 8./9. Dezember 1967 anwesenden Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, klargemacht worden, daß es falsch sei, das auf der engen Verbindung zur UdSSR beruhende politische Leben von Novotný „künstlich verlängern zu wollen“. Auch der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Ulbricht, habe auf eine „zaghafte Intervention“ verzichtet, nachdem ihm der Botschafter der DDR in Prag, Florin, davon abgeraten habe. Braun teilt die Einschätzung des Gesprächspartners mit, daß es im Verhältnis zur ČSSR zu einem Auf und Ab kommen werde. Die Funktionen der Handelsvertretung in Prag sollten jedoch erweitert und ihr auch der Kontakt zum Außenministerium ermöglicht werden.
- 29** **25.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an Bundesminister Brandt** **S. 86**
- Ruete berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium über eine gemeinsame Erklärung anläßlich der Wiederaufnahme der diplomatischen

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Perišić sah sich außerstande, darin zur Deutschland-Frage Stellung zu nehmen oder das Selbstbestimmungsrecht zu erwähnen, da ersteres eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten „eines anderen Staates“ bedeute und letzteres für Jugoslawien aus innenpolitischen Gründen schwierig sei. Jedoch werde die jugoslawische Seite keine Einwände haben, wenn die Bundesregierung einseitig ihren Standpunkt zu diesen Fragen zum Ausdruck bringe. Ruete rät dazu, an einer gemeinsamen Erklärung festzuhalten, auch wenn sie nicht sehr substantiell sein werde. Dazu sei dann ein Kommentar des Regierungssprechers abzugeben, in dem auch das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik ohne jugoslawischen Widerspruch bekräftigt werden könnte. Allerdings solle alles vermieden werden, was es anderen Ostblock-Staaten erschwere, ihrerseits diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen.

- 30 25.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an Bundesminister Brandt S. 90

Ruete informiert über die weiteren Absprachen mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perišić. Nachdem in „stundenlangen und zähen“ Verhandlungen eine gemeinsame Erklärung über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen formuliert worden sei, solle nun die Zustimmung der Bundesregierung und der jugoslawischen Regierung eingeholt und dann der Text paraphiert werden. Dieser solle dann als Grundlage für die Kabinettsentscheidung dienen. Ruete berichtet weiter über die mit Perišić besprochenen bilateralen Fragen: Er habe deutlich gemacht, daß die Bundesregierung weiterhin Wiedergutmachungsforderungen nur solcher Staaten nachkommen werde, die die Bundesrepublik als alleinige Vertreterin des gesamten deutschen Volkes betrachteten. Er habe sodann hervorgehoben, daß die Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Absprachen bislang unproblematisch gewesen sei, und die Erwartung ausgesprochen, daß sich dies nicht ändern werde. Erörtert worden seien auch die Möglichkeit zu Verhandlungen über ein Kulturabkommen und der Schutz der jugoslawischen Konsulate in der Bundesrepublik vor Tätlichkeiten von Emigranten.

- 31 27.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an Bundesminister Brandt S. 94

Ruete teilt mit, daß am Vorabend die gemeinsame Erklärung über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen von der jugoslawischen Regierung gebilligt worden sei. Der Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perišić, sei jedoch der Ansicht, daß keine Kommentare der Regierungssprecher dazu abgegeben werden sollten. Zumindest könnten diese nicht im Vorfeld abgestimmt werden. Falls die Bundesregierung kein Vertrauen habe, daß die jugoslawische Seite eine „unschädliche“ Erklärung abgeben werde, könnte die jugoslawische Regierung es überhaupt für zwecklos halten, über die Wiederauf-

nahme der Beziehungen zu sprechen. Dazu habe er, Ruete, erläutert, daß lediglich der letzte Satz des jugoslawischen Kommentars über die „Regelung offener bilateraler Fragen“ nicht akzeptabel erscheine. Außerdem habe er darum gebeten, die Situation nicht unnötig zu dramatisieren. Schließlich habe Perišić eingelenkt und vorgeschlagen, die Abstimmung der beiderseitigen Kommentare solle „in aller Stille“ erfolgen.

- 32** 29.01. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 100

Zarapkin übermittelt ein Aide-mémoire, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ihren Standpunkt zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zu präzisieren und insbesondere ihre Haltung gegenüber der DDR zu erläutern. Dazu führt Duckwitz aus, daß die Bundesregierung den Gewaltverzicht als ersten Schritt betrachte, der nicht mit „entbehrlichen Vorbedingungen“ belastet werden sollte. Angestrebt werde zudem der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit allen Ostblock-Staaten. Der sowjetische Botschafter stellt die Frage, ob dies zu gleichen Bedingungen auch die DDR einschließe. Der Staatssekretär erläutert, daß die Erklärung gegenüber der UdSSR eine Art Modellfall sein werde, diejenigen gegenüber den übrigen Staaten wegen der jeweils spezifischen Beziehungen zur Bundesrepublik jedoch etwas anders aussehen könnten. Abschließend bekräftigt Zarapkin, daß nach sowjetischer Auffassung die Verhandlungen über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „besser etwa gleichzeitig“ mit allen Staaten stattfinden sollten, selbstverständlich auch mit der DDR.

- 33** 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 105

Harkort faßt eine Unterredung mit dem Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank über die kommenden Devisenausgleichsverhandlungen mit den USA und Großbritannien zusammen. Tüngeler bezeichnete den Devisenausgleich als ein eigentlich gemeinsames Problem der NATO; allerdings würde die Bundesrepublik mit dem höchsten Sozialprodukt pro Kopf und einem relativ geringen Anteil der Rüstungskosten in multilateralen Verhandlungen einen schweren Stand haben. Zudem bestünde die Gefahr, in ein echtes „burden-sharing“ zu geraten. Die Bundesbank sei bereit, sich an der Neutralisierung der Devisenkosten zu beteiligen. Tüngeler hielt allerdings nur eine Beteiligung am Devisenausgleich gegenüber den USA für möglich. Großbritannien könnten dagegen keine Kredite mehr gewährt werden, denn es sei auch gegenüber der Bundesbank „schon übermäßig verschuldet“.

- 34** 29.01. Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 109

Harder berichtet über die Reaktion in der VAR auf die bevorstehende Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Sowohl der Bera-

ter des Präsidenten Nasser, Fawzi, als auch der Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium, Mansour, hätten prognostiziert, daß es für die Bundesrepublik schwieriger würde, sich in der Dritten Welt zu behaupten, da sie selbst „nicht mehr auf dem Boden der Hallstein-Doktrin“ stehe. Wenn die Bundesregierung selbst zu einem blockfreien Staat Beziehungen aufnehme, in dem die DDR vertreten sei, könne nicht ausgeschlossen werden, daß andere ungebundene Staaten daraus Folgerungen ziehen würden.

- 35** 30.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem iranischen Botschafter Malek S. 112

Malek dankt für die Bemühungen des Bundeskanzlers, die Verstimmung zu beseitigen, die durch die Vorfälle anlässlich des Besuchs von Schah Reza Pahlevi in der Bundesrepublik im Juni 1967 hervorgerufen worden sei. Er bittet dann, die deutsche Industrie zu verstärkten Investitionen im Iran zu ermutigen. Kiesinger führt die fehlende Investitionsfreudigkeit der Industrie auf die Rezession zurück und regt eine Informationsreise von Industriellen und Bankiers in den Iran an.

- 36** 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 114

Sahn befaßt sich mit der Reaktion auf die sowjetische Note vom 6. Januar 1968 zur Situation in Berlin (West). Nach seiner Auffassung ziele die UdSSR nicht darauf ab, eine Veränderung des Status quo zu eigenen Gunsten herbeizuführen; sie werde allerdings jeder weiteren Verstärkung der Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) „energischen Widerstand“ entgegensetzen. Die drei Westmächte stünden Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Berlin (West) ablehnend gegenüber. In der Bonner Vierergruppe sei ihnen mitgeteilt worden, daß die Bundesregierung in ihrer Antwort lediglich einzelne, von sowjetischer Seite kritisierte Sachverhalte richtigstellen würde. Auf längere Sicht sieht Sahn Möglichkeiten für eine positive Entwicklung in Berlin (West) auf der Grundlage von „begrenzten Interessenübereinstimmungen“ mit der UdSSR. Im Hinblick darauf sollte eine bewußte Veränderung der „Berlin-Präsenz“ vermieden werden.

- 37** 30.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 117

Knappstein teilt mit, daß die amerikanische Regierung die Ostpolitik der Bundesrepublik zwar weiterhin unterstütze, aber zunehmend Besorgnis über deren praktische Durchführung aufgekomen sei. So habe der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, öffentlich die Notwendigkeit ständiger Konsultationen betont. Bilaterale Verhandlungen mit der UdSSR könnten sonst zu einem „Wettlauf um die vorteilhaftesten Absprachen“ führen. Knappstein vermutet, daß die amerikanische Regierung vor allem neue Komplikationen in Berlin (West) befürchte. Zudem beanspruche sie im Dialog mit

der UdSSR Priorität. Die Ostexperten des amerikanischen Außenministeriums zeigten sich besorgt, daß die Bundesregierung zur Anerkennung der DDR bewegt werden könnte, ohne dabei für die dortige Bevölkerung „etwas einzuhandeln“. Der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, habe die Befürchtung geäußert, daß bei ausbleibenden Fortschritten zur europäischen Integration die Bundesrepublik „eigene und gefährliche Wege“ beschreiten könnte, um die Wiedervereinigung im direkten Gespräch mit der UdSSR zu erreichen.

- 38** 30.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 121

Blankenhorn berichtet von Konsultationen im WEU-Ministerat über die Ost-West-Beziehungen sowie über die Lage im Nahen Osten und in Afrika. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit betont, die Kontakte zu den osteuropäischen Staaten auszubauen. Die Möglichkeiten der Entspannungspolitik sahen die Teilnehmer durch die sowjetischen Bemühungen begrenzt, die Bundesrepublik aus der Entspannung auszuklammern. Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, informierte über den Besuch des Premierministers Wilson in Moskau, der den Eindruck verstärkt habe, daß die UdSSR in Europa vor allem den „Zusammenhalt des kommunistischen Lagers wahren“ wolle. Der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jahn, legte dar, daß Vereinbarungen mit den Ostblock-Staaten über eine ausgewogene Reduzierung der Streitkräfte mit einer Verminderung der in der Bundesrepublik stationierten Truppen beginnen könnten. Einseitige Schritte im Westen würden dagegen lediglich eine Gefährdung der Sicherheit bedeuten. Bei der Erörterung der Lage im Nahen Osten wurde das Interesse der europäischen Staaten am Abbau der Spannungen bekräftigt.

- 39** 31.01. Aide-mémoire der Bundesregierung (Entwurf) S. 126

In Beantwortung der sowjetischen Memoranden vom 12. Oktober und vom 21. November 1967 sowie vom 29. Januar 1968 führt die Bundesregierung aus, daß der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR und anderen Ostblock-Staaten der Schaffung einer gerechten Friedensordnung und der Überwindung der Spaltung in Europa dienen solle. Damit würden Krieg und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung ausgeschlossen und sichergestellt, daß kontroverse Fragen auf dem Verhandlungsweg gelöst würden. Die Bundesrepublik sei bereit, entsprechende Erklärungen auch mit der DDR auszutauschen. Dies betrachte sie als Schritt der Annäherung beider Teile Deutschlands, die sich „gegenseitig nicht als Ausland ansehen“. Die Bundesregierung äußert Bedauern darüber, daß die Betonung des Selbstbestimmungsrechts als „Revanchismus“ oder im Sinne territorialer Ansprüche mißdeutet werde. Was die angeblichen neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik betreffe, so sei es der Entspannung nicht dienlich, gegenseitig

über innenpolitische Verhältnisse zu polemisieren. Schließlich argumentiert die Bundesregierung gegen die sowjetische Auffassung, daß die Bestimmungen der UNO-Charta weiterhin „Zwangsmaßnahmen gegen einen ehemaligen Feindstaat zur Durchsetzung der gemeinsamen Kriegsziele“ ermöglichen. Ein solcher Vorbehalt entspreche nicht dem Zweck einer Vereinbarung über Gewaltverzicht.

- 40 1./2.02. Deutsch-italienische Regierungsgespräche in Rom S. 135

Bundesminister Brandt berichtet, daß Großbritannien auf der WEU-Ministerratstagung in der Frage des EG-Beitritts von der Position des Alles oder Nichts abgerückt sei. Jetzt müßten „Scharniere“ zwischen Großbritannien und den Europäischen Gemeinschaften gefunden werden. Hinsichtlich der Ostpolitik bekräftigt Bundeskanzler Kiesinger in einem zweiten Gespräch die Bereitschaft, Kontakt mit der DDR aufzunehmen. Er betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung erfolgen müsse, in der Deutschland seinen Platz fände, ohne das Gleichgewicht „auf kritische Weise“ zu verschieben. Ministerpräsident Moro bemerkt, daß die von der NATO gewährleistete Sicherheit die Voraussetzung für eine Entspannung zwischen Ost und West sei. Besorgt äußert er sich über die Verstärkung der sowjetischen Position im Mittelmeerraum. Auch die NATO müsse dort „mit aller gebotenen Vorsicht“ adäquat vertreten sein. Die Gesprächspartner stimmen in einer dritten Unterredung darin überein, daß der amerikanisch-sowjetische Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen weiterer Verbesserungen bedürfe, insbesondere bezüglich der Sicherheitsgarantie für Europa, der Vertragsdauer und der Verifikation zwischen EURATOM und IAEA. Kiesinger bekräftigt, daß ein vereintes Europa das Recht haben müsse, Atomwaffen zu besitzen. Er sieht Vorteile in einer Verknüpfung von Nichtverbreitung und allgemeiner Abrüstung, gibt aber zu bedenken, daß eine Abrüstungsverpflichtung für die USA und die UdSSR schwierig sei, da sich die Volksrepublik China langfristig „zu einer schrecklichen Nuklearmacht“ entwickeln könnte.

- 41 01.02. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 146

Klaiber berichtet über Ausführungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, de la Grandville, zum Nichtverbreitungsabkommen. Die ablehnenden Äußerungen des Verteidigungsministers Messmer hätten im französischen Außenministerium „große Entrüstung“ hervorgerufen, was Staatspräsident de Gaulle darüber denke, sei allerdings „ein Geheimnis“. Trotz der widerspruchsvollen Politik werde Frankreich nach Einschätzung von de la Grandville das Abkommen eines Tages unterschreiben. Auch von der Bundesrepublik werde der Beitritt erwartet, wenn auch erst nach Verbesserungen am Vertragstext. Zum einen gefährde eine ablehnende Haltung die Wiedervereinigung Deutschlands, zum anderen könne sie Frankreich unter Umständen zu einer Annäherung an die UdSSR veranlassen.

- 42 01.02. Botschafter Scholl, Islamabad, an das Auswärtige Amt S. 148
- Scholl berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium. Yusuf würdigte die Bemühungen der Bundesrepublik um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien und erläuterte das Interesse an einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zur DDR auf Handelskammerebene oder über die State Trading Corporation. Er verwies dabei auf den in den letzten Jahren verzehnfachten Handel zwischen Indien und der DDR und schließlich darauf, daß die Bundesregierung, wenn sie die Hallstein-Doktrin weitgehend aufgäbe, „Dritten entsprechende Schritte nicht verwehren“ könne. Scholl betonte daraufhin, daß es der Bundesrepublik ausschließlich darum gehe, einer Institutionalisierung dieser Handelsbeziehungen vorzubeugen.
- 43 02.02. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Rom S. 151
- Angesichts der „unbeugsamen Haltung“ des französischen Staatspräsidenten zum britischen EG-Beitritt äußert sich der Bundeskanzler skeptisch zu den Erfolgsaussichten der bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen in Paris. Auf die Frage des Ministerpräsidenten Moro nach einer Einschätzung der französischen Bemühungen um die UdSSR antwortet Kiesinger, daß diese nur dann erfolgreich sein könnten, wenn die übrigen europäischen Staaten um Frankreich „geschart“ wären. Auch Bundesminister Brandt meint, daß de Gaulle „seine Kräfte falsch einschätze“. Anzeichen dafür sei, daß der französische Staatspräsident das Konzept der „Rundumverteidigung“ gebilligt habe. Der italienische Außenminister Fanfani plädiert für verstärkte Kontakte zwischen den Fünf und Großbritannien. Er sieht die Gründe für die französische Ablehnung eines britischen EG-Betriffs in der Sorge, daß Frankreich dann in der Gemeinschaft majorisiert und seine politische Stellung damit geschwächt werden könnte.
- 44 02.02. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Brandt S. 156
- Knappstein faßt ein Gespräch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schütz, mit dem amerikanischen Außenminister zusammen. Rusk äußerte sich „in ungewöhnlich ernster Form“ über die europäische Haltung zum Vietnam-Krieg. Er warnte vor einseitigen Stellungnahmen gegen die USA und verwies darauf, daß die Aufforderung zur Preisgabe der Republik Vietnam (Südvietnam) in amerikanischen Kreisen zur Frage führe, „warum man nicht etwa auch Berlin aufgeben könne“. Knappstein empfiehlt, sich ausschließlich auf vertraulichem Wege an die amerikanische Regierung zu wenden, um eine Verschärfung der Situation durch das „Aufbrechen eines amerikanisch-europäischen Gegensatzes über Vietnam“ zu vermeiden.

- 45 03.02 Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 159
- Groepper übermittelt die Bitte des türkischen Außenministeriums, den Botschafter der Bundesrepublik in Nikosia wieder Kontakt zum zyprischen Vizepräsidenten Küçük aufnehmen zu lassen. Da für den von der Regierung Makarios verhängten Boykott gegen den Vizepräsidenten eine rechtliche Handhabe fehle, hält Groepper das türkische Anliegen für gerechtfertigt, zumal Küçük die türkische Volksgruppe repräsentiere.
- 46 04.02. Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Brandt S. 160
- Klaiber informiert über ein kurzfristig angesetzttes Gespräch mit dem französischen Außenminister. Couve de Murville gab das „äußerste Befremden“ des französischen Staatspräsidenten über die Ausführungen des Bundesministers Brandt zu den deutsch-französischen Beziehungen auf dem SPD-Landesparteitag in Ravensburg weiter. De Gaulle werde dem Bundespräsidenten deshalb vorschlagen, das für den folgenden Tag angesetzte Mittagessen in größerem Kreis im Elysée-Palast zu einem „intimen Frühstück“ für die engste Umgebung von Lübke umzuwandeln. Klaiber wies auf vorliegende Dementis der Äußerungen von Brandt hin. Dagegen hob Couve hervor, daß die französische Öffentlichkeit kaum Verständnis dafür haben werde, wenn das Essen, wie ursprünglich geplant, in großem Rahmen und „unter Ausbringung freundschaftlicher Toasts“ stattfände.
- 47 06.02. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 163
- Brandt nimmt Stellung zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen. Eine flexiblere Gestaltung der Verfahrensbestimmungen sei von Vorteil. Der Artikel III (Kontrollartikel) eröffne die Möglichkeit, die Interessen der Europäischen Atomgemeinschaft in angemessener Weise zu wahren. Jedoch sei für die Durchsetzung eines befriedigenden Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und IAEO die amerikanische Unterstützung entscheidend.
- 48 06.02. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 164
- Lahn berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium. Mansour äußerte die Ansicht, daß der Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik im Frühjahr 1965 den arabischen Staaten nicht genützt habe und er deshalb eine Wiederaufnahme befürworte. Um diese Position auf der bevorstehenden Ministerratstagung der Arabischen Liga erfolgreich vertreten zu können, sei eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zur Lösung des Nahost-Konflikts und zur Verurteilung gewaltsamer Annexionen hilfreich. Lahn empfiehlt eine öffentliche Erklärung, mit der sich die Bundesregierung zu einer Friedensregelung bekennen solle, die

sowohl eine Anerkennung des Staates Israel in gesicherten Grenzen als auch die Ablehnung territorialer Veränderungen und die Zuständigkeit internationaler Gremien bei strittigen Fragen umfassen könnte.

- 49 07.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 167

Lahr faßt ein Gespräch mit dem französischen Außenminister vom 5. Februar 1968 zusammen. Couve de Murville bezeichnete die Ravensburger Rede des Bundesministers Brandt erneut als „désagréable“. Auf die Frage von Lahr, wie sich Frankreich die weitere Behandlung der Beitrittsanträge zu den Europäischen Gemeinschaften vorstelle und wie es zu den Überlegungen der Bundesregierung für Zwischenlösungen stünde, antwortete Couve, daß Großbritannien einen Keil zwischen die Mitglieder der Gemeinschaft treiben wolle. Demgegenüber betonte Lahr, daß Großbritannien über keine Alternative zu einem Beitritt verfüge. Zudem hob er das Interesse der europäischen Nachbarn an einer Stabilisierung der britischen Volkswirtschaft hervor. Da es künftig ohnehin bilaterale Kontakte mit Großbritannien in Gemeinschaftsfragen geben werde, liege es auch im französischen Interesse, diese zu „kanalisieren“. Der Staatssekretär erwähnte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, der EG-Kommission die Rolle eines „Scharniers“ zwischen den Sechs und den vier Beitrittskandidaten zuzuweisen.

- 50 08.02. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem Leiter des Büros der Arabischen Liga, Cabani S. 171

Duckwitz hebt die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten hervor. Cabani betont den Wunsch nach einer eindeutigen Stellungnahme der Bundesregierung zum israelischen Vorgehen im Nahost-Krieg. Zugleich spricht er die Verzögerung der zugesagten Hilfe für Palästina-Flüchtlinge an. Duckwitz äußert sich zuversichtlich, daß die Hilfsmaßnahmen bald anlaufen könnten. Er sagt zudem zu, die Möglichkeit einer Erklärung zur „Nichtannekterung besetzter Gebiete“ zu prüfen.

- 51 08.02. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 174

Grewe kommentiert die geplante „Ausdünnung“ ausländischer NATO-Truppen in der Bundesrepublik. Neben den für das Jahr 1968 ohnehin angekündigten Truppenverringerungen erwartet der Botschafter weitere amerikanische Truppenreduzierungen im Zuge der technologischen Entwicklung bei der „Big-Lift-Konzeption“. Die Behauptung, daß technische Überlegenheit sowie bessere Organisationsformen einen Ausgleich schaffen würden, hält Grewe nur bedingt für überzeugend. Allerdings wachse durch diese Entwicklung das politische Gewicht der Bundeswehr beträchtlich. Aus diesem Grund sollte ein Abbau der Bundeswehr vermieden oder zumindest als politisches Angebot

- 55 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 185
- Bahr gibt den Inhalt einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter vom 8. Februar 1968 wieder. Er habe bekräftigt, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR „außerhalb jeder Debatte“ stehe und von der UdSSR nicht als Voraussetzung eines bilateralen Gewaltverzichts zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrachtet werden dürfe. Zarapkin habe dazu erklärt, daß die UdSSR lediglich eine Gleichbehandlung der DDR mit den übrigen sozialistischen Staaten anstrebe. Sie sei auf eine Verhandlungsabfolge nicht festgelegt; allerdings sollten alle Erklärungen über einen Gewaltverzicht in zeitlich enger Folge vereinbart werden.
- 56 13.02. Legationssekretär Neumann, Bangui, an das S. 186
Auswärtige Amt
- Der Geschäftsträger informiert über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik vom Vortag. Bokassa warf Neumann vor, dem französischen Botschafter Herly vertrauliche Informationen aus einem früheren Gespräch übermittelt zu haben, und bezeichnete ihn als „bezahlten Spion“. Neumann erwiderte, er habe lediglich Äußerungen mitgeteilt, die zuvor bereits in der Presse veröffentlicht worden seien. Neumann führt die heftige Reaktion von Bokassa und seine durch Außenminister Bandio ausgesprochene Erklärung zur Persona non grata auf die enttäuschte Hoffnung des Präsidenten zurück, sich mit Hilfe der Bundesrepublik vom Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich befreien zu können.
- 57 14.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 189
- Bahr übermittelt die Vorschläge zu der von polnischer Seite angeregten Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Da multilaterale Möglichkeiten kurzfristig keine Aussicht auf Erfolg böten, müßten bilaterale Gespräche über die Handelsvertretung in Warschau gesucht werden. Allerdings ließe sich der Handel mit Polen kurzfristig nur begrenzt ausweiten. Wegen seiner „politisch besonders spröden Haltung“ dürfte Polen jedoch nicht in einer Weise begünstigt werden, die dem Gesamtkonzept der Ostpolitik zuwiderliefe. Gespräche könnten zu den Themenkomplexen Produktivitätssteigerung der polnischen Wirtschaft, Einsatz von Methoden der wissenschaftlich-ökonomischen Planungsrechnung sowie gemeinsamer Grundlagenforschung geführt werden.
- 58 14.02. Botschafter Strätling, Bukarest, an das Auswärtige S. 191
Amt
- Strätling berichtet über ein Gespräch mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister. Gliga regte an, die Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufzunehmen. Die bislang einen Abschluß erschwerende Einbeziehung von Berlin (West) könnte in Analogie zu dem Verfahren gelöst werden, das bei den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen

Beziehungen im Januar 1967 angewandt worden sei: Mündliche Absprachen könnten im Protokoll festgehalten und somit eine ausdrückliche Formel im Abkommen vermieden werden. Strätling sieht in der rumänischen Initiative das Bestreben, weiterhin die „Lebendigkeit der Beziehungen“ zu demonstrieren.

- 59 15.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 193

Staatspräsident de Gaulle erläutert die Gründe für die Ablehnung eines britischen EG-Beitritts zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Großbritannien sei momentan „weder wirtschaftlich noch militärisch noch politisch“ imstande, diesen Beitritt zu vollziehen, ohne damit die Gemeinschaft funktionsunfähig zu machen. Gleiches gelte für andere Formen einer institutionellen Bindung zwischen Großbritannien und den Sechs. Zunächst müsse deshalb die britische Seite entsprechende Voraussetzungen schaffen. Bis dahin sieht de Gaulle lediglich die Möglichkeit, „gewisse praktische Abmachungen“ zu untersuchen. Bundeskanzler Kiesinger schlägt vor, nach einer Formel zu suchen, die derartige Handelsarrangements als den Beginn eines Prozesses kennzeichnet, an dessen Ende ein britischer Beitritt stehen könnte. De Gaulle erwidert, daß eine derartige Formel präjudizierend wirken und damit die Gemeinschaft der Sechs „illusorisch“ machen könne. Aus seiner Sicht müsse sie auch das enthalten, was Großbritannien für einen Beitritt zur EG tun müsse. Bundesminister Brandt plädiert dafür, zu erklären, daß kein Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Erweiterung hege, allerdings Großbritannien „das wirtschaftliche Gleichgewicht gefunden haben müsse“, bevor an eine Aufnahme gedacht werden könne.

- 60 15.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 198

Bundesminister Brandt und der französische Außenminister Couve de Murville erörtern aktuelle außenpolitische Fragen. Brandt informiert darüber, daß ein Aide-mémoire zur Frage des Gewaltverzichts vorbereitet werde und mit den drei Westmächten vor der Übergabe an die UdSSR erörtert werden solle. Hinsichtlich des Nichtverbreitungsabkommens bittet der Bundesminister darum, die Verhandlungen zwischen EURATOM und IAE0 über ein Verifikationsabkommen zu tolerieren, obwohl Frankreich dem Nichtverbreitungsabkommen nicht beitreten werde. Der französische Außenminister äußert sich pessimistisch zu den Erfolgsaussichten möglicher Verhandlungen über Vietnam und konstatiert, daß es auch im Nahen Osten derzeit „keine Vorgänge von positiver Bedeutung“ gebe. Brandt berichtet daraufhin über das zunehmende Interesse der arabischen Staaten an einer Wiederherstellung der Beziehungen zur Bundesrepublik.

- 61** 15.02. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 206
- Sachs faßt die Reaktionen auf den Antrag der Bundesrepublik zusammen, anläßlich der bevorstehenden EG-Ministerratstagung die Gespräche zwischen der EURATOM und der IAEO über das Verifikationsabkommen zu einem Nichtverbreitungsabkommen intern zu beraten. Der Präsident der EG-Kommission, Rey, zeigte sich sowohl über diese Initiative als auch über den Hinweis überrascht, daß die Erklärung des Vertreters der EG-Kommission vom 8. Februar 1968 „erheblich“ hinter der Ankündigung von Rey vom 5. Februar 1968 zurückgeblieben sei, bald Kontakte mit der IAEO einleiten zu wollen. Der niederländische Botschafter Spierenburg meldete Bedenken gegen eine verfrühte Diskussion über die Durchführung eines Abkommens an, das noch gar nicht unterzeichnet sei.
- 62** 16.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 210
- Der französische Staatspräsident und der Bundeskanzler berichten über die weitgehende Übereinstimmung in Fragen der europäischen Einigung und der Weltpolitik. Kiesinger dankt de Gaulle insbesondere für die Ausführungen, daß die Fortdauer der Teilung Deutschlands für Frankreich unannehmbar sei. Sodann werden die Ergebnisse der wirtschafts- und finanzpolitischen Besprechungen vorgestellt. Bundesminister Schiller hebt die auf beiden Seiten kritische Bewertung der amerikanischen Maßnahmen zur Behebung des Zahlungsbilanzdefizits hervor. Frankreich teile allerdings nicht die „gewisse Bereitwilligkeit“ der Bundesrepublik, den Zeitraum der Durchführung der Beschlüsse der Kennedy-Runde zu verkürzen. Die Außenminister Brandt und Couve de Murville bringen unterschiedliche Auffassungen zur Notwendigkeit institutioneller Bindungen zwischen den Beitrittskandidaten und den Europäischen Gemeinschaften zur Sprache. De Gaulle äußert die Ansicht, daß sich die Sechs auf ein europäisches Patent oder auf das Recht einer europäischen Handelsgesellschaft einigen sollten, das andere Staaten dann übernehmen könnten. Er zeigt sich zufrieden darüber, daß die Gesprächspartner in allen wichtigen Fragen übereingestimmt hätten, so auch in ihrer Haltung „gegen die Ausübung der übergroßen Macht“ durch die USA. Abschließend betont auch Kiesinger, wie sehr Frankreich und die Bundesrepublik trotz aller Schwierigkeiten „im Wesentlichen und in der Tiefe einig“ seien.
- 63** 16.02. Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, an das Auswärtige Amt S. 222
- Herwarth berichtet über ein Gespräch mit dem Gouverneur der sudanesischen Staatsbank, der zu Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Sudan bevollmächtigt sei. Mirghani erklärte offen, daß der Sudan vor allem auf Hilfeleistungen der Bundesrepublik hoffe und deshalb an einem Botschafteraus-

tausch interessiert sei. Dazu nannte er eine Reihe möglicher Entwicklungshilfeprojekte. Allein die Aussicht auf Verhandlungen über eine Fortsetzung der früheren Entwicklungshilfe werde den Entschluß der sudanesischen Regierung zur Wiederherstellung der Beziehungen „wesentlich“ erleichtern, notfalls auch gegen den Willen anderer arabischer Staaten.

- 64** 20.02. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 224

Brandt unterrichtet den Botschafter über die ablehnende französische Haltung zu einer beschleunigten Umsetzung der Ergebnisse der Kennedy-Runde. McGhee äußert sich befriedigt über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich und weist Pressemeldungen zurück, nach denen die amerikanische Regierung Besorgnis angesichts der Ostpolitik der Bundesrepublik hege. Der Botschafter zeigt sich überzeugt, daß die Bundesregierung keine Verhandlungen mit der UdSSR über den Status der Alliierten in Berlin beabsichtige.

- 65** 20.02. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 226

Brandt beantwortet das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 16. Februar 1968 über ein Nichtverbreitungsabkommen. Der Bundesminister bringt dabei nochmals drei Änderungswünsche zur Sprache: eine deutlichere Verbindung mit der nuklearen Abrüstung; die Aufnahme einer überprüfbaren Bestimmung gegen politischen Druck bzw. Drohung und Erpressung in die Präambel; eine Anpassung des Abkommens an künftige Entwicklungen. Zum letzten Punkt führt Brandt eine Präzisierung der Befugnisse der Überprüfungskonferenz an, ferner die Einführung eines praktikablen Quorums für das Inkrafttreten des Abkommens. Damit würde verhindert, daß einzelne Staaten ihren Beitritt vom Verhalten Dritter abhängig machen könnten.

- 66** 20.02. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 228

Walther berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium, Manschulo, über eine Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen. Der Botschafter hob die Bereitschaft hervor, über die beim Abschluß eines Handelsvertrags automatisch anzuwendende Liberalisierung von 50% hinaus noch weitere 18% zuzugestehen. Manschulo bat um eine entsprechende schriftliche Mitteilung, der auch zu entnehmen sein solle, ob eine solche Liberalisierung derjenigen gegenüber den westlichen Staaten außerhalb der EWG entspräche. Eine Fortsetzung der bisherigen „diskriminatorischen Behandlung“ würde die UdSSR nicht akzeptieren.

- 67** 21.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 231
- Ruete befaßt sich mit der Forderung des Bundeskanzlers Kiesinger, daß die Bundesrepublik vor Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens eine Garantie über den langfristigen Fortbestand des nuklearen Schutzes der USA für Westeuropa haben müsse. Im wesentlichen beruhe diese „nukleare Schutzgarantie“ auf den Verpflichtungen der USA im Rahmen der NATO. Theoretisch ergebe sich durch die unterschiedlichen Laufzeiten von NATO-Vertrag und dem geplanten Nichtverbreitungsabkommen aus Sicht der Bundesrepublik ein Sicherheitsrisiko, das sich durch Korrekturen am Nichtverbreitungsabkommen kaum abschwächen ließe. Auch eine materielle Änderung des NATO-Vertrags sei kaum durchzusetzen. Daher empfiehlt Ruete, auf eine vom Fortbestand der NATO unabhängige „Schutzgarantie“ der USA für die Verteidigung von Westeuropa hinzuwirken, beispielsweise in Form einer im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsabkommen stehenden Erklärung.
- 68** 22.02. Gespräch der Staatssekretäre Duckwitz und Lahr mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, in London S. 237
- Lord Chalfont äußert sich besorgt über Hinweise, daß Frankreich keinerlei Anzeichen zeige, von seiner ablehnenden Haltung in der Beitrittsfrage abzugehen. Vielmehr werde deutlich gemacht, daß mit der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 keinerlei Änderung eingetreten sei. Angesichts der bestehenden Unsicherheit äußert Lord Chalfont die Bitte, die Bundesregierung möge auf der bevorstehenden EG-Ministerratstagung spezifische Vorschläge zum britischen Beitritt auf der Basis der deutsch-französischen Erklärung vorlegen, um so die französische Position zu klären. Lahr stellt fest, daß es „taktisch klüger“ sei, wenn die EG-Kommission am Ende der Ministerratssitzung aufgefordert würde, auf Grundlage der geführten Gespräche sowie der deutsch-französischen Erklärung und der Benelux-Vorschläge Anregungen zu erarbeiten, auf welche die Bundesregierung dann Einfluß nehmen könnte. Lord Chalfont erwähnt, daß die britische Regierung in der Europapolitik unter Zeitdruck stehe.
- 69** 22.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 247
- Kiesinger bekräftigt zunächst den Rückhalt in der Bevölkerung für das Bündnis mit den USA und für das amerikanische Engagement in Vietnam. Der Bundeskanzler weist im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Konsultationen vom 15./16. Februar 1968 darauf hin, daß er Staatspräsident de Gaulle immer wieder verdeutliche, wie sehr dessen „Antiamerikanismus“ die Zusammenarbeit belaste. Auch er glaube, daß Europa eine Kraft zwischen den USA und der UdSSR darstellen sollte, die aufgrund ihrer freiheitlichen politischen Ideale und der Interessengemeinschaft den USA nahestünde, aber auch „eine Art Brücke“ bilden könne. Ein „atlantisches Imperium“ biete

der Bundesrepublik zwar Sicherheit, aber die Grenze verlaufe „mitten durch Deutschland“. McGhee erkundigt sich, ob die von de Gaulle gegebenen Zusagen hinsichtlich des britischen EG-Beitrittswunsches nicht nur ein „Manöver“ seien; dies hält Kiesinger für unwahrscheinlich. Schließlich äußert sich der Bundeskanzler dazu, daß de Gaulle lediglich allgemein seine Unterstützung für die Ostpolitik der Bundesregierung bekräftigt habe; zu keiner Zeit sei angeklungen, daß etwa gemeinsam mit der UdSSR eine Politik gegen die USA betrieben werden sollte.

- 70** 23.02. Gespräch des Bundesministers Brandt mit König Hassan II. in Rabat S. 254

König Hassan II. führt aus, daß auch Marokko ein „Wiedervereinigungsproblem“ habe. Die Bundesrepublik sei mit ihrer „Tautewetter-Politik“ gegenüber der UdSSR auf dem richtigen Weg. Der Furcht vor einem vereinigten Deutschland könne entgegengehalten werden, daß durch einen Gebietszuwachs die Bedrohung für die UdSSR nicht größer werde. Zufrieden zeigt sich der König mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Er gibt allerdings der Hoffnung auf Hilfe bei der Beseitigung des Mangels an Fachkräften und auf eine Beteiligung der Bundesrepublik an einzelnen Investitionsprojekten Ausdruck. Brandt erläutert die Politik der „strikten Nichteinmischung“ im Nahen Osten. Die Bundesrepublik sei zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten bereit, ohne sich aufdrängen zu wollen.

- 71** 24.02. Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt S. 258

Duckwitz berichtet zunächst von einem kurzfristig angesetzten Gespräch mit dem Bundeskanzler über den Entwurf des Auswärtigen Amtes vom 31. Januar 1968 zur Gewaltverzichtserklärung. Dieser solle sich nach Auffassung von Kiesinger auf die Frage des Gewaltverzichts beschränken und nicht die bilateralen Beziehungen insgesamt behandeln, um der UdSSR keinen Vorwand zu geben, die Bundesregierung in eine öffentliche Diskussion zu verwickeln. Zur Behandlung des britischen Beitritts auf der EG-Ministerratstagung am 29. Februar 1968 schlägt Duckwitz in Übereinstimmung mit Staatssekretär Lahr vor, die Ergebnisse der deutsch-französischen Konsultationen als deutlichen Fortschritt zu kennzeichnen und sie damit „sozusagen gerichtsnotorisch“ zu machen.

- 72** 26.02. Bundesminister Brandt an den britischen Außenminister Brown S. 262

Brandt übermittelt eine Aufzeichnung über die Ergebnisse der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen vom 15./16. Februar 1968 hinsichtlich einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Er bittet um Verständnis dafür, daß die Bundesregierung vor der EG-Ministerratstagung keine eigenen Vorschläge zum britischen Beitritt vorlege, da es „taktisch besser“ sei, die EG-Kommission als anerkanntes kommunitäres Organ

Vorschläge entwickeln zu lassen. Er ersucht Brown, diesen Vorschlägen nicht durch ein britisches Nein zuvorzukommen. Dies würde er als „wirklich verhängnisvoll“ ansehen.

- 73** 29.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 268
- Ruete analysiert die Möglichkeiten für eine Ausweitung des am 8. Januar 1968 begonnenen Gedankenaustausches zwischen dem Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Böß, und dem polnischen Stellvertretenden Außenminister. Nachdem Winniewicz über die wirtschaftliche Ebene hinaus die Aufstellung eines gemeinsamen Sachkatalogs zu politischen Fragen positiv aufgenommen habe, müsse nun über die einzelnen Themen entschieden werden. Zu diesen sollten sowohl der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen als auch die Grenzfrage gehören.
- 74** 01.03. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige S. 272
Amt
- Sachs berichtet über die EG-Ministerratstagung vom Vortag. Bundesminister Brandt erläuterte die Vorstellungen der Bundesregierung zu einem auf den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 16. Februar 1968 erarbeiteten handelspolitischen Arrangement: Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen sollten „verhandlungstechnische Priorität“ vor Staaten erhalten, die lediglich an einer Zollsenkung interessiert seien. Die Verhandlungen seien multilateral zu führen und ein linearer Zollabbau anzustreben. Ein Arrangement dürfe weder eine Assoziierung noch einen Stufenplan darstellen, sondern sei als „Durchgangsstadium auf dem Weg zum Beitritt“ zu verstehen. Der italienische Außenminister Fanfani erklärte, daß eine solche Regelung unter Umständen zur Dauerlösung werden könne. Abschließend betonte der französische Außenminister Couve de Murville, daß es in erster Linie eine britische Angelegenheit sei, durch eigene Maßnahmen den Beitrittsprozeß zu beschleunigen.
- 75** 01.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 278
sowjetischen Botschafter Zarapkin
- Kiesinger übergibt die Antwort der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 6. Januar 1968 zum Status von Berlin (West). Zarapkin kritisiert das Beharren der Bundesrepublik auf ihrem Rechtsstandpunkt in der Deutschland-Frage. Auch die bevorstehende Parlamentarische Arbeitswoche des Bundestages in Berlin (West) stelle eine Belastung der bilateralen Beziehungen dar. Der Bundeskanzler verweist demgegenüber auf die permanente Verletzung des Viermächte-Status in Ost-Berlin. Gleichzeitig läßt er prinzipielle Bereitschaft zum Verzicht auf Veranstaltungen in Berlin (West) erkennen, die – nach Meinung der UdSSR – einen „rein propagandistischen, offensiven und gegen die Sowjetunion gerichteten Charakter“ hätten. Er betont, daß die Bundesregierung nicht mehr den Standpunkt „Erst Wiedervereinigung – dann Entspannung“ ver-

trete, sondern Frieden und Entspannung wolle. Der Botschafter spricht die Wahlerfolge der NPD an. Kiesinger verweist darauf, daß die Bundesregierung die Aktionen der NPD künftig weiterhin wachsam beobachten werde. Zarpapkin rät, bei allen Überlegungen die Potsdamer Vereinbarungen von 1945 nicht zu vergessen.

- 76 01.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 288

Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister am Vortag in Washington zusammen. Rusk stimmte den Grundzügen der Ostpolitik der Bundesregierung zu, riet allerdings in Zusammenhang mit der Berlin-Frage zur Vorsicht bei den Gesprächen mit der UdSSR über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Die Bundesregierung könnte hier „in eine Falle gelockt“ werden. Sodann wies Rusk nachdrücklich auf einen wachsenden amerikanischen Isolationismus hin, der eine Folge der mangelnden materiellen, finanziellen und moralischen Unterstützung der Verbündeten im Vietnam-Krieg sei.

- 77 01.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 290

Duckwitz gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium am Vortag in Washington wieder. Eugene Rostow betonte, daß Fortschritte in der Frage des Devisenausgleichs Rückwirkungen auf die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses gegenüber Europa hätten. Der Tendenz zum Isolationismus könne auch durch eine Erweiterung der politischen Einflußnahme der NATO etwa im Mittelmeerraum entgegengewirkt werden. Rostow äußerte die Hoffnung, daß insbesondere die Bundesrepublik bei gemeinschaftlichen Aktionen der Allianz zur Stabilisierung des Nahen Ostens mitarbeiten werde. Mit Blick auf die im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen offenen Fragen erklärte Duckwitz, die Bundesrepublik wolle hinsichtlich des atomaren Schutzes für Westeuropa „etwas Stärkeres haben als die NATO-Garantie“. Dies könne in Form einer Erklärung des amerikanischen Präsidenten erfolgen.

- 78 01.03. Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Böker S. 293

Böker faßt ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Puaux, am 16. Februar 1968 in Paris zusammen. Böker bat darum, einen im Frühjahr 1967 vom chinesischen Botschafter in Paris über den dortigen rumänischen Botschafter unternommenen Versuch zur Kontaktaufnahme mit der Bundesrepublik zu erwidern. Dazu solle derselbe „Kanal“ benutzt werden, um der chinesischen Regierung „unauffällig und geräuschlos“ das Interesse an einer Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zu signalisieren.

- 79 04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 294
- Ruete regt an, den Entwurf vom 31. Januar 1968 für ein Aide-mémoire der Bundesregierung an die UdSSR zu überarbeiten. So sollte die Bundesregierung Fragen, deren Erörterung die UdSSR gefordert habe, die aber thematisch über den Gewaltverzicht hinausgingen, nicht ausweichen. Deshalb müsse ihr Standpunkt etwa zur geforderten Anerkennung der DDR, zum Münchener Abkommen von 1938 oder zu einem Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch in dem Aide-mémoire zumindest angedeutet werden. Auch sollte betont werden, daß der Beitritt der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen jede weitergehende Forderung der UdSSR auf dem Gebiet der Kernwaffen ausschließe. Die Bundesregierung solle ferner klarstellen, daß sie die UdSSR nicht als Sprecherin der anderen Ostblock-Staaten akzeptiere, sondern frei sei, mit diesen bilateral über einen Gewaltverzicht zu verhandeln. Lediglich die Frage eines deutsch-deutschen Gewaltverzichts sei in die Gespräche mit der UdSSR einzubeziehen. Direkte Verhandlungen mit der DDR könnten so vermieden und der Zeitpunkt einer eigenen Initiative frei gewählt werden.
- 80 04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 303
- Ruete zieht ein Resümee der Gespräche mit dem rumänischen Botschafter am 22. und 29. Februar 1968 zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in ein Kulturabkommen. Oancea sah sich zu einer gemeinsamen Erklärung über Berlin außerstande, zeigte aber Verständnis dafür, wenn die Bundesregierung im Laufe der Verhandlungen ihre Auffassungen in Form eines Protokolls verlesen wolle. Ruete betonte die Notwendigkeit, vor Verhandlungsbeginn eine Einigung über den Wortlaut des Protokolls, das die Einbeziehung von Berlin (West) betreffe, zu erreichen. Die bisher vorgelegten Entwürfe bezeichnete Oancea als nicht akzeptabel. In den gegenseitigen Kulturbeziehungen bestehe bereits eine „Praxis“ in bezug auf Berlin (West). Deren Einschränkung sei von seiten der rumänischen Regierung nicht geplant. Ruete empfiehlt, sich im nächsten Gespräch um eine pragmatische Lösung für den Wortlaut einer Erklärung der Bundesregierung zu bemühen. Gegebenenfalls solle auf den Abschluß eines Kulturabkommens verzichtet werden.
- 81 04.03. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 308
- Schnippenkötter gibt ein Gespräch mit dem sowjetischen Delegationsleiter bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission wieder. Roschtschin erklärte, daß mit dem Abschluß der Verhandlungen termingerecht zum 15. März 1968 zu rechnen sei; der amerikanisch-sowjetische Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen werde möglicherweise noch „in einigen kleineren Punkten“ geändert. Daraufhin erläuterte Schnippenkötter die Wünsche der Bundesregierung zur Gestaltung des Vertragstextes, insbesondere Ausschluß von Druck, Drohung und Erpressung. Hierauf entgegnete Rosch-

tschin, daß eine Regelung vorgesehen sei, die als Resolution des UNO-Sicherheitsrats und als einseitige Erklärungen der Nuklearmächte de facto mit einem Nichtverbreitungsabkommen verbunden werden solle. Dies werde allen Unterzeichnerstaaten zugute kommen.

- 82 04.03. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 311

Schnippenkötter berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission. Foster erklärte, er sei mit dem Leiter der sowjetischen Delegation, Roschtschin, übereingekommen, daß eine vertragliche Verpflichtung der Nuklearmächte zum Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen ausgeschlossen sei. Lediglich die Frage von Sanktionen gegen Kernwaffenmächte, die Nuklearwaffen anwendeten oder damit drohten, sei offengeblieben.

- 83 05.03. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem türkischen Botschafter Gökmen S. 313

Duckwitz erklärt, daß die Bundesregierung nach langem Abwarten das Agrément für den neuen zyprischen Botschafter in der Bundesrepublik erteilt habe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Vertretung der DDR auf Zypern und betont zugleich die traditionelle Freundschaft mit der Türkei. Gökmen würdigt die bisherige Rücksichtnahme der Bundesregierung, zeigt sich jedoch über den Zeitpunkt der Erteilung des Agréments verwundert. Das Prestige von Präsident Makarios sei damit zum Schaden der türkischen Zyperer gestärkt worden. Es werde der Anschein erweckt, als ob die Bundesregierung die bisherigen „illegalen und verfassungswidrigen Akte“ von Makarios legalisiere. Duckwitz bedauert, daß der Zeitpunkt der Entscheidung der Bundesregierung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe.

- 84 05.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 317

Duckwitz resümiert ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium am 28. Februar 1968 in Washington. Leddy erklärte, daß die Lage in Vietnam und das Zahlungsbilanzdefizit der USA erneuten politischen Druck in Richtung zusätzlicher amerikanischer Truppenabzüge aus Europa zur Folge haben werde. Er äußerte die Überlegung, ob nicht ein Teil der aus Ostasien abgezogenen britischen Truppen in Europa stationiert werden könne. Der Staatssekretär erklärte, diesen Gedanken mit der britischen Regierung erörtern zu wollen. Leddy bezeichnete den Entwurf der Bundesregierung zur Beantwortung der sowjetischen Berlin-Note vom 6. Januar 1968 als „ausgezeichnet“. Abschließend beurteilte Duckwitz die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zur ČSSR zuversichtlich. Jedoch werde die dortige neue Führung zunächst ihre „Loyalität zu Moskau“ beweisen müssen.

- 85 05.03. Hausbesprechung S. 320
- Unter Vorsitz des Staatssekretärs Duckwitz werden Maßnahmen für eine Aktivierung der Lateinamerikapolitik erörtert. Botschafter z. B. V. Böker erinnert an die bereits auf der Botschafterkonferenz vom Mai 1963 in Cuernavaca beschlossene Intensivierung des politischen Gedankenaustausches mit den Staaten Lateinamerikas, die trotz einer „gewissen Apathie auf der Gegenseite“ fortgesetzt werden sollte. Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Lohse referiert über die anstehenden Staatsbesuche in der Bundesrepublik und die geplanten Reisen des Bundesministers Brandt sowie der Staatssekretäre Duckwitz und Lahr anlässlich einer vom 14. bis 18. Oktober 1968 geplanten Botschafterkonferenz in Lima. Einladungen an Parlamentarier und Reisen von Delegationen des Deutschen Bundestages werden befürwortet. Ministerialdirektor Harkort verweist abschließend auf die insgesamt befriedigenden Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten Lateinamerikas, welche durch eine Steigerung der Kapitalhilfe weiter gefestigt würden.
- 86 05.03. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 325
Amt
- Grewe kommentiert Äußerungen niederländischer und britischer Regierungsstellen, daß die NATO auch ein Instrument zur Kontrolle der Bundesrepublik sei. Er unterstützt die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Brosio, der die Interpretationen in Washington zurückgewiesen hatte. Grewe empfiehlt, künftig eine „besondere Empfindlichkeit“ gegenüber derartigen Ausführungen deutlich zu machen, damit diese nicht in offizielle Erklärungen und Dokumente Eingang fänden.
- 87 06.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 328
- Duckwitz plädiert für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung, nachdem er in seinen Gesprächen vom 26. bis 29. Februar 1968 in Washington darauf angesprochen worden war. Der Verlust der Ostgebiete sei eine direkte Folge des Zweiten Weltkriegs, der vom Deutschen Reich „vom Zaun gebrochen und verloren“ worden sei. Die Geschichte lehre, daß dafür „bezahlt“ werden müsse. Auch die westlichen Verbündeten betrachteten die polnische Westgrenze als endgültig. Duckwitz plädiert daher für eine baldige freiwillige Anerkennung. Die Oder-Neiße-Linie könne kein Gegenstand eines Aushandelns mehr sein.
- 88 06.03. Bundesminister Brandt, z. Z. Berlin (West), an S. 329
Staatssekretär Duckwitz
- Brandt faßt die Ergebnisse einer Besprechung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR zusammen, an der unter anderem Bundeskanzler Kiesinger sowie die Bundesminister Schröder, Wehner und Heck teilnahmen. Eine baldige Beantwortung des sowjetischen Memorandums vom 29.

Januar 1968 wurde befürwortet. Kiesinger sprach sich dafür aus, offensiv im Sinne des Rechtsstandpunkts der Bundesrepublik, der Glaubwürdigkeit und des „guten Willens“ zu argumentieren. Die Belange der indirekten Adressaten, etwa Polen oder die ČSSR, sollten jedoch berücksichtigt werden. Wehner regte an, in Kenntnis der Karlsbader Beschlüsse vom April 1967 zu erklären, alle umstrittenen Fragen durch Gewaltverzicht lösbar machen zu wollen.

- 89 07.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem schweizerischen Botschafter Troendle S. 330

Troendle äußert sich enttäuscht über die Bevorzugung der vier EG-Beitrittskandidaten bei der Aufnahme von Verhandlungen über Zollpräferenzen. Die schweizerische Regierung habe gehofft, daß sich die Bundesregierung für ihre Teilnahme von Beginn an einsetzen werde, nicht zuletzt, weil die Schweiz mehr Waren aus der Bundesrepublik importiere als etwa Großbritannien. Zudem liege bereits seit 1961 ein schweizerisches Verhandlungsgesuch in Brüssel vor. Das geplante Arrangement könne nur auf eine Freihandelszone hinauslaufen. Kiesinger bemerkt, daß die Gespräche mit den Beitrittskandidaten an einem „kritischen Punkt“ angelangt seien. Jedes Arrangement müsse mit den Bestimmungen des GATT konform sein und könne daher nur auf eine Freihandelszone abzielen. Er versichert, daß er einer dauerhaften Beschränkung der Verhandlungen auf Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen nicht beipflichten werde.

- 90 08.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 333

Seydoux erklärt, daß Außenminister Couve de Murville den Entwurf von Vorschlägen der Bundesregierung an den EG-Ministerrat zur handelspolitischen und technologischen Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten als „ungenießbar“ bezeichnet habe. Große Teile des Entwurfs seien zwischen beiden Regierungen nicht besprochen worden. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Carstens regt daraufhin ein Treffen des Bundesministers Brandt mit Couve de Murville unmittelbar vor der EG-Ministerratstagung an, um ein einvernehmliches Vorgehen zu sichern. Auch Kiesinger hält dies für erforderlich. Er will die Vorschläge, die über die deutsch-französische Erklärung vom 16. Februar 1968 hinausgehen, lediglich als „Diskussionsgrundlage“ für die Tagung in Brüssel verstanden wissen.

- 91 11.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 334

Ruete analysiert die Möglichkeit von Kontakten auf militärischer Ebene zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Pakts sowie Jugoslawien, insbesondere den Austausch von Militärattachés. Einerseits seien zwar Rückwirkungen auf die Reste der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland und damit auf den Status der DDR zu erwarten, da die

UdSSR die Auflösung der alliierten Militärmissionen in Potsdam fordern könnte. Andererseits bestehe jedoch das grundsätzliche Bemühen der Bundesregierung, die Beziehungen gegenüber dem Ostblock auf allen Gebieten zu normalisieren. Ruete empfiehlt diskrete Sondierungen mit der UdSSR, Rumänien und Jugoslawien.

- 92** 12.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem österreichischen Botschafter Ender S. 339

Ender äußert sich besorgt über die Entwicklungen in den Europäischen Gemeinschaften und bittet „um ein tröstendes Wort“. Kiesinger betont, daß alle EFTA-Mitgliedstaaten an Gesprächen über eine zukünftige Präferenzzone beteiligt werden sollten. Österreich solle ebenso wie die Schweiz soweit als möglich an die Europäischen Gemeinschaften herangeführt werden. Bei der französischen Zurückhaltung in dieser Frage spiele die Furcht vor einem „neuen Anschluß“ Österreichs eine Rolle.

- 93** 12.03. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank S. 341

Frank informiert über die EG-Ministerratstagung vom 9. März 1968. Bundesminister Brandt erläuterte die Vorschläge der Bundesregierung zu einem Arrangement mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen. Sie sollten lediglich eine Diskussionsgrundlage bilden und baldige Entscheidungen ermöglichen. Der italienische Außenminister Fanfani betonte, dies sei für Italien nur unter der Bedingung akzeptabel, daß als Ziel weder eine Freihandelszone noch eine Assoziierung, sondern vielmehr ein Beitritt anvisiert werde. Der französische Außenminister Couve de Murville machte deutlich, daß trotz des Vorrangs der Beitrittskandidaten anderen Staaten Gespräche nicht verweigert werden könnten. In bilateralen Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Antragstellern sollen zunächst ein schrittweiser Zollabbau sowie für den Agrarbereich Lieferverträge vereinbart werden; dabei müsse ein Gleichgewicht der Zugeständnisse erreicht werden.

- 94** 12.03. Vortragender Legationsrat Behrends an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 346

Behrends übermittelt die Haltung der Bundesregierung zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Malta und der NATO. Angesichts des fortschreitenden Abbaus von britischen Militäreinrichtungen in Malta und der verstärkten Präsenz der UdSSR im östlichen Mittelmeerraum sei es richtig, Maßnahmen einzuleiten, die der maltesischen Regierung Unterstützung durch die NATO signalisierten. So sollten etwa Konsultationen in Form eines regelmäßigen Informationsaustausches zwischen NATO-Generalsekretär Brosio und dem maltesischen Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften, Curmi, gewährleistet werden. Überdies sei die Prüfung wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen der Mitgliedstaaten sinnvoll.

- 95** 13.03. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 349
- Lahn erörtert die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VAR. Dies sei – nachdem die DDR aufgrund einer geschickten Politik seit 1965 in der VAR an Einfluß gewonnen und die Bundesrepublik Botschafter mit Jugoslawien ausgetauscht habe – für die ägyptische Regierung ohne gleichzeitige diplomatische Anerkennung der DDR kaum möglich. Die Aufnahme der Beziehungen ausschließlich zur Bundesrepublik wäre für Präsident Nasser nur denkbar, wenn sich die anderen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga ebenfalls dazu entschlossen. Daher verblieben zwei Alternativen: entweder die Beibehaltung des bisherigen Zustandes oder eine Ausnahmeregelung für die VAR wie im Fall derjenigen osteuropäischen Staaten, die bereits Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands unterhielten.
- 96** 14.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 352
- Duckwitz faßt ein Gespräch mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 11. März 1968 zusammen. McGhee, Roberts und François Seydoux stimmten darin überein, daß die Anordnung der DDR, Mitgliedern der NPD die Einreise in bzw. die Durchreise durch die DDR zu untersagen, nicht hinnehmbar sei. Obwohl die letzte Parlamentarische Arbeitswoche in Berlin (West) ohne Störungen verlaufen sei, hielten es die drei Botschafter nicht für zweckmäßig, daß der Verteidigungsausschuß des Bundestages dort zusammentrete.
- 97** 15.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem rumänischen Botschafter Oancea S. 355
- Oancea erklärt, daß sich seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 31. Januar 1967 der Handel zwischen beiden Staaten erheblich intensiviert habe. Er betont sowohl das Interesse an weiteren Kooperationsprojekten als auch die Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen über die künftige Entwicklung in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Tourismus. Kiesinger bekräftigt die Absicht, den Handelsbilanzüberschuß zu verringern, und stimmt der Einschätzung von Oancea zu, daß die Staaten Europas längerfristig gemeinsam die europäische Sicherheit verbessern und auf die Auflösung beider Militärblöcke hinwirken müßten.
- 98** 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 361
- Ruete berichtet über den Versuch, das Memorandum der Bundesregierung vom 6. März 1968 zu einem Nichtverbreitungsabkommen in den Bericht der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vom 14. März 1968 an die UNO aufnehmen zu lassen. Die Bundesregierung sei in diesem besonderen Fall bereit gewesen, auf die Forderung des sowjetischen Delegationsleiters Roschtschin nach „equal treatment“ für die Bundesrepublik und die DDR einzugehen. Jedoch hätten die USA dar-

auf hingewiesen, daß dann das Erscheinen des Memorandums der DDR vom 16. Oktober 1967 unter der Rubrik „governments“ nicht zu verhindern sei. Die Bundesregierung habe dem nicht zustimmen können. Andererseits hätten es die USA für abgeschlossen gehalten, noch über eine andere Überschrift zu verhandeln. Der Antrag auf Aufnahme des Memorandums sei daher nicht weiterverfolgt worden. Ruete bemerkt, daß Verhandlungen über die beanstandete Überschrift noch möglich gewesen wären. Offenbar seien aber die USA von Beginn an bestrebt gewesen, dem Ersuchen der Bundesrepublik nicht stattzugeben.

- 99 20.03. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 364

Ruete informiert über die Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Nach Gesprächen des niederländischen Außenministers Luns im Februar und März 1968 in Budapest und Belgrad hätten die Niederlande eine entsprechende Initiative am 14. März 1968 im Politischen Ausschuß der NATO eingebracht. Vor Beginn konkreter Planungen sollten jedoch folgende Voraussetzungen gegeben sein: eine begründete Aussicht auf Erfolg, die Miteinbeziehung der USA und die Übereinstimmung der Westmächte in grundsätzlichen Fragen. Zudem sei zu gewährleisten, daß die DDR keine Gelegenheit erhalte, ihre völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen. Angesichts der starren Haltung der UdSSR sowie gegensätzlicher Auffassungen von europäischer Sicherheit erachte die Bundesregierung momentan eine solche Konferenz als wenig sinnvoll.

- 100 21.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den amerikanischen Botschaftern McGhee und Schaetzel S. 368

Kiesinger nimmt zu den angeblich in der amerikanischen Regierung geäußerten Zweifeln an der Zuverlässigkeit und Bündnistreue der Bundesrepublik Stellung. Es sei nicht richtig, daß die Bundesregierung durch die neue Ostpolitik die „Sympathie der Roten“ zu gewinnen suche. Vielmehr sei sie bestrebt, das Verhältnis zu denjenigen Staaten Osteuropas zu normalisieren, die an einer generellen Besserung der Situation interessiert seien. Der Bundeskanzler erklärt, daß er zudem keine „gaullistische Politik“ verfolge; der Fortbestand und die Stärkung der NATO seien eine *conditio sine qua non* für die Bundesregierung. McGhee und Schaetzel verweisen darauf, daß weder Präsident Johnson noch Außenminister Rusk derartige Vorwürfe erhöben.

- 101 21.03. Aufzeichnung des Botschaftsrats Lautenschlager, Neu Delhi S. 372

Lautenschlager untersucht, wie sich weitere Waffenlieferungen der Bundesrepublik an den Iran auf die Beziehungen zu Indien auswirkten. Seit der Lieferung von rund 90 Militärflugzeugen des Typs F-86 im Jahr 1966, die wenig später in Pakistan aufgetaucht seien, gelte der Iran in Indien als Waffenaufkäufer

einen vorgesehenen Notenwechsel für die USA verbindlich würden, bliebe die Auslegung eines Nichtverbreitungsabkommens durch die UdSSR offen.

- 105** 22.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 389

Knappstein gibt Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk anlässlich eines Gesprächs mit dem ehemaligen Bundeskanzler Erhard vom Vortag wieder. Die europäischen Staaten müßten sich fragen, welche künftige Ordnung in Südostasien eigentlich in ihrem eigenen nationalen Interesse liege. Sollte ihnen die dortige Entwicklung gleichgültig sein, so könne er nur von einem „höchst gefährlichen“ europäischen Isolationismus sprechen. Mit dem Anwachsen eines latent vorhandenen amerikanischen Isolationismus sei dann ebenfalls zu rechnen. Knappstein wertet die Bemerkungen von Rusk als Aufforderung zu stärkerer moralischer und politischer Unterstützung für das amerikanische Engagement in Südostasien.

- 106** 25.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 391

Harkort berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den drei deutschen EG-Kommissaren, Hellwig, von der Groeben und Haferkamp, vom 22. März 1968 bezüglich einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Kiesinger erklärte, daß der Entwurf der Bundesregierung vom 9. März 1968 für ein handelspolitisches Arrangement mit den Beitrittskandidaten eine „extreme“ Auslegung der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 darstelle. Die Ausarbeitung präziser Vorschläge hätte er lieber anderen überlassen. Die EG-Kommissare trugen prinzipielle Bedenken aus Brüssel vor: Die Bundesregierung lege das Hauptgewicht auf die Handelspolitik und vernachlässige den inneren Ausbau der Gemeinschaften. Zudem fehle eine Einbindung des Arrangements in den Beitrittsprozeß; dies sei ein Zeichen für die Hinwendung zu einer großen europäischen Freihandelszone und mit der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften unvereinbar.

- 107** 25.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem somalischen Ministerpräsident Egal S. 394

Egal erläutert seine Bemühungen, die Konfrontation mit den Nachbarstaaten Äthiopien und Kenia zu überwinden. Er werde statt dessen den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung in Somalia legen. Kiesinger sagt zu, einen solchen Prozeß nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Bundesregierung schätze es, daß Somalia Verständnis für die Politik der Wiedervereinigung zeige. Nach einem Meinungsaustausch über aktuelle weltpolitische Fragen bietet der somalische Ministerpräsident seine Vermittlungstätigkeit bei einer möglichen Wiederaufnahme der im Mai 1965 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten an.

- 108** 26.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 397
- Ruete setzt sich mit dem Zwischenbericht einer deutsch-amerikanischen Arbeitsgruppe über die Beteiligung der Bundesregierung an der Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen auf und von deutschem Boden auseinander. Die USA seien bereit, über den selektiven Einsatz nur in Kenntnis der Auffassung der Bundesregierung zu entscheiden. Ein Vetorecht sei damit aber nicht verbunden. Außerdem werde eine rechtzeitige Mitwirkung der Bundesregierung bei Freigabeanträgen durch eine gleichzeitige Unterrichtung des amerikanischen Präsidenten und des Bundeskanzlers angestrebt. Schließlich hätten die USA der Bundesregierung ein Mitspracherecht über den Einsatz von Trägersystemen der Bundeswehr zugebilligt. Ein entsprechendes Übereinkommen, das nach amerikanischer Auffassung keinen „nationalen deutschen Befehlsweg“ vorsehen könne, solle in einem Briefwechsel zwischen Präsident und Bundeskanzler getroffen werden.
- 109** 26.03. Botschafter Knapstein, Washington, an das S. 401
Auswärtige Amt
- Knapstein informiert über ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler, Freiherr von und zu Guttenberg, mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk schilderte die für die amerikanische Regierung nach der Tet-Offensive entstandene Situation in Vietnam. Guttenberg verwies auf die Sympathie der CDU/CSU für das Engagement der USA in Südostasien. Mit Blick auf ein Nichtverbreitungsabkommen seien wachsende Bedenken in der Bundesrepublik zu konstatieren; es stelle sich insbesondere die Frage der Priorität zwischen diesem und der NATO. Zudem würden für die Bundesrepublik über den bereits eingegangenen Nuklearverzicht hinaus vertragliche Verpflichtungen nun auch gegenüber dem „potentiellen Gegner“ geschaffen.
- 110** 27.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 404
amerikanischen Botschafter McGhee
- Kiesinger betont, daß in der Bundesrepublik sowohl das Bündnis mit den USA als auch das amerikanische Engagement in Vietnam von einer Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt werde. Die in Zusammenhang mit der Ostpolitik der Bundesregierung von Bundesminister Brandt auf dem Parteitag der SPD am 18. März 1968 in Nürnberg angesprochene Respektierung der Oder-Neiße-Linie vor einer Friedensregelung könne falsch interpretiert werden: Eine offizielle Anerkennung zum jetzigen Zeitpunkt sei „gefährlich“. McGhee berichtet über Kritik des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin an weiteren Sitzungen des Verteidigungsausschusses des Bundestages in Berlin (West). Abrassimow habe für das nächste Mal konkrete Schritte angekündigt. Kiesinger verweist auf die Möglichkeit, von solchen Sitzungen abzusehen, wenn die UdSSR eine „vernünftige Haltung“ einnehme.

angeregt; eine vorherige Konsultation des Ständigen NATO-Rats über die jeweiligen Gesprächsthemen solle nicht erfolgen. Hingegen bestand der französische Botschafter Roger Seydoux auf ausreichenden vorhergehenden Absprachen. Der niederländische Botschafter Boon betonte mit Blick auf eine Europäische Sicherheitskonferenz die Notwendigkeit einer frühzeitigen Vorbereitung durch Ost-West-Expertengruppen, die dann auch die Teilnahme der DDR zu behandeln hätten. Die USA, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik plädierten dafür, daß zunächst die substantiellen Fragen innerhalb der NATO geklärt und erst dann mit Vertretern des Ostblocks über die Modalitäten einer Konferenz gesprochen werden sollte.

- 115 29.03. Staatssekretär Duckwitz an die Botschaft in Washington S. 419

Duckwitz weist die Botschaft an, dem amerikanischen Außenministerium den Entwurf für eine Disclaimer-Erklärung auszuhändigen, die anlässlich des Beitritts der DDR zu einem Nichtverbreitungsabkommen abgegeben werden solle. Darin werde ausgeführt, daß ein solcher Schritt weder eine Mitgliedschaft der DDR in der IAEO noch eine Teilnahme an den vorgesehenen Vertragskonferenzen präjudiziere. Falls die DDR auf einem Junktim zwischen einer Kontrolle durch und einer Mitgliedschaft in der IAEO bestehe, sei auf ersteres zu verzichten, damit ihr kein „Einbruch“ in diese Organisation gelinge. Duckwitz bittet, die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zu einem Nichtverbreitungsabkommen herauszustellen, aber auch um Verständnis für den Klärungsbedarf zu werben.

- 116 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 423

Harkort befaßt sich mit möglichen Maßnahmen zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz. So habe die Bundesregierung im EG-Ministerrat vorgeschlagen, die im Rahmen der Kennedy-Runde beschlossenen Zollsenkungen vorzuziehen. Eine solche Begünstigung der USA setze allerdings voraus, daß diese ihrerseits auf bestehende bzw. geplante Einfuhrrestriktionen verzichteten. Eine Steigerung der Kapitalhilfe der Bundesrepublik für die Türkei zur Entlastung der amerikanischen Verpflichtungen solle nicht erfolgen. Jedoch könnte eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA im Nahen Osten erwogen werden. Angesichts der arabischen Diffamierung der Amerikaner als „Imperialisten und Neokolonialisten“ bestehe allerdings die Gefahr, dann selbst in die „Schußlinie“ zu geraten.

- 117 03.04. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 426

Knoke benennt Probleme der bilateralen Beziehungen für ein geplantes Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem niederländischen Außenminister am 5. April 1968 in Luxemburg. Auf Druck des Parlaments werbe Luns in Osteuropa für eine Europäische Sicherheitskonferenz. Er solle aber darauf hingewiesen werden, daß diese Frage zunächst innerhalb der

NATO besprochen werden müsse. Des weiteren sei die Reaktion auf den Plan des Bundesministers Leber zu erörtern, der aus niederländischer Sicht eine schwerwiegende Belastung für den grenzüberschreitenden Straßentransportverkehr bedeute.

- 118** 03.04. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 429
- Grewe nimmt Stellung zum Schreiben des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium vom 30. März 1968 und äußert sich zu den Auswirkungen eines Nichtverbreitungsabkommens auf die Sicherheit der Bundesrepublik. Auch die Zusage von Eugene Rostow, bei einer möglichen Auflösung der NATO das Nichtverbreitungsabkommen kündigen zu können, sei nicht geeignet, eine „bedrohliche“ Entwicklung für die Bundesrepublik generell auszuschließen. Grewe regt eine Erklärung der amerikanischen Regierung anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens an. Darin sollten sich die USA verpflichten, so lange Mitglied der NATO zu bleiben, wie die nichtnuklearen Partner an das Abkommen gebunden seien und zugleich das Verbleiben ihrer Streitkräfte in Europa garantieren.
- 119** 05.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Diori S. 431
- Diori gibt einen Überblick über die mit Hilfe der Bundesrepublik realisierten Entwicklungsprojekte in der Republik Niger und spricht Möglichkeiten bilateraler Kooperation bei der Energieversorgung und beim Fremdenverkehr an. Er verweist auf die Notwendigkeit einer Erneuerung des Assoziierungsabkommens von Jaunde vom 20. Juli 1963 und kündigt an, daß er als Sprecher der assoziierten afrikanischen Staaten demnächst Verhandlungen mit den EG-Mitgliedstaaten aufnehmen werde.
- 120** 08.04. Botschafter Bach, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 436
- Bach berichtet von einem Gespräch mit dem Schah. Mohammed Reza Pahlevi erklärte, nach den früheren Beleidigungen nehme er die aktuelle „Verhöhnung“ seiner Gattin in den Medien der Bundesrepublik nur noch zur Kenntnis. Für ihn sei es ein Phänomen, daß ein „kleiner Haufen Unreifer“ die außenpolitischen Beziehungen zu befreundeten Staaten derart belasten könne. Zu bedenken sei, daß der Iran wirtschaftlich nicht von der Bundesrepublik abhängig sei. Bach hält Konsequenzen für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nicht für ausgeschlossen, falls die Attacken auf den Iran und sein Herrscherpaar in der Presse weitergeführt würden.
- 121** 09.04. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarpapkin S. 438
- Duckwitz übergibt ein Memorandum der Bundesregierung zur Frage des Gewaltverzichts. Er äußert Genugtuung darüber, daß die Vorschläge der Bundesregierung das Interesse der UdSSR und ihrer Verbündeten gefunden hätten. Die Bundesregierung

tärausschusses zur Verbesserung der nationalen Beteiligung an der nuklearen Planung in Kraft zu setzen. Bundesminister Schröder erläuterte ein von ihm vorgelegtes Arbeitspapier zur Freigabe von Nuklearwaffen: Selbst unter größtem Zeitdruck sei derjenige Mitgliedstaat zu konsultieren, von dessen oder auf dessen Territorium Nuklearwaffen eingesetzt würden.

134 21.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 477

Bahr berichtet über informelle Besprechungen mit dem tschechoslowakischen Botschafter a.D. Sédivý am 17./18. April 1968 in Prag. Sédivý erläuterte die Politik der neuen Regierung und Parteiführung. Sie sei bereit, mit der Bundesrepublik die Möglichkeiten eines politischen Abkommens mit den Elementen Gewaltverzicht, Grenzvertrag, Münchener Abkommen und erweiterter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu prüfen. Bahr bezeichnete eine „ex-tunc-Ungültigkeitserklärung“ des Münchener Abkommens von 1938 als unmöglich. Jedoch sei im Rahmen einer Normalisierung des bilateralen Verhältnisses ein Vertrag über die Endgültigkeit und Unverletzlichkeit der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der CSSR in Verbindung mit einer Gewaltverzichtserklärung denkbar, eventuell auch eine Zusatzerklärung, daß das Münchener Abkommen von beiden Seiten „als erledigt angesehen“ werde. Bahr machte allerdings deutlich, daß eine Lösung ohne Behandlung der offenen Rechtsfragen nicht möglich sei. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde nicht erörtert; Sédivý erwähnte jedoch, daß eine Normalisierung wichtiger sei als eine Formalisierung.

135 22.04. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung S. 483

Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Brunet, informiert über das Gespräch mit Staatssekretär Lahr. Nachdem sich die französische Regierung zur Auffassung bekannt habe, daß ein Arrangement der Europäischen Gemeinschaften mit den beitriftwilligen Staaten die erste Stufe eines Prozesses bilden sollte, der alle wesentlichen Handelshemmnisse beseitigen werde, bestehe kein wesentlicher Unterschied zur Bundesregierung mehr. Lahr betont hingegen die Notwendigkeit einer raschen und deutlichen Zollsenkung, damit die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um die Beitrittskandidaten demonstriert werde. Der französische Außenminister Couve de Murville hebt hervor, daß jede „organisierte Konsultation“ mit den Kandidaten den Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährde. Zudem habe Großbritannien kein wirkliches Interesse an einem Arrangement. Aus den Konsultationen der Leiter der Politischen Abteilungen berichtet Ministerialdirigent Frank, daß er die Ergebnisse der Botschafterkonferenz vom 28. März bis 2. April 1968 in Abidjan erläutert habe, auf der die Notwendigkeit eines Ausbaus der guten deutsch-französischen Zusammenarbeit in Afrika bekräftigt worden sei. Bundesminister Brandt teilt mit, daß er mit Couve de Murville die Situation in Vietnam und im Nahen Osten sowie das geplante Nichtverbreitungsabkommen erörtert habe. Abschließend bringt er die Sorge über die Ein-

schränkungen im Reise- und Transitverkehr durch die DDR vor. Es bestehe die Gefahr eines „ernsten psychologischen Einbruchs in Berlin“, wenn die Drei Mächte die Angelegenheit nicht nachdrücklich weiterverfolgten.

- 136 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 495

Ruete erörtert mögliche Auswirkungen einer Reise des Bundesministers Brandt zur UNO-Generalversammlung anlässlich der Debatte über ein Nichtverbreitungsabkommen. Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen und der beträchtlichen Zahl von noch nicht auf eine Entscheidung festgelegten Regierungen sei eine „überwältigende“ Mehrheit für das Abkommen zweifelhaft. Da kommunistische Staaten die Anwesenheit von Brandt als einen Versuch zur Torpedierung des Nichtverbreitungsabkommens ansehen könnten, rät Ruete von einer Reise nach New York ab.

- 137 22.04. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 497
das Auswärtige Amt

Braun übermittelt die Kurzfassung seines Vortrags für das außenpolitische Kolloquium am 2./3. Mai 1968 in Heimerzheim. Sowohl die neue Ostpolitik als auch die Haltung zum Nichtverbreitungsabkommen hätten das Ansehen der Bundesregierung in der UNO verbessert. Jedoch setze die UdSSR ihre „Zermürbungs- und Isolierungspolitik“ gegenüber der Bundesrepublik fort, womit sie bei afrikanischen und asiatischen Staaten Erfolg haben könnte. Negativ wirke sich auch der „Verschleiß der Allianz“ aus. Die Offensive der UdSSR zur Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz könnte sich zu einem Testfall für die Politik der Bundesregierung entwickeln. Braun unterbreitet abschließend Vorschläge für ein Gesamtkonzept zur europäischen Entspannung.

- 138 22.04. Gesandter Wickert, London, an das Auswärtige Amt S. 501

Wickert übermittelt das Resümee seiner Ausführungen über das Verhältnis Großbritanniens zu Europa und zur Bundesrepublik für das außenpolitische Kolloquium in Heimerzheim am 2./3. Mai 1968. In Großbritannien bestehe der starke Wunsch zur Zusammenarbeit in und mit Europa. Allerdings werde es sich nicht damit zufriedengeben, nur die „zweite Geige“ zu spielen. Wickert vertritt die Auffassung, daß ein mit Europa nur schwach verbundenes Großbritannien zu einem labilen europäischen Kräfteverhältnis führen würde. Das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung werde zwar anerkannt; es sei allerdings eine andere Frage, wie weit Großbritannien „mit dem Herzen“ dabei sei. Die Studentenunruhen sowie die Wahlerfolge der NPD hätten das Bild einer stabilen und ausgeglichenen Gesellschaft in der Bundesrepublik verdunkelt.

-
- 139** 23.04. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 504
- Grewe faßt sein Referat über die Situation in der NATO für das außenpolitische Kolloquium in Heimerzheim am 2./3. Mai 1968 zusammen. Er stellt fest, daß sich das Bündnis in einer Krise befinde. Angesichts unterschiedlicher Auffassungen über das Bedrohungspotential der UdSSR und des Bemühens einiger Mitglieder um eine bilaterale Verständigung mit den Ostblock-Staaten lasse sich nicht mehr eindeutig sagen, gegen wen sich das Bündnis eigentlich richte. Zudem setzten sich einzelne Partner über die Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation hinweg. Die Position der Bundesrepublik innerhalb der NATO sei in dem Maße schwächer geworden, in dem die Bedrohung durch den Warschauer Pakt nachgelassen habe. Zudem stärke das Anwachsen des Rechts- und Linksextremismus in der Bundesrepublik jene Stimmen, die in einer „Kontrolle des deutschen Partners“ die wichtigste politische Aufgabe der NATO sähen.
- 140** 24.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 508
- Ruete kommentiert die von der belgischen Regierung in einem Aide-mémoire an die USA und Großbritannien geäußerten Bedenken, daß ein Nichtverbreitungsabkommen die Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material behindern könnte. Versorgungsschwierigkeiten seien möglich, wenn nicht zwei Jahre nach Abschluß ein Verifikationsabkommen zwischen EURATOM und IAEA zustande komme. Ruete empfiehlt, auf eine amerikanische Interpretation des Artikels III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens hinzuwirken, die mit den Grundsätzen von EURATOM im Einklang stehe.
- 141** 27.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 510
- Ruete berichtet über die Ergebnisse der Sondersitzung der Bonner Vierergruppe vom Vortag über mögliche Maßnahmen gegen die Beschränkungen des innerdeutschen Personenverkehrs von und nach Berlin (West) durch die DDR vom 13. April 1968. Die Vertreter der Drei Mächte betonten, daß eine diplomatische Intervention bei der UdSSR wenig Erfolgsaussichten biete, solange die Entschlossenheit zu wirksamen Gegenmaßnahmen seitens der Bundesregierung fehle. Trotz des Hinweises auf die im Grundgesetz verankerte innerdeutsche Freizügigkeit beharrten sie auf einer unverzüglichen „politischen Grundsatzentscheidung“. Ruete hält einen entsprechenden Beschluß des Bundeskabinetts für unerläßlich, da nur so die Unterstützung durch die Drei Mächte und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten gewährleistet werden könne.
- 142** 29.04. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 513
- Pauls informiert über ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister. Eban erklärte, daß trotz Vermittlungsbemühungen der UNO jeder weitere Fortschritt im Nahen Osten vom jordanischen König abhängе. Angesichts der fortbestehenden

handlungen über einen Devisenausgleich hervor. Hinsichtlich der unterschiedlichen Laufzeiten eines Nichtverbreitungsabkommens und des NATO-Vertrags meinte Rusk, daß der Bundestag wie schon beim deutsch-französischen Vertrag von 1963 dem Ratifizierungsgesetz eine entsprechende Präambel voranstellen könnte. Abschließend versicherte er, daß die USA die gegenwärtig von der DDR praktizierten Behinderungen des Zugangs nach Berlin (West) nicht hinnehmen würden.

- 149** 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Eyadéma S. 556

Eyadéma kommt auf den mit einer Kapitalhilfe der Bundesrepublik gebauten Hafen von Lomé zu sprechen. Er äußert den Wunsch, die von Togo seinerzeit eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen zu überprüfen. Kiesinger erwidert, daß der togoische Präsident mit seinem Anliegen Verständnis erwarten könne, obwohl die derzeitige finanzielle Situation der Bundesrepublik hierfür keine einfachen Lösungen zulasse. Zur innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik erläutert der Bundeskanzler, daß die NPD zwar eine Partei der äußersten Rechten, aber keine neonazistische Partei sei. Ihre aktuellen Wahlerfolge seien auch eine Reaktion auf die Studentenunruhen.

- 150** 07.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 560

Sahn faßt die Bemühungen um eine Freilassung der 1961 in der UdSSR wegen Spionage zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Studenten Naumann und Sonntag zusammen. Ein im Juni 1962 zwischen Staatssekretär Carstens und dem sowjetischen Botschafter Smirnow vereinbartes „Gentlemen's Agreement“, demzufolge beide Studenten im Gegenzug zur Freilassung eines wegen Spionage in der Bundesrepublik verurteilten sowjetischen Staatsangehörigen aus der Haft entlassen würden, sei sowjetischerseits nicht eingehalten worden. Sahn empfiehlt deshalb, die Angelegenheit gegenüber dem sowjetischen Botschafter Zarapkin erneut aufzugreifen.

- 151** 09.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Borg Olivier S. 563

Kiesinger sagt eine Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in Malta zu und bedankt sich für die maltesische Haltung in der Deutschlandfrage. Borg Olivier betont den Wunsch nach enger Zusammenarbeit. Allerdings sei in Malta die Erinnerung „an das Deutschland aus der Kriegszeit“ noch lebendig. Der Staatssekretär im maltesischen Außenministerium, Gauci, weist darauf hin, daß die seitens der NATO vorgeschlagene Bindung Malτας an das Bündnis nicht ausreichend sei. Zur Verbesserung der Exportmöglichkeiten habe Malta im September 1967 bei den Europäischen Gemeinschaften einen Antrag auf Herstellung von Beziehungen gestellt. Die einseitige wirtschaftli-

che Ausrichtung auf Großbritannien solle korrigiert werden. Kiesinger regt an, entsprechende Möglichkeiten von Sachverständigen prüfen zu lassen.

- 152** 09.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats
Treviranus S. 567

Treviranus analysiert die Möglichkeit, die Frage der Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 in einem bilateralen Abkommen mit der ČSSR zu regeln. Die Abgabe einer Grenzgarantie in Verbindung mit einem gegenseitigen Gewaltverzicht sei rechtlich möglich, gehe aber nicht über bereits früher von der Bundesregierung abgegebene Erklärungen hinaus. Auch eine zusätzliche Erklärung, daß beide Vertragspartner das Münchener Abkommen als erledigt betrachteten, werde der tschechoslowakischen Forderung nach Feststellung der Ungültigkeit „von Anfang an“ kaum genügen. Dagegen sei denkbar, daß beide Staaten vertraglich ein Verhältnis feststellten, „als ob das Münchener Abkommen nie existiert hätte“. Dies erfordere aber gleichzeitig eine möglichst umfassende Regelung insbesondere der Entschädigungs- und Staatsangehörigkeitsfragen.

- 153** 10.05. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem
amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 574

Mit Blick auf die Verhandlungen über einen Devisenausgleich bemerkt Rusk, die europäischen Staaten hätten noch nicht ganz begriffen, daß die Stationierung umfangreicher Truppen in Vietnam ohne gleichzeitige Reduzierung der amerikanischen Präsenz in Europa „ans Wunderbare“ grenze. Lahr versichert, daß nach Ansicht der Bundesregierung eine auch für den Kongreß befriedigende Lösung möglich sei. Er merkt weiter an, daß die Frage eines britischen Beitritts zur EG auch stark auf die innere Entwicklung der Gemeinschaft wirken werde. Rusk meint, es sei tragisch, daß Staatspräsident de Gaulle sich in seiner Europapolitik den Weg selbst versperrt habe.

- 154** 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 577

Sahn resümiert die Ergebnisse einer Ressortbesprechung über Sicherungsmaßnahmen, die an der Grenze zur ČSSR für den Fall einer größeren Fluchtbewegung zu treffen seien. Es habe Einvernehmen darüber bestanden, daß vom Boden der Bundesrepublik keine aktive Intervention auf tschechoslowakisches Gebiet erfolgen dürfe. Flüchtlinge könnten jedoch aufgenommen werden. Sollte auf sie geschossen werden, wenn sie sich bereits auf dem Boden der Bundesrepublik befänden, könne entsprechend bestehender Vorschriften zurückgeschossen werden. Grenzverletzungen sollte mit energischen Mitteln begegnet werden. Tschechoslowakischen „Widerstandsnestern“ im Grenzgebiet, die gegen sowjetische Truppen angingen, dürfe ausschließlich humanitäre Hilfe geleistet werden.

- 155** 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 580
- Sahn nimmt Stellung zu dem vom Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten erwogenen Vorhaben, in Ost-Berlin ein Büro der Treuhandstelle für den Interzonenhandel zu errichten. Bereits Ende 1967 und erneut am 16. Januar 1968 habe das Auswärtige Amt Bedenken dagegen geäußert, mit diesem Schritt auf die eigenmächtige Umbenennung der von der DDR in Düsseldorf und Frankfurt am Main unterhaltenen „Büros für innerdeutschen Handel“ in „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro Frankfurt bzw. Düsseldorf“ zu reagieren. Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Pollak, sei entsprechend instruiert worden. Da aber Bundeskanzler Kiesinger am 11. März 1968 vor dem Bundestag erklärt habe, daß die Errichtung eines Büros in Ost-Berlin erwogen werde, regt Sahn an, in der nächsten Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Beziehungen erneut den Standpunkt des Auswärtigen Amtes vorzubringen.
- 156** 10.05. Drahterlaß des Staatssekretärs Duckwitz S. 585
- Duckwitz übermittelt Richtlinien des Bundesministers Brandt für die weitere Behandlung des Nichtverbreitungsabkommens. Die USA hätten die Interpretationen zu Allianz- und Bündnisfragen im NATO-Rat zu Protokoll gegeben und seien daher politisch gegenüber ihren Verbündeten gebunden. Bilaterale Gespräche mit der UdSSR über Interpretationen lägen daher nicht mehr im Interesse der Bundesrepublik. Eine Gefährdung der europäischen Einigung ergebe sich durch das Abkommen nicht; ein europäischer Bundesstaat werde über eine eigene Nuklearstreitmacht verfügen können. Die Beseitigung der in Artikel 53 und 107 der UNO-Charta festgeschriebenen Interventionsrechte von Siegerstaaten solle nicht gefordert werden; diese Frage sei Teil der Gespräche mit der UdSSR über einen Gewaltverzicht.
- 157** 13.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes S. 587
- Lankes legt den Stand der Diskussion über eine Europäische Sicherheitskonferenz (ESK) dar. Die UdSSR trete unverändert für eine solche Konferenz unter Teilnahme der „beiden deutschen Staaten“ ein. Auch einige NATO-Mitgliedstaaten bewerteten den Gedanken einer ESK positiv. Lankes meint, daß der „unverkennbaren Suggestion“ dieses Konzepts durch Gegenvorschläge entgegengetreten werden müsse. Zum einen könnte eine strikt auf militärische Fragen beschränkte Konferenz angeregt werden. Zum anderen sollten die NATO-Staaten im Anschluß an den Harmel-Bericht weiterführende Vorstellungen über eine europäische Friedensordnung entwickeln. Die Teilnahme der DDR an entsprechenden Ost-West-Gesprächen könnte dann als Vorleistung mit Fortschritten auf dem Gebiet des „geregelten Nebeneinanders“ der beiden Teile Deutschlands verbunden werden.

-
- 158** 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg S. 593
- Hardenberg führt aus, daß bei den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über einen Devisenausgleich am 9./10. Mai 1968 in Washington keine Einigung habe erzielt werden können. Die USA hätten ihre Forderung nach 675 Mio. Dollar mit dem starken innenpolitischen Druck begründet. Demgegenüber habe die Bundesregierung erneut angeboten, daß die Deutsche Bundesbank mittelfristige amerikanische Staatsanleihen in Höhe von 500 Mio. Dollar als Ausgleich der Devisenkosten erwerbe. Hardenberg regt an, bei der Bundesbank die Möglichkeit zu prüfen, aus demnächst fällig werdendem Anlagekapital weitere 100 Mio. Dollar in amerikanischen Staatsanleihen anzulegen.
- 159** 14.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 597
- Grewe berichtet über eine Diskussion im Ständigen NATO-Rat zur Situation in der ČSSR. Es bestand Übereinstimmung, daß von Nachrichten über sowjetische Truppenbewegungen nicht auf eine bevorstehende militärische Intervention geschlossen werden dürfe. Der amerikanische Botschafter Cleveland meinte, daß ein Eingreifen des Warschauer Pakts unwahrscheinlich sei, solange der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Dubček, die Kontrolle behalte. Der kanadische Botschafter Richie hob die Unterschiede zur Ungarn-Krise des Jahres 1956 hervor. Allerdings wurde auch festgestellt, daß der sowjetische Druck eine ungünstige Gegenwirkung auslösen könnte: So befürchtete der britische Botschafter Burrows eine wachsende Enttäuschung liberaler Kräfte in der ČSSR „mit unabsehbaren Folgen“, falls die geforderten Reformen auf Widerstand stießen.
- 160** 14.05. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an Bundesminister Brandt S. 599
- Schnippenkötter nimmt Stellung zu den Richtlinien des Bundesministers Brandt vom 10. Mai 1968 zur weiteren Behandlung des Nichtverbreitungsabkommens. Es sei nicht einzusehen, daß die Bundesrepublik auf eigene Interpretationen von vornherein verzichte. Für den Fall eines späteren Widerspruchs der UdSSR gegen die amerikanischen Interpretationen wäre die Bundesrepublik „verletzlich“, wenn sie sich nicht selbst rechtzeitig verbindlich geäußert hätte. Schnippenkötter warnt davor, auf die Forderung nach Beseitigung der Interventionsrechte von Siegerstaaten gemäß Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zu verzichten, da eine erfolgreiche Regelung im Rahmen der Gespräche mit der UdSSR über einen Gewaltverzicht nicht garantiert sei. Er bittet, einen Vorschlag für mögliche Interpretationen unterbreiten zu dürfen. Ferner solle die Bundesregierung der sowjetischen Regierung vor Unterzeichnung des Abkommens formell erklären, daß sie keine anderen sowjetischen Auslegungen gelten lassen werde als diejenigen, die gegenüber den Verbündeten der Bundesrepublik angewandt würden.

- 161** 15.05. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 602
- Sattler berichtet über Gespräche mit den Bischöfen von Meissen und Görlitz, Spülbeck und Schaffran, sowie mit Kardinal Bengsch. Die Bischöfe der DDR hätten kaum Zeit gehabt, sich vor der Volksabstimmung am 6. April 1968 mit dem Verfassungsentwurf zu befassen. In den Tagen vor der Abstimmung hätten sie sich von der Bundesrepublik und namentlich von der Bundesregierung verlassen gefühlt, da weder eine klare Stellungnahme noch eine Analyse des Entwurfs „im Lichte der allgemeinen Menschenrechte“ zu hören gewesen sei. Es seien auch Informationen darüber erwartet worden, wie die zum ersten Mal auf einem Stimmzettel vorgesehene Möglichkeit, mit Nein zu stimmen, hätte genutzt werden können. Bengsch äußerte zudem die Befürchtung, daß es nach Inkrafttreten der neuen Verfassung zu weiteren Erschwerungen bei der Seelsorge in den in der DDR gelegenen Teilen der Diözesen von Fulda, Münster, Osnabrück und Paderborn kommen werde.
- 162** 15.05. Botschafter Bach, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 608
- Bach gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem iranischen Außenminister wieder. Zahedi äußerte Interesse an der Emision einer iranischen Anleihe auf dem Kapitalmarkt der Bundesrepublik. Er berichtete sodann, daß der Vorsitzende des polnischen Staatsrats, Spychalski, die Bundesrepublik bei seinem kürzlichen Besuch in Teheran als „Störenfried in Europa“ bezeichnet habe. Versuche, den Iran zu einer Verurteilung der Bundesrepublik sowie zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu bewegen, seien aber strikt abgelehnt worden. Bach schließt mit dem Hinweis, daß sich einflußreiche Kreise im Iran bemühten, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu stören. Dabei würden zunehmend Meldungen arabischer Sender über angebliche Rüstungslieferungen der Bundesrepublik an Israel Beachtung finden.
- 163** 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 610
- Frank berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem dänischen Ministerpräsidenten. Baunsgaard erläuterte, daß eine Steigerung der dänischen Exporte in die Bundesrepublik zum Ausgleich des Handelsdefizits durch die EG-Agrarpolitik erschwert werde. Er führte weiter aus, daß sowohl die im deutsch-dänischen Handelsabkommen von 1964 als auch die im Vorjahr getroffenen Vereinbarungen des GATT für Dänemark erhalten werden müßten. Dänemark vertraue insbesondere auf die Zusage der Bundesregierung, daß bei der Festlegung der Orientierungspreise für die Einfuhr von Schlachtrindern in die EG die dänischen Interessen berücksichtigt würden. Kiesinger bemerkte, daß die Bundesregierung kein Druckmittel gegenüber Frankreich besitze, aber weiterhin auf Behandlung der Beitrittsfrage drängen werde.

-
- 164** 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 614
- Frank analysiert das Abstimmungsergebnis über den Antrag der DDR zur Aufnahme in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 8. Mai 1968. Zwar stelle die Ablehnung eine empfindliche Blamage für den Ostblock dar. Die Debatte habe allerdings auch gezeigt, daß unter den Drei Mächten über den bisher gemeinsam vertretenen Standpunkt, die DDR sei kein Staat, keine Einigkeit mehr bestehe. So habe die französische Regierung schon im Vorfeld der Konferenz mitgeteilt, daß sie das gerade von den USA als tragfähig erachtete Argument der Nichtstaatlichkeit der DDR künftig nicht mehr verwenden werde. Frank meint, die Bundesrepublik dürfe nicht mehr die Augen davor verschließen, daß die politische Wirksamkeit dieses Arguments verlorengegangen sei und sich „die faktische Existenz eines anderen Teils Deutschlands“ nicht mehr leugnen lasse. Er plädiert dafür, über die Abkehr von einer die DDR „kompromißlos ausschließenden Politik“ nachzudenken.
- 165** 16.05. Aufzeichnung des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn S. 623
- Jahn berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten. Auf den Hinweis des Parlamentarischen Staatssekretärs, daß die jüngsten Behinderungen im Berlinverkehr auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR beeinträchtigten, erwiderte Bondarenko, daß die DDR ein souveräner Staat sei und Bundesregierung bzw. Bundestag „die Praxis illegaler Veranstaltungen“ in Berlin (West) fortgesetzt hätten. Jahn erinnerte dagegen daran, daß auch die UdSSR im Rahmen der Viermächte-Vereinbarungen Verantwortung für einen freien Zugang übernommen habe. Im übrigen entsprächen gerade die Paraden der Nationalen Volksarmee in Ost-Berlin am 1. Mai nicht dem Viermächte-Status der Stadt. Bondarenko kam dann auf die Kontroverse um die Teilnahme des sowjetischen Botschafters an einer Veranstaltung der „Marxistischen Blätter“ in Trier zum 100. Todestag von Karl Marx zu sprechen. Die Pressekampagne gegen Zorapkin könne auch Auswirkungen auf die Arbeit des Botschafters der Bundesrepublik in Moskau haben.
- 166** 16.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 627
- Grewe kommentiert den Stand der NATO-Verteidigungsplanung. Er stellt fest, daß die Durchführung der fünf derzeit verfolgten Einzelprojekte durch die jeweils unterschiedlichen Vorstellungen der NATO-Staaten erschwert werde. So hätten beispielsweise die „Flankennationen“ wenig Interesse am Konzept der Rotation, während die Staaten in Europa-Mitte dem Gedanken der Flankenverstärkung mit Distanz begegneten. Es könne sich daher empfehlen, die Einzelprojekte zu einem Gesamtkonzept zusammenzufassen. Sie könnten dann „ineinandergreifende, sich gegenseitig ergänzende Mittel einer Strategie“ sein.

gie der Krisenbeherrschung“ bilden. Damit erhielt die NATO zum ersten Mal seit dem Scheitern der MLF eine „neue belebende Idee“.

- 167** 17.05. Botschafter z. b. V. Böker, z. Z. Bagdad, an Staatssekretär Duckwitz S. 630

Böker teilt mit, daß der irakische Wunsch nach Gesprächen über die Gewerbeschule in Bagdad und die Wiedereröffnung des dortigen Goethe-Instituts nur Vorwand für eine Aussprache über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gewesen sei. Der irakische Außenminister habe sich erkundigt, welche Sicherheiten der Irak erhalten könne, daß die Bundesrepublik keine Waffen mehr an Israel liefere. Er, Böker, habe auf die Versicherungen der Bundesregierung verwiesen, keinerlei Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Auf die Bemerkung von Khairulla, daß die Presse und Teile der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik einseitig für Israel Partei ergriffen, habe er erwidert, daß sich die Abwesenheit arabischer Botschaften in Bonn nachteilig auf die dortige Meinungsbildung auswirke. Die Bundesregierung sei jederzeit vorbehaltlos zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bereit, habe aber auch Verständnis für die innerarabischen Schwierigkeiten.

- 168** 22.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 634

Lahr faßt die Empfehlungen der beteiligten Ressorts zu den bevorstehenden Kapitalhilfeverhandlungen mit Israel zusammen. Die Höhe der bisher an Israel gezahlten Kapitalhilfe falle im Vergleich mit anderen Staaten stark aus dem Rahmen. Da aber eine Anhebung der Leistungen insbesondere für die arabischen Staaten nicht möglich sei, sollte die Hilfe für Israel von bisher 160 Mio. DM auf 140 Mio. DM reduziert werden. Die Darlehen sollten zu einem einheitlichen Zinssatz von 2,5% vergeben und an Projekte gebunden werden. Die Aufnahme einer israelischen Anleihe auf dem Kapitalmarkt der Bundesrepublik mit einem zu Lasten des Bundeshaushalts reduzierten Zinssatz sei wenig realistisch.

- 169** 24.05. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister Stewart S. 636

Die Minister behandeln Fragen zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, zur NATO sowie zu Malta und Gibraltar. Brandt erklärt zu dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen „handelspolitischen Arrangement“ mit den beitragswilligen Staaten, daß dies nicht automatisch zu einem vollen Beitritt führe. Allerdings solle in einer Präambel der politische Wille zur Erweiterung der Gemeinschaften zum Ausdruck gebracht werden. Darüber hinaus bleibe die Bundesregierung skeptisch gegenüber dem Gedanken einer gemeinsamen Konferenz ohne Frankreich. Stewart erwidert, daß dann von den Bereichen, die seitens der Benelux-Staaten für eine Zusammenarbeit vorgeschlagen worden seien, allein die Technologie übrig-

bleibe, da Frankreich nur hierüber gesprächsbereit sei. Schließlich sprechen sich die Minister für die Initiative der USA aus, in einer Resolution des NATO-Ministerrats Vorschläge für eine beiderseitige Truppenreduzierung zu unterbreiten. Allerdings dürfe keine unbegründete einseitige Verminderung der Streitkräfte vorgenommen werden.

- 170** 24.05. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 643

Heipertz informiert über ein Hintergrundgespräch des tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenministers mit Journalisten. Pudlák habe ausgeführt, daß die ČSSR die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Prag nutzen wolle, um auch die politischen Kontakte beider Staaten auszuweiten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen müsse allerdings noch warten. Pudlák habe ferner erklärt, daß sich die Beziehungen zur DDR abgekühlt hätten. Sollte die SED ihren Kurs fortsetzen, könne sie in der ČSSR nicht mehr mit Sympathie rechnen. In der UdSSR bereiteten vor allem die Vertreter der harten Linie Schwierigkeiten. Die Beziehungen zu Jugoslawien und Rumänien hoffe die ČSSR künftig enger gestalten zu können.

- 171** 25.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 646

Grewe faßt die Beratung des Ständigen NATO-Rats über die Initiative der USA zusammen, in einer Resolution des NATO-Ministerrats Vorschläge für eine beiderseitige Truppenreduzierung zu unterbreiten. Er übermittelt ferner den Text eines von ihm vorgelegten Gegenentwurfs. Die Mehrzahl der Teilnehmer sprach sich für eine Resolution zusätzlich zum Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung in Reykjavik am 24./25. Juni 1968 aus. Der Gegenentwurf von Grewe wurde günstig aufgenommen und soll nach Auskunft des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Cleveland, der weiteren Arbeit zugrunde gelegt werden. Es wurde beschlossen, parallel zu einem revidierten amerikanischen Entwurf mit der Formulierung jener Teile des Kommuniqués zu beginnen, an welche die Resolution anschließen solle.

- 172** 29.05. Bundesminister Brandt an den belgischen Außenminister Harmel S. 649

Brandt beantwortet das Schreiben des belgischen Außenministers vom 16. Mai 1968 zu Fragen der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Er stimme mit Harmel darin überein, daß es notwendig sei, auf der NATO-Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 in Reykjavik über bloße Absichtserklärungen hinauszugehen. Zugleich erscheine es ihm verfrüht, sich zu einem der zur Debatte stehenden Abrüstungsmodelle zu äußern. So habe er Zweifel, ob der belgische Vorschlag eines „Einfrierens“ und späteren „Aushungerns“ der Rüstungsniveaus wirklich dazu beitrage, die Gefahr einer militärischen Konfrontation abzubauen.

Abschließend äußert sich Brandt erfreut darüber, daß Harmel die polnische Regierung in den Abrüstungsgesprächen nicht im unklaren über die Grenzen bilateraler Gespräche gelassen habe.

- 173 29.05. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 651

Allardt schildert ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens. Podgornyj stellte fest, daß die beiderseitigen Beziehungen zu wünschen übrig ließen. Einen Beitrag zur Verbesserung könne die Bundesregierung mit ihrer Unterschrift unter das Nichtverbreitungsabkommen leisten. Allardt verwies im Gegenzug darauf, daß eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht im „Geist der Forderung nach einseitigen Akten der Bundesregierung“ erreicht werden könne, sondern einen permanenten Dialog erfordere. Auf den Hinweis von Podgornyj, die Bundesregierung begünstige die NPD, entgegnete der Botschafter, daß kein Anlaß bestehe, eine „kleine Rechtspartei“ zu dramatisieren.

- 174 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 655

Frank schildert ein Gespräch mit dem israelischen Gesandten. Idan zeigte sich enttäuscht über die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit Israel auf dem Gebiet der Verteidigung. Frank verwies darauf, daß die Bundesrepublik ein geteiltes Land sei und aus der Vergangenheit noch große Belastungen abzutragen habe. Deshalb müsse sie vor allem in militärischen Belangen Zurückhaltung üben. Dennoch werde sie im Einzelfall die israelischen Wünsche prüfen, solange sie nicht den Eindruck erhalte, zu Entscheidungen gedrängt zu werden. Es sei den bilateralen Beziehungen auch abträglich, wenn Israel etwa bei Besuchen aus der Bundesrepublik auf der Besichtigung besetzter Gebiete oder der Altstadt von Jerusalem bestehe. Hierzu erwiderte Idan, daß entsprechende Empfehlungen der Bundesregierung für Israel nicht akzeptabel seien.

- 175 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 659

Ruete erörtert die Frage des Staatscharakters der DDR. Von französischer, aber auch von amerikanischer Seite seien Zweifel an der Zweckmäßigkeit des bisher vertretenen Grundsatzes über die Nichtstaatlichkeit der DDR geäußert worden. Vor allem die rechtlichen Konstruktionen in der Deutschland-Frage stießen auch in anderen Staaten auf wenig Verständnis. Ruete empfiehlt, künftig die politische Argumentation, insbesondere die Aspekte „Rücksichtnahme auf innerdeutsche Angelegenheiten“ und „Sicherung der Entspannung“, in den Vordergrund zu stellen. Gleichwohl müsse ein überzeugender Rechtsstandpunkt fortbestehen. Um Widersprüche zur politischen Argumentation zu vermeiden, könne die Bundesregierung erklären, daß die DDR als „de-facto-Regime in den weiteren Bereich der am völkerrechtlichen Verkehr teilnehmenden Subjekte“ gehöre.

- 176 31.05. Ministerialdirigent Sahm an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 664

Sahm nimmt Stellung zu der in Noten der DDR an die NATO-Mitgliedstaaten aufgestellten Behauptung, die Bundesregierung versuche mit ihrer Gesetzgebung, die Jurisdiktion auf das Territorium anderer Staaten auszudehnen. So erstrecke sich der Geltungsbereich einiger Gesetze der Bundesrepublik auf das Gebiet u. a. von Belgien, Frankreich, Österreich, der CSSR und der UdSSR. Mit dieser Aktion beabsichtige die DDR, die Bundesrepublik insbesondere bei ihren Verbündeten zu verleumdern. Zur Sache sei festzustellen, daß aus dem Geltungsbereich von zwei der angeführten Gesetze ausdrücklich die Teile des deutschen Hoheitsgebietes ausgenommen worden seien, die zum Zollgebiet eines anderen Staates gehörten („Zollausschlußklausel“). Ein weiteres Gesetz sei bereits außer Kraft getreten.

- 177 01.06. Botschaftsrat I. Klasse Halter, Buenos Aires, an Staatssekretär Duckwitz S. 669

Halter informiert über ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der argentinischen Marine vom Vortag. Varela teilte mit, daß Argentinien bei der Beschaffung zweier U-Boote trotz vorliegender britischer Angebote der Howaldt-Werft in Kiel den Vortzug einräumen wolle. Da die Bundesrepublik jedoch im Brüsseler Vertrag von 1954 auf die Herstellung von U-Booten in solcher Größenordnung verzichtet habe, stelle sich die Frage, ob eine Fertigung oder Montage der Teile in Argentinien möglich sei. Varela stellte für den Fall eines erfolgreichen Abschlusses den Erwerb weiterer U-Boote und Fregatten in Aussicht. Halter spricht sich dafür aus, diesen Wunsch wegen der vorbehaltlosen Unterstützung der Anliegen der Bundesregierung durch Argentinien in internationalen Organisationen wohlwollend zu prüfen.

- 178 05.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 672

Frank resümiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Botschafter. Ben Natan erläuterte die Situation im Nahen Osten und kam auf die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik zu sprechen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen müßten die Modalitäten unverändert bleiben; über die Höhe der Zahlungen lasse sich reden, wenn die Bundesregierung den Eindruck einer „jährlichen Kontinuität“ vermeiden wolle. Er äußerte Bedauern über die von der Bundesregierung im Nahen Osten verfolgte Politik der Neutralität. Dies erschwere die Zusammenarbeit beispielsweise auf militärischem Gebiet. Brandt erwiderte, daß diese Zurückhaltung nicht nur mit Rücksicht auf die arabischen Staaten geübt werde, sondern auch wichtiges Element der „Rußland-Politik“ sei.

- 179** 05.06. Staatssekretär Lahr an den ehemaligen Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, O'Neill S. 676
- Lahr erläutert die Position der Bundesregierung zur Frage eines britischen EG-Beitritts. Noch sei nicht abzusehen, wann Großbritannien auch nach eigener Einschätzung „reif“ für eine Vollmitgliedschaft sein werde. Als Zwischenlösung könnte sich das von der Bundesregierung vorgeschlagene handelspolitische Arrangement als nützlich erweisen. Der Staatssekretär versichert, daß dies die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen nicht negativ beeinflussen werde. Sollten es die politischen Gegebenheiten erlauben, würden Gespräche bereits vor Ablauf der für diese Phase veranschlagten drei Jahre beginnen.
- 180** 06.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Soltmann S. 679
- Soltmann faßt ein Gespräch mit dem pakistanischen Botschaftsrat zusammen. Rahman erkundigte sich nach der Möglichkeit, Panzer des Typs M47 aus Überschußbeständen der Bundeswehr zu erwerben, und führte aus, daß Pakistan angesichts der indischen Bedrohung Waffen für die Selbstverteidigung benötige. Seine Regierung suche hierfür zunächst die Unterstützung der westlichen Partner, werde sich aber nötigenfalls auch an die Volksrepublik China und die UdSSR wenden. Soltmann verwies auf den Grundsatz der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.
- 181** 07.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 681
- Bahr berichtet über eine Unterredung mit dem Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Belezkij übermittelte den Wunsch der sowjetischen Regierung nach einem baldigen Treffen des Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt. Er informierte ferner, daß die DDR noch nicht über dieses Vorhaben unterrichtet worden sei. Bahr äußert die Vermutung, daß die sowjetische Regierung vor der Festlegung ihrer zukünftigen Deutschlandpolitik die Positionen der Bundesregierung erkunden wolle. Eine Ablehnung des Gesprächs müßte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in den nächsten 15 bis 18 Monaten und damit die Ostpolitik der Bundesregierung schwer belasten.
- 182** 07.06. Ministerialdirektor Frank an die Botschaft in Bern S. 684
- Frank erteilt Weisung für den Fall, daß die DDR in der Schweiz eine Handelskammervertretung errichte. Gerade das Verhältnis zu diesem neutralen Staat werde von der DDR als „Testfall“ betrachtet. Ein Erfolg auf dem Weg der schrittweisen völkerrechtlichen Anerkennung als zweiter deutscher Staat werde sie ermutigen, ihre „Spaltungspolitik“ fortzusetzen. Sollten die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der DDR institutionalisiert werden, so müsse die Tätigkeit der Vertretung strikt auf die Förderung des Warenaustausches beschränkt werden.

- 183** 10.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 686
- Duckwitz hebt hervor, daß der Handel eines der wirkungsvollsten Instrumente der Ostpolitik der Bundesregierung darstelle. Um so dringlicher stelle sich die Frage nach einem Ausgleich der z. T. unverhältnismäßig hohen Einfuhrüberschüsse der Staaten Osteuropas. Der Staatssekretär regt eine möglichst liberale Einfuhrpolitik durch einen Kabinettsbeschluß an, da ohnehin nur noch für Importe im Wert von 1 Mrd. DM – gemessen an der Gesamteinfuhr 1967 in Höhe von 70 Mrd. DM – Kontingentierungen bestünden. Dafür spreche auch, daß die jährlichen Verhandlungen über die Kontingente zähflüssig und der handelspolitischen Stellung der Bundesrepublik „unwürdig“ seien.
- 184** 10.06. Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Paris S. 689
- Ruete übermittelt den Text eines Schreibens des Bundesministers Brandt an den französischen Außenminister Debré. Brandt schlägt vor, die EURATOM-Staaten sollten in einer gemeinsamen Erklärung darauf hinweisen, daß ein Nichtverbreitungsabkommen in keiner Weise das Recht Europas zu einem Zusammenschluß berühre. Auf diese Weise solle vermieden werden, daß das europäische Einigungswerk im Bereich der Verteidigung durch den Abschluß des Abkommens Schaden nehme.
- 185** 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow S. 691
- Eugene Rostow übermittelt den Wunsch des Präsidenten Johnson nach einer Fortsetzung der bilateralen Gespräche über die Weltwährungssituation. Gerade in der gegenwärtigen Situation gehe es darum, den Franc, aber auch das Pfund Sterling zu schützen, um einen Zusammenbruch des Weltwährungssystems zu verhindern. Er habe deshalb bereits gegenüber Bundesbankpräsident Blessing die Frage einer Aufwertung der DM angeschnitten. Kiesinger erwidert, es sei unwahrscheinlich, daß es in der Bundesrepublik jemals zu Unruhen wie in Frankreich kommen werde. Er erklärt sich zu einer Fortsetzung der Konsultationen bereit. Allerdings könne die langfristige Entwicklung der Frage einer DM-Aufwertung noch nicht übersehen werden.
- 186** 11.06. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 695
- Schnippenkötter übermittelt Vorschläge für Interpretationen der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen. Dazu erläutert er, daß der Text auf den sechs amerikanischen Interpretationen beruhe. Sie seien im Kern geeignet, obwohl sie nicht das Optimum dessen darstellen, was die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den USA hatte erreichen wollen. Sie seien ergänzt durch Erklärungen zum Verzicht auf Druck, Drohung und Gewalt sowie zum Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er regt an, diese während der NATO-

Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 in Reykjavik abzugeben. Dann stehe der Vertragstext fest, liege aber noch nicht zur Unterzeichnung auf; auch besitze die Bundesregierung kein vergleichbares internationales Forum. Mit einer solchen Erklärung wahre die Bundesrepublik ihre Interessen.

- 187 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den Botschaftern der Drei Mächte S. 701

Kiesinger schildert die Situation nach den von der DDR am Vortag erlassenen Maßnahmen zur Einführung der Paß- und Visapflicht, eines Mindestumtausches von 10 DM pro Person und Tag, einer Steuerausgleichsabgabe für Beförderungsleistungen auf Straßen und Wasserstraßen der DDR sowie zum Verbot des Transports von „neonazistischen Materialien“ durch das Gebiet der DDR. Dieser Schritt sei Teil eines Planes zur schrittweisen Schwächung von Berlin (West). Zwar glaube die Bundesregierung nicht, daß die UdSSR es derzeit auf eine Berlin-Krise ankommen lassen werde; vermutlich wolle sie aber damit Instrumente schaffen, die sie jederzeit benutzen könne. Die Verbündeten müßten jetzt deutlich Position beziehen. Die Botschafter Cabot Lodge, Jackling und François Seydoux stimmen überein, daß Gegenmaßnahmen notwendig seien. Kiesinger weist darauf hin, daß die geplante Erklärung der Drei Mächte an die UdSSR so schnell wie möglich zu übergeben sei.

- 188 13.06. Runderlaß des Staatssekretärs Duckwitz S. 706

Duckwitz übermittelt eine Sprachregelung zu den Maßnahmen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Damit habe die UdSSR der DDR direkte Handhabe gegeben, um jederzeit den Zugang nach Berlin (West) zu stören. Allerdings dürfte nicht beabsichtigt sein, eine größere Berlin-Krise heraufzubeschwören. Der Staatssekretär informiert sodann über bereits erfolgte und noch in Konsultationen mit den Drei Mächten abzustimmende Gegenmaßnahmen. Ziel sei es, die DDR von einer effektiven Behinderung des Berlinverkehrs abzuschrecken, ohne jedoch eine ernste Krise zu provozieren oder die Bevölkerung in Berlin (West) zu treffen.

- 189 13.06. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 709

Schnippenkötter berichtet vom Abschluß der Debatte in der UNO-Generalversammlung über das Nichtverbreitungsabkommen. Nach dem eindrucksvollen Votum für die Annahme des Abkommens werde es nun darauf ankommen, ob die Sachfragen befriedigend gelöst werden könnten. Letztlich habe vor allem das Zusammenspiel der Weltmächte USA und UdSSR zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen. Gleichwohl habe es einen Durchbruch erst gegeben, als es den Nichtnuklearstaaten gelungen sei, hinsichtlich der Ausgewogenheit der Verpflichtungen Zugeständnisse zu erhalten. So seien beispielsweise in die Resolution noch die Aufforderung an die Atommächte zur

nuklearen Abrüstung sowie die Sicherung der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgenommen worden. Eine Anzahl von Staaten werde vor ihrem Beitritt zum Abkommen die weitere Behandlung dieser Fragen abwarten.

- 190** 13.06. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 714
- Ruete faßt Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem jugoslawischen Außenminister zusammen. Brandt nahm zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und zur Frage ausgewogener Truppenreduzierungen Stellung. Nikezić bewertete die flexible Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR positiv. Gegenüber der Idee einer Europäischen Sicherheitskonferenz verhalte sich Jugoslawien reserviert. Die Minister erörterten ferner Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie des Abschlusses von Gastarbeiterabkommen. In der Frage der Wiedergutmachung erklärte Brandt, daß die Bundesrepublik eine moralische Verpflichtung zwar anerkenne, es jedoch vorzöge, jugoslawischen Forderungen durch eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit entgegenzukommen.
- 191** 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 720
- Sahn faßt einen Bericht des Staatssekretärs Carstens, Bundeskanzleramt, über die Beratungen des Kabinetts vom 12. Juni 1968 zu den neuen Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr zusammen. Es habe Einvernehmen darüber bestanden, daß die Bundesrepublik und die Drei Mächte reagieren müßten. Bundeskanzler Kiesinger habe angeordnet, daß dies nicht zu Lasten der Bevölkerung von Berlin (West) gehen und zu keiner Eskalation führen dürfe. Das Kabinett habe dann über Gegenmaßnahmen beraten, darunter Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen für DDR-Funktionäre, Restriktionen für DDR-Büros in den NATO-Staaten sowie eine Prüfung eventueller Einschränkungen im Interzonenhandel.
- 192** 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 727
- Harkort erläutert die Vereinbarung vom 10. Juni 1968 zwischen der Bundesrepublik und den USA über einen Ausgleich der Devisenkosten. Der erzielte Kompromiß über die Zahlung von 725 Mio. Dollar (2,9 Mrd. DM) bedeute einen Ausgleich von rund 83% der amerikanischen Devisenkosten. Jedoch müsse bereits jetzt beachtet werden, daß ein Ausgleich in vergleichbarer Höhe wegen der hohen Belastungen für die Bundesbank zukünftig nicht möglich sein werde. Daher sollten alle Maßnahmen zur Stützung des Dollars oder des Pfund Sterling bereits mit einer Anrechnung auf den nächsten Devisenausgleich verbunden werden.

die Bundesregierung hinsichtlich der Lieferung von Panzern aus Beständen der Bundeswehr an Saudi-Arabien auf die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit Rücksicht nehmen müsse.

- 197** 20.06. Gespräch des Botschafters z. b. V. Böker mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, in Washington S. 740
- Böker erläutert die Haltung der Bundesregierung zu den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Im Gegensatz zu dem letzten Endes defensiv ausgerichteten Bau der Berliner Mauer seien die jetzt eingeführten Beschränkungen „aggressiv und potentiell höchst gefährlich“, weil dadurch jederzeit die Möglichkeit bestehe, den Berlin-Verkehr „zu manipulieren“. Böker weist darauf hin, daß die Bundesregierung vielleicht gezwungen sei, ihre Unterschrift unter das Nichtverbreitungsabkommen zu verweigern, wenn der Druck auf Berlin (West) anhalte oder wirksame Gegenmaßnahmen ausblieben. Katzenbach regte an, mögliche Schritte zu prüfen.
- 198** 20.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 744
- Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Journalisten Przak zusammen, der Informationen des tschechoslowakischen Außenministers übermittelt habe. Demnach sei die ČSSR befriedigt darüber, daß die Bundesregierung derzeit in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht dränge. Hájek habe ferner erklärt, daß die maßvolle Reaktion der Bundesregierung auf die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr es der tschechoslowakischen Regierung ermöglicht habe, sich einer von der DDR geforderten Solidaritätserklärung zu entziehen. Zur Entwicklung in der ČSSR habe er ausgeführt, daß zur Durchführung einer wirklich unabhängigen Politik neben Jugoslawien und Rumänien noch die Unterstützung eines vierten Ostblock-Staates notwendig wäre. Hier hoffe die ČSSR auf Ungarn oder Bulgarien.
- 199** 21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 746
- Kiesinger betont, daß Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr nicht zu einer Eskalation führen dürften. Die von den Drei Mächten erwogene Unterbrechung des Interzonenhandels halte er für wenig sinnvoll, da die DDR über alternative Handelspartner verfüge. Vielmehr müsse nachdrücklich die Rücknahme der Regelungen gefordert werden, sonst sei „eine Schlacht verloren“. Dabei sei entscheidend, daß das deutsche Volk das Vertrauen in die Verbündeten nicht verliere. Cabot Lodge erwidert, daß die amerikanische Regierung die Situation keineswegs unterschätze; wichtig seien aber gemeinsam zu treffende Gegenmaßnahmen. Kiesinger empfiehlt, daß die USA direkt von der UdSSR

die Rücknahme der Beschränkungen fordern sollten. Wenn sie hart mit der sowjetischen Regierung redeten, werde das wirken, da die UdSSR keine neue Berlin-Krise wünsche.

- 200** 21.06. Aufzeichnung des Bundesministers Brandt S. 752

Brandt berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR am 18. Juni 1968 in Ost-Berlin. Der Bundesminister betonte die Verständigungsbereitschaft der Bundesregierung. Die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr erzielten dagegen einen „Anti-Entspannungseffekt“. Abrassimow wies darauf hin, daß die Maßnahmen der DDR international üblich seien. Zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen führte er aus, daß zuvor eine Annäherung in Kernfragen der europäischen Sicherheit erreicht werden müsse. Der Botschafter führte weiter aus, daß die Zukunft Europas vom Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR abhängen: Sei das einmal in Ordnung gebracht, „würden sich Engländer und Franzosen wundern“. Abschließend erklärte Brandt, Abrassimow solle den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, davon überzeugen, in Berlin „kein Unheil“ anzurichten und nicht negativ auf die Vorschläge der Bundesregierung über einen Gewaltverzicht zu reagieren.

- 201** 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 761

Ruete informiert über ein Gespräch mit dem rumänischen Botschafter vom 18. Juni 1968. Oancea führte aus, daß Gewaltverzichtserklärungen auch eine Anerkennung der „Realitäten“, insbesondere der existierenden Grenzen, sowie einen Verzicht auf Nuklearwaffen beinhalten müßten. Bezüglich der bilateralen Beziehungen trug er einen Katalog von Beschwerden vor. Ruete erwiderte, daß er in der rumänischen Stellungnahme „keinen konstruktiven Geist“ erkennen könne. Es sei bedauerlich, daß die rumänische Regierung ein Jahr nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wenig Verständnis für die Situation der Bundesregierung zeige.

- 202** 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 764

Ruete analysiert Möglichkeiten zur Fortentwicklung des Verhältnisses zur ČSSR. Die Handelsvertretung in Prag solle „bevorzugter Kanal“ für den Kontakt zum Außenministerium werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen könne weiter „diskret und taktvoll“ vorbereitet, dürfe mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Situation der ČSSR jedoch nicht forciert werden. Über das Münchener Abkommen von 1938 sollten bald Expertengespräche der beiden Außenministerien stattfinden. Am Ende müsse eine Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger stehen, auf welche die tschechoslowakische Regierung in zu vereinbarenden Weise antworte. Ruete spricht sich ferner dafür aus, Wirtschaftshilfe an die ČSSR nicht multilate-

ral, sondern nur bilateral zu gewähren, um nicht die Erinnerung an den seinerzeit „auf Geheiß“ der UdSSR zurückgewiesenen Marshall-Plan zu wecken.

- 203** 25.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 771
- Duckwitz faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister sowie das Treffen von Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte in Reykjavik am 23. Juni 1968 zusammen. Rusk teilte mit, daß er gegenüber der UdSSR wegen der Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr mehrfach eine „deutliche Warnung“ ausgesprochen habe. Brandt regte an, statt des jetzt von der DDR eingeführten Gebührensystems eine Pauschalabgeltung der von ihr erbrachten Dienstleistungen zu erwägen. Bei dem Vierertreffen wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Auflockerungsprozeß in Osteuropa von großer Bedeutung sei. Deshalb solle mit einer Mischung aus Flexibilität und Festigkeit auf die Maßnahmen der DDR reagiert werden, u.a. durch eine restriktive Ausgabe von Temporary Travel Documents, eine wirtschaftliche Stärkung von Berlin (West) und einen besseren militärischen Schutz der Zufahrtsstraßen.
- 204** 25.06. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt S. 777
- Ruete berichtet über die NATO-Ministerratstagung am 24. Juni 1968. Im Zentrum der Ausführungen standen das Ost-West-Verhältnis sowie die Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr. Die Außenminister traten für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein. Allerdings warnte der türkische Außenminister Çağlayangil vor zu hochgespannten Erwartungen an die Entspannungsbereitschaft der UdSSR. Der dänische Außenminister Hartling und sein belgischer Kollege Harmel plädierten für eine bessere Außenwirkung der NATO, um „die unruhige jüngere Generation zu gewinnen“. Der britische Außenminister Stewart versicherte, daß Großbritannien seinen Verpflichtungen gegenüber Berlin nachkommen werde.
- 205** 26.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S. 782
- Kiesinger sieht in den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr die Gefahr, daß der Westen vor dieser „Taktik der kleinen Schritte“ kapituliere. Verstärkt werde diese Tendenz noch von einem erstmals in der Bundesrepublik zu beobachtenden „doppelten Antiamerikanismus“ von links und von rechts. Rusk befürchtet eine „wieder stärker ideologisch“ orientierte sowjetische Außenpolitik. Er versichert zugleich, daß im Fall einer Unterbrechung der Verbindung nach Berlin (West) die USA sofort involviert wären, da es dabei „um ein unmittelbares, größeres und lebenswichtiges Interesse der Vereinigten Staaten“ gehe. Die Gesprächspartner erörtern ab-

-
- 209** 02.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 818
- Frank erörtert die Frage eines Beitrags der Bundesrepublik zum UNO-Treuhandfonds für die Opfer der südafrikanischen Apartheidpolitik. Die Nichtbeteiligung der Bundesregierung stoße zunehmend auf internationale Kritik. Zudem könnte der Bundesrepublik bei der Abwehr von Versuchen der DDR, in der UNO als Staat anerkannt zu werden, die Unterstützung der afrikanischen Staaten verlorengehen, zumal die DDR einen Beitrag zum Treuhandfonds geleistet habe. Frank empfiehlt deshalb, dem Bundeskabinett erneut eine angemessene Zahlung mit Zweckbindung für humanitäre Aufgaben vorzuschlagen.
- 210** 03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends S. 821
- Behrends berichtet von einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär an der sowjetischen Botschaft. Nikolskij distanzierte sich in vorsichtiger Form von den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Die im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 24./25. Juni 1968 in Reykjavik enthaltene Nichtanerkennung der DDR sei ein Rückschritt für die Entspannung. Nikolskij betonte, daß es der UdSSR vor allem darauf ankomme, „Ruhe in Europa“ zu haben. Behrends hielt dem entgegen, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR die Spannungen nur verschärfen würde. Es gehe vor allem darum, bis zur Einigung Deutschlands eine Regelung des friedlichen Nebeneinanders zu erreichen.
- 211** 04.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 829
- Sahn erörtert, ob ein Antrag des Deutschen Aeroclubs auf Teilnahme an den Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg genehmigt werden sollte. Das Auswärtige Amt nehme wegen des militärischen Charakters des veranstaltenden „Aero-Clubs der DDR“ und der Regelungen für den Reise- und Transitverkehr durch die DDR eine ablehnende Haltung ein. Demgegenüber betrachte Bundesminister Wehner eine Absage als „läppische Maßnahme“. Die Vertreter der drei Westmächte in der Bonner Vierergruppe hätten darin übereingestimmt, daß eine Nichtteilnahme westlicher Staaten an den Weltmeisterschaften die DDR treffen würde. Zudem könne eine Teilnahme der Bundesrepublik zu Mißdeutungen Anlaß geben.
- 212** 04.07. Aufzeichnung des Legationssekretärs Heinemann S. 833
- Heinemann faßt den Stand der Verhandlungen mit der UdSSR über ein Luftverkehrsabkommen zur Errichtung eines Linienflugverkehrs zwischen Frankfurt/Main und Moskau zusammen. Die von der sowjetischen Regierung seit langem geforderte Route über Berlin-Schönefeld habe die Bundesregierung aus politischen Gründen abgelehnt und statt dessen eine Linienführung über die ČSSR vorgeschlagen. Die Benutzung der Luftkorridore nach Berlin (West) erfordere die Zustimmung der drei

Westmächte. Heinemann stellt fest, daß die UdSSR mit ihrer Maximalforderung vor allem politische Zielsetzungen wie die „Ausstroknung“ von Berlin (West), Einwirkungsmöglichkeiten auf die Luftkorridore und die Aufwertung der DDR verfolge.

- 213** 05.07. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 838
- Zarapkin übermittelt die sowjetische Antwort auf das Memorandum der Bundesregierung vom 9. April 1968 über einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Duckwitz bedauert, daß das sowjetische Aide-mémoire polemisch gehalten sei und die Argumente der Bundesregierung ignoriert würden. Im einzelnen weist der Staatssekretär eine Reihe von Behauptungen im sowjetischen Aide-mémoire zurück, wie die These von angeblichen Gebietsansprüchen der Bundesrepublik an die ČSSR oder vom Streben der Bundesrepublik nach Atomwaffenbesitz. Duckwitz kündigt eine sorgfältige Prüfung des Aide-mémoires an.
- 214** 05.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mertes S. 842
- Mertes erörtert den Zusammenhang von Nichtverbreitungsabkommen, Entspannungspolitik der Bundesrepublik und sowjetischer Deutschlandpolitik. Mit einem Beitritt der Bundesrepublik zum Nichtverbreitungsabkommen und dem damit verbundenen Verzicht auf eine nukleare Option auch gegenüber der UdSSR hätte die sowjetische Politik eines ihrer Grundziele erreicht. Es sei jedoch nicht anzunehmen, daß die UdSSR deshalb von ihren weiteren deutschlandpolitischen Forderungen abgehen werde. Die amerikanische Nichtverbreitungsideologie sei für die UdSSR fremd, politisch aber sehr hilfreich. Im Falle eines Beitritts zum Nichtverbreitungsabkommen müsse die Bundesrepublik deshalb vor der Weltöffentlichkeit klarstellen, daß dieser Schritt ihren Vorstellungen und Zielen in Fragen der Entspannungspolitik, des europäischen Sicherheitssystems und einer europäischen Friedensordnung nicht zuwiderlaufen dürfe.
- 215** 05.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 845
- Sahn nimmt Stellung zu Berichten des Generalkonsuls von Heyden, Hongkong, über den Besuch des Vorstandsmitglieds der Degussa, Furler, in der Volksrepublik China. Er teilt die Ansicht von Heyden, daß an der von Furler vorgeschlagenen Formalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik aus politischen Gründen keine der beiden Regierungen Interesse habe. Schließlich warnt Sahn vor der Vorstellung, durch das Ausspielen der chinesischen Karte Eindruck auf die UdSSR machen zu können.

-
- 216** 05.07. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 848
- Blankenhorn teilt mit, daß das britische Interesse an einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich deutlich geringer geworden sei. Im britischen Außenministerium werde insbesondere auf die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber diesem Konzept verwiesen. Großbritannien teile allerdings nicht die Besorgnis der Bundesrepublik, daß eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich die Gefahr amerikanischer Truppenabzüge verstärke. Nach Ansicht des Botschafters ist das Nachlassen des britischen Engagements bei europapolitischen Projekten auch auf das vorläufige Scheitern des EG-Beitritts zurückzuführen.
- 217** 08.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bock S. 850
- Bock berichtet über ein Gespräch mit dem irischen Außenminister in Frankfurt/Main. Im Hinblick auf eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik wies Bock auf die entscheidende Rolle der amerikanischen Interpretationen hin. Aiken betonte, eine schnelle Entscheidung der Bundesregierung sei wichtig, da ein „Vakuum abwartenden Schweigens“ der Propaganda der UdSSR, der DDR und Polens die „willkommene Waffe“ gegen die Entspannungspolitik liefere. Zum Thema der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften erwähnte Bock die Möglichkeit eines Arrangements ähnlich der Europäischen Zahlungsunion der fünfziger Jahre, um so die französischen Widerstände gegen einen Beitritt Großbritanniens zu überwinden.
- 218** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 855
- Sahm legt Entwürfe für eine vorläufige Neuregelung des Zivilverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vor. Der Vorschlag zur Errichtung einer paritätischen Kommission aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR sei so gestaltet, daß die Viermächteverantwortung für Berlin als Ganzes erhalten bleibe, eine Anerkennung der DDR nicht impliziert und die bisherige Rechtsgrundlage des Berlinzugangs nicht beeinträchtigt werde.
- 219** 09.07. Runderlaß des Ministerialdirektors Frank S. 858
- Frank unterrichtet über die politischen Konsultationen auf der WEU-Ministerratstagung am 8./9. Juli 1968 in Bonn. In der Diskussion über eine europäische Friedensordnung stimmten die Teilnehmer weitgehend überein, daß sich die westeuropäischen Staaten auf die Intensivierung der bilateralen Kontakte mit den osteuropäischen Staaten konzentrieren sollten. Die Ostpolitik der Bundesregierung fand Unterstützung. Alle WEU-Staaten außer Frankreich erklärten die Absicht, dem Nichtverbreitungsabkommen beizutreten. Das Abkommen sei mit dem NATO-Vertrag und dem weiteren Fortgang der europäischen

- 223** 17.07 Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 875

Heipertz gibt Eindrücke des Vorsitzenden der FDP, Scheel, aus Gesprächen mit dem tschechoslowakischen Außenminister Hájek und dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, Pelikán, in Prag wieder. Hájek habe einer Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ebenso Bedeutung beigemessen wie einer Erklärung, daß das Münchener Abkommen von 1938 ex tunc ungültig sei. Dagegen habe Pelikán mehr Verständnis für die Position der Bundesregierung gezeigt. Im Gespräch mit einem Angehörigen der Handelsvertretung der Bundesrepublik habe der stellvertretende Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, die Erwartung geäußert, daß in einer Erklärung der Bundesrepublik zum Münchener Abkommen deutlich werden müsse, daß sie sich nicht allein wegen des verlorenen Krieges distanzieren. Die Unrechtmäßigkeit des Abkommens „mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“ müsse eindeutig zum Ausdruck kommen.

- 224** 18.07. Aufzeichnung des Referats II A 1 S. 879

Referat II A 1 stellt mögliche Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr zusammen. Die Gegenaktionen sollten „möglichst konkret und adäquat“ sein und nicht im Widerspruch zur Entspannungspolitik der Bundesregierung stehen. Da die Bundesrepublik ihre Position in Berlin (West) nur mit Hilfe der drei Westmächte halten könne, müsse sie auch selbst eine feste Haltung zeigen. Dargelegt werden dann die Reaktionen, die bereits erfolgt seien, sowie Maßnahmen, die sich im Stadium der Ausführung befänden, wie etwa die Verschärfung der TTD-Richtlinien oder der Versuch, die Tätigkeit der DDR-Vertretungen im Ausland einzuschränken. Beschlossen sei darüber hinaus ein Verbot politischer Werbung für die DDR-Büros in NATO-Staaten. Allerdings habe das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Bedenken dagegen angemeldet, den Interzonenhandelsbüros der DDR in der Bundesrepublik Beschränkungen aufzuerlegen.

- 225** 18.07. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 890

Lilienfeld berichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Eugene Rostow bezeichnete die Entwicklung in der ČSSR als „das Wichtigste, was seit dem Kriege in Europa geschehen sei“. Ein militärisches Eingreifen der UdSSR würde katastrophale Folgen für das Ost-West-Verhältnis haben und das Ende der Entspannungspolitik mit sich bringen. Dies sei der sowjetischen Regierung auch mitgeteilt worden. Allerdings könnten die USA im Falle einer sowjetischen Intervention kaum wirksam reagieren, da die ČSSR

Teil der sowjetischen Einflußsphäre sei. Gebe die UdSSR den tschechoslowakischen Reformbestrebungen nach, würde dies „das Ende der imperialistischen Ära“ bedeuten.

- 226** 19.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden S. 892

Staden warnt davor, daß der für Europa lebenswichtige Bereich der Mittelstreckenwaffen ausgespart werde, falls es zu sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über die Kontrolle interkontinentaler Waffen und über eine gegenseitige Truppenverminderung komme. Es sei eine sehr bedenkliche Entwicklung, wenn über europäische Sicherheit und Entspannung gesprochen werde, ohne die Mittelstreckenwaffen miteinzubeziehen.

- 227** 20.07. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Brüssel S. 893

Im Gegensatz zu Brandt sieht Debré keinen engen Zusammenhang zwischen Erweiterung der Mitgliedschaft und innerem Ausbau der Europäischen Gemeinschaften. Er erklärt, daß das von der Bundesrepublik vorgeschlagene „Sonderarrangement“ für eine Kooperation mit Großbritannien außerhalb der EG einerseits und die politische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaften andererseits aus französischer Sicht getrennte Themen seien. Debré schlägt eine Prüfung vor, an welchen Regelungen die Mitgliedstaaten „unbedingt festhalten“ wollten, wenn es zur Erweiterung der Gemeinschaften käme. Frankreich nenne als Beispiel vor allem die gemeinsame Agrarpolitik. Zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Erklärung der EURATOM-Staaten herbeizuführen, wonach das Nichtverbreitungsabkommen den weiteren Fortgang der europäischen Einigung nicht präjudizieren dürfe, äußert sich Debré zurückhaltend. Dies könnte umgehend eine negative Reaktion der UdSSR zur Folge haben. Eine europäische Einigung, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führe, liege dagegen noch in weiter Ferne.

- 228** 21.07. Botschafter Schnippenkötter an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 902

Schnippenkötter übermittelt die Prioritätenliste für die Tagesordnung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Aus Sicht der Bundesrepublik sollte über den Abschluß nuklearer Bedrohung, die Begrenzung und Verminderung der Kernwaffenträger, die Beendigung der Produktion nuklearer Waffen, das Verbot der unterirdischen Atomtests und das Fernhalten der Kernwaffen vom Meeresboden gesprochen werden. Das Problem der europäischen Sicherheit sollte dagegen nicht Konferenzthema sein, da regionale Probleme unter Einbeziehung aller daran beteiligten Staaten behandelt werden müßten.

- 229** 21.07. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 905
- Allardt kommentiert die sowjetische Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der Situation in der ČSSR. Gelingt das tschechoslowakische Experiment eines demokratischen Kommunismus, könnten andere Ostblock-Staaten dem Beispiel folgen und damit die Führungsrolle der UdSSR in Frage stellen. Eine von nationalen Gesichtspunkten bestimmte Einschätzung des Sicherheitsbedürfnisses der Bündnispartner werde es der UdSSR erschweren, „die deutsche Gefahr“ als einigendes Element im Warschauer Pakt zu verwenden. Aus diesem Grunde sehe die sowjetische Regierung das Ziel der Entspannungspolitik der Bundesregierung darin, den Zusammenhalt des östlichen Bündnisses zu lockern. Da die UdSSR einer Lösung der deutschen Frage nur im Sinne einer „Pax Sovietica“ zustimmen könne, würden Vorleistungen nicht honoriert.
- 230** 23.07. Drahterlaß des Ministerialdirektors Harkort S. 909
- Harkort teilt mit, die Bundesrepublik unterstütze den Vorschlag der EG-Kommission, daß die EURATOM-Mitgliedstaaten bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens einen schriftlichen Vorbehalt einlegen sollten. Der Vorbehalt sei erforderlich, da die völkerrechtliche Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsabkommens, alles zu tun, um dessen Ratifikation herbeizuführen, im Falle der EURATOM-Staaten noch vom Abschluß eines Verifikationsabkommens mit der IAEO abhängen. Die Bundesregierung befürworte einen schriftlichen Vorbehalt, da er das gemeinsame Anliegen der EURATOM-Staaten in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck bringe.
- 231** 23.07. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 911
- Heipertz erörtert die Perspektiven des vereinbarten Treffens der Parteipräsidenten der KPdSU und der KPČ. Die ČSSR verfolge eine inhaltende Taktik, um eine „psychologisch-moralische“ Barriere gegen eine Intervention der UdSSR aufzubauen. Die Verlegung des für September 1968 geplanten Bundeswehrmanövers „Schwarzer Löwe“ im grenznahen Raum sei in Prag mit Erleichterung aufgenommen worden, da dies der UdSSR einen Vorwand für eine eventuelle Besetzung der tschechoslowakischen Westgrenze genommen habe. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die UdSSR den Druck weiter erhöhen werde, um die tschechoslowakische Bevölkerung zu Provokationen zu reizen.
- 232** 23.07. Ministerialdirigent Caspari an die Botschaft in Phnom Penh S. 916
- Caspari weist die Botschaft an, der kambodschanischen Regierung mitzuteilen, daß die protokollarische Rangerhöhung des dortigen Vertreters der DDR zum „repräsentant“ nichts an den Abmachungen der Bundesregierung mit Kambodscha geändert habe. Die Bundesrepublik hätte weiterhin kein Verständnis für

die Entsendung eines kambodschanischen Vertreters mit diplomatischem Status nach Ost-Berlin. Die erweiterte Erklärung vom 17. Juli 1968 zur Respektierung der kambodschanischen Grenzen solle als Zeichen des guten Willens der Bundesrepublik gewertet werden.

- 233** 24.07. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 918

Heipertz unterrichtet über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Šik führte aus, daß eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik für die technologische Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie entscheidend sei. Die Kooperation müsse aber wegen der Kritik aus dem sowjetischen Machtbereich möglichst geräuschlos vor sich gehen. Šik äußerte Interesse an Notenbankkrediten sowie an Schulungsangeboten im Bereich Marketing und Export.

- 234** 26.07. Vermerk des Bundesministers Brandt S. 920

Brandt nimmt Stellung zur Einleitung der Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 18. Juli 1968 über Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr. Auseinandersetzungen dieser Art mit der DDR könnten nicht „auf deutscher Ebene“ ausgetragen werden, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben sollten. Der Bundesminister resümiert, daß alle Planungen im Vorfeld des Baus der Berliner Mauer 1961 und der jüngsten Einführung des Visazwangs „für die Katz“ gewesen seien. Praktikable Schritte und keine „Scheinmaßnahmen“ seien vonnöten, wenn eine tatsächlich feste westliche Position erreicht werden solle.

- 235** 26.07. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 921

Knappstein faßt ein Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister am 22. Juli 1968 zusammen. Rusk rechnete mit weiteren Auseinandersetzungen im amerikanischen Senat über Truppenreduzierungen in Europa und bezeichnete die Beibehaltung der bisherigen Truppenstärke trotz des Vietnam-Krieges und anderweitiger Verpflichtungen der USA als ein „Wunder“. Hinsichtlich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen versicherte er, daß nichts hinter den Kulissen vor sich gehe. Die aktuellen Gespräche über die Begrenzung der Kernwaffen seien schon aus budgetären Gründen notwendig.

- 236** 26.07. Botschafter Bassler, Djakarta, an das Auswärtige Amt S. 923

Bassler informiert über die Entscheidung der indonesischen Regierung, bis auf weiteres keine Vertretung in Ost-Berlin nach indischem Vorbild zu eröffnen. Er habe, auf entsprechende Anzeichen hin, der indonesischen Regierung mitgeteilt, daß die Eröffnung einer solchen Agentur für die DDR einen politischen

Erfolg zu einem für die Bundesrepublik besonders ungünstigen Zeitpunkt bedeuten würde. Mit Blick auf den gewünschten weiteren Ausbau der Beziehungen zur Bundesrepublik habe die indonesische Regierung daraufhin von dem Vorhaben Abstand genommen.

- 237** 29.07. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 924
- Sachs informiert über die Koordinierungssitzung der EG-Mitgliedstaaten zur Frage eines Vorbehalts der EURATOM-Mitglieder bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens. Die fünf nichtnuklearen Mitgliedstaaten der EURATOM seien sich einig, daß die Ratifikation bis zu einem befriedigendem Abschluß der Verhandlungen mit der IAEO über ein Verifikationsabkommen zurückgestellt werden müsse. In der Frage der Form eines derartigen Vorbehalts zogen die Benelux-Staaten und Italien der von der Bundesregierung gewünschten schriftlichen Erklärung eine entsprechende Verlautbarung in den Hauptstädten vor. Ferner ergab sich, daß mit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Benelux-Staaten und Italien noch vor Beginn der Konferenz der Nichtnuklearstaaten am 29. August 1968 zu rechnen sei.
- 238** 30.07. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger S. 928
- Brandt beantwortet eine Anfrage des Bundeskanzlers zur Verlautbarung des SPD-Präsidiiums, wonach die Friedenspolitik der Bundesregierung durch Angriffe auch aus der CDU/CSU auf den Außenminister gefährdet sei. Insbesondere Mitglieder des Bundeskabinetts müßten sich an das Regierungsprogramm halten. Der Bundesminister verwahrt sich gegen polemische Äußerungen gegen seine Person von seiten der CDU/CSU und der diesen Parteien nahestehenden Presse und weist auf die nachteilige Wirkung öffentlicher Stellungnahmen wie der CSU-Empfehlung zum Nichtverbreitungsabkommen oder der Distanzierung des Bundesministers Schröder von der Entspannungspolitik hin. Eine derartige Revision des Regierungsprogramms „auf kaltem Wege“ dürfe nicht zugelassen werden.
- 239** 31.07. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarpkin S. 930
- Duckwitz protestiert gegen Äußerungen in der sowjetischen Presse über die Haltung der Bundesrepublik zur Entwicklung in der ČSSR. Zarpkin weist den Protest zurück und bezeichnet seinerseits die Berichterstattung in der Presse der Bundesrepublik als Einmischung in tschechoslowakische Angelegenheiten. Insbesondere verweist er auf das geplante Manöver „Schwarzer Löwe“ und die verstärkten Reisen von Politikern aus der Bundesrepublik in die ČSSR. Die Ereignisse dort könnten nicht Gesprächsgegenstand zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sein.

- 240** 31.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 934
- Gegen die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr vom 27. Juni 1968 zur europäischen Sicherheit wendet Sahn ein, daß „das letzte politische Ziel“ der drei dort vorgestellten Modelle für ein europäisches Sicherheitssystem unklar bleibe. Wichtig sei insbesondere eine Antwort auf die Frage, ob sich Europa im Rahmen eines solchen Systems Kontrollen unterwerfen würde, durch die es einen Minderstatus erhalte. Ferner werde nicht deutlich, ob die europäische Sicherheit gegen Angreifer innerhalb von Europa oder gegen Angriffe einer außereuropäischen Macht wirksam werden solle. Sahn vertritt die Auffassung, daß in einer europäischen Friedensordnung „jede Sicherheit gewährleistet“ sein müsse. Er teilt nicht die Skepsis von Bahr gegenüber einer übergeordneten Sicherheitsorganisation auf der Basis bestehender Bündnissysteme. Schließlich stellt Sahn zur Diskussion, warum Bahr im Falle des Fortbestehens der Bündnisse eine Aufwertung der DDR ablehne. Die Konzeption eines Sicherheitssystems gleichberechtigter europäischer Staaten, die er als optimales Modell betrachte, impliziere dagegen die sofortige Anerkennung der DDR.
- 241** 31.07. Runderlaß des Ministerialdirigenten von Staden S. 935
- Staden informiert über die EG-Ministerratstagung vom Vortag. Staatssekretär Duckwitz habe gefordert, daß hinsichtlich eines handelspolitischen Arrangements mit den beitriftwilligen Staaten sowie der Weiterbehandlung der gemeinsamen technischen Forschung bald konkrete Ergebnisse erzielt werden müßten. Die abschließenden Mandate an die EG-Kommission zu Verhandlungen über eine Teil-Assoziierung mit Marokko und Tunesien seien verabschiedet worden. Der niederländische Außenminister Luns habe aber gleichzeitige Fortschritte bei der Behandlung des israelischen Assoziierungsantrags angemahnt. Auf Wunsch der Bundesrepublik habe der Rat zudem die Kommission ermächtigt, in Verhandlungen mit Malta über einen gegenseitigen Zollabbau einzutreten. Weiterhin wurde beschlossen, das Verfahren zur Assoziierung der Türkei voranzutreiben.
- 242** 01.08. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 941
italienischen Außenminister Medici
- Brandt und Medici stimmen überein, daß Fortschritte hinsichtlich des britischen EG-Beitritts noch im laufenden Jahr erzielt werden sollten. Dabei könne an ein handelspolitisches Arrangement, an eine Ausweitung der technologischen Zusammenarbeit oder eine Intensivierung der politischen Konsultation innerhalb der WEU gedacht werden. Medici teilt mit, daß Italien das Nichtverbreitungsabkommen unterzeichnen werde, allerdings gleichzeitig einige Erklärungen dazu abgeben wolle. Um eine bessere nukleare Zusammenarbeit zu erwirken und die Aussicht auf einen nuklearen Status für Europa zu wahren, sollte die Schaffung eines europäischen Kernbrennstoffzentrums geprüft werden. Da die deutsch-italienischen Beziehun-

gen seiner Ansicht nach einen zu formellen Charakter hätten, regt der italienische Außenminister eine Initiative zur bilateralen kulturellen oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit an.

- 243** 02.08. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 955

Allardt berichtet über seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister am Vortag, bei dem die gegensätzlichen Standpunkte erörtert wurden. Der Botschafter bedauerte, daß der von der Bundesregierung gezeigte Wille zur Zusammenarbeit nicht honoriert und statt dessen „totale Unterwerfung“ verlangt werde. Gromyko wandte ein, daß die Kernfrage die der europäischen Grenzen sei. Sie sei eine „Frage von Krieg und Frieden“. Die Bundesrepublik könne nicht gleichzeitig versuchen, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, und sich weiterhin weigern, die DDR anzuerkennen. Ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten über einen gegenseitigen Gewaltverzicht sei nur möglich, wenn dies mit der DDR auf gleicher Grundlage zustande käme. Die UdSSR sei jedoch bereit, den Dialog fortzusetzen. Es zeichne sich „ein heller Streifen am Horizont“ ab. Trotz positiver Aspekte bewertet Allardt die Unterredung mit großer Zurückhaltung.

- 244** 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 963

Bahr befaßt sich mit der Stellungnahme des Ministerialdirigenten Sahn vom 31. Juli 1968 zur Aufzeichnung vom 27. Juni 1968 über die europäische Sicherheit. Er weist darauf hin, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur denkbar sei, wenn durch Sondervereinbarungen sichergestellt werde, daß weder die UdSSR noch die USA die Herrschaft über ganz Europa erlangen könnten. Als fundamentalen Irrtum bezeichnet Bahr die Auffassung, daß eine Friedensordnung „jede Sicherheit“ gewährleisten könne. Eine Konzeption, die eine Sicherheitsvereinbarung zwischen Ost und West vorsehe und in der die Bündnisse „tragende Pfeiler“ eines Sicherheitssystems sein sollten, berge die Gefahr, einen Minderstatus für Europa zu institutionalisieren. Sie führe zu einer Aufwertung der DDR, ohne Fortschritte zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu bringen. Demgegenüber gehe das von ihm vorgeschlagene System gleichberechtigter europäischer Staaten davon aus, daß die sowjetischen Truppen aus der DDR zurückgezogen würden und die Wiedervereinigung ausschließlich eine Angelegenheit der Deutschen werde. Dafür aber sei die Anerkennung der DDR unerlässlich.

- 245** 06.08. Ministerialdirektor Bahr an Bundesminister Brandt,
z. Z. Hamar S. 967

Bahr informiert den Bundesminister über die jüngsten außen- und parteipolitischen Entwicklungen. Nach der Erklärung von Bratislava (Preßburg) werde die ČSSR keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik mehr aufnehmen können. Außenpolitischer Spielraum sei für sie nur noch durch eine „im Blocksinn keimfreie Erledigung“ des Münchener Abkommens

von 1938 zu gewinnen. Bahr regt eine Weisung an Staatssekretär Duckwitz an, um eine Fortsetzung der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in die Wege zu leiten. Zu Biafra teilt er mit, daß die emotionale Reaktion in der Bundesrepublik auf die Hungersnot unterschätzt worden sei. Dem nachzugeben, sei aber „falsch im Interesse der deutschen Außenpolitik“. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, habe sich für substantielle Abrüstungsvorschläge der Bundesregierung ausgesprochen.

- 246** 06.08. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 973

Heipertz übermittelt Hintergrundinformationen zur Erklärung von Bratislava (Preßburg). Die vorliegende Fassung, insbesondere der Deutschland-Passus, gehe auf massives Drängen des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, zurück. In der tschechoslowakischen Führung werde die Erklärung dahingehend bewertet, daß die ČSSR nicht zu Änderungen in ihrer Außen- und Innenpolitik verpflichtet sei. Heipertz teilt diese optimistische Einschätzung nicht.

- 247** 08.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 976

Ruete faßt ein Gespräch mit den Gesandten der Drei Mächte, de Commines, Fessenden und Laskey, über den Entwurf der Bundesrepublik für eine Erklärung der Drei Mächte über das Verhältnis des Landes Berlin zur Bundesrepublik zusammen. Er habe erläutert, daß die Erklärung die kodifizierten und gewohnheitsrechtlichen Grundlagen der Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik verdeutlichen solle. Auf den Einwand, daß eine solche Erklärung kaum zu Änderungen in der sowjetischen Haltung führen würde, habe er entgegnet, daß eine rechtliche Klarstellung die Möglichkeit böte, sowjetische Mißverständnisse über die Solidarität zwischen der Bundesrepublik und ihren Alliierten auszuräumen. Vielleicht könne die UdSSR die Erklärung auch als Mittel zur Mäßigung der aggressiven Berlin-Politik der DDR nutzen.

- 248** 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden S. 978

Staden befaßt sich mit der Frage, ob die Antwort auf die Notifizierung der UdSSR über die bislang erfolgten Unterzeichnungen des Astronauten-Bergungsabkommens vom 22. April 1968, unter denen sich auch diejenige der DDR befinde, einen ausdrücklichen Hinweis auf das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik enthalten solle. Dies sei in der entsprechenden Note zum Weltraumabkommen vom 27. Januar 1967 der Fall gewesen. Trotz der zwischenzeitlichen Verhärtung im Gespräch zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR schlägt Staden vor, auf eine Erwähnung des Alleinvertretungsrechts in der Note zum Astronautenbergungsabkommen zu verzichten.

- 249** 09.08. **Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt** S. 981
- Oncken informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Situation an den tschechoslowakischen Grenzen. Der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, teilte mit, daß die Truppenkonzentration des Warschauer Pakts weiter fortbestehe. Oncken erklärte dazu, daß dies bei der Diskussion über ein- oder beiderseitige Truppenreduzierungen berücksichtigt werden müsse. Der Rat kam überein, auch weiterhin gegenüber der Entwicklung in der ČSSR strikte Zurückhaltung zu üben.
- 250** 09.08. **Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Rom** S. 983
- Ruete teilt mit, daß die niederländische und die belgische Regierung über den Wunsch der Bundesrepublik erstaunt seien, eine gleichzeitige Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Benelux-Staaten und Italien zu vermeiden. Ruete bittet, die italienische Regierung auf die Befürchtung der Bundesregierung hinzuweisen, daß eine solche Form der Unterzeichnung durch die übrigen EURATOM-Staaten den Eindruck erwecken könne, als ob eine Spitze gegen die Bundesrepublik beabsichtigt sei.
- 251** 10.08. **Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar, an Bundeskanzler Kiesinger** S. 985
- Brandt regt eine Klärung der Position der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen noch vor der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf am 29. August 1968 an. Angesichts der Bereitschaft der anderen nichtnuklearen EURATOM-Staaten, das Abkommen bereits vorher zu unterzeichnen, bestehe die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik. Der Bundesminister schlägt vor, die grundsätzlich positive Haltung zu bekräftigen und die Teile des Vertragstexts, mit denen die Bundesregierung einverstanden sei, hervorzuheben. Die noch strittigen Punkte könnten dann im Licht der Genfer Ergebnisse geklärt werden.
- 252** 10.08. **Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar, an Ministerialdirektor Bahr** S. 987
- Brandt nimmt Stellung zum Schreiben von Bahr vom 6. August 1968. Er teilt mit, daß mit Staatssekretär Duckwitz über eine Weisung zur Fortsetzung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR gesprochen werde. Die Hilfsmaßnahmen für Biafra sollten nicht nur das humanitäre, sondern auch das moralische Engagement der Bundesregierung deutlich machen. Zum Drängen des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, auf substantielle Abrüstungsvorschläge äußert der Bundesminister Zweifel, ob es richtig sei, zu viel Neuland zu betreten. Hinsichtlich der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens wäre es zwar besser, bereits mit einer positiven Kabinettsentscheidung zur bevorstehenden Kon-

- 256** 19.08. Ministerialdirektor Bahr an Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar S. 1005

In Erwidernng des Schreibens von Brandt vom 10. August 1968 regt Bahr an, auf das Angebot der KPČ zur Herstellung offizieller Parteikontakte mit dem Vorschlag eines Treffens zwischen dem SPD-Vorsitzenden Brandt und dem Vorsitzenden der KPČ, Dubček, zu reagieren. Überhaupt sei zu erwägen, sich mehr um die Entwicklung der faktischen Beziehungen zur ČSSR zu kümmern. Das bilaterale Verhältnis sei so vertrauensvoll, daß es auch durch Botschafter kaum zu verbessern sei. Bahr schildert sodann die weitere Behandlung seiner Aufzeichnung vom 27. Juni 1968 zur europäischen Sicherheit. Damit habe der Planungsstab „eine politische Waffe großen Kalibers“ geschmiedet, welche die Bundesregierung in die Lage versetzen werde, ein geschlossenes, unverwechselbares Konzept von Abrüstung, Sicherheit und Entspannung vorzulegen.

- 257** 19.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1011

Ruete analysiert Äußerungen des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht sowie des Außenministers Winzer zur Entspannungspolitik. Positiv zu vermerken sei die Bereitschaft der DDR zu Gesprächen mit der Bundesrepublik auch ohne die Vorbedingung einer völkerrechtlichen Anerkennung. Der Vorschlag zu Verhandlungen zwischen den Wirtschaftsministern sei letztlich der einzige konkrete Ansatzpunkt für Gespräche, da das Deutschlandkonzept der SED unverändert sei. Die Bereitschaft zu Verhandlungen werde weiterhin von der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesrepublik abhängig gemacht. Ruete empfiehlt, eine völlig ablehnende Reaktion zu vermeiden. Jedoch dürften Gespräche in Teilbereichen der DDR keine materiellen Vorteile bieten, ohne daß das gesamtdeutsche Anliegen gefördert würde.

- 258** 20.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1015

Frank kommentiert den französischen Vorschlag, Expertengespräche über die Auswirkungen eines eventuellen EG-Beitritts Großbritanniens abzuhalten. Die Bundesrepublik könne sich durch solche Beratungen in Einzelfragen nicht für die Zukunft binden. Auch wären derartige Gespräche nur sinnvoll, wenn gleichzeitig Zwischenmaßnahmen wie ein handelspolitisches Arrangement die Voraussetzungen für einen britischen EG-Beitritt verbessern würden. Frank schlägt vor, zunächst die italienische Regierung zu konsultieren und ihr mitzuteilen, daß die Bundesrepublik auf der Teilnahme der EG-Kommission an Expertengesprächen ebenso bestehen werde wie auf der gleichzeitigen Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien über ein handelspolitisches Arrangement.

- 259** 20.08. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 1019
- Rouget berichtet über unterschiedliche Positionen im tschechoslowakischen Außenministerium gegenüber der Bundesrepublik. Außenminister Hájek wolle den Eindruck vermeiden, daß Bereitschaft zu Gesprächen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft bestünde. Der stellvertretende Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, halte es für notwendig, mit Rücksicht auf den Druck der DDR und der UdSSR die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vorsichtiger zu betreiben. Rezek habe zudem erläutert, daß es im Ministerium eine konservative Gruppe gebe, die dazu rate, die Beziehungen zur Bundesrepublik nur mit Blick auf den wirtschaftlichen Nutzen für die ČSSR zu fördern. Trotzdem rechne er im Herbst mit einer Aktivierung der tschechoslowakischen Deutschlandpolitik.
- 260** 20.08. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1021
- Ruete übermittelt Sprachregelungen für die Konsultation im Ständigen NATO-Rat über die bevorstehende Konferenz der Nichtnuklearstaaten. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß ein Vorschlag zum Verbot der Anwendung von Kernwaffen unterbreitet werde. Von seiten der Ostblock-Staaten werde vermutlich das Thema kernwaffenfreier Zonen vorgebracht werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts solle eine kernwaffenfreie Zone im Rahmen einer europäischen Friedensordnung befürwortet werden. Sie müßte allerdings auch den europäischen Teil der UdSSR einbeziehen. Besondere Bedeutung messe die Bundesregierung schließlich einer Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei, wobei vor allem der möglichst freie Austausch von Material und Informationen wichtig sei.
- 261** 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1027
- Ruete faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger über die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR zusammen. Fessenden bat, die Bundeswehr aus dem Grenzgebiet zur ČSSR zurückzuziehen und die amerikanische Regierung laufend über die Lage an den Grenzen der Bundesrepublik zur ČSSR bzw. an der Demarkationslinie zur DDR zu informieren.
- 262** 21.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 1029
- Cabot Lodge unterrichtet über die amerikanische Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der UdSSR sei mitgeteilt worden, daß die amerikanische Regierung die Bezugnahme in der sowjetischen Erklärung auf ein Hilfersuchen der tschechoslowakischen Regierung sowie auf Umsturzversuche von außen nicht verstehe. Der Bundeskanz-

ler hebt die Zurückhaltung der Bundesrepublik hervor. Nicht das Streben nach größerer Unabhängigkeit, wie es auch Rumänien zeige, sei der Hauptgrund für das sowjetische Eingreifen gewesen, sondern die ideologische Entwicklung in der ČSSR.

- 263** 21.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1032
- Zarapkin übergibt eine Erklärung zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der Bundeskanzler weist auf den Widerspruch zwischen der Feststellung in der Erklärung, daß die tschechoslowakische Regierung die UdSSR um Hilfe gebeten habe, und den Nachrichten aus Prag hin, nach denen die Intervention gegen den Willen der ČSSR erfolgt sei. Ausdrücklich verweist Kiesinger darauf, daß sich die Bundesregierung besonders streng an das Prinzip der Nichteinmischung gehalten habe. Sie beabsichtige keine Verschlechterung ihrer Beziehungen zur UdSSR und hoffe, daß durch die Ereignisse der Frieden in Europa nicht gefährdet werde.
- 264** 21.08. Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1035
- Braun gibt Informationen des Generalsekretärs im französischen Außenministerium über die Reaktion der französischen Regierung auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR weiter. Alphanth vertritt die Ansicht, daß deswegen kein Atomkrieg riskiert werden könne; im UNO-Sicherheitsrat seien höchstens „platonische Erklärungen“ denkbar. Die Ereignisse würden allerdings Spannungen innerhalb der kommunistischen Parteien hervorrufen: Zum ersten Mal hätten sich die französischen und die italienischen Kommunisten von einer Aktion der UdSSR distanziert.
- 265** 23.08. Botschafter von Lilienfeld, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1037
- Lilienfeld unterrichtet über ein Gespräch mit dem iranischen Ministerpräsidenten. Hoveyda bezeichnete die Beziehungen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik als problemlos. In den Bereichen der wirtschaftlichen Erschließung und der technischen Ausbildung gebe es große Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR verurteile der Iran scharf.
- 266** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1040
- Ruete befaßt sich mit den Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg. Bei einer Zusammenkunft der Teilnehmer aus den westlichen Staaten sei vereinbart worden, sich bis zum Eintreffen gegenteiliger Weisungen aus den nationalen Sportverbänden weiterhin an den Wettkämpfen zu beteiligen. Voraussetzung sei allerdings, daß es nicht zu Maßnahmen gegen die tschechoslowakischen Teilnehmer komme.

Im Hinblick auf eine Serie von Boykottmaßnahmen westlicher Staaten gegen Sportveranstaltungen in den „an der Aggression beteiligten Ländern“ empfiehlt Ruete jedoch eine Rückberufung der Mannschaft der Bundesrepublik.

- 267** 23.08. Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1042

Knoke unterrichtet über die israelische Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Insbesondere die Beteiligung der Nationalen Volksarmee am Einmarsch habe eine heftige Erregung zur Folge gehabt. Die israelische Regierung habe eine Erklärung abgegeben, in der eine „gesamtschuldnerische Haftung ‚der Deutschen‘ für das Ulbrichtsche Delikt“ begründet werde. Der Botschafter warnt vor negativen Rückwirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Politik der Bundesregierung in Israel, falls in der gegenwärtigen Situation der Gedanke einer Aufnahme von Gesprächen mit der DDR auf Ministerebene weiterverfolgt werde.

- 268** 23.08. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1044

Oncken berichtet über das Ergebnis der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der Militärausschuß wurde aufgefordert, eine Studie zu den Auswirkungen der Veränderungen auf das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt zu erstellen. Die Politik der NATO müsse insgesamt überprüft werden, solle aber weiter auf den beiden Bestandteilen Sicherheit und Entspannung beruhen. Der amerikanische Botschafter Cleveland vertrat die These, die Welt müsse künftig davon ausgehen, daß die UdSSR es als „innere Angelegenheit“ betrachte, die Kontrolle im Warschauer Pakt aufrechtzuerhalten.

- 269** 26.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1047

Ruete faßt ein Gespräch mit dem britischen Gesandten über die Lieferung von U-Booten an Griechenland und Argentinien zusammen. Er habe Laskey erklärt, daß der WEU-Vertrag zwar eine Höchsttonnage für in der Bundesrepublik gebaute U-Boote vorsehe. Bei der Lieferung an Argentinien gehe es aber lediglich um U-Boot-Teile zum dortigen Zusammenbau. Die Bundesregierung betrachte sich daher nicht als verpflichtet, bei der WEU eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen.

- 270** 26.08. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1048

Grewe berichtet über die Aussprache im Ständigen NATO-Rat zur Situation in der ČSSR. Nach Ansicht des Militärausschusses der NATO habe die Westverlagerung der sowjetischen Streitkräfte infolge der Intervention in der ČSSR die Offensivkraft des Warschauer Paktes verstärkt. NATO-Generalsekretär Brosio zog aus der Verteilung der sowjetischen Truppen jedoch den Schluß, daß die Bedrohung nicht gegen die NATO gerichtet sei.

Grewe hielt dem entgegen, daß die militärische Gewichtsverlagerung der UdSSR nach Westen hin eine Tatsache von politischer Bedeutung sei. Die Streitkräfte des Warschauer Pakts seien besser vorbereitet für „Angriffe aus dem Stand“ und hätten insgesamt einen höheren Einsatzgrad erreicht.

- 271** 27.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg S. 1051
- Hardenberg drängt auf einen möglichst raschen Beschluß der Bundesregierung gegen eine Teilnahme politischer Persönlichkeiten an der Leipziger Herbstmesse. Es bestünden Bestrebungen im NATO-Rat, die Kontakte zu den an der Intervention in der ČSSR beteiligten Staaten einzuschränken. Die Bundesregierung könne die Verbündeten nur dann bitten, von Besuchen politischer Persönlichkeiten in Leipzig abzusehen, wenn sie deutlich mache, daß sie selbst zu einem solchen Vorgehen entschlossen sei.
- 272** 28.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1053
- Duckwitz weist darauf hin, daß in der öffentlichen Debatte um das Nichtverbreitungsabkommen die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es sei der Eindruck entstanden, daß damit der UdSSR ein Recht auf Gewaltanwendung gegen die Bundesrepublik eingeräumt werde. Dies sei nicht richtig und müsse in der Öffentlichkeit klargestellt werden. Ferner solle die UdSSR dazu gebracht werden, anzuerkennen, daß die Artikel obsolet seien. Eine Klärung dieser Frage zur Vorbedingung für die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens zu machen, hält Duckwitz jedoch für gefährlich, da dies eine neue Welle des Mißtrauens gegen die Bundesrepublik hervorrufen könne.
- 273** 28.08 Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1055
- Heipertz schildert die Situation in der ČSSR nach den Verhandlungen der tschechoslowakischen Regierung in Moskau vom 22. bis 26. August 1968. Die gesamte Arbeiterschaft wie auch alle Parteigremien der ČSSR stünden hinter der Regierung. Die Aufforderung des tschechoslowakischen Parlaments, mit den Warschauer-Pakt-Staaten über den Abzug ihrer Truppen aus der ČSSR zu verhandeln, habe die Einheit von Parteiführung, Regierung und Parlament deutlich gemacht. Damit seien die Versuche der UdSSR, ihre militärische Präsenz zu legitimieren, gescheitert. Heipertz schlägt eine „eindrucksvolle Erklärung“ des Europarats zur Unterstützung der ČSSR vor.
- 274** 29.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1058
- Frank nimmt Stellung zum britischen Vorschlag für eine Zusammenarbeit der Außen- und Wissenschaftsminister der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritanniens, um über eine Zusammenarbeit bei der Uran-Anreicherung mittels Gas-

ultrazentrifuge zu beraten. Vor einem Treffen seien noch weitere interne Beratungen sowie Konsultationen mit den Niederlanden erforderlich. Frank schlägt vor, die französische und die italienische Regierung zu unterrichten und das Projekt im Falle einer positiven Reaktion zum Kernstück der europäischen technologischen Zusammenarbeit zu machen.

- 275** 30.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 1061

Seydoux unterrichtet über die Haltung der französischen Regierung zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Außenminister Debré sei der Meinung, daß das sowjetische Vorgehen ein „Verkehrsunfall“ gewesen sei. Allerdings bestehe kein Grund, „den ganzen Verkehr zu blockieren“. Kiesinger vertritt die Auffassung, daß die UdSSR vor allem ihr europäisches Imperium habe konsolidieren wollen. Die ČSSR sei zu schnell zu weit gegangen. Das von ihm vorgeschlagene NATO-Gipfeltreffen solle die Präsenz der NATO unterstreichen und die Moral der westlichen Staaten stärken. Gleichzeitig müsse der Entspannungskurs fortgesetzt werden.

- 276** 30.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl S. 1067

Kastl berichtet von einem Gespräch mit den Vertretern des tschechoslowakischen Außenministeriums bei der Handelsvertretung der ČSSR in Frankfurt. Šimaček und Kadnar sprachen sich für eine Fortsetzung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Pakts aus. Sie baten, über etwaige Fortschritte informiert zu werden, da die ČSSR in nächster Zeit von den übrigen kommunistischen Staaten vermutlich nicht umfassend konsultiert werde. In den Verlautbarungen zum 30. Jahrestag des Münchener Abkommens solle die Bundesregierung Parallelen mit dem Moskauer Kommuniqué vom 27. August 1968 betonen. Šimaček und Kadnar rechneten damit, daß die ČSSR künftig gezwungen sein werde, sich energisch gegen „revanchistische und neonazistische“ Vorgänge in der Bundesrepublik zu äußern.

- 277** 02.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1069

Zarapkin überbringt eine Botschaft der sowjetischen Regierung. Kiesinger betont nachdrücklich, daß sich die Bundesregierung gegenüber der ČSSR abwartend verhalten habe und keineswegs auf eine Spaltung des sozialistischen Lagers hinarbeite. Dies wäre „eine politische Torheit ersten Ranges“, zumal die Bundesrepublik mit Blick auf die angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands die Zusammenarbeit mit der UdSSR brauche. Der Bundeskanzler bekräftigt auch die Bereitschaft, mit Polen über die Frage der Oder-Neiße-Linie zu sprechen, und weist den Vorwurf zurück, die Bundesregierung wolle die Grenzen in Europa ändern. Die NATO bezeichnet er als „leidige Notwendigkeit“ angesichts der Lage in der Welt. Zarapkin hält den Ausführungen des Bun-

deskanzlers entgegen, daß es sehr wohl gegen die UdSSR und andere sozialistische Länder gerichtete Aktionen von seiten der Bundesrepublik gegeben habe. Auch die DDR sei Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft. Moskau werde nicht erlauben, daß ein Glied aus dieser Gemeinschaft herausgebrochen werde.

- 278** 03.09. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt, S. 1077
z. Z. Genf

Lahr bittet um Weisung, ob er einer Einladung zur Messe in Brünn Folge leisten solle. Einerseits werde ein Besuch offensichtlich von der tschechoslowakischen Regierung gewünscht und würde das Interesse der Bundesrepublik an einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen unterstreichen. Andererseits könnte die Teilnahme eines hochrangigen Beamten in der gegenwärtigen Lage von der UdSSR propagandistisch gegen die Bundesrepublik und die ČSSR ausgenutzt werden.

- 279** 04.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1079
italienischen Außenminister Medici in Genf

Die Minister stimmen überein, daß auf der kommenden EG-Ministerratstagung über die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien gesprochen werden solle, angesichts der französischen Haltung jedoch kaum Fortschritte zu erwarten seien. Brandt teilt mit, daß die Bundesrepublik für jede Form einer politischen Zusammenarbeit der Sechs mit Großbritannien offen sei. Sie würde aber den Rahmen schon bestehender Institutionen, etwa der WEU, vorziehen.

- 280** 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 1081
amerikanischen Botschafter Cabot Lodge

Kiesinger zeigt sich besorgt, daß mit der Intervention in der ČSSR „eine neue Phase sowjetischer imperialistischer Politik“ eingeleitet worden sein könnte. Dies könne sich in Versuchen, eine Lösung der Deutschland-Frage zu erzwingen, oder in neuen Schritten in Berlin niederschlagen. Es sei auch vorstellbar, daß die UdSSR die Bundesrepublik und ihre Verbündeten zu einer Änderung der Position im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands bewegen wolle. In dieser Frage könne nicht nachgegeben werden. Eine Konferenz der Regierungschefs der NATO sei wichtig, um eine Demonstration der Festigkeit des Westens zu geben. Möglicherweise hoffe Staatspräsident de Gaulle darauf, die Rolle eines Schiedsrichters zwischen der UdSSR einerseits und den USA oder der Bundesrepublik andererseits spielen zu können. Die zentrale Rolle falle aber gegenwärtig den USA zu, der sich die große Chance biete, ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit zu demonstrieren.

- 281** 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1089

Ruete nimmt Stellung zu Plänen für eine Ministerkonferenz der NATO, auf der die Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die NATO erörtert

andeuten, daß sie den Aufbau eines eigenen militärischen Führungsstabes erwäge, falls diese Erklärungen nicht zustande kämen. Dagegen sei ein Ausbau der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit wenig aussichtsreich.

- 285** 06.09. **Parlamentarischer Staatssekretär Jahn, z. Z. Ankara, an Bundesminister Brandt** S. 1099

Jahn faßt Gespräche des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Demirel zusammen. Kiesinger führte aus, die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe gezeigt, daß die Bundesrepublik mit sowjetischen Pressionen rechnen müsse. Deshalb sei eine Initiative wünschenswert, welche die Stärke der NATO unterstreiche, wie etwa die von ihm vorgeschlagene Konferenz der Regierungschefs der NATO. Auf dem Gebiet der europäischen Einigung sei ein neuer Impuls notwendig. Demirel vertrat die Auffassung, die Ereignisse in der ČSSR hätten bestätigt, daß sich in Europa seit dem Ende des Krieges nichts geändert habe. Die Aussichten auf eine europäische Einigung beurteilte er skeptisch. Sorge bereiteten der Einflußgewinn der UdSSR im Mittleren Osten und ihre Präsenz im Mittelmeer.

- 286** 07.09. **Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Paris** S. 1103

Brandt hebt die Entschlossenheit hervor, die Entspannungspolitik trotz der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR fortzusetzen. Allerdings müsse die Sicherheitspolitik überprüft werden. Auch sei die Bundesrepublik angesichts der sowjetischen Propaganda auf die Solidarität der Bündnispartner angewiesen. Brandt befürwortet eine außerplanmäßige Tagung der NATO-Außenminister sowie deutsch-französische Gespräche über die sich aus der Krise in der ČSSR ergebenden sicherheitspolitischen Fragen. Er hält zudem eine Erklärung einer Anzahl von NATO-Staaten für wünschenswert, für einige Jahre von der Möglichkeit einer Kündigung des Vertrags keinen Gebrauch zu machen. Debré erachtet ein Ministertreffen der NATO als wenig sinnvoll, erklärt sich aber zu deutsch-französischen Gesprächen über Sicherheitsfragen bereit.

- 287** 07.09. **Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Paris** S. 1108

Brandt warnt vor den Folgen eines weiteren Stillstands in der Frage des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaften. Debré entgegnet, daß die britischen und französischen Vorstellungen vom politischen Europa unvereinbar seien. Eine Erweiterung der Gemeinschaften könne nur erfolgen, wenn garantiert sei, daß ihre europäische Ausrichtung gewahrt bleibe. Der Bundesminister weist darauf hin, daß zumindest Vorschläge für eine Organisation der Zusammenarbeit in Europa vorgelegt werden sollten. Debré hebt als weitere Schwierigkeit eines britischen Beitritts hervor, daß Großbritannien die gemeinsame Landwirtschaftspolitik, wie Frankreich sie sich vorstelle, akzeptieren

müsse. Über handelspolitische Arrangements könne gesprochen werden, ohne allerdings die Beitrittsfrage zu präjudizieren. Abschließend bringt Brandt die Sorge um Berlin (West) zum Ausdruck, das stärker abgesichert und in das Weltgeschehen einbezogen werden müsse.

- 288** 07.09. Botschafter Allardt, Moskau, an Ministerialdirektor Ruete S. 1115

Allardt nimmt Stellung zu den Auswirkungen einer Entscheidung der Bundesregierung für oder gegen die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens. Eine Nichtunterzeichnung würde zwar zu einer Propagandakampagne der UdSSR gegen die Bundesrepublik führen, die bilateralen Beziehungen aber in der Substanz nicht verschlechtern. Eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik nur in Washington und London würde keine politische Entlastung mit sich bringen, da damit nur einer der Hauptforderungen der sowjetischen Deutschlandpolitik entsprochen werde. Sie würde von der UdSSR lediglich als Erfüllung einer Verpflichtung aus dem Potsdamer Abkommen von 1945 gewertet werden und alle weiteren Entspannungsschritte der Bundesrepublik im Sinne dieser „Erfüllungspolitik“ präjudizieren.

- 289** 10.09. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 1119

Brandt erklärt sich mit der von Rusk vorgeschlagenen NATO-Ministerratstagung Anfang Oktober 1968 einverstanden. Er teilt mit, daß er mit dem französischen Außenminister über die Zusammenarbeit in der westlichen Verteidigung gesprochen habe. Debré habe zugestimmt, daß im Rahmen der deutsch-französischen Studiengruppe über das durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR entstandene Sicherheitsproblem beraten werden solle. Damit könne über die französischen Absichten mehr Klarheit gewonnen werden, auch wenn es zweifelhaft sei, ob Frankreich dadurch wieder näher an die NATO heranrücke.

- 290** 10.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1121

Duckwitz faßt das Gespräch anläßlich der monatlichen Zusammenkunft mit den Botschaftern der Drei Mächte zusammen. Cabot Lodge, Jackling und François Seydoux versprachen eine baldige Stellungnahme zum Entwurf der Bundesrepublik für eine Erklärung der Drei Mächte über das Verhältnis von Berlin (West) zur Bundesrepublik. Auf die Bitte, die Kandidatur von Berlin (West) als Tagungsort für die Jahresversammlung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfond zu unterstützen, reagierten die Botschafter zurückhaltend. Duckwitz kündigte eine schriftliche Stellungnahme der Bundesregierung gegen die verstärkte Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen von 1945 sowie auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta durch die UdSSR an.

- 291** 10.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an S. 1124
das Auswärtige Amt

Stackelberg berichtet von einem Gespräch des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Birrenbach schilderte die Sorge in der Bundesrepublik über die wenig ermutigende europäische und atlantische Zusammenarbeit und über die offensive sowjetische Politik. Rusk gab der Hoffnung Ausdruck, daß es bald zu intensiven Konsultationen innerhalb der NATO über Schlußfolgerungen aus der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR kommen und daß es der Bundesrepublik gelingen werde, Frankreich zu einer stärkeren Mitarbeit im westlichen Bündnis zu bewegen. Er bekräftigte die amerikanische Bündnistreue und stellte fest, daß eine Intervention der UdSSR in der Bundesrepublik unter Berufung auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zum Krieg führen würde.

- 292** 10.09. Botschafter Böker, New York (UNO), an das S. 1128
Auswärtige Amt

Böker gibt Eindrücke aus einem Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, mit dem UNO-Generalsekretär wieder. U Thant hob die weltweit starke Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR hervor und erläuterte, daß er auf Wunsch der tschechoslowakischen Regierung von einer geplanten Reise nach Prag Abstand genommen habe. Er versicherte, daß sich aus Artikel 53 und 107 der UNO-Charta kein Interventionsrecht der ehemaligen Siegermächte in der Bundesrepublik ableiten ließe. Zur Lage in Biafra erklärte er, daß die UNO von Anfang an gegen eine Sezession von Staatsteilen gewesen sei, sich aber um humanitäre Hilfe bemühe.

- 293** 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1132

Bahr bezeichnet die These vom Fortbestehen Deutschlands als Ganzem sowie die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta als „Fiktionen“, die nicht nur den Handlungsspielraum der Bundesrepublik einengten, sondern sich auch negativ auf die Bewußtseinslage der Bevölkerung auswirkten. Der Zweite Weltkrieg sei beendet, und die noch ausstehenden Rechnungen müßten beglichen werden. Im Sinne einer neuen Standortbestimmung solle sich die Bundesrepublik dazu bekennen, kein Provisorium, sondern ein Staat mit allen Rechten zu sein. Daraus folge ein Friedensvertrag für zwei deutsche Staaten, wobei „die Rechte in und für Berlin“ unangetastet blieben. Dies würde auch die Komplexe „Potsdam“ und „Oder-Neiße-Linie“ als Spuk entlarven und politische Handlungsfreiheit mit sich bringen. Der Wille der Deutschen bzw. ihre Aufgabe, „wieder zusammenzukommen“, werde durch eine andere Rechtslage nicht verändert.

- 294** 11.09. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1134

Grewe informiert über ein Exposé des amerikanischen Botschafters bei der NATO zur Einschätzung der gegenwärtigen militärischen Situation in Europa. Danach habe die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf so „gravierenden Fehlurteilen“ beruht, daß sich die NATO die Frage stellen müsse, ob die eigenen Abschreckungskalkulationen zutreffend seien. Die Aktion sei nicht als Ausdruck neuer Expansions-tendenzen zu werten, sondern als Maßnahme zur Konsolidierung des sowjetischen Einflusbereichs. Cleveland habe deutlich gemacht, daß Reduzierungen der amerikanischen Truppen in Europa nicht zu befürchten seien, aber von den europäischen Bündnispartnern ein verstärkter Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit erwartet werde.

- 295** 11.09. Parlamentarischer Staatssekretär Jahn, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1138

Jahn faßt die Unterredungen des Bundeskanzlers mit Schah Reza Pahlevi und Ministerpräsident Hoveyda vom Vortrag zusammen. Die iranischen Gesprächspartner betonten die Bedeutung von Investitionen sowie der Ausbildung iranischer Führungskräfte durch die Bundesrepublik. Zur Verteidigungspolitik führte der Schah aus, daß der Iran nach dem Abzug der britischen Truppen vom Persischen Golf die Region notfalls allein kontrollieren müsse. Kiesinger erläuterte die außenpolitische Situation nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR und betonte, daß die Bundesregierung ihre Politik ohne Illusionen fortsetzen werde.

- 296** 12.09. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Brandt S. 1142

Allardt zieht eine Zwischenbilanz der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe bestätigt, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik ein Störfaktor für die sowjetische Bündnis- und Machtpolitik sei. Allardt plädiert dafür, den Dialog mit der UdSSR fortzusetzen. Er müsse aber auf einer Basis der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Interessenausgleichs geführt werden: Einseitige Vorleistungen würden die sowjetische Regierung nur in dem Glauben bestärken, in der Deutschlandpolitik „auf dem rechten Weg“ zu sein. Der Botschafter schlägt vor, das direkte Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko fortzusetzen.

- 297** 13.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1147

Stackelberg übermittelt eine Aufzeichnung des CDU-Abgeordneten Birrenbach über Gespräche mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, sowie dem Sonderberater des Präsidenten Johnson, Walt W. Rostow, in

Washington. Eugene Rostow habe betont, daß trotz der zurückhaltenden Reaktion der USA auf die Krise in der ČSSR an der Gültigkeit der amerikanischen Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag nicht zu zweifeln sei. Das Bündnis müsse allerdings gestärkt werden, und dies sei vor allem Aufgabe der Bundesrepublik. Walt W. Rostow habe mit Blick auf eine längerfristige Lösung des Devisenausgleichs eine Aufwertung der DM angeregt. Auch er habe größere Verteidigungsanstrengungen von den Europäern gefordert. Beide Gesprächspartner hätten versichert, daß ein Eingreifen der UdSSR in der Bundesrepublik unter Berufung auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta den Bündnisfall auslösen würde.

- 298** 15.09. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an Staatssekretär Duckwitz S. 1151
- Schnippenkötter berichtet über die Erörterung des Nichteinsatzes von Kernwaffen auf der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf. Dabei handele es sich um eine „negative“ Sicherheitsgarantie an die Nichtnuklearen als Kompensation für deren Kernwaffenverzicht. Sie bestünde im Verbot der Anwendung von Atomwaffen in einem bewaffneten Konflikt zwischen nuklearen und nichtnuklearen Staaten. Die amerikanische Regierung sei gegen jede derartige Einschränkung. Die UdSSR wolle diese Regelung nur auf die Unterzeichner des Nichtverbreitungsabkommens sowie auf Staaten anwenden, die keine Kernwaffen Dritter auf ihrem Territorium zulassen. Diese Formel werde von den NATO-Staaten abgelehnt, da die Möglichkeit zur nuklearen Verteidigung gegen konventionelle Angriffe in Europa unverzichtbar sei. Schnippenkötter schlägt die Vorbereitung einer Formel für den Nichteinsatz von Kernwaffen vor.
- 299** 16.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem japanischen Außenminister Miki S. 1155
- Kiesinger legt dar, daß auch nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR die Politik der Entspannung grundsätzlich fortgesetzt werden solle. Jedoch sei zu prüfen, ob sie sich bislang der richtigen Mittel bedient habe. Sein Vorschlag zur Einberufung einer NATO-Gipfelkonferenz solle der sowjetischen Regierung zeigen, daß die Bundesrepublik nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zu Gesprächen bereit sei. Miki verweist auf die komplexe politische und wirtschaftliche Situation in Asien. Werde keine Lösung für die dortige Armut gefunden, so entstünden bald ein zweites und drittes Vietnam. Deshalb sei eine verstärkte Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik willkommen.
- 300** 16.09. Bundesminister Brandt an Regierungsrat Preuss, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1160
- Zur Vorbereitung des Aufenthalts des Bundesministers Wischnewski vom 20. bis 23. September 1968 in der VAR übermittelt Brandt eine Aufzeichnung über die Lage im Nahen

Osten. Dazu führt er aus, daß sich die Positionen Israels und der arabischen Staaten seit dem Nahost-Krieg vom Juni 1967 kaum angenähert hätten. Daher seien die Aussichten für eine friedliche Lösung in absehbarer Zukunft sehr gering. Der starke sowjetische Einfluß auf die ägyptische Regierung verhindere eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VAR. Verhandlungen über konkrete Projekte der Entwicklungshilfe könnten erst nach der Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen geführt werden.

- 301** 16.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1162

Ruete äußert sich zu jugoslawischen Wiedergutmachungsfordernngen. Eine Erfüllung sei u. a. deshalb abzulehnen, weil Jugoslawien den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht anerkenne. Eine kompromißlose Ablehnung würde jedoch das bilaterale Verhältnis belasten und die Glaubwürdigkeit der Ostpolitik in Frage stellen. Ruete empfiehlt daher, der jugoslawischen Regierung wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, etwa in Form langfristiger Kredite. Diese könnten als „Friedensfonds“ oder „Entspannungsbeitrag“ bezeichnet werden. In einem Schreiben solle die Bundesregierung erklären, daß sie mittels dieser Kapitalhilfe die Beziehungen zu Jugoslawien von der Streitfrage der Wiedergutmachung befreien wolle.

- 302** 16.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an S. 1166
das Auswärtige Amt

Stackelberg berichtet über ein Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, mit dem amerikanischen Außenminister über die Themen atlantische Politik, Nichtverbreitungsabkommen, NPD und Europa-Politik. Rusk bedauerte die Zweifel an der amerikanischen Sicherheitsgarantie, die in der Bundesrepublik laut geworden seien. Es gebe kein sowjetisch-amerikanisches Einverständnis über Einflußsphären. Schmidt verwies auf das Nichtverbreitungsabkommen, das ein Beispiel für die Interessengemeinschaft zwischen USA und UdSSR darstelle. Rusk wandte ein, daß die Vermeidung eines Atomkrieges im Interesse aller sei. Er kündigte eine Erklärung zu Artikel 53 und 107 der UNO-Charta an, aus denen die UdSSR ein Recht auf militärische Intervention in der Bundesrepublik ableite.

- 303** 17.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 1170
amerikanischen Botschafter Cabot Lodge

Kiesinger bezeichnet die militärische Lage nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR als ernst. Cabot Lodge erläutert die amerikanische Auffassung, daß auf diese Bedrohung des westlichen Bündnisses eine Antwort gefunden werden müsse, die aber nicht provozierend wirken dürfe. Neben verstärkten Konsultationen innerhalb der NATO sei eine Verbesserung der Verteidigungsbemühungen wie z.B. eine Erhöhung des Militäretats und des Devisenausgleichs angezeigt. Gehe die Bundesrepublik dabei voran, könne mit einer positiven

amerikanischen Reaktion gerechnet werden. Kiesinger verweist auf die finanziellen Schwierigkeiten. Er räumt ein, daß aus Sicht der UdSSR die politische Entwicklung in der ČSSR bedrohlich gewesen sei. Daher müsse die NATO ohne „Säbelgerassel“ gestärkt werden. Der amerikanische Außenminister Rusk habe sicher recht gehabt mit seiner Prognose, daß der Kommunismus die Koexistenz nicht aushalten werde.

- 304** 17.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1176
- Ruete faßt Informationen aus Gesprächen des Ministerialrats Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und des Vorstandsmitglieds im Exportausschuß des Bundesverbands der deutschen Industrie, Schulz, am Rande der Leipziger Messe zusammen. Die DDR sei weiterhin an Wirtschaftsgesprächen auf Ministerienebene interessiert. Die Frage der von der Bundesregierung zurückgehaltenen Ausgleichszahlung für Mineralöllieferungen aus der DDR solle vorab geklärt werden. Ruete rät dazu, zunächst das Ergebnis der Diskussionen über die ČSSR in der NATO und der UNO abzuwarten. Er weist darauf hin, daß die Zurückstellung des Mineralölsteuerausgleichs die einzig effektive Gegenmaßnahme gegen die Einführung des Paß- und Sichtvermerkszwangs durch die DDR am 11. Juni 1968 gewesen sei.
- 305** 18.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1178
- Stackelberg gibt den Inhalt einer amerikanischen Aufzeichnung über das Gespräch des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit dem amerikanischen Präsidenten am 13. September 1968 wieder. Angesichts der Krise in der ČSSR betonte Johnson die Notwendigkeit einer Stärkung der westlichen Allianz. Die Initiative dazu müsse aber von den europäischen Bündnispartnern ausgehen. Die Bundesregierung solle in diesem Sinne auf Frankreich einwirken. Zudem müsse sich Europa stärker an den Kosten der Verteidigung beteiligen. Johnson wies darauf hin, daß nur die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR eine Initiative im amerikanischen Kongreß, die in Europa stationierten Truppen zu reduzieren, aufgehalten habe.
- 306** 19.09. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung S. 1180
- Ministerpräsident de Jong äußert sich besorgt über den „Leber-Plan“, der niederländischen Interessen schade und gegen EG-Beschlüsse verstoße. Es wird vereinbart, hierzu eine Arbeitsgruppe einzusetzen. De Jong erläutert, daß die Niederlande sowohl eine Erweiterung der europäischen Gemeinschaften als auch deren politische Integration anstreben. Die Bundesrepublik solle unabhängiger von Frankreich agieren und stärker mit den übrigen vier EG-Staaten zusammenarbeiten. Bundeskanzler Kiesinger vertritt die Ansicht, daß es aussichtslos sei, Staatspräsident de Gaulle auf diese Weise zu einer anderen Politik bewegen zu wollen. Er teile die Auffassung, daß den Europäischen Gemeinschaften großer Schaden drohe, wenn die Entwicklung bis zur Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien stag-

niere, wolle aber keine Konfrontation mit Frankreich. Es besteht Einvernehmen, daß die fünf übrigen EG-Staaten auf Gebieten außerhalb der Römischen Verträge stärker untereinander und mit Großbritannien zusammenarbeiten sollten.

- 307** 19.09. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1187

Grewe resümiert ein Gespräch mit einigen NATO-Botschaftern unter Beteiligung des amerikanischen UNO-Botschafters Ball und des NATO-Generalsekretärs. Ball vertrat die Ansicht, daß die Rüstungskontroll-Gespräche fortgesetzt werden müßten, obwohl sich die sowjetische Regierung durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR als unberechenbar erwiesen habe. Grewe und Brosio bezweifelten, ob dies der Öffentlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt zugemutet werden könne. Während der belgische Botschafter de Staercke im „Prager Gewaltakt“ das Schwächezeichen eines unsicheren Regimes sah, betonte sein französischer Kollege Roger Seydoux, das sowjetische Vorgehen werde sich in einigen Wochen als erfolgreich erweisen. De Staercke wies darauf hin, daß die UdSSR vor weiteren Interventionen, auch gegen die Bundesrepublik, gewarnt werden müsse. Ball äußerte die Auffassung, daß es die erste Aufgabe des nächsten amerikanischen Präsidenten sein müsse, den Vietnam-Krieg zu beenden.

- 308** 20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1190

Ruete gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem rumänischen Botschafter wieder. Oancea erläuterte, daß die rumänische Regierung sich bemühe, im Gespräch auch mit den Verbündeten zu bleiben, deren Truppen an der Intervention des Warschauer Pakts in der ČSSR beteiligt waren. Andererseits wolle sie die Beziehungen zur Bundesrepublik ausbauen. Zum Kulturaustausch wurde vereinbart, kein formelles Abkommen abzuschließen, sondern eine Reihe von Kulturprogrammen aufzustellen. Oancea wies auf die Bedeutung hin, die eine Erhöhung der Kontingente für den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Bundesrepublik hätte.

- 309** 23.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Senghor S. 1194

Kiesinger beglückwünscht den senegalischen Präsidenten zur Auszeichnung mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für sein literarisches Gesamtwerk. Er entschuldigt sich gleichzeitig für die Ausschreitungen von Studenten am Rande der Preisverleihung. Senghor teilt mit, es sei beabsichtigt, im Senegal den Deutschunterricht und das Studienfach Germanistik weiter auszubauen.

- 310 25.09. Gesandter Limbourg, Paris, an die Staatssekretäre Duckwitz und Lahr S. 1196

Limbourg berichtet über Äußerungen des Ministerpräsidenten Couve de Murville zu den Gründen für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Danach seien Befürchtungen ausschlaggebend gewesen, daß die enger gewordenen Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, insbesondere zur Bundesrepublik, auch zu einer politischen Loslösung der ČSSR aus dem Ostblock führen könnten. Der Gesandte teilt mit, es gebe Hinweise darauf, daß Staatspräsident de Gaulle diese Auffassung teile.

- 311 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Botschafter Jackling S. 1197

Jackling übergibt ein Schreiben des Premierministers Wilson zur britischen Europapolitik und verweist auf die Bedeutung der bevorstehenden Gespräche des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten in dieser Frage. Gleichzeitig betont er die britische Entschlossenheit, die Bundesrepublik in jeder Hinsicht gegen die UdSSR zu verteidigen. Kiesinger sichert zu, gegenüber de Gaulle auf Schritte hin zu einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften drängen zu wollen. Allerdings könne er es nicht auf einen Bruch ankommen lassen. Wichtig sei eine möglichst enge Zusammenarbeit mit Großbritannien auf allen Gebieten außerhalb der Römischen Verträge von 1957. Unter anderem sei angeregt worden, daß die europäischen Staaten innerhalb der NATO einen „Caucus“ bilden sollten. Der Botschafter sichert zu, daß jeder Vorschlag der EG-Staaten für eine Übergangsregelung geprüft werde, vorausgesetzt, er sei „unmittelbar mit dem Beitritt verknüpft“.

- 312 27.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1200

Kiesinger äußert sich zu den Folgen der Krise in der ČSSR. Dazu gehöre auch, daß die UdSSR die These aufgestellt habe, sozialistische Staaten dürften nicht aus der sozialistischen Gemeinschaft ausbrechen. Folglich werde die sowjetische Regierung jeden Versuch einer Wiedervereinigung Deutschlands als feindseligen Akt ansehen. De Gaulle hebt hervor, daß die UdSSR das „tschechoslowakische Problem“ auch „wegen Deutschland“ lösen wollte. Möglicherweise wäre es nicht zu der Intervention gekommen, wenn die Bundesregierung politischen Forderungen nach Wiedervereinigung in den „alten Grenzen“ und nach Nuklearwaffen sowie dem „Drang nach Osten“ eine Absage erteilt hätte. De Gaulle weist darauf hin, daß die USA und die UdSSR ihre Politik der Entspannung fortsetzen wollten, daher könne die Bundesregierung nur mit begrenzter amerikanischer Hilfe rechnen. Frankreich habe dagegen ein größeres Interesse am Fortbestehen Deutschlands. Eine echte bilaterale Zusammenarbeit, die die französische Regierung angeboten habe, sei jedoch geschei-

eröffnen sollten. Der Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Malfatti, befürwortete Gespräche mit den beitriftswilligen Staaten. Unter Hinweis auf das italienische Aide-mémoire vom 23. Februar 1968 bezeichnete er die Anregungen von Brandt als Minimallösung. Der französische Außenminister Debré lehnte dagegen die Parallelität zwischen innerem Ausbau der Gemeinschaften und ihrer Erweiterung sowie die Verknüpfung von Handelsvereinbarungen und zukünftigem Beitritt ab.

- 316** 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Couve de Murville S. 1236

Kiesinger betont, daß die Bundesrepublik angesichts der Krise in der CSSR Unterstützung durch die befreundeten Staaten erwarte. Daher habe ihn die Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle vom Vortag, daß es keine wahre Solidarität zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gebe, ein wenig schockiert. Er sehe auf vielen Gebieten Möglichkeiten zu einer intensiveren Kooperation. Zu den deutschen und französischen Ansichten hinsichtlich einer Stärkung der NATO bemerkt Couve de Murville, daß die Unterschiede in der Öffentlichkeit hochgespielt würden. Gegen einen EG-Beitritt Großbritanniens äußert er Bedenken. Kiesinger erwidert, daß zunächst durch eine Zwischenlösung, wie etwa den Abschluß von Handelsvereinbarungen, Zeit gewonnen werden müsse. Er hebt hervor, mit einer Stärkung der NATO sei gemeint, daß es keine weiteren Abzüge von Truppen geben dürfe.

- 317** 28.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré S. 1241

Debré stellt fest, daß Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik in handelspolitischen Arrangements zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitriftswilligen Staaten kein Präjudiz für deren spätere Mitgliedschaft sehe. Frankreich stehe weiterhin zur Übereinkunft vom 16. Februar 1968, allerdings ohne zeitliche Terminierung eines Beitritts. Brandt betont die praktische Bedeutung eines Arrangements für die Herabsetzung von Zoll- und Handelsschranken. Er zeigt sich überzeugt, daß ohne Gespräche über die Erweiterung der innere Ausbau der Gemeinschaften stagnieren werde. Erst wenn eine faire Lösung in dieser Frage gefunden sei, könne den französischen Vorschlägen gefolgt und über Agrarfragen verhandelt werden.

- 318** 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1248

Der Bundeskanzler stellt klar, daß mit dem Wunsch nach Stärkung der NATO vor allem die Wahrung einer glaubhaften Abschreckung gemeint sei. Er betont erneut, wie wichtig angesichts der Lage in der CSSR die Unterstützung der Bundesrepublik durch Frankreich sei. De Gaulle hält dagegen die Interessenlage beider Staaten für nicht identisch, da die Krise die Bundesrepublik unmittelbarer treffe. Er rät dazu, gegenüber dem Osten

„sehr bescheiden zu sein“, nicht nur hinsichtlich der Grenzfrage und der Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch bezüglich der „Situation Ostdeutschlands“. Die Teilung zu akzeptieren sei eine Sache, Revanche eine andere, und je provozierender die Bundesrepublik agiere, desto mehr störe dies Frankreich. De Gaulle betont, daß es Dinge gebe, „die Frankreich sagen könne, Deutschland aber nicht“. Kiesinger entgegnet, daß die Bundesregierung alles unterlassen habe, was die Bevölkerung in den Ostblock-Staaten hätte aufwiegeln können. Die Entwicklung, die dort begonnen habe, werde sich langfristig als unumkehrbar erweisen. Zur Frage der deutsch-französischen Solidarität bemerkt de Gaulle, daß es nie zu einer präferentiellen Zusammenarbeit in der politischen Praxis gekommen sei.

- 319** 29.09. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1260

Schnippenkötter informiert über die Resolutionen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, die am 26. September 1968 von der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf verabschiedet wurden. Entschließungen, welche für die Bundesrepublik als Industriestaat und für EURATOM nachteilig gewesen wären, wie etwa ein Verbot bestimmter Technologien oder Einschränkungen beim Austausch von Informationen und von nuklearem Material, seien verhindert worden. Die Bundesregierung habe die Gelegenheit genutzt, ihre Interpretationen unklarer Formulierungen im Nichtverbreitungsabkommen vor einem weltweiten Forum in Gegenwart der kommunistischen Staaten zu Protokoll zu geben.

- 320** 30.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1264

Frank faßt ein Gespräch mit Bundesminister Wischnewski über dessen Aufenthalt vom 20. bis 23. September 1968 in der VAR zusammen. Dort finde derzeit ein Machtkampf zwischen einem pro- und einem antisowjetischen Lager statt. Wischnewski sei mitgeteilt worden, daß eine größere Bereitschaft der Bundesrepublik zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ägyptischen Regierung eine unabhängigere Außenpolitik ermöglichen würde. Frank fragte, ob mit Gegenleistungen zu rechnen sei, etwa dergestalt, daß die VAR anderen arabischen Staaten den Weg zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik freigebe. Wischnewski sprach sich dafür aus, diesen Gedanken in künftigen Gesprächen vorzubringen.

- 321** 30.09. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1266

Schnippenkötter berichtet über die Ergebnisse der Konferenz der Nichtnuklearstaaten. Diese hätten vor allem der Forderung nach Verbesserung der eigenen Sicherheit durch Abrüstung oder durch Garantien seitens der Nuklearmächte Ausdruck verliehen. Es sei allerdings nicht gelungen, ein Verbot der Anwendung von Atomwaffen zu erreichen. Dagegen wurde die von der

Bundesrepublik eingebrachte Resolution zu den Themen Gewaltverbot, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Recht auf Selbstverteidigung verabschiedet. Für die Bundesrepublik sei die Konferenz ein Erfolg gewesen; sie habe sich überzeugend als friedlicher nuklearer Industriestaat präsentiert. Dadurch sei das latente Mißtrauen, das bei einigen Staaten aufgrund der Haltung der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen vorhanden gewesen sei, einem weitgehenden Verständnis gewichen.

322 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1271

Bahr gibt einen Bericht des Stellvertretenden Regierungssprechers wieder. Ahlers habe im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen vom 27./28. September 1968 mitgeteilt, daß der Bundeskanzler „zusammengebrochen, geschockt und in einem fast bemitleidenswerten Zustand“ sei. Kiesinger stehe vor den „Trümmern seiner Frankreich-Politik“, denn er habe erkennen müssen, daß auch die französische Regierung eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht befürworte.

323 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1272

Zur Vorbereitung auf eine Kabinettsitzung am folgenden Tag resümiert Ruete für Bundesminister Brandt den Stand der Diskussionen in der NATO über mögliche politische, militärische und wirtschaftliche Maßnahmen, welche aufgrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR notwendig geworden seien. Eine Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen, vor allem seitens der Bundesrepublik, sei unerläßlich. Dies habe aus Rücksicht auf die Entspannungspolitik jedoch ohne „lautstarke Plakatierung“ zu erfolgen. Weiterhin sollten die NATO-Mitgliedstaaten die Bereitschaft zum Abbau der Ost-West-Spannungen betonen.

324 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1278

Bahr analysiert mögliche Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die Entspannungspolitik der Bundesrepublik. Angesichts der Machtverhältnisse müsse auch weiterhin das Gespräch mit der UdSSR fortgeführt werden. Die Kontakte zur sowjetischen Regierung hätten Vorrang vor denen zur DDR und zu den übrigen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, also zu „Zwischen-Europa“. Um dem Ziel, den Status quo in Europa zu verändern, näher zu kommen, könne es für die Bundesregierung notwendig sein, einige Aspekte des Status quo zu akzeptieren. Dazu könne die Erklärung genügen, die DDR sei ein Staat. Dies stelle keine völkerrechtliche Anerkennung dar, würde jedoch den Kern der Vorwürfe aus der UdSSR und der DDR entkräften. Bahr rechnet mit einer sowjetischen „Friedensoffensive“ zur Rückgewinnung politisch verlorenen Terrains. Dann sei der richtige Moment für eine Initiative der Bundesregierung gekommen.

- 325** 01.10. Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1281
- Limbourg berichtet über deutsch-französische Gespräche zur ELDO-Krise. Frankreich wünsche nach der britischen Entscheidung, keine Mehrkosten zu übernehmen, einen baldigen Abbruch des laufenden Programms. An dessen Stelle sollten eine reorganisierte ELDO ohne Großbritannien und ein neues Programm treten, das einen Ersatz der britischen „Blue Streak“ durch eine französische Trägerrakete vorsehe. Die Bundesregierung befürworte dagegen eine Durchführung des aktuellen Programms. Großbritannien solle nicht aus den laufenden finanziellen Verpflichtungen entlassen werden.
- 326** 05.10. Botschafter von Lilienfeld, z. Z. Washington, an Bundeskanzler Kiesinger S. 1283
- Lilienfeld charakterisiert die innenpolitische Situation der USA als desolat. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Belastung durch den Vietnam-Krieg hält er eine zunehmende Entfremdung von Europa für wahrscheinlich. Vor allem hinsichtlich Berlins bestehe die Gefahr, daß sich die USA mit einem allmählichen „Absterben“ oder sogar einem Verlust der Stadt abfinden könnten. Lilienfeld zieht den Schluß, daß als Nachfolger des Botschafters Knappstein eine herausragende Persönlichkeit des politischen Lebens für eine Übergangszeit nach Washington entsandt werden müsse, welche die zu erwartenden Belastungen in den bilateralen Beziehungen meistern könne. Er empfiehlt den CDU-Abgeordneten Birrenbach.
- 327** 08.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1287
- Böker berichtet vom Treffen der NATO-Außenminister am 7. Oktober 1968 in New York. Angesichts der sowjetischen Propaganda äußerte der niederländische Außenminister Luns Besorgnis um die Sicherheit von Berlin (West). Der amerikanische Außenminister Rusk vertrat die Ansicht, das von der UdSSR „in Anspruch genommene Recht in bezug auf sozialistische Länder sei ohne geographische Begrenzung“. Sein griechischer Kollege Pipinelis betonte, daß die „NATO-Interessen nicht im engen Sinne durch die ‚legalen‘ Interessen des Vertragsgebiets der NATO limitiert sein könnten“. Der französische Außenminister Debré stellte die Frage, ob bislang auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR, die auch als „defensiv“ bezeichnet werden könne, angemessen reagiert worden sei. Die UdSSR müsse davon überzeugt werden, daß sie sich im Irrtum befunden habe. Bundesminister Brandt sicherte die Mitwirkung der Bundesrepublik an einer Stärkung der europäischen Verantwortung innerhalb der NATO zu.

- 328** 09.10. Bundesminister Brandt, z. Z. New York, an Staatssekretär Duckwitz S. 1290
- Brandt resümiert eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Gromyko befürwortete eine Fortsetzung der Gespräche über einen Gewaltverzicht. Diese seien nur dann sinnvoll, wenn die Bundesregierung Flexibilität und Realismus bei der Anerkennung bestehender Grenzen, gegenüber der DDR, in der Berlin-Frage und hinsichtlich des Münchener Abkommens von 1938 zeige. Brandt betonte, Gewaltverzicht bedeute, daß Veränderungen der gegenwärtigen Lage nur im Einvernehmen mit den betroffenen Staaten erfolgen dürften. Im übrigen könne es keine Lösung wesentlicher politischer Fragen geben, wenn nicht für die Deutschen eine Perspektive für ein Zusammenleben und eine Normalisierung offenbleibe.
- 329** 09.10. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister Çaglayangil in New York S. 1294
- Çaglayangil sieht in der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR ein Zeichen dafür, daß die Abschreckung der NATO nicht ausreiche. Nun müsse die Allianz Solidarität und Entschlossenheit zeigen. Er vertritt die Ansicht, die UdSSR „habe ernste Angst vor einer Desintegration nicht nur des Blocks, sondern auch Sowjetrußlands selbst“. Brandt bezeichnet die neue sowjetische Doktrin vom sozialistischen „Commonwealth“ als beunruhigend. Es bestehe die Gefahr, daß die UdSSR künftig auch sozialistische Staaten außerhalb des Ostblocks als Teil ihrer Interessensphäre betrachte. Die Gesprächspartner stimmen überein, daß grundlegende Entscheidungen in der NATO erst nach der Konstituierung der neuen amerikanischen Regierung getroffen werden können.
- 330** 11.10. Aufzeichnung des Referats II A 7 S. 1298
- Das Referat spricht sich dagegen aus, daß der Bundeskanzler bei seinem Aufenthalt vom 24. bis 28. Oktober 1968 in Portugal die militärische Zusammenarbeit thematisiert. Die Lieferungen der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre hätten im Zusammenhang mit dem Bemühen gestanden, eine logistische Basis der Bundeswehr in Portugal zu schaffen. Sie hätten immer wieder zu kritischen Äußerungen afrikanischer Staaten geführt, da die Verwendung des Rüstungsmaterials in den portugiesischen Überseegebieten nicht habe ausgeschlossen werden können. Die Bundesregierung müsse die 1967 aus Gründen geringerer Haushaltsmittel und einer veränderten strategischen Konzeption beschlossene drastische Reduzierung dieser Zusammenarbeit ungeachtet neuer portugiesischer Forderungen umsetzen.

- 331** 11.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stoecker, Berlin (West), an Ministerialdirektor Ruete S. 1302
- Stoecker erläutert die Beweggründe des Senats von Berlin, bei den drei alliierten Stadtkommandanten ein Verbot der NPD anzulegen. Vor dem Hintergrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR werde befürchtet, daß die Präsenz der NPD die UdSSR provozieren und damit die Stadt gefährden könnte. Es dürfe nicht übersehen werden, daß Berlin (West) ein „Stachel im kommunistischen Fleisch“ sei. Daher müßten Organisationen und deren Veranstaltungen dort nach einem strengeren Maßstab beurteilt werden als in der Bundesrepublik.
- 332** 11.10. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1304
- Knappstein resümiert ein Gespräch von Brandt mit dem amerikanischen Außenminister am 8. Oktober 1968. Rusk reagierte skeptisch auf den Vorschlag, als Antwort auf die sowjetische Propaganda in einem alliierten Papier die „Rechtmäßigkeit dessen, was die Bundesregierung über Jahre hin in Berlin getan habe“, zu bestätigen. Brandt wiederum äußerte Vorbehalte gegen die Schaffung eines „European Caucus“ innerhalb der NATO: Auf keinen Fall dürfe dies zu einem reduzierten amerikanischen Engagement in Europa führen. Hinsichtlich des Devisenausgleichs regte er an, das Problem nicht bilateral, sondern durch ein umfassendes NATO-Abkommen zu lösen. Es könne nicht erwartet werden, daß die Bundesrepublik sich zum Wortführer einer militärischen Stärkung der Allianz mache.
- 333** 11.10. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 1308
- Heipertz berichtet von einem Gespräch mit einem tschechoslowakischen Gewährsmann über die künftige Politik der ČSSR. Angesichts starker Kräfte in der UdSSR, die eine ideologisch harte Linie befürworteten, werde vorerst eine „Politik der Enthaltsamkeit“ verfolgt. Die Handelsbeziehungen mit dem Westen sollen jedoch ausgebaut werden. In öffentlichen Verlautbarungen wolle die ČSSR vor allem die USA attackieren; hinsichtlich der Bundesrepublik werde sie nur dann der „propagandistischen Pflichtübung“ nachkommen, wenn dies unvermeidbar sei. Es wäre fatal, wenn in der Bundesrepublik der Eindruck entstünde, die ČSSR könne abgeschrieben werden.
- 334** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1311
- Böker faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem australischen Außenminister Hasluck in New York zusammen. Brandt äußerte die Ansicht, daß die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR vor allem in der Furcht vor einer politischen Destabilisierung der UdSSR begründet gewesen sei. Hasluck betonte, die sowjetische Regierung müsse wei-

ter in die Erörterung internationaler Probleme einbezogen werden. Auf die Bitte nach Unterstützung für die Bewerbung der Bundesrepublik um einen Sitz im Gouverneursrat der IAEO sicherte Hasluck zu, daß Australien eine Erweiterung des Gremiums befürworten werde, solange dies nicht zur Mitgliedschaft wirtschaftlich und technisch unqualifizierter Staaten führe.

- 335** 11.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Clifford S. 1313

Kiesinger neigt zu der Überzeugung, daß das sowjetische Vorgehen gegenüber der ČSSR Teil eines umfassenderen Plans gewesen sei. Die Politik der Koexistenz habe in beiden Bündnissen zur Lockerung der inneren Bindung geführt. Auch der NATO biete sich nun die Chance zur Festigung der Allianz. Clifford erläutert, die Abschreckung gegenüber der UdSSR bestehe darin, daß ein Schlag gegen die Bundesrepublik einen Schlag gegen die USA bedeute. Der amerikanische Verteidigungsminister hebt die Gefährlichkeit der sowjetischen Militärmacht hervor. Gleichzeitig verweist er auf amerikanische Erfolge bei der Entwicklung neuer Waffen und auf den innenpolitischen Druck in den USA, Truppen aus Europa abzuziehen. Kiesinger versichert, daß sich die Bundesregierung nicht nur um einen erhöhten Verteidigungsbeitrag, sondern auch um eine langfristige Regelung des Devisenausgleichs bemühe. Clifford betont, daß die Zukunft der NATO weitgehend von den Entscheidungen der Bundesregierung abhängen.

- 336** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1321

Böker berichtet von einer Unterredung des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister in New York. Zunächst wurde über die Planungen der Bundesrepublik, Belgiens, Großbritanniens und Italiens für eine verstärkte Zusammenarbeit der EG mit den beitragswilligen Staaten gesprochen. Dazu werde demnächst ein belgisches Papier in Umlauf gebracht. Stewart äußerte die Hoffnung, daß diese Initiative nicht auf ein französisches Veto treffen werde. Mit Blick auf den amerikanischen Vorschlag eines „European Caucus“ in der NATO sprach sich Brandt für erhöhte europäische Verteidigungsanstrengungen aus. Angesichts sowjetischer Befürchtungen plädierte Stewart für eine baldige Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik. Damit würde der UdSSR auch eine Propagandawaffe genommen.

- 337** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1325

Böker informiert über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem jugoslawischen Außenminister am Vortag in New York. Nikezić führte aus, daß Jugoslawien mehr denn je an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen interessiert sei. Brandt widersprach französischen Vorwürfen, wonach die

Ostpolitik der Bundesregierung mitverantwortlich für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR gewesen sei. Nikezić zeigte sich besorgt, daß nach der neuen sowjetischen „Commonwealth-Doktrin“ ein vergleichbares Vorgehen gegen Jugoslawien nicht ausgeschlossen sei. Die Gesprächspartner waren sich einig, daß eine Fortsetzung der Entspannungspolitik vom Verhalten der UdSSR abhängen werde.

- 338** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1330

Böker resümiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Außenminister in New York. Zur Lage im Nahen Osten äußerte Eban die Überzeugung, daß die kompromißlose Haltung der VAR angesichts der Beeinflussung durch die UdSSR andauern werde. Lediglich mit dem pragmatischeren Jordanien schein ein Kompromiß möglich. Er kritisierte zudem die schwache westliche Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR, die den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten stärke. Nun schein die UdSSR ihren „Lebensraum“ auch in diese Region ausdehnen zu wollen. Eban betonte, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel sei im augenblicklichen Zeitpunkt „so gut, als es den Umständen entsprechend möglich sei“.

- 339** 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1332

Ruete gibt einen Überblick zum Stand der Diskussion in der Bonner Vierergruppe über insgesamt sechs geplante alliierte Erklärungen zu deutschlandpolitischen Themen, darunter eine Stellungnahme zum Verhältnis von Berlin (West) zur Bundesrepublik und eine Protestnote gegen die Beteiligung der DDR an der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Ruete stellt die unterschiedlichen Auffassungen der Verbündeten zu den einzelnen Erklärungen heraus und erläutert die Haltung der Bundesregierung.

- 340** 15.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1336

Duckwitz berichtet von einem Gespräch der Bonner Vierergruppe. Der britische Botschafter Jackling erklärte sich bereit, beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, gegen die Demarche der UdSSR wegen Veranstaltungen der Bundesregierung oder einzelner politischer Parteien in Berlin (West) Einspruch zu erheben. Hinsichtlich eines möglichen Verbots der NPD in Berlin (West) bekräftigten die Alliierten ihre abwartende Haltung. Sie äußerten Erstaunen über den Zeitpunkt der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, die DDR bei künftigen Olympischen Spielen allen anderen Staaten gleichzustellen.

- 341** 15.10. Gesandter von Schmidt-Pauli, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1338
- Schmidt-Pauli faßt den Inhalt eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem nigerianischen Außenminister am 9. Oktober 1968 in New York zusammen. Aripko informierte über den nigerianischen Bürgerkrieg und hob den Wunsch hervor, der Zivilbevölkerung in Biafra Hilfe zu bringen. Enttäuscht äußerte er sich über vermutete Waffenlieferungen Frankreichs an die Aufständischen. Brandt gab der Hoffnung Ausdruck, daß Nigeria die Arbeit der ausländischen Helfer im Krisengebiet erleichtern möge.
- 342** 15.10. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1340
- Ruete erteilt die Weisung, bei EG-Kommissar Haferkamp vorstellig zu werden und auf eine formelle Mandatserteilung für Sondierungsgespräche mit der IAEA über die in Artikel III des Nichtverbreitungsabkommens vorgesehene Verifikationsvereinbarung zu drängen. Über die Ausgestaltung dieses Abkommens sollte möglichst bald eine Einigung zwischen den EG-Mitgliedstaaten erzielt werden. Die Bundesregierung mahne eine solche Übereinkunft bereits seit geraumer Zeit an. Ruete weist darauf hin, daß eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch alle EURATOM-Mitglieder keine Voraussetzung für die Vorbereitung eines Verifikationsabkommens sei.
- 343** 16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 1345
- Sahn resümiert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 10./11. Oktober 1968 in Bonn. Im Gegensatz zu Behauptungen der Presse sei die Frage einer Mitbestimmung der nichtnuklearen europäischen Allianzpartner beim Einsatz von Atomwaffen nicht thematisiert worden. Die NPG berate zwar seit längerer Zeit über eine Weiterentwicklung der Athener „Guidelines“ von 1962, sei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß die Einführung individueller Vetorechte zur Zeit nicht möglich sei.
- 344** 17.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1347
- Harkort gibt Informationen des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn über eine Besprechung im „Kressbronner Kreis“ zur Verteidigungshilfe und zum kommerziellen Rüstungsexport an Griechenland wieder. Bundeskanzler Kiesinger plädierte für einen Verkauf von vier Schnellbooten. Mit der Wiederaufnahme von Gesprächen über die vierte Tranche der Verteidigungshilfe solle noch gewartet werden. Hinsichtlich der Lieferung von U-Boot-Teilen, die sich bereits im Bau befänden, bestand bei den Gesprächsteilnehmern Unklarheit, ob diese unter das im WEU-Vertrag von 1954 festgeschriebene Verbot, U-Boote von mehr als 350 t in der Bundesrepublik zu bauen, fielen. Zudem sei zu prüfen, ob schon Zusagen bezüglich einer Exporterlaubnis gegeben worden seien.

- 345** 17.10. Staatssekretär Duckwitz an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler, Freiherr von und zu Guttenberg S. 1349

Duckwitz skizziert die Position der Bundesrepublik auf der WEU-Ministerratstagung am 21./22. Oktober 1968 in Rom. Die Initiative des belgischen Außenministers Harmel zu einer Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitriftswilligen Staaten werde grundsätzlich befürwortet. Ein neuer Vertrag oder eine neue Institution kämen nicht in Frage; lediglich die Möglichkeit obligatorischer Konsultationen solle geprüft werden. Dies gelte auch für eine Intensivierung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit sowie für die Beteiligung weiterer europäischer Staaten.

- 346** 17.10. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1351

Oncken referiert amerikanische Vorschläge für Reaktionen der NATO bei Übergriffen des Warschauer Pakts auf Berlin (West), Österreich und Jugoslawien. Die Eventualfallplanung sehe sowohl präventive Schritte als auch Maßnahmen im Ernstfall vor. Zu ersteren gehörten eine Stärkung der NATO, öffentliche Erklärungen und diplomatische Kontakte zu osteuropäischen Staaten. Im Falle militärischer Aktionen des Warschauer Pakts nannte der amerikanische NATO-Botschafter Cleveland eine abgestufte Palette von Reaktionen. So würde ein Angriff auf Berlin (West) oder das Gebiet der NATO einen Krieg auslösen. Ein Übergriff auf Österreich sei „fast ebenso kritisch“. Am unteren Ende der Skala stehe – als Reaktion auf eine Intervention gegen Jugoslawien – die öffentliche Ankündigung, daß eine Hilfeleistung erwogen werde.

- 347** 18.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 1354

Sahn gibt ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschaftsrat Dean wieder. Dean fragte, ob die Bundesregierung noch an dem Protest der drei Westmächte gegen die Beteiligung der DDR an der Intervention in der CSSR interessiert sei. Nachdem Frankreich von Anfang an erhebliche Schwierigkeiten mit dieser Bitte gehabt habe, zeige sich nun auch Großbritannien zurückhaltender, und die USA hätten ebenfalls „die Lust verloren“. Sahn schlägt vor, Dean mitzuteilen, daß auf eine entsprechende Protesterklärung weiterhin großer Wert gelegt werde.

- 348** 18.10. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1355

Oncken berichtet von einer Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats. Es wurde Kritik geäußert, daß die Bundesrepublik und die drei Westmächte bereits am Vorabend von NATO-Ministerratstagungen jene Teile des Kommunikués, die Deutschland und Berlin betrafen, verabschiedeten. Die übrigen Staaten dürften nicht vor ein „fait accompli“ gestellt werden. Der französische NATO-Botschafter Roger Seydoux und Oncken verwiesen

dagegen auf die vertraglichen Grundlagen der Vierer-Konsultationen sowie auf die besondere deutschlandpolitische Verantwortung der drei Westmächte.

- 349** 21./22.10. Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Borten S. 1358

Im Mittelpunkt der Unterredungen steht die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Kiesinger führt aus, daß die freiheitliche Gesellschaftsordnung des Westens eine Ausstrahlungskraft besitze, die das sowjetische Herrschaftsgefüge störe. Offen sei, ob die UdSSR einen „evolutionären Weg“ im Ostblock zulassen werde. Mit Blick auf den Besuch des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Kossygin, vom 7. bis 9. Oktober 1968 in Finnland referiert Borten die finnische Ansicht, daß es keine Anzeichen für eine „Verschärfung“ der sowjetischen Haltung gegenüber Finnland gebe und Finnland z. B. freier sei als Österreich, was die Einfuhr von Waffen angehe. Kiesinger betont, als Schutz des Westens sei die NATO unverzichtbar. Notwendig seien aber auch Kontakte zwischen europäischen Staaten, die allerdings, solange Frankreich eine institutionalisierte Zusammenarbeit über die Europäischen Gemeinschaften hinaus ablehne, auf bilateraler Ebene stattfinden müßten. Borten erläutert die Ostpolitik Norwegens und zeigt Interesse an Handelsarrangements zwischen den Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten.

- 350** 22.10. Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1362

Braun berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium. Alphand betonte, daß es angesichts der momentanen sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Berlin (West) nicht ratsam sei, eine „Störaktion“ herauszufordern. Aus diesem Grund erachte er sowohl den bevorstehenden Bundesparteitag der CDU als auch die geplante Bundesversammlung als problematisch. Auch die Bewerbung von Berlin (West) um die Jahrestagung 1970 der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds könne von Frankreich nicht unterstützt werden.

- 351** 22.10. Ministerialdirigent Caspari, z. Z. Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 1364

Caspari gibt den Inhalt von Gesprächen des Bundesministers Brandt während seines Besuchs in Argentinien wieder. Die argentinischen Gesprächspartner äußerten Besorgnis hinsichtlich der Agrarpolitik der EG. Brandt verwies dagegen auf die Unterstützung argentinischer Anliegen in den Gemeinschaften durch die Bundesrepublik. Von argentinischer Seite wurde die Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie das Interesse an der Einführung des PAL-Farbfernsehensystems betont.

-
- 355** 28.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem spanischen Außenminister Castiella in Madrid S. 1378
- Castiella erläutert den spanischen Beitrag zur westlichen Verteidigung. Er hebt hervor, daß den USA auf der Grundlage eines 1953 geschlossenen Abkommens vier Stützpunkte zur Verfügung stünden. Seinerzeit sei Spanien wegen der atomaren Überlegenheit der USA kein Risiko eingegangen, sondern habe dadurch eine Sicherheitsgarantie erhalten. Zwischenzeitlich hätten sich die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für eine nochmalige Verlängerung aber geändert. Spanien sehe große Gefahren für den Westen. Es wünsche daher, in eine gemeinsame spanisch-amerikanische Strategie einbezogen zu werden. Kiesinger bekräftigt den Wunsch der Bundesrepublik, Spanien möglichst eng an der Organisation Europas zu beteiligen.
- 356** 28.10. Botschafter von Holleben, Rio de Janeiro, an das Auswärtige Amt S. 1390
- Holleben faßt den Inhalt von zwei Gesprächen des Bundesministers Brandt mit dem brasilianischen Außenminister vom 24. und 26. Oktober 1968 zusammen. Magalhães Pinto erklärte, daß eine Annahme der bei der Konferenz der Nichtnuklearstaaten vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf getroffenen Beschlüsse den Rückfall in einen Kolonisationszustand bedeute. Das Nichtverbreitungsabkommen verhindere nur die „horizontale“ Weitergabe von Atomwaffen, gebe jedoch keine „vertikale“ Garantie gegen die nukleare Aufrüstung der Atommächte. Der Außenminister äußerte ferner den Wunsch einer Intensivierung der finanziellen, kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.
- 357** 29.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatschef Franco in Madrid S. 1395
- Franco erinnert an Geschichtsabschnitte, in denen „die beiden Völker eng zusammenstanden“. Die Gesprächspartner stimmen im Rahmen einer umfangreichen Analyse der weltpolitischen Situation in der Beurteilung des expansiven Charakters der sowjetischen Außenpolitik überein. Kiesinger führt aus, er glaube allerdings nicht, daß die UdSSR einen NATO-Mitgliedstaat angreifen werde; wahrscheinlicher sei, daß sie eine kontinuierliche Ausweitung ihres Machtbereichs anstrebe, ohne dabei einen Anlaß für eine militärische Reaktion der NATO zu geben. Franco weist darauf hin, daß das politische System der UdSSR wegen seiner monolithischen Ausrichtung stärker sei als das westliche. Beide ziehen daraus den Schluß, daß alles unternommen werden müsse, um die Kräfte des Westens zu einen.

- 358** 30.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem spanischen Außenminister Castiella auf der Fahrt nach El Escorial S. 1402
- Castiella erläutert die spanische Politik gegenüber den Ostblock-Staaten. Spanien habe seinen Teil zum Versuch einer Entspannung beigetragen. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe jedoch gezeigt, daß über die Möglichkeit einer „politischen Evolution“ der UdSSR keine Illusionen gehegt werden dürften. Kiesinger legt dar, daß der Ostblock nur an der Oberfläche monolithisch sei und die UdSSR zukünftig in größerem Maße auf militärische Mittel zurückgreifen müssen. Castiella bekräftigt, daß Spanien nie gegen eine Beteiligung Großbritanniens an den europäischen Angelegenheiten gewesen sei. Die Einwände des französischen Staatspräsidenten gegen einen britischen EG-Beitritt zeugten von einer „Besessenheit de Gaulles gegen Großbritannien“.
- 359** 30.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lücking S. 1409
- Lücking referiert ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft vom Vortag. Livingston berichtete von Anzeichen einer neuen französischen Gesprächsbereitschaft gegenüber den USA infolge der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Ebenso gebe es plötzlich wieder Aktivitäten Frankreichs im Berlinverkehr, nachdem zuvor monatelang keine Konvois über die Transitstrecken geführt worden seien. Im Hinblick auf die Haltung der französischen Vertreter in der Bonner Vierergruppe riet Livingston zu Geduld. Letzten Endes seien sie doch immer „bei der Stange geblieben“.
- 360** 30.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1412
- Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten zusammen. Fessenden führte aus, daß der amerikanischen Regierung an einem nach innen wie nach außen sichtbaren Erfolg der NATO-Ministerratstagung am 15./16. November 1968 gelegen sei. Daher sollten bereits jetzt mit der Bundesrepublik entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Die USA dächten daran, in Brüssel einen Beschluß zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben herbeizuführen. Er äußerte die Hoffnung, daß die Höhe des von der Bundesregierung zu leistenden Beitrags geeignet sei, den Willen zur Stärkung des Bündnisses ersichtlich zu machen. Ferner erwarteten die USA, daß die Bundesregierung Vorschläge zur Stärkung der Verteidigungskraft der Bundeswehr unterbreiten werde.
- 361** 30.10. Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1415
- Knoke berichtet von einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im israelischen Außenministerium am Vortag. Chelouche brachte vor, daß sich sowohl Wirtschaftsunternehmen wie amtliche Stellen in der Bundesrepublik zunehmend von arabischen Boykottandrohungen einschüchtern ließen. Er äußerte den Wunsch, daß die Bundesregierung dagegen mit gesetzgeberischen Maß-

nahmen vorgehe. Knoke bittet dringend, aktiv zur Eindämmung des Boykotts beizutragen, um den Eindruck der Passivität in dieser Angelegenheit zu vermeiden.

- 362** 30.10. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt, S. 1417
z. Z. Berlin (West)

Lahr faßt Gespräche mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Lipkowski, sowie Abteilungsleiter Brunet am 29. Oktober 1968 zusammen. De Lipkowski führte aus, daß Frankreich sich durch den Vorschlag des belgischen Außenministers auf der WEU-Ministerratstagung am 21./22. Oktober 1968 in Rom zur Zusammenarbeit mit Großbritannien in der Außen-, Verteidigungs-, Finanz und Forschungspolitik „in eine Falle gelockt“ fühle. Staatspräsident de Gaulle betrachte das von Harmel vorgeschlagene Gremium zur weiteren Beratung der Vorschläge als eine „Appellationsinstanz gegenüber dem Brüsseler Ministerrat“. Lahr meint, daß es schwer werde, Frankreich von seiner grundsätzlichen Weigerung abzubringen, sich an einer Großbritannien einschließenden europäischen politischen Zusammenarbeit zu beteiligen.

- 363** 31.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1421

Frank hält den Inhalt eines Gesprächs mit dem französischen Botschafter fest. François Seydoux ersuchte die Bundesregierung, ihre ablehnende Haltung zur Erteilung eines TTD an den Stellvertretenden Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR, Probst, aufzugeben. Dessen Verhandlungen in Paris über die Einführung des französischen Farbfernsehsystems in der DDR hätten weitgehend technischen Charakter. Frank entgegnete, daß es sich hier um eine grundlegende Frage der Solidarität zwischen Frankreich und der Bundesrepublik handele. Angesichts der Bedeutung, die dem Empfang von Sendungen aus der Bundesrepublik in der DDR als Brücke zur dortigen Bevölkerung zukomme, hielte er es für angemessener, wenn Frankreich ebenfalls darum bemühen würde, die DDR „zur Übernahme des deutschen Systems zu veranlassen“.

- 364** 06.11. Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, an S. 1424
Staatssekretär Duckwitz

Mez berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden sudanesischen Generalstabschef am 4. November 1968. Idres wies darauf hin, daß die Verlegung des Dienstsitzes des stellvertretenden Militärattachés der Bundesrepublik von Khartum nach Addis Abeba einen negativen Eindruck hinterlassen habe. Er bat ferner, die Bundesregierung möge ihre Entscheidung überdenken, erst nach einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen die bereits vereinbarte Lieferung von Funkmaterial durchzuführen. Unter Hinweis auf verstärkte „Infiltrationsanstrengungen“ des Ostblocks plädiert Mez für rasche Hilfe seitens der Bundesrepublik.

- 365** 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1426
- Ruete analysiert die Reaktionen der UdSSR und der DDR auf die jüngsten Veranstaltungen in Berlin (West). Nach lautstarken Protesten sei nun eine Beruhigung eingetreten. Parallel dazu bestätigten vertrauliche Kontakte, daß faktisch nichts gegen Berlin (West) und seine Zufahrtswege unternommen werde. Ruete empfiehlt, in der Öffentlichkeit deshalb jetzt kein „Siegesgeheul“ anzustimmen, sondern erneut die Bereitschaft der Bundesregierung zur Entspannung der Situation in Berlin (West) zu bekunden. Zudem solle vor Bekanntgabe des Ortes der Bundesversammlung das Ergebnis der Gespräche des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré, Rusk und Stewart, am 14. November 1968 in Brüssel abgewartet werden.
- 366** 06.11. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1429
- Sachs faßt die Erörterung der Beitrittsanträge auf der Tagung des EG-Ministerrats vom 4./5. November 1968 zusammen. Der französische Außenminister Debré präzisierte die Vorstellungen von handelspolitischen Arrangements und einer technologischen Zusammenarbeit, die auch weiteren Staaten offenstehen müßten. Bundesminister Brandt äußerte dagegen den Wunsch, zunächst Vereinbarungen mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu treffen; zudem befürworte die Bundesregierung größere Zollsenkungen. Der niederländische Außenminister Luns bedauerte, daß Frankreich nicht auch den Gedanken der Konsultationen aufgegriffen habe. Die Minister kamen überein, die Ständigen Vertreter mit der Prüfung der vorliegenden Vorschläge, insbesondere bezüglich des handelspolitischen Arrangements und der technologischen Zusammenarbeit, zu beauftragen.
- 367** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger S. 1434
- Berger macht auf Bemühungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufmerksam, in verstärktem Maße Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt zu erhalten. Insbesondere durch die Forderung nach Teilnahme an Staatsbesuchen werde versucht, in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amts einzudringen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß alle außenpolitischen Belange, auch auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik, ausschließlich dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts vorbehalten bleiben.
- 368** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1436
- Frank analysiert die Neuorientierung der französischen Politik gegenüber den USA, die vermutlich durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR ausgelöst worden sei. Ziel der französischen Regierung sei es nun, zu einer Abstimmung der französischen Nuklearstrategie mit der ameri-

kanischen zu gelangen. Aus dem Wiederannäherungsversuch des Staatspräsidenten de Gaulle ergäben sich aber auch europapolitische Probleme für die Bundesregierung. Das von ihr befürwortete handelspolitische Arrangement mit den EG-Beitrittskandidaten diskriminiere die USA. Es müsse deshalb glaubhaft gemacht werden, daß es Teil umfassenderer europäischer Einigungsbemühungen sei, welche die politische Zusammenarbeit mit Großbritannien und die Herausbildung eines europäischen Kerns in der NATO einschließe. Falls die amerikanische Regierung auf französische Vorschläge zur Herstellung eines „präferentiellen Bilateralismus“ einginge, könne die gesamte Europakonzeption der Bundesregierung in schwere Gefahr geraten.

- 369** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1440
- Frank resümiert die Äußerungen zur Deutschlandfrage während der UNO-Generalversammlung in New York vom 2. bis 28. Oktober 1968. Infolge der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe die Unterstützung der Position der Bundesregierung im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Allerdings konzentrierte sich diese positive Entwicklung zumeist auf die NATO-Partner, während das deutschlandpolitische Interesse in den von den Spannungen unberührten Staaten nicht gewachsen sei. Frank empfiehlt, durch verstärkte eigene Anteilnahme an weltweiten wie auch regionalen Fragen die Grundlage dafür zu schaffen, daß die Position der Bundesregierung in der Deutschlandfrage in Zukunft auch von anderen UNO-Mitgliedstaaten unterstützt werde.
- 370** 12.11. Staatssekretär Duckwitz an die Botschaft in Moskau S. 1445
- Duckwitz übermittelt Instruktionen für die Fortsetzung der Gespräche mit der sowjetischen Regierung. Auch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe nicht die Notwendigkeit verändert, nach Wegen der Entkrampfung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR zu suchen. Der Staatssekretär bittet die Botschaft, die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen u. a. über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, über die kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über den Abschluß eines Handels- und eines Luftverkehrsabkommens sowie über die Zulassung von Konsulaten zu sondieren.
- 371** 12.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 1451
- Kiesinger teilt zu seinem Besuch in Spanien vom 28. bis 30. Oktober 1968 mit, daß er das Interesse der Bundesregierung an einer Verlängerung des spanisch-amerikanischen Stützpunkte-Abkommens vom 26. September 1953 zum Ausdruck gebracht habe. Er weist dann auf Informationen hin, denen zufolge die Volkskammer der DDR am 15. November 1968 erneut

über den Zugang nach Berlin (West) beraten werde. Es stelle sich die Frage, ob die UdSSR nicht durch die Drei Mächte eine Warnung erhalten sollten, da dies einen Eingriff in alliierte Rechte bedeute.

- 372** 13.11. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Brüssel (NATO), an das S. 1455
Auswärtige Amt

Ruete faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister zusammen. Rusk teilte mit, daß der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, umgehend auf mögliche neue Behinderungen des Zugangs nach Berlin (West) angesprochen werden solle. Brandt hob die psychologische Bedeutung der Kandidatur von Berlin (West) für die Ausrichtung der Jahrestagung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfonds hervor und fragte nach dem endgültigen Standpunkt der Drei Mächte zur Durchführung der Bundesversammlung in der Stadt. Rusk beurteilte die Aussichten für die Weltbanktagung als „nicht gut“. Eine Verlegung der Bundesversammlung an einen anderen Ort halte er für problematisch. Die UdSSR suche derzeit überall nach Schwachmomenten des Westens; die Bundesrepublik sollte deshalb nicht nachgeben.

- 373** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Caspari S. 1458

Caspari legt dar, daß die Regierung der Arabischen Republik Jemen über die italienische Botschaft in Taiz anfragen lassen habe, wie die Bundesregierung auf einen formellen Vorschlag zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen reagieren würde. Er weist darauf hin, daß es die Bundesregierung angesichts des „Schwebezustands“ zwischen Royalisten und Republikanern bislang vermieden habe, sich für eine der Bürgerkriegsparteien zu entscheiden. Werde jedoch ein offizielles jemenitisches Angebot vorgelegt, so sollte die Bundesregierung aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegenüber den arabischen Staaten der Aufnahme von Verhandlungen zustimmen.

- 374** 14.11. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Brüssel, an das S. 1460
Auswärtige Amt

Ruete berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem kanadischen Außenminister. Sharp führte aus, daß Kanada seine Außen- und Verteidigungspolitik von Grund auf überprüfe. Trotz einer möglichen Reduzierung des kanadischen Beitrags stehe jedoch ein Rückzug aus der NATO nicht zur Debatte. Weitere Gesprächsthemen waren die Beziehungen zu Lateinamerika und zur Volksrepublik China sowie die Situation in Biafra. Abschließend vereinbarten beide Seiten einen regelmäßigen Meinungsaustausch über Fragen der technologischen Zusammenarbeit.

- 375** 14.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1463
- Ruete informiert über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister am Vortag. Rusk brachte mit Nachdruck Bedenken gegen den Plan eines handelspolitischen Arrangements mit den EG-Beitrittskandidaten vor. Der Bundesminister stellte klar, daß dabei lediglich an eine Übergangslösung auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft gedacht werde. Rusk hob hervor, daß das angestrebte Arrangement ein vertragliches Präferenzsystem darstelle, von dem die USA ausgeschlossen seien. Für ein solches Opfer gebe es aber kein politisches Äquivalent. Auf die Bemerkung von Brandt, es gehe zunächst darum, Großbritannien wenigstens „an den Tisch“ zu bekommen, reagierte der amerikanische Außenminister mit der Feststellung, „es dürfe nicht ein Tisch sein, an dem gegen die USA konspiriert werde“.
- 376** 15.11. Staatssekretär Duckwitz, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1466
- Duckwitz gibt den Inhalt eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister wieder, das am Vortag stattfand. Çaglayangil unterstrich die Bedeutung einer engen militärischen Zusammenarbeit beider Staaten. Er äußerte den Wunsch nach einer Fortsetzung der Verteidigungshilfe aus der Bundesrepublik. Çaglayangil bat ferner darum, die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei sowie ihre Bemühungen um eine Assoziierung mit den Europäischen Gemeinschaften zu unterstützen.
- 377** 15.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1468
- Ruete referiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rusk (USA) und Stewart (Großbritannien) vom Vortag. Im Mittelpunkt standen die geplante Bundesversammlung in Berlin (West), die Einsetzung einer deutsch-deutschen Kommission zur Regelung des Berlin-Verkehrs, die Eventualfallplanung zum Schutz der Zufahrtswege nach Berlin (West) sowie dessen Bewerbung als Tagungsort für die Jahrestagung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfond.
- 378** 15.11. Runderlaß des Ministerialdirektors Frank S. 1475
- Frank faßt Gespräche des Bundeskanzlers mit der belgischen Regierung am 13./14. November 1968 in Brüssel zusammen. Kiesinger begrüßte die Vorschläge des belgischen Außenministers Harmel zur Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit. Die Schaffung neuer Institutionen außerhalb der WEU lehnte er jedoch ab. Ministerpräsident Eyskens stimmte mit dem Bundeskanzler überein, daß Frankreich Gelegenheit zu einer dauerhaften Mitarbeit erhalten müsse. Hinsichtlich der Situation in Osteuropa machte er auf die Bedrohung der Bun-

desrepublik durch die Gefahr weiterer sowjetischer Interventionen in deren „Glacis-Bereich“ aufmerksam. Beide Seiten hoben die Notwendigkeit hervor, auch in der Ostpolitik eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und dabei ein entspanntes Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten anzustreben.

- 379** 16.11. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1478

Lahn informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im ägyptischen Außenministerium. Ghaleb zeigte sich zuversichtlich hinsichtlich der Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses. Allerdings sei die volle Normalisierung derzeit noch in weiter Ferne. Der politische Handlungsspielraum der ägyptischen Regierung sei weitgehend eingeschränkt. Die Bundesregierung solle deshalb Verständnis dafür haben, daß die VAR in dieser Situation ebenfalls ein gutes Verhältnis zur DDR suchen müsse.

- 380** 18.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1479

Ruete analysiert politische Aspekte des Interzonenhandels. In Gesprächen seien der DDR Vorschläge für eine Verbesserung des innerdeutschen Handels unterbreitet worden, darunter Ausgleichszahlungen für die Erhöhung der Mineralölsteuer durch die Bundesregierung, Aufhebung der jährlichen Kostensaldierung und Erhöhung des Swing. Im Gesamtdeutschen Ausschuß habe Bundesminister Schiller am 15. November 1968 für eine offensive Interzonenhandelspolitik der Stärke plädiert, um einen Anteil der Bundesrepublik von 10 % am DDR-Außenhandel zu erreichen. Ruete weist darauf hin, daß Konzessionen im Interzonenhandel nicht isoliert stehen dürften. Vielmehr müßten sie im Dienst des gesamten Wirtschaftsverkehrs zwischen der Bundesrepublik, Berlin (West) und der DDR stehen.

- 381** 18.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1484

Mit Blick auf die internationale Währungskrise untersucht Harkort die Konsequenzen einer möglichen Aufwertung der DM. Ein solcher Schritt trüge dazu bei, die derzeitigen Handels- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler Industriestaaten zu verbessern und die dort zu verzeichnende Devisenflucht in die Bundesrepublik zu stoppen. Unter außenpolitischem Gesichtspunkt bestünden daher keine Bedenken gegen eine Aufwertung. Auch gesamtwirtschaftliche Überlegungen, etwa ein Anstieg des Preisniveaus in der Bundesrepublik, sprächen für eine DM-Aufwertung. Allerdings könnte der Schock einer Aufwertung den mühsam in Gang gebrachten Aufschwung gefährden. Aus diesem Grund erwäge die Bundesregierung einen Kompromiß in Form von Steuerentlastungen für die Einfuhr sowie Belastungen der Ausfuhr.

- 382** 18.11. Runderlaß des Ministerialdirektors Ruete S. 1488
- Ruete zieht eine Bilanz der NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. November 1968 in Brüssel. Das Kommuniqué unterstreiche die Entschlossenheit des Bündnisses, weiteren sowjetischen Übergriffen entgegenzutreten. Entsprechende Signale seien jedoch mit dem Angebot einer Fortsetzung der Entspannungspolitik verbunden worden. Umstritten seien jene Teile des Kommuniqués gewesen, in denen darauf hingewiesen werde, daß eine sowjetische Intervention in Staaten vor allem der südosteuropäischen Peripherie eine indirekte Bedrohung der Allianz darstelle. Der amerikanische Außenminister Rusk habe dazu erklärt, daß jeder Übergriff auf Berlin oder einen Bündnispartner Krieg bedeute, ein Übergriff auf Österreich oder Jugoslawien direkt die Sicherheitsinteressen der NATO berühre und ein bewaffnetes Eingreifen in Rumänien zu einer sehr ernsten Krise führen würde. Bundesminister Brandt habe darauf hingewiesen, daß zugleich nach Ansätzen für die Schaffung eines sicherheits- und friedensbewahrenden Systems für ganz Europa gesucht werden müsse.
- 383** 18.11. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung S. 1493
- Der amerikanische Finanzminister übermittelt Bundeskanzler Kiesinger eine Botschaft des Präsidenten Johnson. Fowler erläutert dazu, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß Frankreich eine einseitige Abwertung des Franc vornehme mit der Begründung, daß die Bundesregierung eine Aufwertung der DM ablehne. Sonst könnte das gesamte Währungsgefüge ins Wanken kommen. Johnson bitte Kiesinger, in dieser Angelegenheit unverzüglich mit Staatspräsident de Gaulle Verbindung aufzunehmen. Bundesminister Schiller lehnt eine Aufwertung der DM ab. Er schlägt stattdessen verbesserte Kreditmöglichkeiten für Frankreich sowie steuerliche Maßnahmen in der Bundesrepublik vor. Die amerikanischen Gesprächspartner äußern Zweifel an der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.
- 384** 19.11. Botschafter Böker, New York (UNO), an das S. 1495
Auswärtige Amt
- Böker berichtet über ein Gespräch mit dem Rechtsberater der Vereinten Nationen zur Regelung der Beitritts- und Depositarfrage der geplanten Wiener Vertragsrechtskonvention. Stavropoulos meinte, daß die „Wiener Formel“ zwar die beste Lösung sei, bei einer Abstimmung aber nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten werde. Da auch die von den Ostblockstaaten favorisierte All-Staaten-Klausel nicht mehrheitsfähig sei, habe er eine Kompromißformel erarbeitet. Diese sehe die USA, die UdSSR und Österreich als Erstdepositare und die UNO als Enddepositor für die Ratifikationsurkunden vor. Böker erläuterte die Bedenken der Bundesregierung und bat darum, nicht durch das Propagieren von Kompromißvorschlägen das Terrain weiter aufzuweichen.

- 385** 20.11. Botschafter Blankenhorn, London, an Bundesminister Brandt S. 1498

Blankenhorn berichtet, der britische Premierminister Wilson habe ihn um 0.30 Uhr einbestellt, um ihm mitzuteilen, daß die steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Währungskrise „völlig unzureichend“ und unverantwortlich seien. Da es keine wirksame Verteidigung ohne adäquate wirtschaftliche Grundlagen gebe, sehe sich Großbritannien zu einer grundlegenden Überprüfung der militärischen Verpflichtungen gezwungen. Auch Schatzkanzler Jenkins habe darauf aufmerksam gemacht, daß Großbritannien im Falle eines Scheiterns der bevorstehenden Konferenz der Zehnergruppe in Bonn einen gleitenden Wechselkurs des Pfunds einführen und in der Folge eine „tragische Neubewertung“ der militärischen Verantwortlichkeiten vornehmen müsse. Auf der Konferenz werde es darum gehen, die DM aufzuwerten, den Franc abzuwerten und die übrigen Wechselkurse stabil zu halten.

- 386** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1500

Harkort analysiert erneut die Währungskrise aus außenpolitischer Sicht. Angesichts der wirtschaftspolitischen Situation und des außenpolitischen Drucks müsse gehandelt werden. Nach wie vor seien steuerliche Maßnahmen einer Aufwertung der DM vorzuziehen. Die Möglichkeit, eine Aufwertung als Tauschobjekt in die Währungsgespräche einzubringen und von den anderen Regierungen Konzessionen etwa in der Europapolitik und beim Devisenausgleich einzuhandeln, sei ungeeignet. Harkort kommt zu dem Schluß, daß die Auswirkungen der Entscheidung gegen eine DM-Aufwertung auf die außen- und sicherheitspolitische Position der Bundesrepublik zwar noch nicht abzusehen seien. Bei ruhigerer Überlegung würden sich aber auch die anderen Regierungen daran erinnern, daß die Bundesregierung nicht die Hauptschuld an der Labilität des Währungssystems trage.

- 387** 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1504

Ruete spricht sich gegen einen Vorschlag des Ministerialdirektors Bahr aus, im Rahmen der Gespräche mit der UdSSR ein Treffen des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow an einem neutralen Ort anzustreben. Ein Treffen auf dieser Ebene würde auf sowjetischer Seite zu große Erwartungen wecken. Lehne die UdSSR einen solchen Vorschlag ab, wäre zudem eine Stagnation der Gespräche unvermeidlich. Schließlich würde die Position des Botschafters der Bundesrepublik in Moskau als Gesprächspartner beeinträchtigt. Ruete schlägt daher vor, die Gewaltverzichtsprache durch Botschafter Allardt fortzusetzen.

- 388** 22.11. Staatssekretär Duckwitz, z.Z. New York, an Bundesminister Brandt S. 1507
- Duckwitz berichtet über ein Gespräch mit dem Gouverneur des Staates New York, Rockefeller, und dessen außenpolitischem Berater, Kissinger. Beide zeigten Verständnis für die ablehnende Haltung der Bundesregierung zur Aufwertung der DM, äußerten jedoch die Befürchtung, daß sich Staatspräsident de Gaulle aus Prestigegründen einer wirksamen Abwertung des Franc widersetzen werde. Duckwitz versicherte, die Bundesrepublik habe nicht den Ehrgeiz, die führende Rolle in Europa zu spielen.
- 389** 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger S. 1509
- Berger analysiert die Tagung der Zehnergruppe vom 20. bis 22. November 1968 in Bonn. Wie seit langem nicht mehr habe sich die Bundesrepublik einer Phalanx der drei Alliierten gegenüber gesehen. Das Standhalten der Bundesregierung gegenüber dem Druck nach einer Aufwertung der DM habe deshalb auch eine große politische Tragweite. Die Tatsache, daß eine europäische Währungsunion nur in weltweitem Rahmen einer Lösung habe zugeführt werden können, habe den Rückstand der Europäischen Gemeinschaften auf ihrem angestrebten Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion deutlich gemacht. Berger äußert die Vermutung, daß künftig der politische Druck auf die Bundesrepublik wachsen werde, durch verstärkte finanzielle Leistungen zur Lösung akuter währungspolitischer Probleme beizutragen und an der Schaffung einer verbesserten Währungsordnung mitzuwirken.
- 390** 25.11. Bundesminister Wehner an Bundesminister Brandt S. 1515
- Wehner äußert sich zu Differenzen zwischen den Ressorts bezüglich der Reaktion auf den Beschluß des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die DDR künftig an Olympischen Spielen mit eigener Flagge und Hymne teilnehmen zu lassen. Die unterschiedlichen Auffassungen der Bundesministerien müßten überwunden und die Spiele 1972 in München in jedem Fall gesichert werden. Deshalb solle die Bundesregierung dem IOC die gewünschte Bestätigung geben, daß die Spiele nach dessen Regeln durchgeführt würden. Auch aus Sicht des Auswärtigen Amtes könne es nicht das Anliegen des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung sein, die Bevölkerung „im anderen Teil Deutschlands vom internationalen Leben unterhalb der Anerkennungsebene“ auszuschalten.
- 391** 25.11. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1518
- Schnippenkötter regt an, wegen des bevorstehenden Ratifikationsverfahrens zum Nichtverbreitungsabkommen im amerikanischen Senat bei den USA nochmals die Interessen der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen. Eine solche Initiative müsse Teil einer langfristigen Friedenspolitik sein. Angespro-

chen werden sollten u.a. die uneingeschränkte Geltung des Gewaltverzichts zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, die Einbeziehung von Berlin (West) in ein Friedenssystem sowie eventuelle Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik.

- 392** 26.11. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1520

Grewe kommentiert Äußerungen von Vertretern der Drei Mächte zur Gültigkeit der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta. Er erachtet deren Argument, mit einer Ungültigkeitserklärung dieser Artikel setzten sie sich dem Vorwurf aus, den Boden der Charta zu verlassen, als wenig überzeugend. Offenbar wollten sich die Drei Mächte „alle rechtlichen Möglichkeiten“ offenhalten. Ähnlich verhalte es sich mit der von ihnen vertretenen Ansicht, Artikel 2 des Deutschlandvertrags von 1954 enthalte zumindest potentiell ein Recht zur Ausübung von Zwang. Der Botschafter empfiehlt, die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik klarzustellen.

- 393** 27.11. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1523

Knappstein berichtet über vermehrte Kontakte zwischen den USA und der UdSSR, die auf einen baldigen Beginn von Gesprächen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) hindeuteten. Er rät davon ab, in diesem frühen Stadium auf hoher Ebene Erkundigungen einzuziehen, zumal die amerikanische Regierung bereits mehrfach die Bereitschaft zur rechtzeitigen Unterrichtung der Verbündeten erklärt habe.

- 394** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1524

Ruete nimmt Stellung zum Vorschlag, die Bundesversammlung wegen der Beteiligung von NPD-Abgeordneten an einen anderen Ort zu verlegen und den Bundespräsidenten in Berlin (West) nur den Amtseid ableisten zu lassen. Dagegen spräche, daß die Drei Mächte grundsätzlich gegen eine Änderung des Status quo seien. Zudem wäre der Protest der UdSSR gegen diese Lösung vermutlich nicht geringer. Der Gedanke, die Bundesversammlung abwechselnd in den Hauptstädten der Länder abzuhalten, breche mit der Tradition, da Berlin (West) erst wieder in 55 Jahren Veranstaltungsort wäre.

- 395** 28.11. Aufzeichnung des Legationsrats Scholz S. 1526

Scholz hält die wesentlichen Punkte aus Gesprächen mit Kardinal Bensch am 24. und 25. November 1968 fest. Der Bischof von Berlin bekräftigte, daß er keine Änderung der bisherigen Praxis anstrebe, die in der DDR liegenden Teile von Diözesen der Bundesrepublik kommissarisch zu verwalten. Er berichtete ferner, daß in jüngster Zeit die „abstinente“ Haltung der katholischen Kirche in der DDR gegenüber der SED in Frage gestellt würde, z. B. durch den Wunsch junger Katholiken, in die Gesellschaft einbezogen zu werden. Zur Spannungspolitik

meinte Bensch, daß sich ein Verhandlungsspielraum vor allem aus dem Streben der DDR nach Prestigegewinn und finanziellen Zugeständnissen ergebe. Abschließend betonte der Kardinal die Bedeutung von Fernsehen und Rundfunk der Bundesrepublik als einziger Nachrichtenquelle für die Bevölkerung der DDR.

- 396** 29.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 1530
französischen Botschafter François Seydoux

Seydoux bedauert, daß es ihm am Wochenende des 9./10. November 1968 nicht gelungen sei, dem Bundeskanzler ein wichtiges Schreiben des Ministerpräsidenten Couve de Murville zur Währungskrise zu übergeben. Der Bundeskanzler erklärt, daß die Bundesregierung eine Aufwertung politisch nicht hätte durchsetzen können. Er beklagt die grundsätzlichen Abstimmungsprobleme beider Regierungen und erklärt, er sei erschrocken, „wie solche Sachen schief laufen könnten“. Der Botschafter meint, daß für viele Franzosen Deutschland wieder eine Sorge darstelle.

- 397** 29.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1539

Harkort faßt die Position der Bundesregierung bei den bevorstehenden Luftverkehrsverhandlungen mit der UdSSR zusammen. Zwar dürfte diesmal eine Einigung über die Streckenführung Moskau-Eger-Frankfurt/Main erzielt werden. Es sei jedoch bekanntgeworden, daß die sowjetische Regierung ihre Fluglinie Moskau-Berlin-Schönefeld nach Paris unter Benutzung einer Luftstraße außerhalb der Korridore verlängern wolle. Verhandlungsziel sei es daher, ein Junktim zwischen beiden Streckenführungen zu verhindern. Dazu könne darauf hingewiesen werden, daß ein entsprechender Antrag auf Überflug des Bundesgebietes einer langwierigen Prüfung bedürfe, die während der Verhandlungen nicht abgeschlossen werden könne.

- 398** 29.11. Botschafter Böker, New York (UNO), an das S. 1542
Auswärtige Amt

Böker nimmt Stellung zu amerikanischen Äußerungen über die geplante Wiener Vertragsrechtskonvention. Offensichtlich seien die USA in der Beitritts- und Depositatarfrage kompromissbereit. Jeder für die UdSSR annehmbare Kompromiß bedeute aber die Schaffung einseitiger Beitrittsmöglichkeiten für „umstrittene Gebietseinheiten“, also auch für die DDR. Am ehesten könne der UdSSR noch hinsichtlich des Artikels 5 über den Beitritt zu bereits bestehenden völkerrechtlichen Verträgen Entgegenkommen gezeigt werden. Zur Verhinderung einer All-Staaten-Klausel empfehle sich ferner eine Behandlung der Schlußklauseln im „Committee of the Whole“, welches mit einfacher Mehrheit entscheide.

- 403** 06.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem jugoslawischen Botschafter Čačinović S. 1559
- Der Botschafter hebt die positive Entwicklung seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vor zehn Monaten hervor. Lediglich über die Entschädigungsfragen sowie die Aktivitäten jugoslawischer Emigranten in der Bundesrepublik müsse noch gesprochen werden. Er weist ferner darauf hin, daß Jugoslawien aufgrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR zu erheblichen Aufwendungen im Verteidigungsbereich gezwungen gewesen sei. Für Kredite zur Überbrückung der entstandenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten wäre die jugoslawische Regierung daher dankbar.
- 404** 06.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends S. 1563
- Behrends referiert den Sachstand bezüglich des Baus von vier 900-Tonnen-U-Booten für Griechenland durch die Howaldt-Werft. Nachdem ursprünglich geplant gewesen sei, U-Boot-Teile zur Montage in Griechenland zu liefern, halte der Hersteller mittlerweile eine Fertigstellung der U-Boote in Kiel für günstiger, da die notwendigen Erprobungen dort leichter durchzuführen wären. SACEUR sei von griechischer Seite bereits gebeten worden, einen gemäß WEU-Vertrag von 1954 zu stellenden Antrag der Bundesrepublik auf Ausnahmeregelung von den Rüstsatzbeschränkungen zu befürworten.
- 405** 10.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Brüssel S. 1565
- Die Gesprächspartner bedauern die „Kette von Irrtümern und Unterlassungen“ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich während der Währungskrise. Auf die Frage von Brandt nach der französischen Haltung zur kommenden WEU-Ministerratstagung in Luxemburg und zum Problem obligatorischer Konsultationen äußert Debré sich zurückhaltend. Er erläutert ferner die Einwände gegen einen Besuch des NATO-Generalsekretärs Brosio in Berlin (West). Die UdSSR dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß sich die NATO dort verantwortlich fühle. Auch die französischen Bedenken gegen eine Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) blieben unverändert.
- 406** 10.12. Aufzeichnung des Legationsrats Henze, z.Z. Rio de Janeiro S. 1570
- Henze gibt den Inhalt eines Gesprächs des Staatssekretärs Duckwitz mit dem Generalsekretär im brasilianischen Außenministerium wieder. Gibson Barbosa zeigte Interesse an einer wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Er erläuterte, daß Brasilien dem Nichtverbreitungsabkommen skeptisch gegenüberstehe, da es besonders an einer Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke interessiert sei. Duckwitz wies darauf hin, daß auch die Bundesregierung Bedenken habe, da die Kontrollfrage noch nicht gelöst sei.

- 407** 10.12. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1572
- Grewe berichtet über die Absicht, im Ständigen NATO-Rat die unterschiedliche Haltung der UdSSR zu einzelnen NATO-Staaten zu erörtern. So stehe die „aggressive Sprache“ gegenüber Großbritannien im Gegensatz zu den sowjetischen Bemühungen um die USA und Frankreich. Er selbst wolle dazu ausführen, daß es Ziel der sowjetischen Politik sei, die nach der Intervention in der ČSSR gezeigte Geschlossenheit der NATO-Staaten zu schwächen und die „internationale Respektabilität“ wiederzugewinnen. Er werde zudem die politischen Hintergründe der Vereinbarungen mit der DDR vom 6. Dezember 1968 über den Interzonenhandel erläutern.
- 408** 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1575
- Bahr informiert Bundesminister Brandt über seine Ost-Kontakte als Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin von 1960 bis 1966 bzw. seit seinem Eintritt in das Auswärtige Amt 1966. Häufige Kontakte habe er zum Zweiten Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, Belezkij, unterhalten, über den 1966 die Gespräche des Regierenden Bürgermeisters Brandt mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, und auch deren Unterredung vom 18. Juni 1968 angebahnt worden seien. Zu Vertretern der SED habe er so gut wie keine Kontakte gehabt, mit Ausnahme von Gesprächen im April und Oktober 1967.
- 409** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse van Well S. 1580
- Van Well faßt ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der tschechoslowakischen Handelsvertretung zusammen. Šimaček erläuterte zunächst die tschechoslowakische Deutschlandpolitik, die den „Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit“ im Blick habe. Er führte aus, daß sich die DDR hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin (West) in die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten „äußerst nervös und hart“ gebärde, was seine Regierung allerdings nicht beirren werde. Generell plädierte er weiterhin für ein pragmatisches Vorgehen in Einzelbereichen der bilateralen Zusammenarbeit.
- 410** 11.12. Aufzeichnung des Botschafters Allardt, Moskau S. 1582
- Allardt informiert über eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Er übermittelte zunächst das – an den Meinungsaustausch zwischen Gromyko und Bundesminister Brandt in New York anknüpfende – Gesprächsangebot der Bundesregierung. Gromyko erkundigte sich daraufhin nach den Modalitäten solcher Gespräche. Allerdings stehe noch die Antwort der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 5. Juli 1968 über einen Gewaltverzicht aus. Zur Anregung von Allardt, das Paket der darin enthaltenen Vorschläge aufzuschneiden, bemerk-

te er, daß einzelne Teile miteinander verbunden seien, weil dies die reale Lage widerspiegeln. Diese müsse von der Bundesregierung mehr als bisher berücksichtigt werden.

- 411** 12.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Vogeler, Bangkok S. 1589
- Vogeler berichtet über Gespräche in Vientiane. Nachdem er zunächst dem amerikanischen Botschaftsrat Hurwitsch die Gründe erläutert habe, die gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zum Währungsstabilisierungsfonds für Laos sprächen, habe auch der laotische Finanzminister dieses Thema angeschnitten. Sisouk Na Champassak habe auf die politische Bedeutung der Währungsstabilität hingewiesen, zumal mit wachsendem Druck auf die laotische Regierung – von außen durch die UdSSR und von innen durch die Kommunisten – zu rechnen sei; dann könne auch die Zulassung einer Vertretung der DDR nicht ausgeschlossen werden. Ministerpräsident Souvanna Phouma habe sich nach Möglichkeiten zusätzlicher Hilfe seitens der Bundesrepublik erkundigt.
- 412** 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1596
- Ruete faßt ein Gespräch mit dem neuen Leiter der ungarischen Handelsvertretung in Köln zusammen. Hamburger betonte den Wunsch, die passive Zahlungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik zu verbessern, und bat um Entgegenkommen bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen. Er räumte ein, daß die Intervention in der ČSSR einen großen Prestigeverlust für die „kommunistische Sache“ bedeutet habe. Ungarn werde die bisherige Politik gegenüber der Bundesrepublik fortsetzen. Es gebe „gewisse Möglichkeiten für kleine Schritte in Richtung auf die Normalisierung“.
- 413** 15.12. Gesandter Oncken, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1598
- Oncken berichtet über Versuche von Privatpersonen aus der Bundesrepublik, Vertreter der künftigen amerikanischen Regierung zu einer Initiative gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin (West) zu veranlassen. Er habe jegliche Kenntnis über den Vorgang dementiert. Die Veröffentlichung des Vorgangs habe insbesondere Henry Kissinger sehr verärgert, der in der Frage der Bundesversammlung den Standpunkt vertrete, daß an „einer klaren festen Linie“ nicht gerüttelt werden dürfe.
- 414** 16.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1602
- Frank analysiert neuere Entwicklungen in der geplanten trilateralen Zusammenarbeit zum Bau einer Gasultrazentrifuge. Großbritannien habe ohne Rücksprache mit der Bundesrepublik und den Niederlanden die italienische Regierung über den Gang der Verhandlungen informiert und ihr sogar eine mögliche Beteiligung in Aussicht gestellt. Im Interesse der Beziehun-

gen zu Italien könne die Bundesregierung nicht hinter der britischen Offerte zurückbleiben. Allerdings sollte die Beteiligung auch weiteren europäischen Staaten offenstehen. Bei den Expertengesprächen am 19. Dezember 1968 in Bonn müsse auf eine entsprechende Formel hingearbeitet werden.

- 415** 16.12. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1606

Grewe berichtet über eine von der Bundesrepublik beantragte Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats aus Anlaß der von den USA vorgeschlagenen Erweiterung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission (ENDC). Er bat um Erläuterung, warum von der bisher vertretenen Position, die Zusammensetzung der ENDC dürfe nicht geändert werden, abgewichen worden sei. Allein aufgrund dieses Arguments hätten bislang die Bundesrepublik und andere NATO-Staaten auf eine Kandidatur verzichtet. Die Bundesrepublik könne sich jedoch nicht auf Dauer damit abfinden, Objekt der ENDC zu sein. Der amerikanische Botschafter Cleveland verwies auf Gespräche, die im Rahmen der UNO stattgefunden hätten, und erklärte sich zu Konsultationen bereit. In der Debatte fand die Position der Bundesrepublik breite Unterstützung.

- 416** 16.12. Staatssekretär Duckwitz an Botschafter Löns, Wien S. 1609

Duckwitz stellt fest, daß die DDR in Österreich politisch wie wirtschaftlich in beträchtlichem Umfang Fuß gefaßt habe, und verweist auf Ressortabkommen in den Bereichen Verkehr und Handel. Er macht darauf aufmerksam, daß diese Entwicklung Vorbildcharakter für andere neutrale Staaten haben könne. Solle die österreichische Regierung etwa versuchen, die Rolle eines Mittlers zwischen Ost und West zu übernehmen, so müßte die Bundesregierung die Folgen für die bilateralen Beziehungen sorgfältig prüfen.

- 417** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1611

Bahr gibt ein Gespräch vom Vortag mit dem sowjetischen Gesandten wieder. Bondarenko vertrat die Ansicht, daß es zum Nichtverbreitungsabkommen „nichts zu verhandeln gebe“. Ferner zeigte er sich überzeugt, daß die Bundesregierung mit der geplanten Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) versuche, in der Berlin-Frage vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Ortswahl könne nur als Wunsch nach einer „Kraftprobe“ verstanden werden. Die UdSSR werde jedoch niemals zulassen, daß Berlin (West) Teil der Bundesrepublik werde. Bahr teilt abschließend mit, daß er die Position der Bundesregierung „mit wachsender Härte“ vertreten habe.

- 418** 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1613

Bahr faßt Überlegungen zu möglichen amtlichen Kontakten zu den kommunistischen Staaten Asiens nach Beendigung des Vietnam-Kriegs zusammen. In Frage kämen ein Austausch von

fahr sehe. Dennoch „bleibe das unguete Gefühl, daß die Entwicklungen im Ostblock über die Grenzen des sowjetischen Herrschaftsbereichs hinausschlagen könnten“.

- 422 19.12. Botschafter Lüders, Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 1633

Lüders berichtet von einem Gespräch mit dem Generalsekretär im luxemburgischen Außenministerium über die Stellungnahme der Bundesregierung zu den italienischen Vorschlägen vom 26. November 1968 für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU. Angesichts der französischen Drohung, bei einer Aufnahme des italienischen Papiers in die Tagesordnung die WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 zu boykottieren, erachtete Dumont eine Diskussion der Vorschläge als „exercice académique“. Er beklagte den Zustand der europäischen Integration. Jeder Staat kooperiere nur noch dort, wo er Vorteile für sich aushandeln könne.

- 423 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse van Well S. 1635

Van Well teilt mit, daß die drei Westmächte am 18. Dezember 1968 über die Luftverkehrsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 10. bis 17. Dezember 1968 informiert worden seien. Die sowjetische Seite habe einen Vorschlag für Flugrouten vorgelegt, in dem Berlin-Schönefeld als Zwischenlandepunkt auf dem Weg von und nach Frankfurt/Main erwähnt werde. Sie habe jedoch zu verstehen gegeben, daß dies allein aus Rücksicht auf die DDR erfolge. Der Vertreter der Bundesregierung erwähnte gegenüber den Verbündeten, daß für eine Einbeziehung von Schönefeld Gegenleistungen im Bereich des Verkehrs zwischen den beiden Teilen Berlins erreicht werden könnten. Er bezeichnete das sowjetische Angebot als fair und bat darum, politischen Aspekten den Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen zu geben. Der amerikanische Vertreter äußerte dagegen die Ansicht, daß nach dem 21. August 1968 einseitige Vorleistungen nicht gerechtfertigt seien.

- 424 20.12. Botschafter Sonnenhol, Pretoria, an das Auswärtige Amt S. 1639

Sonnenhol berichtet über ein Gespräch mit dem südafrikanischen Verteidigungsminister am 4. Dezember 1968. Botha informierte über die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich und regte eine Einbeziehung der Bundesrepublik an. Er bekundete anhaltendes Interesse an der Lieferung von Waffen aus der Bundesrepublik, vor allem von U-Booten. Diese Rüstungsgüter würden zur Sicherung der Kap-Route und damit zum Schutz der westlichen Welt eingesetzt. Ferner regte Botha die Entsendung eines Militärattachés aus der Bundesrepublik nach Pretoria an. Sonnenhol schlägt vor, einen privaten Besuch von Botha in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

- 425** 20.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1642
- Ruete legt dar, daß die drei Westmächte angeregt hätten, die aufgrund der Maßnahmen der DDR vom 11. Juni 1968 im Reiseverkehr von und nach Berlin (West) erfolgte Verschärfung der TTD-Richtlinien wieder rückgängig zu machen. Sie hätten darauf hingewiesen, daß die in den „Ostkontakten“ der NATO-Mitgliedstaaten nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR beobachtete „Karenzzeit“ abgelaufen sei. Angesichts der Vereinbarungen vom 6. Dezember 1968 über den Interzonenhandel sowie des wachsenden innenpolitischen Drucks in den NATO-Staaten empfiehlt Ruete, einer Wiederherstellung der alten Regelung zuzustimmen. Lediglich die neu eingeführte Gebührenregelung solle beibehalten werden.
- 426** 22.12. Botschafter Böker, New York (UNO), an das S. 1643
Auswärtige Amt
- Böker berichtet über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Botschafter bei der UNO. Vratuša teilte mit, daß sowjetische Vertreter während der UNO-Generalversammlung ständig auf die Verantwortung der Bundesrepublik für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR hingewiesen hätten. Seit den Ereignissen des 20./21. August 1968 habe Jugoslawien die Unterstützung der „osteuropäischen Gruppe“ in der UNO verloren. Des weiteren äußerte Vratuša Verständnis für die Einstellung der Bundesregierung sowohl zum Nichtverbreitungsabkommen als auch zum Status von Berlin (West).
- 427** 24.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1645
- Ruete faßt den Verlauf einer kurzfristig einberufenen Sonder-sitzung der Bonner Vierergruppe zusammen. Die Bundesregierung wurde darüber informiert, daß am Vortag die Botschafter in Moskau – Roger Seydoux (Frankreich), Thompson (USA) und Wilson (Großbritannien) – zum Ersten Stellvertretenden Außenminister der UdSSR gerufen worden seien. Kusnezow habe eine mündliche Protesterklärung gegen die Abhaltung der Bundesversammlung am 5. März 1969 in Berlin (West) abgegeben. Hinweise auf frühere Bundesversammlungen in Berlin (West) seien zurückgewiesen worden. Nach Ruetes Ansicht ist der sowjetischen Erklärung ein beträchtliches Gewicht zuzumessen.
- 428** 30.12. Generalkonsul Hellbeck, Hongkong, an das Auswärtige S. 1647
Amt
- Hellbeck übermittelt Informationen des dpa-Korrespondenten in Peking, Bargmann, über die offizielle chinesische Reaktion auf Äußerungen des Bundesministers Brandt gegenüber der Wochenzeitung „Publik“ zur Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zu den kommunistischen Staaten Asiens. Die Volksrepublik China mißbillige die Tatsache, daß sie „in einem Atem“ mit der Mongolei genannt worden sei. Zudem habe sie kein Interesse an der Einrichtung einer BDI-Vertretung, da diese nur privatrechtlichen Charakter haben würde. Darüber hinaus in-

teressiere die chinesische Regierung, inwieweit die Erwägungen der Bundesregierung von den USA beeinflusst seien. Schließlich sei abgelehnt worden, die Freilassung inhaftierter oder festgehaltener Deutscher zur Bedingung für eine Kontaktaufnahme zu machen.

429 31.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Groepper S. 1650

Groepper stellt fest, daß sich aus den Artikeln 53 und 107 der UNO-Charta kein Interventionsrecht der Vier Mächte gegenüber der Bundesrepublik ergebe. Auch die in einem „internen Papier“ des amerikanischen Außenministeriums vertretene Position, daß Zwangsmaßnahmen rechtmäßig seien, sobald sie von allen Vier Mächten gebilligt würden, sei rechtlich nicht haltbar. In einer Analyse der Abkommen über Deutschland seit 1944 legt Groepper dar, daß eine gemeinsame oberste Exekutivgewalt der Vier Mächte über Deutschland, auf die sich die amerikanische Stellungnahme bezieht, nie ausgeübt worden sei.

Literaturverzeichnis

- AAPD** Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Jahresband 1949/50. Jahresband 1963 (Teilbände I–III). Jahresband 1964 (Teilbände I–II). Jahresband 1965 (Teilbände I–III). Jahresband 1966 (Teilbände I–II). Jahresband 1967 (Teilbände I–III), München 1994–1998.
- ADAP, D** Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1941). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (Oktober 1937–September 1938). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1950 bzw. 1956.
- ADENAUER, Erinnerungen IV** Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- AdG** Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- ALLARDT, Moskauer Tagebuch** Helmut Allardt, Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf/Wien 1973.
- ALPHAND, L'étonnement** Hervé Alphand, L'étonnement d'être. Journal (1939–1973), Paris 1977.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN** Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- AUSSENPOLITIK DER DDR** Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band XVI: 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1971.
- BAHR, Zu meiner Zeit** Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996.
- BIRRENBACH, Sondermission** Kurt Birrenbach, Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1984.
- BEN GURION UND ADENAUER** Yeshayahu A. Jelinek und Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 309–344.

Literaturverzeichnis

- BRANDT, Begegnungen und Einsichten Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, München/Zürich 1978.
- BRANDT, Erinnerungen Willy Brandt, Erinnerungen. Frankfurt am Main/Zürich 1989.
- BT ANLAGEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- BULLETIN DER EG Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- CARSTENS, Erinnerungen Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich, Edvard Hambro und Anne Patricia Simons, 3. Auflage, New York/London 1969.
- CONGRESSIONAL RECORD Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress. Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966, to September 12, 1966), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D. C. o. J.
- CONSTITUTIONS: Cyprus Constitutions of the Countries of the World. Cyprus, hrsg. von Stanley Kyriakides, New York 1972.
- COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971.
- DBPO III/I Documents on British Policy Overseas. Serie III, Band I: Britain and the Soviet Union, 1968–72, hrsg. von G. Bennet und K. A. Hamilton, London 1997.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1949 ff.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964 ff.

CL

- DOKUMENTE DES GETEILTEN
DEUTSCHLAND
- Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE
- Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.
- DUBČEK, Leben
- Alexander Dubček, Leben für die Freiheit, München 1993.
- DzD II/1
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied 1992.
- DzD III
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, 4 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961–1969.
- DzD IV
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, 12 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1971–1981.
- DzD V
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1984 bzw. 1987.
- ERSTER GESAMTBERICHT 1967
- Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1967, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel–Luxemburg 1968.
- EUROPA-ARCHIV
- Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRUS 1945
- Foreign Relations of the United States 1945. Band III: European Advisory Commission; Austria; Germany, Washington D.C. 1968.
- FRUS 1947
- Foreign Relations of the United States 1947. Band III: The British Commonwealth, Europe, Washington D.C. 1972.

Literaturverzeichnis

- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States 1961–1963. Band XIV: Berlin Crisis 1961–1962, Washington D.C. 1993.
- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States 1964–1968. Band VIII: International Monetary and Trade Policy. Band XI: Arms Control and Disarmament. Band XIII: Western Europe Region, Washington D.C. 1997, 1995 bzw. 1998.
- DE GAULLE, Discours et messages Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958 – juillet 1962). Band 4: Pour l'effort (Août 1962 – décembre 1965). Band 5: Vers le terme (Janvier 1966 – avril 1969), [Paris] 1970.
- HAEFS, Ereignisse Hanswilhelm Haefs, Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27.6.1967 bis 18.10.1968. Ein dokumentarischer Bericht, Bonn 1969.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 745 (Session 1966/67) bis Band 773 (Session 1968/69), London [1967–1969].
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
- KIESINGER, Jahre Kurt Georg Kiesinger, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hrsg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.
- KUSTERER, Kanzler und General Hermann Kusterer, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995.
- MLYNÁR, Nachtfrost Zdenik Mlynár, Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt am Main 1988.
- PARTEITAG DER SPD Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Würzburg. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn [1968].
- DIE POLITIK DES GEWALTVERZICHTS Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht. 1949 bis Juli 1968. Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [Bonn] 1968.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. Notes et Etudes Documentaires. 1967. 1968, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1968 bzw. 1969.
- PRAG 1968 Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe–Planung–Durchführung, Bremen 1995.

- PUBLIC PAPERS, JOHNSON Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1966. January 1 to December 31, 1967. January 1, 1968, to January 20, 1969, Washington D.C. 1967–1970.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
- PUBLIC PAPERS TRUMAN Public Papers of the President of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1947, Washington D.C. 1963.
- ŠIK, Prager Frühlingserwachen Ota Šik, Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988.
- SMRKOVSKÝ, Das unvollendete Gespräch Josef Smrkovský, Das unvollendete Gespräch, in: Jan Skála, Die ČSSR. Vom Prager Frühling zur Charta 77. Mit einem dokumentarischen Anhang, Berlin 1978, S. 129–168.
- STATISTISCHES JAHRBUCH Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1956 ff.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 23rd Session, Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly, Twenty-third Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 24 September–21 December 1968, 2 Bde., New York 1971.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS II United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
- UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL, Official Records, 23rd year United Nations Security Council. Official Records, 23rd year, 1387th Meeting to 1462th Meeting (25 January–31 December 1968), New York 1972.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- UNITED NATIONS YEARBOOK Yearbook of the United Nations 1968. Band 22, hrsg. vom Office of Public Information. United Nations, New York 1971.

- ZBIÓR DOKUMENTÓW
Zbiór Dokumentów/Recueil de Documents,
hrsg. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa 1945 ff.
- ZEHENTER GESAMTBERICHT 1966/67
Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der
Gemeinschaft (1. April 1966 – 31. März 1967),
hrsg. von der Kommission der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1967.
- ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN
OSTPOLITIK
Hansjakob Stehle, Zufälle auf dem Weg zur
neuen Ostpolitik. Aufzeichnungen über ein ge-
heimes Treffen Egon Bahrs mit einem polni-
schen Diplomaten 1968, in: Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 159–171.
- ZWEITER GESAMTBERICHT 1968
Zweiter Gesamtbericht über die Tätigkeit der
Gemeinschaften 1968, hrsg. von der Kommissi-
on der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel-
Luxemburg 1969.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen		
Abg.	Abgeordneter	BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
ABM	Anti-Ballistic Missile	BMVtg.	Bundesminister/ium der Verteidigung
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMwF	Bundesminister/ium für wissenschaftliche Forschung
ADM	Atomic Demolition Munition/Mines	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	BND	Bundesnachrichtendienst
AG	Aktiengesellschaft	BPA	Bundespresseamt
AM	Außenminister	BQD	Berlin Quadripartite Documents
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BR I	Botschaftsrat I. Klasse
ATO	Allied Travel Office	BRD	Bundesrepublik Deutschland
AWP	Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommunications	BVR	Bundesverteidigungsrat
AZ	Aktenzeichen	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
BBC	British Broadcasting Corporation	CIA	Central Intelligence Agency
BGBI.	Bundesgesetzblatt	CNEA	Comisión Nacional de Energia Atómica
BKA	Bundeskanzleramt	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter	CSKA	Central'nyj sportivnyj klub armii
BM	Bundesminister/ium	ČSSR	Československá Socialistická Republika
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen	CSU	Christlich-Soziale Union
BMG	Bundesminister/ium für gesamtdeutsche Fragen	CTK	Československá Tisková Kancelář
BMI	Bundesminister/ium des Innern	D	(Ministerial-)Direktor
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz		

Abkürzungsverzeichnis

DAC	Development Assistance Committee	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
DB	Drahtbericht	FDJ	Freie Deutsche Jugend
DDR	Deutsche Demokratische Republik	FDP	Freie Demokratische Partei
DE	Drahterlaß	FRG	Federal Republic of Germany
DEMAG	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft	FS	Fernschreiben
Dg	(Ministerial-)Dirigent	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	GDR	German Democratic Republic
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	geh.	geheim
dpa	Deutsche Presseagentur	GUZ	Gasultrazentrifuge
DPC	Defence Planning Committee	GV	Gewaltverzicht
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	GZT	Gemeinsamer Zolltarif
EAG	Europäische Atomgemeinschaft	h	hora/Stunde
ECE	Economic Commission for Europe	HV	Handelsvertretung
EEC	European Economic Community	IAEA	International Atomic Energy Agency
EFTA	European Free Trade Association	IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
EG	Europäische Gemeinschaften	IGH	Internationaler Gerichtshof
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	IMF	International Monetary Fund
ELDO	European Space Vehicle Launcher Development Organization	IOC	International Olympic Committee
ENDC	Eighteen Nations Disarmament Committee	IOK	Internationales Olympisches Komitee
ESK	Europäische Sicherheitskonferenz	i.V.	in Vertretung
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	IWF	Internationaler Währungsfonds
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	IZH	Interzonenhandel
		KAN	Klub angažovaných nestraníků
		KP	Kommunistische Partei
		KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

CLVI

Abkürzungsverzeichnis

KPCh	Kommunistische Partei Chinas	NOK	Nationales Olympisches Komitee
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	NNK	Nicht-Nuklearstaaten-Konferenz
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs	NPG	Nuclear Planning Group/Nukleare Planungsgruppe
KPI	Kommunistische Partei Italiens	NPT	Non-proliferation Treaty
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens	NS	Nationalsozialismus
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
KS I	Konsulatssekretär I. Klasse	NVA	Nationale Volksarmee
LR I	Legationsrat I. Klasse	OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
LS	Legationssekretär	OAU	Organisation for African Unity
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	OCAM	Organisation Commune Africaine et Malgache
MB	Ministerbüro	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
MC	Military Committee	OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
MD	Ministerialdirektor	POLAD	Political Adviser
MdB	Mitglied des Bundestages	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
Mdg/MDg	Ministerialdirigent	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
MENA	Middle East News Agency	RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlin)
Mio.	Million/en	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
MLF	Multilateral Force	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
MRBM	Medium Range Ballistic Missile	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
MR	Ministerialrat	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Mrd.	Milliarde/n	SEATO	South-East Asia Treaty Organisation
MW	Megawatt		
NATO	North Atlantic Treaty Organisation		
NDAC	Nuclear Defence Affairs Committee		
NfD	Nur für den Dienstgebrauch		

Abkürzungsverzeichnis

SECAM	Système en couleur avec mémoire	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	US	United States
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien	USA	United States of America
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USSR	Union of Socialist Soviet Republics
SPF	Sozialdemokratische Partei Finnlands	UStS	Unterstaatssekretär
StS	Staatssekretär	VAR	Vereinigte Arabische Republik
SU	Sowjetunion	VE	Verrechnungseinheit
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza	vertr.	vertraulich
Tgb.	Tagebuch	VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse
TTD	Temporary Travel Document	VN	Vereinte Nationen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	VR	Volksrepublik
UK	United Kingdom	VS	Verschlusssache
UN	United Nations	VS-v	VS-vertraulich
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	WEU	Westeuropäische Union
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation	WHO	World Health Organisation
UNO	United Nations Organisation	WP	Warschauer Pakt
		z.b.V.	zur besonderen Verwendung
		ZAR	Zentralafrikanische Republik
		ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-1002/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1

Aufgabe: 2. Januar 1968, 10.10 Uhr
Ankunft: 2. Januar 1968, 10.47 Uhr

Anlässlich Neujahrsempfanges sprach mich der französische Staatspräsident – offenbar doch beeindruckt durch die Mißstimmung in den EWG-Partnerländern – nochmals auf die französische Haltung gegenüber dem britischen Antrag auf EWG-Beitritt¹ an.² Für uns könne es nach seinen Besprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler³ und den Informationen, die er mir gegeben habe⁴, keine Überraschung gewesen sein, daß Frankreich sich im jetzigen Augenblick gegen eine Eröffnung von Verhandlungen mit Großbritannien ausgesprochen habe. Man könne es der EWG nach seiner Auffassung einfach nicht zumuten, die Lasten der defizitären britischen Zahlungsbilanz, der prekären Lage des Pfundes⁵ und der ungeordneten wirtschaftlichen Situation dieses Landes mitzutragen. Erst wenn die monetäre und wirtschaftliche Lage Großbritanniens gesundet sei, hätten Verhandlungen über einen Beitritt eine Aussicht auf Erfolg. De Gaulle wiederholte, daß er grundsätzlich gegen eine Erweiterung der EWG durch einen Beitritt Englands keine Bedenken habe. Er habe es begrüßt, daß die deutsche Regierung im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Vernunft in dieser Frage eine ausgewogenere Stellung bezogen habe als einige andere EWG-Partner.

Auf die Möglichkeit eines „special arrangement“ mit Großbritannien⁶ ange-

¹ Großbritannien stellte zuletzt am 11. Mai 1967 einen Antrag auf Aufnahme in die EWG, die EURATOM und die EGKS. Für den Wortlaut des Schreibens des Premierministers Wilson an den amtierenden Präsidenten des EWG-Ministerrats, van Elsslande, vgl. BULLETIN DER EWG 6/1967, S. 9.

² Auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vertrat Frankreich im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedstaaten, die die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien befürworteten, die Auffassung, daß Beitrittsverhandlungen erst nach einer wirtschaftlichen und monetären Konsolidierung Großbritanniens eröffnet werden könnten. Vgl. AAPD 1967, III, Dok. 442.

³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 12. Juli 1967; AAPD 1967, II, Dok. 261.

⁴ Zum Gespräch vom 2. Oktober 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 335. Botschafter Klaiber, Paris, übermittelte am 14. November 1967 eine Einschätzung der Haltung des französischen Staatspräsidenten zu einem britischen EG-Beitritt. De Gaulle wolle es „nicht zulassen, daß Großbritannien zum Trojanischen Pferd der Amerikaner in der EWG wird und so eine Politik des Ausspiels der europäischen Partner gegeneinander treiben kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2149 vom 14. November 1967; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

⁵ Vgl. dazu Dok. 16, besonders Anm. 4.

⁶ Am 27. November 1967 erklärte Staatspräsident de Gaulle dazu auf einer Pressekonferenz: „On peut imaginer, par exemple, une zone de libre-échange s'étendant à tout l'Occident de notre continent; on peut imaginer aussi un espèce de traité multilatéral du genre de celui qui sortira du Kennedy Round et réglant entre dix, douze, quinze, Etats européens, leurs contingents, leurs tarifs réciproques et leurs contingents respectifs. Mais, dans un cas comme dans l'autre, il faudrait d'abord abolir la Communauté et disperser ses institutions“. Frankreich werde daher selbst derartige Vorschläge nicht unterbreiten, sie aber prüfen, wenn die übrigen EG-Mitglieder dies wünschten. Es sei zudem bereit, Großbritannien entgegenzukommen: „Pour lui faciliter les choses, la France est toute disposée à entrer dans quelque arrangement qui, sous le nom d'association, ou sous un autre, favoriserait, dès à présent, les échanges commerciaux entre les Continentaux d'une part, les Bri-

sprochen, erwiderte de Gaulle, falls sich Großbritannien hierfür interessiere, sei Frankreich jederzeit bereit, darüber zu sprechen und zu verhandeln. Man habe über die Kennedy-Runde⁷ ein zufriedenstellendes Übereinkommen erreicht, warum sollte man mit England und anderen interessierten Ländern nicht zu einem weitergehenden wirtschaftlichen Abkommen gelangen, das diese Länder wirtschaftlich der EWG annähern würde. Die Initiative liege allerdings bei Großbritannien, dessen Regierung diese Möglichkeit jedoch bisher rundweg ablehne.

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 2853 (I A 2)

Fortsetzung Fußnote von Seite 3

tanniques, les Scandinaves et les Irlandais d'autre part.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 244 f.

⁷ Die als Kennedy-Runde bezeichnete Verhandlungsserie im Rahmen des GATT hatte das Ziel, durch umfangreiche Zollsenkungen eine Liberalisierung des Welthandels herbeizuführen. Die Verhandlungen der GATT-Vertragsparteien begannen am 4. Mai 1964 und wurden mit der Unterzeichnung der Schlußakte am 30. Juni 1967 abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE. BASIC INSTRUMENTS AND SELECTED DOCUMENTS. Fifteenth Supplement. Protocols, Decisions, Reports 1966-1967 and Twenty-fourth Session, Genf 1968, S. 4-35. Zum Abschluß der Kennedy-Runde vgl. auch AAPD 1967, II, Dok. 170.

2

Botschafter Schlitter, Athen, an Staatssekretär Duckwitz

Z B 6-1-10049/68 geheim
Fernschreiben Nr. 6

Aufgabe: 4. Januar 1968, 13.30 Uhr
Ankunft: 4. Januar 1968, 13.33 Uhr

Für Staatssekretär¹

Betr.: Beziehungen zur griechischen Regierung²

Bezug: Plurex 4888 vom 27.12.1967 – I A 4 – St.S. 817 geheim³

Die gegenwärtige Praxis, nach der Botschaft mit Regierung Papadopoulos keine offiziellen Kontakte unterhält, macht die Wahrnehmung unserer Interessen immer schwieriger und zum Teil unmöglich.

Botschaft ist seit dem gescheiterten Putsch vom 13. Dezember 1967 von ihren offiziellen Informationsquellen abgeschnitten. Sie hat gegenwärtig auch keine Möglichkeit, auf griechische Regierung einzuwirken. Ich verweise u. a. auf anhaltende Zypernkrise⁴, unsere eigenen weitreichenden politischen (SBZ), verteidigungspolitischen Belange und auf die Geltendmachung unseres Interesses an einer baldigen Rückkehr Griechenlands zu demokratischen Verhältnissen.

Wenngleich im Grundsatz keine offiziellen Kontakte mit hiesiger Regierung gepflogen werden, erhält Botschaft jedoch laufend Weisungen, griechische Regierung über deutsche politische Maßnahmen zu unterrichten oder deren Unterstützung für deutschen Standpunkt und Wünsche, z. B. in internationalen Gremien, zu erwirken. In aufgelaufenen dringenden technischen Fragen (NATO-Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigungen, Anmeldung neuer Botschaftsangehöriger, Rechtshilfeersuchen) ließ sich ein eingeschränkter Schriftverkehr in Form von Verbalnoten in den letzten Tagen nicht mehr vermeiden.

¹ Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen, der zu einem Vorschlag des Legationsrats Gehl, Exemplare des Drahtberichts an Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und ein Exemplar an Botschafter Schwarzmann weiterzuleiten, handschriftlich vermerkte: „Sofort.“

Hat dem Vertreter von Meyer-Lindenberg, Ministerialdirigent Frank, am 5. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Referat I A 4 vermerkte: „B[itte] E[ntwurf] D[raht]E[rlaß] wie besprochen.“

² Am 14. Dezember 1967 notierte Ministerialdirigent Frank, daß am Vortag ein Versuch des Königs Konstantin II. gescheitert sei, von Nordgriechenland aus „mit Hilfe ihm ergebener Heereseinheiten die Militärjunta in Athen zu stürzen“. Konstantin II. begab sich daraufhin ebenso wie Ministerpräsident Kollias nach Rom. Zur Regierungsneubildung vermerkte Frank weiter, Oberst Papadopoulos habe „den General Zoitakis zum Regenten ernannt, ihn vom Erzbischof von Athen weihen lassen und sich dann von dem eben von ihm eingesetzten Regenten zum Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister ernennen lassen. Dies ist verfassungswidrig.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 414.

³ Mit dem am 22. Dezember 1967 konzipierten Runderlaß erläuterte Staatssekretär Lahr: „In Übereinstimmung mit unseren wichtigsten Alliierten, mit denen wir in ständiger Konsultation stehen, haben wir uns große Zurückhaltung auferlegt. Botschaft Athen hat Weisung, bis auf weiteres nicht mit neuer Regierung in Kontakt zu treten.“ Vgl. VS-Bd. 2502 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

⁴ Am 15. November 1967 kam es in Zypern zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Teilen der türkischen und griechischen Bevölkerung. Der amerikanische Sonderbotschafter Vance sowie NATO-Generalsekretär Brosio führten im Dezember 1967 eine Einigung zur friedlichen Beilegung des Konflikts herbei. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 400 und Dok. 418.

Von Botschaft wird gegenwärtig auch erwartet, daß sie für Besuch dreiköpfiger SPD-Delegation sinnvolles Programm vorbereitet, was ohne Kontakte auf hoher Ebene nicht möglich (vgl. Drahtbericht Nr. 460 vom 22.12.1967)⁵.

Wiederaufnahme eines normalen Geschäftsverkehrs würde die Frage einer eventuellen neuen Beglaubigung bei dem Regenten⁶ nicht aufwerfen. Ich erinnere an folgende augenblickliche Sachlage:

- 1) König⁷ hat weder abgedankt, noch ist er abgesetzt worden.
- 2) König erkennt neue Regierung, mit der er verhandelt⁸ und freundliche Kontakte pflegt, de facto an.
- 3) König befindet sich in Rom auf der griechischen Botschaft.
- 4) Regierungsdekrete in Athen werden im Namen Königs veröffentlicht.

Eine baldige Rückkehr Königs erwarte ich im Augenblick nicht mehr. Sie ist vor Abhaltung Plebiszits unwahrscheinlich. Nach letzten Informationen wird in Kreisen um Papadopoulos mit Datum 21. April für Referendum über neue Verfassung gerechnet.⁹

Für nächste Zeit, zumindest bis Nationalfeiertag 25. März, ist normalerweise nicht anzunehmen, daß ein Kontakt der Missionschefs mit dem Regenten notwendig wird. Wenn wir nicht in Kürze zu einer „Normalisierung“ des Verkehrs mit griechischer Regierung kommen, ist allerdings zu befürchten, daß diese einen Testfall herbeiführt. Daß ein solcher Fall nicht schon beim Tedeum am Neujahrstag eintrat, wurde durch Außenminister Pipinelis noch dadurch vermieden, daß keine Einladungen an diplomatisches Korps versandt wurden. Regierung Papadopoulos steht aber, wie aus laufender Berichterstattung bekannt, unter zunehmendem Druck radikaler Kräfte im Revolutionsrat, sich nicht länger von Westmächten brüskieren zu lassen. Weitere Aufrechterhaltung derzeitigen Schwebzustandes kommt nur Ostblock zugute. Wie nüchtern dieser Situation beurteilt, geht daraus hervor, daß zumindest Rumänen und Jugoslawen bereit waren, an Neujahrsempfang teilzunehmen, falls Einladung ergangen wäre.

⁵ Botschafter Schlitter, Athen, regte Gespräche der SPD-Delegation mit Mitgliedern des griechischen Kabinetts und anderen Politikern sowie „Besuche auf Jaros und Leros sowie bei einigen in Athen Inhaftierten“ an, teilte aber mit, daß sich dies ohne seine „persönliche offizielle oder inoffizielle Einschaltung“ kaum realisieren ließe. Vgl. Referat I A 4, Bd. 413.

Die SPD-Abgeordneten Arndt, Mattick, Faller und Apel führten Mitte Februar in Athen Gespräche mit Ministerpräsident Papadopoulos und weiteren Mitgliedern des griechischen Kabinetts. Am 16. Februar besuchten die Abgeordneten Apel und Mattick das Lager für Deportierte auf der Insel Leros. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 64 von Schlitter vom 17. Februar 1968; Referat I A 4, Bd. 413.

⁶ Georgios Zoitakis.

⁷ Konstantin II.

⁸ Bereits am 16./17. Dezember 1967 führte der griechische Außenminister Pipinelis Gespräche mit König Konstantin II. in Rom über eine mögliche Rückkehr nach Athen. Dazu teilte der König Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, am 5. Januar 1968 mit, er habe der Militärregierung als Bedingungen für seine Rückkehr genannt: „Veröffentlichung und Verkündung der Verfassung, Anberaumung von Neuwahlen mit genauer Terminangabe, freie Wahlen und Freiheit der Presse zwecks Durchführung wirklich freier Wahlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 22 von Herwarth vom 6. Januar 1968; VS-Bd. 2717 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

⁹ Der Ausschuß für die Verfassungsreform legte Ende Februar 1968 einen ersten Entwurf vor, der nach Überarbeitung durch die Regierung und nochmaliger Veränderung aufgrund der Diskussion in der Öffentlichkeit erst am 29. September 1968 zur Abstimmung kam.

Ich schlage daher vor, mich zu ermächtigen, den normalen Geschäftsverkehr mit griechischer Regierung ohne weitere Formalitäten wieder aufzunehmen, würde allerdings die der Botschaft am 15.12.1967 zugestellte Verbalnote über Einsetzung Regenten (vgl. Drahtbericht 440 vom 15.12.¹⁰) auch fürderhin nicht beantworten. Naturgemäß würde ich auch weiterhin das gebotene Maß an Zurückhaltung wahren.¹¹

Ich habe in dieser Sache bewußt mit meinen hiesigen Kollegen in den letzten Tagen keine Gespräche geführt.¹²

[gez.] Schlitter

VS-Bd. 2717 (I A 4)

¹⁰ Für den Drahtbericht des Botschafters Schlitter vgl. Referat I A 4, Bd. 414.

¹¹ Am 5. Januar 1968 wurde Botschafter Schlitter, Athen, ermächtigt, „ohne weitere Formalitäten den normalen Geschäftsverkehr mit der derzeitigen Regierung wieder aufzunehmen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 54 des Ministerialdirigenten Frank; VS-Bd. 2717 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

¹² Botschafter Schlitter, Athen, führte am 8. Januar 1968 ein erstes Gespräch mit dem griechischen Außenminister, in dem er Pipinelis gegenüber „das unverminderte Interesse der Bundesregierung an einer baldigen Rückkehr Griechenlands zu verfassungsmäßigen Verhältnissen zum Ausdruck“ brachte: „Dieses Interesse sei, was die Wiederherstellung der Grundrechte angehe, auch aufgrund bestehender vertraglicher Abmachungen (z. B. Europarat) berechtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 16 vom 10. Januar 1968; VS-Bd. 2717 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

Mit Runderlaß vom 15. Januar 1968 berichtete Ministerialdirigent Frank, dieses Gespräch habe bei den Bündnispartnern „in Einzelfällen zu Mißdeutungen“ geführt. Die Unterredung habe aber gezeigt, „daß wir, wenn wir auf innere Entwicklung Griechenlands positiven Einfluß ausüben wollen, mit seinen Vertretern sprechen müssen. [...] Nach unserer Auffassung sollten auch die anderen Bündnispartner Griechenlands zu einer differenzierteren und elastischeren Handhabung ihrer Kontakte mit der griechischen Regierung kommen, damit nichts versäumt wird, um die innere Entwicklung Griechenlands und den Zusammenhalt der NATO-Allianz günstig zu beeinflussen. Eine solche Haltung schließt nicht aus, daß die Unterstützung aller Art für die griechische Regierung auch weiterhin von Fortschritten bei der Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen abhängig gemacht wird.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 192; VS-Bd. 2717 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

3

Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10066/68 geheim
Fernschreiben Nr. 20

Aufgabe: 4. Januar 1968, 19.00 Uhr
Ankunft: 5. Januar 1968, 02.37 Uhr

Betr.: Tour d'horizon mit Außenminister Rusk am 4.1.68

Bezug: DE Nr. 3 vom 3.1.68 – II A 6-82.00-91.36-2/68 VS-v¹
DB Nr. 7 vom 2.1.68²

Wie angekündigt, empfing Rusk mich am 4.1.68 nachmittags zu einer Tour d'horizon.

1) Ich leitete das Gespräch durch die Mitteilungen gemäß Bezugserlaß ein. Rusk nahm zu diesen Punkten wie folgt Stellung:

a) Man sei über die allgemeine und insbesondere über die deutsche Reaktion auf die amerikanischen Zahlungsbilanzmaßnahmen³ befriedigt.

Für die Frage einer besonderen Behandlung Berlins⁴ zeigte Rusk sofort Verständnis. Er gab noch in meiner Gegenwart die Weisung, daß Leddy ihm einen

¹ Ministerialdirektor Ruete bat Botschafter Knapstein, Washington, im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk darum nachzusuchen, bei den vorgesehenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz „den amerikanischen Investitionen in Berlin eine Sonderstellung einzuräumen“. Auch sollte Rusk u.a. über das Interesse der Bundesregierung unterrichtet werden, „sobald wie möglich in die vereinbarten deutsch-amerikanischen Konsultationen über die künftige Struktur der Bundeswehr einzutreten“. Vgl. VS-Bd. 2741 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

² Botschafter Knapstein, Washington, teilte mit, daß er für den 4. Januar 1968 einen Termin beim amerikanischen Außenminister vereinbart habe, um vor seiner Dienstreise nach Bonn vom 7. bis 12. Januar 1968 „verschiedene schwebende Fragen“ mit Rusk zu besprechen. Vgl. Referat II A 6, Bd. 271.

³ Präsident Johnson kündigte am 1. Januar 1968 drastische Sparmaßnahmen zum Ausgleich des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits von 3,5 bis 4 Milliarden Dollar sowie zur Stabilisierung des Dollars an. Sie sahen eine Einschränkung von Auslandsinvestitionen und -krediten sowie die Förderung von Exporten nach Übersee vor. Ferner mußten die bisherigen Sparmaßnahmen fortgesetzt und weitere 500 Millionen Dollar eingespart werden. Dafür habe er drei Schritte angeordnet: „First, I have directed the Secretary of State to initiate prompt negotiations with our NATO allies to minimize the foreign exchange costs of keeping our troops in Europe. [...] Second, I have instructed the Director of the Budget to find ways of reducing the number of American civilians working overseas. Third, I have instructed the Secretary of Defense to find ways to reduce further the foreign exchange impact of personal spending by U.S. forces and their dependents in Europe.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1968–69, I, S. 11. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 55–60.

⁴ Am 2. Januar 1968 berichtete Botschafter Knapstein, Washington, über die Schwierigkeiten, die das angekündigte amerikanische Investitionsmoratorium für die Bemühungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schütz, bedeute, der während seines geplanten Besuchs in den USA die Gründung von „Komitees amerikanischer Geschäftsleute zur Förderung von Kapitalinvestitionen in Berlin“ anregen wolle. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, habe auf die Anfrage, „ob Kapitalinvestitionen in Berlin, die doch für die viability der Stadt von großer Bedeutung seien, in das Moratorium einbegriffen seien oder nicht“, bestätigt, daß auch Berlin (West) unter das Moratorium falle. Er sehe aber „durchaus die Möglichkeit, daß bei der praktischen Durchführung von Kontrollmaßnahmen die politische Bedeutung von Investitionen in Berlin besonders berücksichtigt werden könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; VS-Bd. 2741 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

besonderen Bericht hierüber vorlege.⁵ Man werde diese Frage noch vor dem Besuch des Regierenden Bürgermeisters in Washington⁶ prüfen. Er glaube, daß eine Lösung in unserem Sinne durchaus möglich sei.

b) Zu den Konsultationen über die deutsche Verteidigungsplanung bemerkte Rusk, das Interesse daran sei im Zusammenhang mit den Zahlungsbilanzmaßnahmen noch gestiegen. Diese Maßnahmen würden den Bestrebungen von Mansfield, eine Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa durchzusetzen⁷, neuen Auftrieb geben. Im allgemeinen seien Zahlungsbilanzmaßnahmen, die das amerikanische Bankgewerbe, die Industrie oder den Fremdenverkehr betrafen, im Kongreß unbeliebt. Man müsse deshalb mit Versuchen von Abgeordneten rechnen, sozusagen als „Gegenmaßnahme“ die Fragen der Truppenstationierung im Ausland und von mengenmäßigen Beschränkungen der amerikanischen Importe hochzubringen. Man werde gemeinsam bestrebt sein müssen, das Problem der Zahlungsbilanz so zu handhaben, daß weder die bestehenden sicherheitspolitischen Vereinbarungen noch die Handelspolitik, noch die Interessen der Entwicklungsländer Schaden litten. Die erste Reaktion der Gold- und Devisenmärkte zeige, daß man auf dem richtigen Wege sei.

c) Zur Frage des „offset“ nahm Rusk nicht im einzelnen Stellung. Er wies lediglich darauf hin, daß Deutschland 1967 einen beträchtlichen Zahlungsbilanzüberschuß erwirtschaftet habe und daß man nicht zuletzt auch deutscherseits mit großem Nachdruck auf Maßnahmen zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz gedrängt habe.

d) Zu unseren Verhandlungen mit Belgrad über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen⁸ bemerkte Rusk, daß sich der hiesige jugoslawische Botschafter⁹ ihm gegenüber optimistisch geäußert habe.

2 a) Im weiteren Verlauf des Gesprächs erkundigte sich Rusk nach der Lage im Verhältnis Großbritanniens zur EWG. Ich wies darauf hin, daß es unseres Er-

⁵ Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte am 9. Januar 1968 mit, dem angeforderten Bericht zufolge ließen sich Investitionen in Berlin (West) „im Rahmen der bestehenden Regelung sicherlich durchführen. Sollte sich dies wider Erwarten als nicht möglich herausstellen, so werde man andere Wege für eine Sonderregelung zugunsten Berlins finden müssen“. Das amerikanische Außenministerium halte es für wahrscheinlich, daß Präsident Johnson sich „zu einer Sonderbehandlung von Berlin bereitfinden werde. Er werde allerdings kaum so weit gehen, eine solche öffentlich bekanntzugeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 42; VS-Bd. 2741 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

⁶ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, hielt sich vom 27. Januar bis 4. Februar 1968 in den USA auf. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 1. Februar 1968 vgl. Dok. 44.

⁷ In einem Fernseh-Interview wiederholte der amerikanische Senator Mansfield am 14. Januar 1968 seine bereits mit Resolution vom 31. August 1966 im Senat eingebrachte Forderung nach einer Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa. Das Argument, daß nach dem Abzug von Truppenteilen aus der Bundesrepublik die sowjetische Bedrohung für Westeuropa wachsen würde, hielt er nicht für stichhaltig: „I think that they just like to keep us there to maintain the burden, to assume the primary responsibility, whereas it is my belief that they should maintain the primary responsibility and live up to their commitments, which none of them have.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 90 des Gesandten von Lilienfeld, Washington; Referat II A 6, Bd. 274.

Für den Wortlaut der Resolution vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Senate, 1966, S. 21442–21450. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 623 f.

⁸ Zu den Vorgesprächen des Ministerialdirektors Ruete mit dem Leiter der Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen an der schwedischen Botschaft in Bonn, Lučić, vgl. AAPD 1967, III, Dok. 436.

⁹ Bogdan Crnobrnja.

achtens darauf ankäme, sowohl London als auch Paris zu überzeugen, daß eine Politik des Alles oder Nichts falsch sei.

b) Ein Frage von Rusk nach der Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf die letzte Pressekonferenz¹⁰ und die Neujahrsbotschaft von General de Gaulle¹¹ beantwortete ich dahingehend, daß das Gewicht, welches den Worten des Generals in der deutschen öffentlichen Meinung beigelegt werde, merklich abgenommen habe, wodurch sich jedoch nichts an der Tatsache ändere, daß Frankreich unser Nachbar bleibe, mit dem wir in engsten Beziehungen leben wollten.

c) Rusk wies darauf hin, daß im Verhältnis zu Frankreich noch die Frage der Entschädigung für die Verlegung der Infrastruktur der NATO und der Verbündeten¹² zu regeln sei. Vom amerikanischen Standpunkte wäre es vorzuziehen, wenn mit Paris zunächst die gemeinsamen Ansprüche der NATO und danach erst die nationalen amerikanischen Ansprüche erörtert würden.¹³ Man erwarte von Frankreich zwar kein großes Entgegenkommen, glaube aber doch, daß die französische Regierung sich bewußt sei, etwas tun zu müssen. Schließlich könne man bestehende Vereinbarungen nicht brechen und dann auch noch die Bezahlung des Schadens verweigern. Die amerikanische Regierung sehe sich in dieser Frage einem wachsenden Druck im Kongreß gegenüber. Die Stimmung gegenüber General de Gaulle sei schlecht und habe sich insbesondere nach seinem Auftreten in Kanada¹⁴ noch wesentlich verschlechtert. Dabei sei immer eine gewisse Gefahr gegeben, daß de Gaulle mit Europa identifiziert werde.

d) Zu den deutsch-sowjetischen Gesprächen äußerte sich Rusk positiv. Man sei keineswegs beunruhigt über diese Gespräche (we are quite relaxed about these talks). Man wolle nur vermeiden, daß mögliche Gefahrenpunkte übersehen würden. Auf Grund seiner eigenen Erfahrungen während der Berliner Krise reagiere er allergisch, wenn die Sowjets von einem „neuen Status für Berlin“ sprächen. Bei solchen Wendungen höre er gleichsam eine Zeitbombe ticken.

¹⁰ Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 27. November 1967 vgl. Dok. 1, Anm. 6.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede vom 31. Dezember 1967 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 251–253.

¹² Nachdem Frankreich am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden war, beschlossen die übrigen NATO-Partner, den Sitz des NATO-Rats von Paris nach Brüssel zu verlegen. Die Schadenersatzforderungen der NATO an Frankreich bezifferte Ministerialdirigent Sahn am 18. Oktober 1967 auf 223,7 Mio. Pfund, nicht einberechnet die amerikanischen und kanadischen Forderungen aus Investitionen und Kosten für die Rückverlegung ihrer Truppen bzw. die Verlegung in andere NATO-Staaten. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 359.

¹³ Im Januar 1968 wurde zwischen der NATO und Frankreich über den Verkauf des ehemaligen NATO-Gebäudes in Paris verhandelt. Während Frankreich lediglich 76 Mio. Francs anbot, forderte die NATO 100 Mio. Francs. Anfang März einigten sich beide Seiten auf einen Kaufpreis in Höhe von 88 Mio. Francs. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 127 und Nr. 384 des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO), vom 25. Januar bzw. 7. März 1968; VS-Bd. 1472 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1968.

¹⁴ Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 20. bis 26. Juli 1967 in Québec und Montreal auf und sprach sich wiederholt für eine Stärkung des französischen Charakters der Provinz Québec aus: „N'acceptant plus de subir, dans l'ordre de la pensée, de la culture et de la science, la prépondérance d'influences qui vous sont étrangères, il vous faut des élites, des universités, des laboratoires, à vous.“ Am 24. Juli 1967 beendete de Gaulle eine Rede vor dem Rathaus von Montreal mit einem „Vive le Québec libre! Vive le Canada français et vive la France!“ Aufgrund dieser Rede kam es nicht mehr zu dem geplanten Besuch von de Gaulle in Ottawa. Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 188 und S. 192.

Man werde abwarten müssen, ob die Berlin-Frage im Zusammenhang der deutsch-sowjetischen Gespräche als ein routinemäßig wiederholter Punkt auf der sowjetischen Traktandenliste erscheine oder ob die Sowjets damit eine bestimmte konkrete Absicht verfolgten. Ich wies Rusk darauf hin, daß die Sowjets offensichtlich auf der publizistischen und auf der diplomatischen Ebene unterschiedlich operierten und machte ihn in diesem Zusammenhang auf das letzte Gespräch zwischen Staatssekretär Duckwitz und Botschafter Zarapkin¹⁵ aufmerksam, über das wir durch Rotfunk¹⁶ unterrichtet sind.

e) Anschließend brachte ich das Gespräch auf den NV-Vertrag, wobei ich besonders an unsere Interessen in der Kontrollfrage und der Frage einer zeitlichen Begrenzung erinnerte.¹⁷

Die Entgegnung von Rusk ließ keinen besonderen Enthusiasmus für den NV-Vertrag erkennen. Die hier zunächst vorgesehenen Gespräche zwischen – dem zur Zeit erkrankten – Foster und Dobrynin¹⁸ seien noch nicht aufgenommen worden. Gromyko habe Thompson jedoch eine sowjetische Reaktion auf das letzte Gespräch der Co-Chairmen¹⁹ und insbesondere Artikel III²⁰ für die nächsten Tage in Aussicht gestellt. Es komme darauf an, daß auch die Sowjets sich entschlossen, diese Verhandlungen nicht unter ihren nationalen Gesichtspunkten zu betreiben, sondern daß die beiden Verhandlungspartner „sich ihre Hüte als Co-Chairmen der ENDC aufsetzten“, also ihre Aufgabe darin zu sehen hätten, einen möglichst allgemein annehmbaren Vertrag zustande zu bringen.

¹⁵ Für das Gespräch vom 14. Dezember 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 430.

¹⁶ Informationsfunk der Bundesregierung für die Auslandsvertretungen.

¹⁷ Die Bundesrepublik legte im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen neben einer angemessenen Befristung besonderen Wert auf eine Aufrechterhaltung der EURATOM-Kontrollen, um eine Gleichbehandlung der nuklearen und der nicht-nuklearen EURATOM-Mitglieder sicherzustellen. Die Kontrollen sollten durch die IAEA verifiziert werden können. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 419.

¹⁸ Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, und der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, führten am 26. Dezember 1967 ein erstes Gespräch. Vgl. dazu FRUS 1964–1968, XI, S. 546 f.

¹⁹ William C. Foster (USA) und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin (UdSSR).

²⁰ Am 2. November 1967 wurde dem sowjetischen Delegationsleiter auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, Roschtschin, ein amerikanischer Vorschlag für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens unterbreitet, dessen erster Satz lautete: „Each non-nuclear weapon state party to the Treaty undertakes to accept safeguards, as set forth in an agreement to be negotiated and concluded with the IAEA in accordance with the statute of the IAEA and the Agency's safeguards system, for the exclusive purpose of verification of the fulfillment of its obligations assumed under this Treaty with a view to preventing diversion of nuclear energy from peaceful uses to nuclear weapons or other nuclear explosive devices.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XI, S. 528.

Am 15. Dezember 1967 berieten die Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Foster und Roschtschin, neben möglichen Vertragsänderungen, der Laufzeit des Vertrags, den Sicherheitsgarantien und einer Eindämmung des Rüstungswettlaufs auch über die Frage der Kontrolle: „Foster said that, as was the case with the procedure used to find a solution for Articles I and II, we should deal with heart of the matter as regards Article III and avoid complicating solution we both want by attempting to use politically unacceptable labels. After exhaustive allied consultations, US has concluded the road to solution lies through November 2 formulation.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XI, S. 543.

Der amerikanische Vorschlag für Artikel III wurde in den amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen übernommen. Vgl. dazu Dok. 21.

In bezug auf die Kontrollfrage könnte Frankreich hilfreich sein, wenn es sich entschließen würde, seine Position klar zu machen. Offensichtlich erzeuge die Ungewißheit darüber Nervosität innerhalb von EURATOM.²¹

f) Rusk bat mich, die Bundesregierung über die Lage in Südostasien dahingehend zu unterrichten, daß Washington alles tue, um die Versuche von Prinz Sihanouk zu unterstützen, eine verstärkte und wirksame internationale Kontrolle der Grenzgebiete von Kambodscha zu erreichen.²² Eine solche Lösung wäre der amerikanischen Regierung weitaus lieber, als selbst einzugreifen. Man wisse, daß sich im Nordosten Kambodschas bedeutende gegnerische Lager befänden. Man habe Fotografien von ihnen. In bezug auf die letzte Erklärung des nordvietnamesischen Außenministers²³ sei man sehr vorsichtig. Sie ließe verschiedene wichtige Fragen offen.

g) Auf meine Frage nach der Lage in Griechenland erwiderte Rusk, man habe den Eindruck, daß die Junta in der Königsfrage gespalten sei und daß der König²⁴ wenig Aussicht habe, in naher Zukunft nach Athen zurückzukehren. Man werde wohl so oder so mit der Junta zu leben haben.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 2741 (I A 5)

²¹ Ministerialdirigent Frank vermerkte am 3. Januar 1968: „Die Verifizierung der EURATOM-Kontrolle sollte grundsätzlich alle Kernanlagen in der Gemeinschaft umfassen. Solange der NV-Vertrag die Kernwaffenmächte von der Kontrolle ausnimmt, kann eine Frankreich einschließende Verifizierung von EURATOM jedoch nur vereinbart werden, wenn Frankreich sich damit einverstanden erklärt.“ Vgl. VS-Bd. 2855 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

²² Vom 8. bis 12. Januar 1968 führte der amerikanische Botschafter in Indien, Bowles, Gespräche mit der kambodschanischen Regierung über Maßnahmen zur Unterbindung des Einsatzes von Verbänden des Vietcong und der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) vom kambodschanischen Grenzgebiet aus. Dabei sprachen sich beide Seiten für eine Verstärkung der Internationalen Kontrollkommission zum Schutz der Neutralität und der territorialen Integrität von Kambodscha aus. Für das Communiqué vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 58 (1968), S. 133 f.

²³ Nguyen Duy Trinh erklärte sich am 30. Dezember 1967 zu Gesprächen mit den USA bereit, wenn diese die Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) einstellten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1968, Z.20.

²⁴ Konstantin II.

Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zorapkin

Z A 5-1.A/68 geheim

6. Januar 1968¹

Am 6. Januar 1968 empfing der Herr Bundesminister des Auswärtigen im Beisein des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes² den sowjetischen Botschafter Zorapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter dringend nachgesucht hatte. Botschafter Zorapkin wurde vom Presseattaché der Botschaft, Bogomolow, begleitet.

Einleitend sagte Botschafter *Zorapkin*, er bitte den Herrn Minister um Entschuldigung, daß er so dringend um diese Unterredung nachgesucht habe. Er sei jedoch von Moskau angewiesen worden, ein für Bundeskanzler Kiesinger persönlich bestimmtes Schreiben der sowjetischen Regierung unverzüglich zu übergeben. Da der Herr Bundeskanzler wohl noch in Urlaub sei, habe er den Herrn Minister in seiner Eigenschaft als Vizekanzler aufgesucht.

Anmerkung des Dolmetschers: Botschafter Zorapkin verlas nun die russische Fassung des Schreibens, dessen inoffizielle Übersetzung anschließend vom Presseattaché vorgelesen wurde.³

Nach Beendigung der Verlesung wies Botschafter Zorapkin auf den vertraulichen Charakter des Schreibens hin.

Der Herr *Minister* versprach, bei nächster Gelegenheit sowohl den Herrn Bundeskanzler als auch die Bundesregierung vom Inhalt des Schreibens zu unterrichten. Er wolle jetzt nicht auf Details dieses Schreibens eingehen, um dem Bundeskanzler nicht vorzugreifen, sondern nur einige kurze Bemerkungen dazu machen.

Die sowjetische Regierung, so führte der Herr Minister aus, könne mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, daß die Bundesregierung nicht an einer Verschärfung der Lage in Europa und auch nicht des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik im Zusammenhang mit Westberlin inter-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 8. Januar 1968 gefertigt.

² Georg Ferdinand Duckwitz.

³ Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 4390 (II A 1).

Am 18. Januar 1968 teilte Ministerialdirektor Ruete dazu mit, die sowjetische Regierung habe „unter Bezugnahme auf enumerativ aufgezählte Manifestationen der Verbundenheit zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland festgestellt, es falle schwer, nicht zu der Schlußfolgerung zu gelangen, daß die Bundesregierung es sich zum Ziel gesetzt habe, unter Umgehung alliierter Beschlüsse zu versuchen, West-Berlin de facto in die Bundesrepublik Deutschland einzugliedern. [...] Sollte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beschlossen haben, an ihrem Kurs festzuhalten und die ‚illegalen Aktionen‘ wie die Veranstaltung sogenannter parlamentarischer Wochen, die Sitzungen des Kabinetts in West-Berlin oder die Überschwemmung der Stadt mit Bundesbeamten nach wie vor dulden, dann sähe sich die Sowjetunion vor die Notwendigkeit gestellt, Maßnahmen zu ergreifen, die es gestatten würden, ihre Rechte und Interessen sowie die Rechte und Interessen der mit ihr verbündeten Staaten zu schützen.“ Die Bundesrepublik „dürfe sich keine Übergriffe gegen den bestehenden Status dieser Stadt als einer selbständigen politischen Einheit zuschulden kommen lassen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 245; VS-Bd. 4390 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1968.

essiert sei. Es sei richtig, daß Berlin einen besonderen internationalen Status besitze und daß die drei Mächte Träger der obersten Gewalt in Westberlin seien. Andererseits gebe es viele Fragen des täglichen Lebens, wie z. B. die soziale Gesetzgebung, das Wirtschafts- und Finanzwesen, die Währung usw., bei denen sich eine Regelung entwickelt habe, die derjenigen in der Bundesrepublik entspreche. Das Berliner Abgeordnetenhaus müsse jedoch die entsprechenden Gesetze jeweils beschließen.

Somit müsse man Westberlin von zwei Gesichtspunkten aus betrachten:

- a) einmal vom Gesichtspunkt der alliierten Zuständigkeit, die sich aus dem internationalen Status ergebe, und
- b) vom Gesichtspunkt der praktischen und rechtlichen Verzahnung, die sich vor allem auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet auswirke.

Das, was die sowjetische Regierung in ihrem Schreiben als „provokatorische Umtriebe“ bezeichne, betrachte man seitens der Bundesregierung anders. Ohne sich nun in eine Polemik einzulassen, wolle er dazu folgendes feststellen: Für den sozialen und wirtschaftlichen Bereich wie auch für das Gebiet der Währung werde seit etwa 15 Jahren ein Gesetzgebungsvorgang praktiziert, der für die Bundesrepublik gleichermaßen wie für Westberlin gelte. Dies betreffe jedoch nicht Gesetze, die sich auf internationale Fragen, wie z. B. das Bündnissystem, Verteidigungsangelegenheiten und dergleichen bezögen. Da dem nun einmal so sei, sei es für die betreffenden Bundestagsausschüsse verständlicherweise nützlich, sich mit den besonderen Gegebenheiten Westberlins an Ort und Stelle vertraut zu machen, um diese Gegebenheiten bei der Gesetzgebung berücksichtigen zu können.

Wenn es in dem Schreiben heiße, daß zwanzigtausend Bundesbeamte in Westberlin beschäftigt seien, so müsse man sich die Frage stellen, was denn das für Leute seien. So gebe es z. B. allein drei- bis viertausend Personen, die in einer Druckerei beschäftigt seien, was also kein Politikum darstelle. Ferner beschäftige die Bundesanstalt für Angestelltenversicherung ca. 5000–6000 Personen, was also in den sozialen Bereich falle. Eine andere in Westberlin untergebrachte Dienststelle sei das Kartellamt, womit die ökonomischen Zusammenhänge unterstrichen würden. Für die Bundesregierung gebe es keinerlei Grund, in dieser Hinsicht irgend etwas zu verheimlichen. Eine bessere Unterrichtung der sowjetischen Seite über die wirklichen Zusammenhänge würde sicherlich dazu beitragen, diese Fragen zu entdramatisieren.

Was nun den Bundesrat anbelange, so gehöre Westberlin seit 1949 zur Versammlung der Bundesländer, obwohl es überwiegend nicht mitabstimme, und zwar wegen seines besonderen Status.⁴ Im übrigen wolle er darauf hinweisen,

⁴ Am 12. Mai 1949 genehmigten die Drei Mächte das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn beschlossene Grundgesetz, erklärten hinsichtlich der Anwendung des Grundgesetzes in Berlin (West) jedoch einen Vorbehalt: „We interpret the effect of articles 23 and 144 (2) of the Basic Law as constituting acceptance of our previous request that while Berlin may not be accorded voting membership in the Bundestag or Bundesrat nor be governed by the Federation she may, nevertheless, designate a small number of representatives to attend the meetings of those legislative bodies.“ Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 130.

daß bereits vor zehn Jahren einmal ein Berliner den Vorsitz im Bundesrat gehabt habe.⁵ Die Sache mit Schütz⁶ sei also nichts Neues.

Der Herr Bundesminister fuhr fort, er wolle sich heute auf diese kurzen Bemerkungen beschränken und den Botschafter nur noch fragen, ob sein Hinweis auf den vertraulichen Charakter des Schreibens dahingehend zu deuten sei, daß die sowjetische Regierung keine Veröffentlichung desselben beabsichtige.

Botschafter *Zorapkin* antwortete, das Schreiben sei an den Bundeskanzler persönlich gerichtet, und zunächst sei sicherlich keine Veröffentlichung geplant. Außerdem bestätige der in dem Schreiben enthaltene Satz „Wir wenden uns an Sie als den Chef der Bundesregierung durchaus nicht um der öffentlichen Polemik willen“ den Wunsch der sowjetischen Regierung nach vertraulicher Behandlung. Die sowjetische Regierung hoffe, daß die Bundesregierung den Inhalt des Schreibens nüchtern prüfen und die nötigen Schlußfolgerungen für ihre künftige Politik in bezug auf Westberlin daraus ziehen werde. Dies sei erforderlich, um eine Verschärfung der Lage im Zusammenhang mit Westberlin zu vermeiden.

Der Herr *Minister* sagte nun, nachdem er Botschafter *Zorapkin* ein Glas Sherry angeboten hatte, er wolle, wenn es auch unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Fragen gebe, sich erlauben, auf eine gute Zusammenarbeit im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen zu trinken.

Botschafter *Zorapkin* erklärte sich lächelnd mit diesem Trinkspruch einverstanden.

Anschließend sagte der Herr *Minister*, es gebe eine ganze Reihe größerer und kleinerer Fragen im Verhältnis zwischen den beiden Ländern, die noch einer Regelung bedürften. Auf die großen Probleme wolle er jetzt nicht eingehen, sondern sich nur kurz mit zwei kleineren Fragen befassen.

Im Hinblick auf die Grundstückswünsche der sowjetischen Botschaft⁷ hoffe er, daß nun bald eine befriedigende Regelung zustande kommen werde. Ministerpräsident Kühn habe jedenfalls volle Unterstützung zugesagt. Es seien jetzt nur noch kleinere verwaltungstechnische Schwierigkeiten zu überwinden.

Zu einer anderen Frage übergehend sagte der Herr *Minister*, es sei in der Bundesrepublik leider schwieriger als in anderen Ländern, gewisse Dinge nicht in die Presse gelangen zu lassen. So habe er z. B. vor einiger Zeit Erwägungen über die Nachfolge des deutschen Botschafters in Moskau⁸ angestellt, die zu seinem Bedauern infolge einer Panne vorzeitig in die Presse gelangt sei

⁵ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, war vom 1. November 1957 bis 31. Oktober 1958 Präsident des Bundesrats.

⁶ Der Regierende Bürgermeister von Berlin wurde am 1. November 1967 Präsident des Bundesrats.

⁷ Die sowjetische Botschaft bemühte sich seit Mitte 1965 um ein Grundstück für ein neues Botschaftsgebäude. Am 27. November 1967 stellte Ministerialdirektor Federer dazu fest, daß der Botschaft insgesamt 16 Grundstücke genannt worden seien, die jedoch alle abgelehnt worden seien, da die Botschaft einerseits eine Fläche von zwei Hektar benötige, andererseits aber das Grundstück „verkehrsgünstig und in näherer Entfernung zum diplomatischen Zentrum der Bundeshauptstadt gelegen sein“ solle als die bisherige Residenz in Rolandseck bei Remagen. Vgl. Referat II A 4, Bd. 1080.

⁸ Gebhardt von Walther.

en.⁹ Er sage vorzeitig, weil die Ablösung ja erst in einem Vierteljahr akut werde. Es sei zutreffend, daß er daran denke, den sehr erfahrenen und befähigten Botschafter Allardt nach Moskau zu entsenden. Die offizielle Beantragung des Agréments werde in nächster Zeit erfolgen.¹⁰ Er freue sich, heute Gelegenheit zu haben, mit dem Botschafter informell über diese Sache sprechen zu können, und bitte ihn, entsprechend nach Moskau zu berichten.

Mit der Zusage Botschafter *Zarapkins*, dies zu tun, wurde das etwa dreiviertelstündige Gespräch beendet.

VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)

5

Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont

Z A 5-4.A/68 VS-vertraulich

8. Januar 1968¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Januar 1968 um 12.45 Uhr den britischen Europaminister Lord Chalfont zu einem Gespräch, an dem Staatssekretär Lahr, Botschafter Sir Frank Roberts und Unterstaatssekretär Sir Con O'Neill teilnahmen.

Der Herr *Minister* betonte, das bisherige Ziel, die britische Mitgliedschaft, müsse weiterverfolgt werden. Die Sitzung vom 19. Dezember habe nur zu einem Zwischenergebnis geführt.² Es bestünden aber keine Einwendungen gegen eine Ausweitung der Gemeinschaft sowie gegen einen Verbleib des britischen Antrags³ auf der Tagesordnung. Wie auch in der Kennedy-Runde brauchten die Dinge ihre Zeit. Die Kommission müsse auf den nächsten beiden Sitzungen dem Ministerrat über die neueste Entwicklung berichten. Keines

⁹ Vgl. dazu den Artikel „Allardt wird Botschafter in Moskau“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 311 vom 29. Dezember 1967, S. 2.

¹⁰ Botschafter Allardt übergab dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Podgornyj, am 29. Mai 1968 sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu Dok. 173.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 9. Januar 1968 gefertigt.

Am 11. Januar 1968 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold eine Ablichtung an das Bundeskanzleramt. Für das Begleitschreiben vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1968.

² Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. AAPD 1967, III, Dok. 442.

Als Ergebnis wurde mitgeteilt, daß „kein Mitgliedstaat grundsätzlich Einwendungen gegen die Erweiterung der Gemeinschaften erhoben hat“. Ein Mitgliedstaat sei der Meinung, „daß der Gesundungsprozeß der britischen Wirtschaft vollendet sein muß, bevor der Antrag Großbritanniens wieder in Betracht gezogen werden“ könne, so daß kein Einvernehmen über den Fortgang des Verfahrens zustande gekommen sei. Ausdrücklich wurde festgestellt: „Die Beitrittsgesuche des Vereinigten Königreichs, Irlands, Dänemarks und Norwegens sowie das Schreiben der Regierung Schwedens bleiben auf der Tagesordnung des Rates.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 42 f.

³ Großbritannien stellte am 11. Mai 1967 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG.

der französischen Argumente⁴ sei im Falle EURATOM stichhaltig. Deshalb stelle sich die Frage, ob man nicht einen Beitritt zu EURATOM erwägen solle, da dies auch den britischen Vorstellungen auf technologischem Gebiet⁵ entgegenkäme. Man werde ferner die Franzosen fragen müssen, welche Folgerungen sie aus den beiden obengenannten Punkten zögen, über die Einigkeit bestehe.

Lord Chalfont begrüßte es, daß der Antrag auf der Tagesordnung bleibe und der Ministerrat darauf zurückkommen werde. Solange sich aber die Haltung der Franzosen nicht ändere, werde das Aufnahmeverfahren nach Artikel 237⁶ nicht zum Erfolg führen. Um keine Zeit zu verlieren, sollten deshalb die vorgeschlagenen Konsultationen zwischen den Vier⁷ und den Fünf eingeleitet werden.⁸ Er würde es begrüßen, wenn hiergegen seitens der Bundesregierung keine grundsätzlichen Bedenken beständen.⁹ Was die EURATOM-Initiative angehe, so sehe er gewisse Schwierigkeiten. In seinen früheren Gesprächen mit Herrn Lahr habe Einverständnis darüber bestanden, daß man sich auf die EWG konzentrieren sollte. Inzwischen habe sich zwar manches geändert, doch würde wegen der bereits vollzogenen Fusion der Kommission und der geplan-

⁴ Vgl. dazu Dok. 1.

⁵ Am 13. November 1967 erklärte Premierminister Wilson in der Guildhall in London die britische Bereitschaft, „bilaterale Projekte mit jedem zur technologischen Zusammenarbeit bereiten europäischen Partner und in jedem Bereich zu beginnen [...]. Die Voraussetzung für eine wirksame europäische Zusammenarbeit muß industrielle Partnerschaft und industrielle Integration auf der Grundlage der Zusammenfassung der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionstätigkeit in lebensfähigen und strategischen Wirtschaftsunternehmen sein. Wir sind zu Gesprächen im Bereich der Computer, der elektronischen Industrie und der friedlichen Nutzung der Atomkraft bereit“. Wenn Europa voll konkurrenzfähig sein wolle, müßten mehr Zusammenschlüsse auf europäischer Basis entstehen. Außerdem könnten von britischer Seite die notwendigen Schritte vorbereitet werden, um die „Bestimmungen auf dem Gebiet des Patentrechts, der Monopole und restriktiven Praktiken sowie das Gesellschaftsrecht auf die Erfordernisse einer umfassenden wirtschaftlichen Integration entsprechend den Grundsätzen des Vertrags von Rom abzustimmen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 5 f.

⁶ Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat. Die Aufnahmebedingung und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

⁷ Neben Großbritannien stellten Dänemark und Irland am 11. Mai 1967 Beitrittsanträge zu den Europäischen Gemeinschaften; Norwegen folgte am 21. Juli 1967. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1967, S. 12 f. bzw. S. 14 f., und BULLETIN DER EWG 9–10/1967, S. 12.

⁸ Am 23. Dezember 1967 sondierte der britische Botschafter in Rom, Shuckburgh, ob die italienische Regierung bereit sei, „eine Konferenz der Fünf mit Großbritannien und den anderen Ländern, die Beitrittsantrag gestellt haben, einzuberufen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 2. Januar 1968; VS-Bd. 2853 (I A 2), B 150, Aktenkopien 1968.

⁹ Dazu notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel handschriftlich am 3. Januar 1968: „Mir hat H[err] Meyer noch vor Weihnachten mitgeteilt, daß der Herr Bundeskanzler strikt gegen jede 5er Zusammenkunft mit den Briten sei. Auch der Herr Minister steht diesem Gedanken zurückhaltend gegenüber.“ Vgl. den Vermerk auf dem Drahtbericht Nr. 4 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 2. Januar 1968; VS-Bd. 2853 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1968.

Staatssekretär Lahr erklärte im Gespräch mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, am 8. Januar 1968: „Gespräche Fünf plus Eins oder Fünf plus Vier seien innenpolitisch nicht denkbar, solange man nicht sicher wisse, daß die Franzosen absolut negativ eingestellt seien.“ Außerdem ließen sich bei einem „Dialog der Tauben“ wohl kaum Fortschritte in der Beitrittsfrage erzielen. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1469.

ten Fusion der Gemeinschaften¹⁰ eine Konzentration auf EURATOM das britische Problem nicht lösen. Insbesondere gelte das für die Präsenz in den Institutionen. Deshalb bestehe man so nachdrücklich auf einer klaren Regelung nach Artikel 237. Hinsichtlich französischer Konzessionen sei er außerordentlich skeptisch, und selbst wenn ein gewisses Entgegenkommen zu erkennen wäre, könne er nicht versprechen, daß es für England akzeptabel wäre. Er erwarte deshalb nichts von Gesprächen mit den Franzosen, und es wäre ihm, offen gesagt, lieber, wenn sie nicht geführt würden. Er verstehe aber die deutsche Haltung und hoffe, daß hierdurch die Bereitschaft zu Konsultationen nicht beeinträchtigt werde. Die britischen Vorschläge seien nicht als Demonstration gegen Frankreich gedacht.

Der Herr *Minister* sagte, man gehe nicht davon aus, daß die französische Haltung unveränderlich sei, doch könne dies nur die Erfahrung erweisen. Unabhängig davon, ob andere dies für richtig hielten oder nicht, werde man den Franzosen einige Fragen stellen müssen, da dies zur eigenen Orientierung nötig sei. Was die Gespräche 5 plus 1 oder 5 plus 4 angehe, so komme es entscheidend auf das Thema an. Jedes Thema, das die Mitgliedschaft zum Ziele habe, werde auf deutsche Gesprächsbereitschaft treffen.

Lord Chalfont sagte, statt einer weiteren Sondierung würde man es vorziehen, zwischen den Engländern und den Fünf in Konsultationen über eine Zusammenarbeit auf einer Reihe von Gebieten außerhalb der Gemeinschaften¹¹ einzutreten, solange man auf einen Wandel der französischen Haltung warte. Diese Gespräche sollten nicht den Verpflichtungen der Fünf aufgrund der Römischen Verträge¹² zuwiderlaufen. Frankreich selbst könnte auch daran teilnehmen. Sie dürften aber unter keinen Umständen auf taktische Erörterungen über den britischen Beitritt beschränkt sein.

Der Herr *Minister* sagte eine aufmerksame Prüfung der britischen Vorschläge zu. Wenn man feststelle, daß sie mit den eigenen Interessen übereinstimmten, werde man nicht zögern, sich zu beteiligen.

Der Herr *Minister* ging sodann auf die Entwicklung der jüngsten Wochen ein, die hier erstaunt habe. Man könne mit den Deutschen nicht spielen.¹³ Zum

¹⁰ Der Vertrag über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften wurde am 8. April 1965 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1453–1492.

Die gemeinsame Kommission trat am 6. Juli 1967 erstmals zusammen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 8/1967, S. 5–8.

¹¹ Zu den britischen Vorstellungen für eine Zusammenarbeit außerhalb der Gemeinschaften vgl. auch AAPD 1967, III, Dok. 449.

¹² Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹³ Am 3. Januar 1968 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold für Staatssekretär Lahr zu britischen Sondierungen in Rom: „Tatsächlich war im Anschluß an die EWG-Ministerratsitzung vom 19. Dezember 1967 in Brüssel unter den Fünf vereinbart worden, daß der deutsche Außenminister zu Gesprächen über die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Ratssitzung vom 18./19. Dezember 1967 einladen würde. Nach Auffassung des Herrn Ministers sind durch den britischen Vorstoß in Rom die Voraussetzungen für das in Brüssel Vereinbarte nicht mehr gegeben.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1469.

Staatssekretär Lahr teilte am 4. Januar 1968 dem britischen Botschafter Roberts mit, Bundesminister Brandt sei über das britische Vorgehen „bestürzt, um nicht zu sagen, verärgert“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vom 5. Januar 1968; Referat I A 2, Bd. 1469.

weiteren Verfahren führte der Herr Minister aus, daß man noch eine Reihe von Fragen an die Franzosen richten müsse, daß man deren Zahl aber kürzen und auf solche Fragen beschränken könne, die für die deutsche Seite von Interesse seien, wenn man es englischerseits nicht für nützlich halte, die Angelegenheit weiter zu erörtern. Es sei sinnlos, sich in Fragen zu engagieren, die andere für unnütz hielten.

Lord Chalfont bedauerte, daß sich ein Mißverständnis ergeben habe. Er hoffe sehr, daß der Herr Minister nicht mit dem Gedanken spiele, seine führende Rolle, für die man sehr dankbar sei, aufzugeben. Der Premierminister¹⁴ und der Außenminister wüßten das persönliche Engagement des Herrn Ministers in Brüssel sehr zu schätzen, und es könne nicht die Rede davon sein, daß man mit den Deutschen spiele. Außenminister Brown habe die Absicht gehabt, nach Brüssel zunächst mit dem Herrn Minister zusammenzutreffen, dann sei aber die Einladung Fanfanis gekommen, und die Dinge hätten sich etwas überstürzt.

VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)

6

Ministerialdirektor Ruete an Botschafter Strätling, Bukarest

II A 5-82.00-94.22-3/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 189
Cito

8. Januar 1968¹
Aufgabe: 15. Januar 1968, 18.18 Uhr

Für Botschafter

Auf Drahtbericht UNO-New York 1100 vom 21.12.1967² (liegt dort vor):

Sie werden gebeten, Außenminister Manescu aufzusuchen und ihm folgende Botschaft des Herrn Bundesministers (BM) zu übermitteln:

BM dankt für die ihm durch den deutschen Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter v. Braun, übermittelten Grüße und erwidert sie herzlich. BM hat mit Interesse von dem Inhalt dieses Gesprächs Kenntnis genommen und möchte zu der behandelten Thematik folgendes bemerken:

¹⁴ Harold J. Wilson.

¹ Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat Arz von Straussenburg am 8. Januar 1968 konzipiert.

Ministerialdirektor Ruete leitete den Entwurf über Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt weiter „mit der Bitte um Genehmigung“. Hat Duckwitz am 10. Januar und Brandt am 14. Januar 1968 vorgelegen, der das Wort „Genehmigung“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „mit Änderungen“. Vgl. den Vermerk von Ruete vom 8. Januar 1968; VS-Bd. 4327 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

Zu den wesentlichen Änderungen vgl. Anm. 3, 5, 6, 10, 14, 15, und 18–20.

² Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), berichtete über ein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister, in dem Manescu weitere Entspannungsmaßnahmen der Bundesrepublik anmahnte und u.a. „die Zulassung eines Beobachters der DDR bei den Vereinten Nationen“ anregte. Vgl. AAPD 1967, III, Dok. 445.

1) Die neue Bundesregierung verfolgt, wie sie wiederholt erklärt hat, entschlossen und beharrlich eine Politik des Friedens und der Entspannung in Europa. Diese Politik ist aufrichtig und ehrlich gemeint; sie versucht dies durch³ Vorschläge und Taten unter Beweis zu stellen. Den anderen Teil Deutschlands wollen wir in diese Bemühungen einbeziehen; wir wollen ihn keineswegs isolieren, noch haben wir die Absicht, Zwietracht in das Lager der kommunistischen Staaten zu säen. Leider haben wir jedoch feststellen müssen, daß gerade Ostberlin den härtesten Widerstand gegen alle Entspannungs- und Auflockerungsbemühungen leistet. Dieser Widerstand hat sich zu unserem Bedauern auch auf die Haltung einiger anderer osteuropäischer Regierungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland negativ ausgewirkt.

Von der beabsichtigten Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien⁴ erhoffen wir⁵ eine positive Wirkung auch auf die Haltung dieser Regierungen.

Wir sind bereit, unser Verhältnis zu Ostberlin im Zuge unserer Entspannungspolitik neu zu ordnen. Wir sind⁶ bereit, in dem durch den Briefwechsel Bundeskanzler–Stoph⁷ vorgezeichneten Rahmen auch die Frage zu erörtern, wie die Einbeziehung des anderen Teils Deutschlands in die multilaterale Zusammenarbeit gefördert werden kann, ohne daß dadurch die Teilung unseres Landes weiter vertieft und völkerrechtlich sanktioniert wird. Wir sind aber nicht bereit, unsere deutschen Landsleute als Ausländer zu betrachten. Die SED-Führung hat noch kürzlich klargestellt, daß auch sie die Bundesrepublik nicht als Ausland sieht.⁸ Die Einheit der Nation bleibt unsere Maxime. Wir meinen, gerade bei den ihrer Geschichte bewußten Staaten Osteuropas Verständnis hierfür voraussetzen zu können.

2) Von der Zulassung eines Ständigen Beobachters Ostberlins bei den VN⁹ können wir uns keine positiven Wirkungen versprechen. Abgesehen von den

³ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „immer neue“.

⁴ Zum Beginn der Verhandlungen mit Jugoslawien am 23. Januar 1968 in Paris vgl. Dok. 27.

⁵ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „jedoch“.

⁶ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „jederzeit“.

⁷ Mit Schreiben vom 10. Mai 1967 an Bundeskanzler Kiesinger schlug der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Stoph, Verhandlungen u.a. über „die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten; den Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen; die Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa“ vor. Auf die Forderung von Stoph, sich „endlich von den Realitäten leiten“ zu lassen, antwortete Kiesinger am 13. Juni 1967: „Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein.“ Am 18. September 1967 übermittelte Stoph den Entwurf eines Vertrages über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik und forderte die Bundesregierung auf, nicht mehr die DDR „und deren Bürger im Ausland zu diskriminieren und zu schädigen“. Kiesinger antwortete am 28. September 1967 mit dem Angebot, auf Staatssekretärebene über praktische Maßnahmen zu sprechen, „um wenigstens die Not der Spaltung zu mildern und die Beziehungen der Deutschen in ihrem geteilten Vaterland zu erleichtern“. Vgl. DzD V/1, S. 1115–1117 und S. 1277–1279, S. 1668–1671 und S. 1733.

Vgl. dazu auch AAPD 1967, II, Dok. 325.

⁸ Vgl. dazu die Artikel „Revanchismus auf der Anklagebank“ und „Trick aus Kiesingers Kiste“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 350 vom 20. Dezember 1967, S. 1, bzw. Nr. 351 vom 21. Dezember 1967, S. 2.

⁹ Die DDR beantragte am 28. Februar 1966 die Mitgliedschaft in der UNO. Für den Wortlaut des Memorandums und des Schreibens des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht an UNO-Generalsekretär U Thant vgl. DzD IV/12, S. 245–253.

In einer Erklärung vom 26. Oktober 1967, die dem Präsidenten der XXII. UNO-Generalversammlung, dem rumänischen Außenminister Manescu, am 27. Oktober 1967 übermittelt wurde,

bekanntem, grundsätzlichen Erwägungen müßte man befürchten, daß auf diese Weise der „Kalte Krieg“ wieder stärker in die internationalen Gremien hineingetragen würde.¹⁰

3) Zu dem Vorwurf, die Bundesregierung tue nicht alles, um dem angeblichen „Wiederaufleben des Faschismus“ in Deutschland den Boden zu entziehen, hat die Bundesregierung erst kürzlich in ihrer Antwort auf die Erklärung der Sowjetunion vom 8.12.67¹¹ Stellung genommen.¹² Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs haben ebenfalls diese Vorwürfe gegen die Bundesregierung zurückgewiesen.¹³ Die Bundesregierung und alle demokratischen Parteien verfolgen die Entwicklung der NPD¹⁴ wachsam und werden dafür zu sorgen wissen, daß keine ernste Gefahr entsteht.¹⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 20

bekräftigte die DDR das Interesse an einer UNO-Mitgliedschaft als weiteren „Schritt zur universalen Durchsetzung des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten“. Vgl. DzD V/1, S. 1898.

¹⁰ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „2) Dies ist auch der Grund dafür, daß wir die Zulassung eines Ständigen Beobachters Ostberlins bei den VN ablehnen müssen. Die Entsendung von Ständigen Beobachtern an den Sitz der Weltorganisation wird vom Generalsekretär der VN nur völkerrechtlich allgemein anerkannten souveränen Staaten gestattet. Die Entsendung eines zweiten deutschen Ständigen Beobachters müßte daher in den Augen der Welt den Anschein erwecken, daß die Teilung Deutschlands und des deutschen Volkes eine von der Mehrheit der Mitgliedstaaten der VN anerkannte Tatsache sei. In Wirklichkeit ist aber nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten der VN der Auffassung, daß der andere Teil Deutschlands ein souveräner Staat sei. Der Generalsekretär der VN hat, obwohl gerade er ständig für die Universalität der VN eintritt, wiederholt erklärt, daß er eine solche in sein Ermessen gestellte Entscheidung nur treffen könne, wenn er gewiß sei, daß er die Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten voraussetzen könne. Daher ist dieser Teil Deutschlands bisher auch in keine der Sonderorganisationen der VN aufgenommen worden. Abgesehen von diesen mehr formalen Erwägungen können wir uns aber auch nicht der Auffassung anschließen, daß die Anwesenheit eines Ständigen Beobachters des anderen Teils Deutschlands in New York oder Genf zur Entspannung der bestehenden Gegensätze beitragen würde. Vielmehr müssen wir befürchten, daß sie den „kalten Krieg“ in die Sitzungssäle gerade der Organisation hineintragen würde, deren Ziel die Entspannung und der Frieden unter den Völkern ist. Schon jetzt ist es offensichtlich, daß die Machthaber in Ostberlin keine Gelegenheit versäumen, direkt oder durch andere Mitgliedstaaten die Bundesrepublik Deutschland in den VN anzugreifen und zu verleumdern.“

¹¹ Am 8. Dezember 1967 nahm die UdSSR den Parteitag der NPD vom 10. bis 12. November 1967 in Hannover zum Anlaß, ihrer Sorge über „das Wüten der reaktionärsten chauvinistischen Kräfte in der BRD“ Ausdruck zu verleihen. Die im Bundestag vorliegende Notstandsgesetzgebung habe zum Ziel, „Bedingungen zu schaffen, um eine Polizei- und Militärdiktatur zu errichten und die Bevölkerung in die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg total einzubeziehen“. Schließlich diene die neue Ostpolitik lediglich dazu, „die alte Politik des Militarismus und der Revanche aufzupolieren“. Vgl. DzD V/1, S. 2176 f.

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm vom 11. Dezember 1967; AAPD 1967, III, Dok. 424.

¹² Mit Note vom 22. Dezember 1967 wies die Bundesregierung die sowjetische Erklärung vom 8. Dezember 1967 als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten und als Entstellung ihrer Außenpolitik entschieden zurück“ und äußerte Bedauern über deren „drohenden Ton“. Vgl. DzD V/1, S. 2275 f.

¹³ Für den Wortlaut der britischen und der amerikanischen Erklärung vom 29. Dezember 1967 vgl. DzD V/1, S. 2288–2290.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „sehr“.

¹⁵ Der Passus: „und werden ... Gefahr entsteht“ wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sobald der Tatbestand der Illegalität vorliegt, wird eingeschritten werden. Einstweilen besteht berechtigte Hoffnung, dem weiteren Anwachsen der NPD auch ohne ein Verbot Einhalt gebieten zu können.“

4) Die Bundesregierung sieht dem Besuch des Herrn Ministerpräsidenten Maurer¹⁶ mit Freude entgegen und würde es begrüßen, wenn sie über die rumänischen Terminvorstellungen unterrichtet werden könnte.¹⁷

5) Angesichts der fortschreitenden Annäherung unserer beiden Länder, die auch in das Bewußtsein einer weiten Öffentlichkeit gedrungen ist, hat die Bundesregierung keinen Anlaß zu befürchten, daß es bei dem bevorstehenden Besuch von Herrn Ministerpräsident Maurer zu Mißfallensäußerungen nennenswerten¹⁸ Umfangs kommen wird. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich garantiert.¹⁹ Die Polizei wird jedoch darauf achten, daß eine Belästigung unserer Gäste vermieden wird.²⁰

Ruete²¹

VS-Bd. 4327 (II A 5)

¹⁶ Zur Einladung an den rumänischen Ministerpräsidenten durch Bundesminister Brandt am 3. August 1967 vgl. AAPD 1967, II, Dok. 292.

¹⁷ Botschafter Strätling, Bukarest, teilte am 18. Januar 1968 mit, es gebe „noch keine konkrete Terminvorstellung“ für einen Besuch des rumänischen Außenministers Maurer in Bonn. Der Stellvertretende Außenminister Macovescu habe es als wesentlich bezeichnet, „zeitlich und politisch die optimale Lösung zu finden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; VS-Bd. 4327 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

¹⁸ Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „größeren“.

¹⁹ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Völlig auszuschließen sind solche politischen Meinungsäußerungen jedoch nicht, da das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Verfassung der Bundesrepublik ausdrücklich garantiert ist.“

²⁰ Der Passus: „daß ... vermieden wird“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „daß etwaige Demonstrationen nicht zu einer Belästigung der ausländischen Gäste führen“.

²¹ Paraphe vom 10. Januar 1968.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-82.01-30/68 geheim

9. Januar 1968¹

Betr.: Verstärkte Aktivität der SBZ in den skandinavischen Ländern

I. Sachverhalt

Wir beobachten seit einiger Zeit eine verstärkte Aktivität der SBZ in den skandinavischen Ländern, die um Verständnis für den Standpunkt Ostberlins wirbt und die Politik der Bundesregierung in Mißkredit zu bringen sucht. Die unter Ausnutzung der besonderen Bedingungen des skandinavischen Raums mit geschickten Mitteln geführte Kampagne hat Ostberlin bereits einen spürbaren Geländegewinn einzubringen vermocht.

1) Einen Schwerpunkt seiner Bemühungen um die nordischen Länder hat Ostberlin in der alljährlichen Rostocker Ostseewoche gebildet, die unter dem zugkräftigen Werbeslogan „Die Ostsee – ein Meer des Friedens“ steht und als propagandistische Großveranstaltung des Zonenregimes aufgezogen wird. Die Zahl der ausländischen Teilnehmer ist nach Meldungen von ADN im vergangenen Jahr auf 29000 Gäste gestiegen (gegenüber 21465 im Jahr 1965 und 1781 – damals fast ausschließlich kommunistischen – Teilnehmern bei der ersten Veranstaltung 1958). Unter den Gästen befanden sich 1967 mehr als 70 Parlamentarier sowie hohe Gewerkschaftsfunktionäre und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vorwiegend aus Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Island.

Die Ostseewoche 1968, die mit der 750-Jahr-Feier Rostocks zusammenfällt², ist bereits als große Demonstration der Ostberliner Ostseepolitik angekündigt worden. Zu ihrer Vorbereitung fuhr der stellvertretende Vorsitzende des „DDR-Ministerrats“ Dr. Bolz im Oktober 1967 zu einem zweiwöchigen Besuch nach Schweden.

2) Auf der Göteborger Messe ist es den Vertretern des anderen Teils Deutschlands in den letzten Jahren gelungen, eine zunehmend positive Resonanz in der Öffentlichkeit, bei offiziellen Stellen und in der Geschäftswelt zu finden.

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well und von Legationssekretär von Braunmühl konzipiert.

Am 12. Januar 1968 leitete Ministerialdirektor Ruete sie an Staatssekretär Duckwitz und Bundesminister Brandt weiter mit dem Vermerk: „Die anliegende Aufzeichnung gibt Veranlassung, Gegenmaßnahmen gegen die verstärkten Bemühungen Ostberlins um die skandinavischen Länder zu prüfen. Abteilung II schlägt deshalb vor: 1) Für eine vollzählige und möglichst gute Besetzung aller unserer Auslandsvertretungen in den nordischen Ländern sollte gesorgt werden. 2) Die Aufzeichnung sollte unseren Auslandsvertretungen in den skandinavischen Ländern mit der Bitte um ergänzende Stellungnahme zugeleitet werden. 3) Es sollte in Kürze eine Konferenz der politischen Referenten und Kulturreferenten unserer Botschaften in den skandinavischen Ländern in Bonn einberufen werden, an der die Leitung des Goethe-Instituts in München beteiligt werden sollte. Auf dieser Konferenz wäre zu prüfen, wie eine Besetzung unserer Kulturinstitute in den nordischen Ländern mit geeignetem Personal erreicht werden und wie ihre Tätigkeit in der Auseinandersetzung mit den politisch aktiven Kulturvertretern aus dem anderen Teil Deutschlands verbessert werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 4381 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1968.

² Die Ostseewoche in Rostock fand vom 7. bis 14. Juli 1968 statt.

Auf der letztjährigen Messe war der DDR-Stand nach der Beurteilung unseres Generalkonsulats in Göteborg (Bericht vom 5. Juni 1967 – Wi III A 5-84.01 B 389/67³) unter den drei erfolgreichsten Messeständen. Er wurde auch vom schwedischen König⁴ besucht.

Die zunehmende Hinwendung Göteborgs zu den Ostseeanliegern, die in der Entwicklung freundschaftlicher Städtebeziehungen mit Leningrad einen besonderen politischen Akzent erhält, erleichtert die Anbieterungsversuche Ostberlins. Symptomatisch sind die erfolgreichen Bemühungen der SBZ um einen stärkeren Reiseverkehr mit Schweden. Während die Zahl schwedischer Reisender nach West-Berlin im ersten Halbjahr 1967 um 17% zurückgegangen ist, finden die preisgünstigen Pauschalreisen nach Ostberlin „Hej Berlin“ in Schweden lebhaft Nachfrage. Wie unser Generalkonsulat Göteborg mitteilt (Bericht vom 4. Dezember 1967 – Wi III A 5-80 B 810/67⁵), wird die Deutsche Reichsbahn im nächsten Jahr moderne Reisezüge zwischen Berlin und Malmö einsetzen. Eine wichtige Rolle bei den beiderseitigen Bemühungen um verstärkten Reiseverkehr spielt das Reisebüro der schwedischen Staatsbahnen in Berlin, dessen Leiter Sven Jörgensen neben seinem Hauptsitz in West-Berlin eine Außenstelle in Ostberlin hat. Jörgensen besitzt einen Diplomatenpaß und verhandelt u. a. mit dem DDR-Verkehrsminister Kramer.

3) Als jüngster Erfolg Ostberlins ist die Gründung eines Kulturzentrums Mitte Dezember 1967 in Stockholm zu nennen.⁶ Die Ziele dieses Instituts wurden am 3. Januar 1968 in einer Sendung von Radio Berlin International deutlich gemacht, in der es hieß: „Höhepunkte der Arbeit des DDR-Kulturzentrums in Helsinki waren 1967 die ‚Ostseewoche‘, die ‚Jugendwoche der DDR in Finnland‘, die Veranstaltungen zum ‚Jahrestag der DDR‘ in den fünf größten Städten Finnlands ... Ich bin sicher, daß auch das Kulturzentrum in Stockholm solche Erfolge erreichen wird“ (SBZ-Spiegel vom 4.1.1968).

Der Leiter des Instituts, Dr. Jan Peters, der als ausgezeichnete Schwedenkenner bekannt ist, kam in einer Sendung des schwedischen Rundfunks am 20. Dezember 1967 über das Thema „Gibt es zwei deutsche Kulturen?“ bereits ausführlich zu Wort. Der ebenfalls eingeladene Leiter des Goethe-Instituts in Stockholm, Dr. Dahinten, hatte seine Beteiligung abgelehnt.

4) Als Beispiel aus allerletzter Zeit ist zu erwähnen, daß die skandinavische Fluggesellschaft SAS als erste westliche Fluggesellschaft in Kürze ein Büro in Ostberlin eröffnen wird⁷ (FS Nr. 2 vom 2.1.1968 – III A 5-83.04 aus Oslo).

³ Generalkonsul Stoecker, Göteborg, berichtete über die Göteborger Messe vom 19. bis 28. Mai 1967: „Seit vielen Jahren gehört die SBZ jeweils zu den flächenmäßig größten und erfolgreichsten Ausstellern. Es ist ihr gelungen, eine zunehmend positive Resonanz in der Öffentlichkeit, bei offiziellen Stellen und in der Geschäftswelt zu finden.“ Vgl. Referat III A 1, Bd. 275.

⁴ Gustav VI. Adolf.

⁵ Für den Bericht des Generalkonsuls Stoecker, Göteborg, vgl. Referat III A 5, Bd. 583.

⁶ Ministerialdirektor Werz vermerkte dazu am 11. Januar 1968, das Kulturzentrum der DDR habe „nach Auskunft des schwedischen Außenministeriums keinen amtlichen Status. Es ist von der Deutsch-Nordischen Gesellschaft errichtet worden. Für die Tätigkeit eines solchen Kulturzentrums ist keine Erlaubnis seitens der schwedischen Regierung oder Ortsbehörde erforderlich.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 866.

⁷ Die Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts berichtete am 4. Januar 1968, daß ein Bericht der Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ vom 30. Dezember 1967, wonach die Fluggesellschaft Scandinavian Airlines System Anfang Januar 1968 ein Büro in Ost-Berlin errichten wolle, vom stellvertretenden

5) Durch Besuchsreisen hoher Funktionäre gelingt es Ostberlin, seine Thesen in wichtigen skandinavischen Kreisen unmittelbar zu Gehör zu bringen.

Schweden und Finnen sind nach unserer Erfahrung in dieser Hinsicht besonders großzügig und lassen oft Funktionäre zu reinen Propagandareisen in ihr Land. Norwegen und Dänemark respektieren nur mit halbem Herzen das TTD-System der NATO⁸ und insistieren in der Regel auf Zulassung einer Ausnahmebewilligung selbst bei offensichtlich politischen Besuchen.

In Norwegen häufen sich gegenwärtig die Besuche politischer Abgesandter Ostberlins. Auch unsere Botschaft in Oslo beurteilt dies nach Gesprächen im norwegischen Außenministerium und mit norwegischen Politikern als Zeichen verstärkter Bemühungen der SED-Führung um Norwegen und darüber hinaus um die skandinavischen Länder (FS Nr. 11 vom 8.1.1968 – II A 1-17/68 geh.⁹ und FS Nr. 17 vom 9.1.1968 – II A 1-26/68 geh.¹⁰).

Besonders intensiv und geschickt war das Auftreten des stellvertretenden Vorsitzenden des Sekretariats der „Nationalen Front“, Siegfried Mohr, bei seinem Norwegenbesuch im Dezember 1967, bei dem er sich bemühte, SBZ-freundliche Abgeordnete für den Standpunkt Ostberlins zu gewinnen. Mohr soll bei seinen Gesprächen in Angriffen gegen die Bundesrepublik zurückhaltend gewesen sein und argumentiert haben, daß im Zuge einer weltweiten Entspannung die „Normalisierung“ der Beziehungen Norwegen – DDR unumgänglich sei. Nach vertraulichen Äußerungen ihres Generalsekretärs Haakon Lie konzentrierte Mohr seine Bemühungen auf mehrere Politiker der norwegischen Arbeiterpartei, deren Ansichten in der Deutschlandfrage unsicher sind. Hauptfigur dieses Kreises scheint der außenpolitische Sprecher der Arbeiterpartei Finn Moe zu sein, der bereits in der außenpolitischen Storting-Debatte am 7.11.1967 unter Berufung auf den „größzügigeren Standpunkt“ der Bundesregierung eine Annäherung gegenüber Ostberlin empfohlen hatte.¹¹ Lie

Fortsetzung Fußnote von Seite 24

Leiter der dänischen Militärmission in Berlin, Kappel, bestätigt worden sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 5; Referat II A 1, Bd. 861.

⁸ Als Reaktion auf den Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 beschlossen die NATO-Staaten aufgrund eines Vorschlags der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 26. August 1961, Einwohnern der DDR, die die Berufsfelder Landwirtschaft, Medizin und Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport sowie Journalismus vertraten, im Prinzip keine Einreisegenehmigungen (Temporary Travel Documents) mehr zu erteilen. Zur Lockerung der TTD-Sperre vgl. AAPD 1967, II, Dok. 116.

⁹ Botschafter Balken, Oslo, berichtete über den Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden des Sekretariats der „Nationalen Front“, Mohr, sowie des Journalisten Kahane in Norwegen: „Außenministerium hat sich für Visumerteilung an Mohr, Kahane und andere ausgesprochen als ‚geringeres Übel‘, da bei Ablehnung mit ‚unerfreulichen Parlamentsanfragen‘ zu rechnen ist.“ Vgl. VS-Bd. 2756 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

¹⁰ Botschafter Balken, Oslo, gab Informationen aus einem Gespräch des Botschaftsrats Löwe mit dem Generalsekretär der norwegischen Arbeiterpartei weiter. Lie habe sich über die Entwicklung beunruhigt gezeigt, „zumal sie auch parteiinterne Gegensätze innerhalb der Arbeiterpartei verstärkte“. Vgl. VS-Bd. 2756 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

¹¹ Zu den Ausführungen des norwegischen Abgeordneten in der Debatte des Storting am 16. November 1967 über die Erklärung des Außenministers Lyng vom 7. November 1967 teilte Botschafter Balken, Oslo, am 16. November 1967 mit, Moe habe „keine diplomatische Anerkennung der DDR, jedoch ein stärkeres Zurkenntnisnehmen der DDR-Existenz“ gefordert. Auch die „lästigen TTD-Bestimmungen, die praktisch die Einreise von Ostdeutschen nach Norwegen ausschlossen“, müßten überprüft werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 374; Referat II A 1, Bd. 692.

Am 11. Januar 1968 berichtete Balken, er habe Moe die Schwierigkeiten bei der Erteilung von TTD erläutert: „Trotz seiner ständigen Zustimmung zu den von mir vorgebrachten Argumenten kehrte Moe immer wieder zu seiner Auffassung zurück, daß man durch vermehrte Kontakte mit

äußerte jedoch Besorgnis auch bezüglich der Haltung des früheren Justizministers Haugland, des ehemaligen Ministerpräsidenten Gerhardsen und des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Hoensvald.¹²

II. Wertung

1) Die speziellen Bedingungen des skandinavischen Raums bieten Ostberlin einen fruchtbaren Boden für seine Aktivität:

a) Die strategische Lage der nordeuropäischen Länder und ihre neutrale Tradition begründen das Bedürfnis, auf die Außenpolitik der Sowjetunion besondere Rücksichten zu nehmen, und die Neigung, alle Entspannungsmöglichkeiten bereitwillig auszunützen.

b) Die wirtschaftsgeographische Situation fördert Interessen zu einer handelspolitischen Kooperation im Ostseeraum.

c) Aus der Aufgeschlossenheit gegenüber der deutschen Kultur in Verbindung mit der um Neutralität bemühten Mentalität der Skandinavier erwacht ein verbreitetes Interesse, auch das Kulturleben der „Ostdeutschen“ unmittelbar kennenzulernen.

2) Ostberlin nutzt diese Bedingungen geschickt aus. Je nach den Umständen und den Gesprächspartnern treten seine Vertreter sachlich und rücksichtsvoll mit wirtschaftlichen und kulturellen Angeboten auf oder geißeln lautstark die angeblichen revanchistischen Pläne der Bundesregierung.

Die DDR-Propaganda macht sich auch die mancherorts bestehende Unsicherheit bezüglich der Richtung und der Ziele der innerdeutschen Kontaktpolitik zunutze und sucht den Eindruck zu verstärken, daß die Bundesregierung auf eine staatliche Anerkennung der DDR zusteure.

3) Ostberlin bedient sich aber nicht nur einer geschickten Taktik, sondern, das muß betont werden, verfügt in den nordischen Ländern über ein ausgezeichnet geschultes Personal.

Bei alledem kommt Schweden eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb ist die lange Vakanz unseres Botschafterpostens in Stockholm¹³ zu bedauern.

4) Unsere Kulturinstitute werden nicht in der Lage sein, dem einseitigen, politisch akzentuierten Einfluß der DDR-Kulturzentren angemessen entgegenzuwirken, wenn sie jedem Kontakt mit ihnen ausweichen. Eine aktivere Auseinandersetzung unserer Institute mit den SBZ-Vertretern erfordert jedoch eine gründliche Vorbereitung sowie eine sorgfältige Auswahl und Unterrichtung unseres Institutspersonals.

Fortsetzung Fußnote von Seite 25

Ostdeutschland auf die Dauer das Regime zu einer flexibleren Politik bewegen könnte. Er meinte, es handle sich doch darum, Ostberlin die gleiche Entwicklung zu ermöglichen, wie sie in den osteuropäischen Staaten festzustellen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; VS-Bd. 2756 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

¹² Am 29. Januar 1968 notierte Ministerialdirigent Caspari aus einer Direktorenbesprechung, Bundesminister Brandt habe angeregt, „daß z. B. ein sozialdemokratischer Abgeordneter einige der führenden Persönlichkeiten unter den skandinavischen Sozialisten, u. a. Finn Moe, aufsuchen sollte, um mit ihnen über unsere Deutschlandpolitik zu sprechen“. Vgl. VS-Bd. 2756 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

¹³ Erst am 21. März 1968 übergab Botschafter Obermayer sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu BULLETIN 1968, S. 376.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär¹⁴ dem Herrn Bundesminister¹⁵ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Referate I A 4, IV 1 und IV 7 haben mitgezeichnet.

Ruete

VS-Bd. 4381 (II A 1)

8

Botschafter Allardt, Madrid, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10174/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 25

Aufgabe: 9. Januar 1968, 12.50 Uhr¹
Ankunft: 9. Januar 1968, 13.15 Uhr

Betr.: Gespräch mit Franco

I. Meine Abschiedsvisite bei General Franco dauerte 40 Minuten einer zwanglosen Unterhaltung unter vier Augen. Nach dem Dank, den Franco der Bundesregierung für verständnisvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren ausdrückte, legte er, wie neuerdings häufig, das Schwergewicht des Gesprächs auf die Frage, ob die Sowjetunion eine wirkliche Koexistenz mit dem Westen oder nur eine vorübergehende wünsche, um inzwischen ihre Machtposition zu verbessern und ihre subversive Aktivität im Ausland und vermutlich vor allem in Deutschland zu verstärken. Er könne nicht glauben, daß der SU an Entspannung liege. Er glaube auch nicht, daß ihr Zerwürfnis mit China definitiven Charakter habe. Was die deutsche Wiedervereinigung anbelange, so halte er und seine Regierung sie im Interesse des Friedens und des Zusammenschlusses Europas für eine zwingende Notwendigkeit, auch im wohlverstandenen eigenen Interesse Spaniens. Die Bundesregierung könne daher auch insoweit stets auf rückhaltlose Unterstützung Spaniens rechnen.

In einer Nebenbemerkung ließ er durchblicken, daß er von den Tendenzen seiner eigenen Regierung, möglichst bald zu diplomatischen Beziehungen mit dem Osten zu kommen, nicht viel halte.

Im ganzen gesehen, trat er, vermutlich weil er mich aus zahlreichen Ministerbesuchen besser kennt als die meisten Missionschefs, stärker aus seiner Reserve heraus, als dies seine Art ist.

II. Trotz geistiger Frische und scheinbar müheloser Konzentration auf das Thema bot er ein Bild zunehmenden körperlichen Verfalls, das die Beobachtungen, von denen mir andere Besucher und vor allem einzelne Kabinettsminister in letzter Zeit berichteten, beeindruckend ergänzte.

¹⁴ Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 16. bzw. am 17. Januar 1968 vorgelegen.

¹⁵ Hat Bundesminister Brandt am 20. Januar 1968 vorgelegen.

¹ Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

Hat den Ministerialdirigenten Böker und Frank am 15. Januar 1968 vorgelegen.

Nach Überzeugung vieler, die in letzter Zeit mit ihm zu tun hatten und ihn näher kennen, wird man damit rechnen müssen, daß ihm die Macht, an der er auch heute noch festhält², mehr und mehr aus den Händen gleitet.³

Wer sie aufnehmen wird, ist eine Frage, die Führungsschicht wie Opposition und öffentliche Meinung mit immer größerer Sorge erfüllt und die in den verschiedensten Gremien und Gruppen der zivilen Verwaltung wie der Armee, den Monarchisten wie den Republikanern, den Gewerkschaften wie den illegal organisierten Arbeitern Gegenstand fieberhafter Beratungen ist.

Die Nervosität ist um so größer, als viele selbstkritische Spanier befürchten, daß die von Franco gesetzlich so präzise geregelte nicht unkomplizierte Nachfolgearomatik am Tage X nicht funktionieren wird.

[gez.] Allardt

VS-Bd. 2721 (I A 4)

9

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr

L PI 82.10/4-3/68 geheim

10. Januar 1968

Betr.: Gespräch mit dem Generaldirektor der IAEO, Sigward Eklund,
in Wien am 9.1.68¹

Eklund begrüßte die Möglichkeit, den Gedankenaustausch fortzusetzen² als ein Zeichen zunehmenden deutschen Interesses für seine Behörde und betonte den persönlichen Charakter des Gesprächs.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich auch von meiner Seite nur um eine informelle Erörterung handeln könne, da die Bundesregierung die Kompetenzen von EURATOM zu beachten habe.

² Der ehemalige stellvertretende spanische Ministerpräsident Muñoz Grandes äußerte am 12. Januar 1968 gegenüber Botschafter Allardt, Madrid: „Die Regierung sei schwach und führungslos, Franco sei seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage, die Macht, die er in seinen Händen versammelt habe, auch auszuüben. Deshalb habe er, Muñoz Grandes, seit über 1 Jahr versucht, ihn zu bewegen, die Regierungsgeschäfte endlich an einen Ministerpräsidenten abzugeben und sich auf repräsentative Funktionen des Staatsoberhauptes zurückzuziehen. Als ‚Mythos‘ könne er noch geraume Zeit eine heilsame Wirkung ausüben, zum Regierungschef aber reichten weder mehr seine physischen noch die geistigen Kräfte. Alle Diskussionen mit Franco seien fruchtlos gewesen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 41 von Allardt; VS-Bd. 2721 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Der Passus „Trotz geistiger Frische ... aus den Händen gleitet“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Welche Chance hat Thronfolger?“ Ministerialdirigent Frank bat Referat I A 4 dazu am 15. Januar 1968 handschriftlich um eine „kurze Aufzeichnung“.

¹ Neben dem Gespräch mit dem Generaldirektor der IAEO, Eklund, führte Ministerialdirektor Bahr am 9. Januar 1968 in Wien eine Unterredung mit dem polnischen Geschäftsträger Raczkowski. Vgl. dazu ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN ÖSTPOLITIK, S. 167–171.

² Zum Besuch des Generaldirektors der IAEO, Eklund, am 17. November 1967 in Bonn vgl. AAPD 1967, III, Dok. 413.

Eklund führte aus, daß die Bundesrepublik die Behörde verhältnismäßig spät „entdeckt“ und lange Zeit vernachlässigt habe. Sie sei durch den NV-Komplex interessanter geworden.

Die Tätigkeit von Herrn Randermann stelle eine fühlbare Verbesserung dar. Es würde sich für die Interessenvertretung der Bundesrepublik empfehlen, noch einen weiteren Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Auf eine Zwischenfrage von Botschafter Löns, der an der ersten Hälfte des Gesprächs teilnahm, erwiderte Eklund, daß es sich dabei um einen wissenschaftlich vorgebildeten Herrn handeln sollte.

Es sei nicht sehr erfolgversprechend, wenn deutsche Wünsche unvorbereitet auf den Sitzungen des Gouverneursrates vorgebracht werden. Es sei sinnvoller, wenn der deutsche Vertreter wie seine Kollegen ein bis zwei Tage vorher in Wien anwesend ist und seine Wünsche in informellen Gesprächen vorklären würde.

Eklund schnitt von sich aus am Schluß des Gesprächs, das einen sehr guten persönlichen Kontakt geschaffen hat, das Thema der unbefriedigenden Vertretung der Bundesrepublik in seiner Behörde an³, das ich bewußt vermieden hatte. Er führte aus, daß eine positive Stellungnahme der Bundesrepublik zum NV-Vertrag auch in dieser Beziehung positive Auswirkungen für die Bundesrepublik haben könnte. Er deutete an, daß in seiner Behörde die Aussicht als nicht besonders einladend empfunden werde, wenn die Schwierigkeiten, die die Bundesrepublik gegen den NV-Vertrag mache⁴, dann vielleicht in der Behörde fortgesetzt würden. Bei einer positiven Stellungnahme zum NV-Vertrag und fühlbarer deutscher Aktivität in der Behörde werde die unbefriedigende Vertretung der Bundesrepublik auch überzeugend für andere Länder werden.

Zum Thema Verifikation habe ich unseren Standpunkt vertreten und die Möglichkeiten angedeutet, die wir uns für ein Verifikationsabkommen vorstellen können. Es stellte sich dabei heraus, daß Eklund von den deutschen Argumenten, die er in Bonn gehört hat, nicht überzeugt worden ist. Er sieht in EURATOM nach wie vor eine Regionalorganisation mit einer „Selbstkontrolle“. Ich habe besonders darauf verwiesen, daß EURATOM für sein Gebiet ein Völkerrechtssubjekt sei, dessen Kontrollsystem auch von den Amerikanern als wirksam anerkannt worden ist. Eklund scheint ein Verifikationsabkommen zu für uns im übrigen annehmbaren Bedingungen für möglich zu halten unter der Voraussetzung, daß IAE0 nach Ankündigung stichprobenartig Kontrollen vornehmen kann. Dieser Punkt sei unerlässlich.

³ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um einen ständigen Sitz im Gouverneursrat der IAE0 führte Botschafter z. B. V. Böker am 6. März 1968 aus: „Im Unterschied zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der IAE0-Satzung gehört die Bundesrepublik Deutschland heute auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie unbestritten zu den fortschrittlichsten Ländern. Im übrigen steht sie mit ihrem Pflichtbeitrag zu dem Budget der IAE0 an dritter Stelle hinter den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und mit ihrem freiwilligen Beitrag an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten. Sie ist das einzige Land unter den sechs Staaten mit den höchsten Beitragsleistungen, das nicht ständig im Gouverneursrat vertreten ist.“ Vgl. VS-Bd. 2868 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

⁴ Zu den von der Bundesregierung gewünschten Änderungen am Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 3, Anm. 17.

Eklund ist der Auffassung, daß es eine wichtige, wenngleich sehr schwierige Aufgabe im wesentlichen der Bundesregierung sein werde, die Russen davon zu überzeugen, daß die Verifikation den Intentionen der IAEO und des NV-Vertrages voll entspreche.

Das gelte auch für das Thema der Laufzeit des NV-Vertrages, für das er im wesentlichen unsere Überlegungen teilt. Er ist der Auffassung, daß eine Laufzeit von zwanzig Jahren erforderlich sei, um das Moment zu überwinden, das bei einer wesentlich kürzeren Laufzeit einzelne Staaten dies als Vorbereitungsfrist für die atomare Bewaffnung ansehen könnten.

Zum Thema der automatischen Spaltstoff-Flußkontrolle äußerte Eklund unter Hinweis auf seine Erfahrungen als Physiker, daß derartige Entwicklungen länger brauchten, als man hoffe. Er rechne mit vier bis fünf Jahren und hält die Zweijahresschätzung von Professor Häfele für zu optimistisch. Es sei ein Zeichen seines positiven Willens, daß er sich für die Einsetzung eines Panels zur Untersuchung dieses Themas eingesetzt habe.

Ich konnte es nur als ein Zeichen eines gewissen Vertrauens werten, daß Eklund von sich aus mit der ausdrücklichen Bitte um besondere Vertraulichkeit bemerkte, daß Häfele, den man fachlich durchaus schätzte, im Vorbringen seiner Ideen etwas aggressiv wirke und sich offenbar nicht immer über die politischen Implikationen seiner Ausführungen im klaren sei. Er stelle sich als Unterhändler zudem auf die Argumente seiner Partner kaum ein. Wenn er, Eklund, zu entscheiden hätte, würde er einen zweiten Physiker von Rang Häfele an die Seite setzen.

Zum Thema NV-Vertrag und die deutsche Haltung kam Eklund im Verlauf des Gesprächs mehrfach zurück. Es sei für ihn schwer zu verstehen, warum wir nicht verstünden, daß unser Verhalten nicht nur bei den kommunistischen Ländern, sondern auch bei westlichen und neutralen zu der Annahme geführt hat, die Bundesrepublik wolle den NV-Vertrag verhindern. Er gab zu, daß der Vertrag wirkliche Verbesserungen durch die Bundesrepublik erfahren hat, insbesondere auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung. Andererseits hätten wir insbesondere bei den Punkten „Friedliche Explosion“, „Europäische Option“ und „Industrie-Spionage“ oberflächlich oder so argumentiert, daß man Hintergedanken vermutet und Mißtrauen geweckt habe. Industrie-Spionage sei durch die Bereitschaft der USA und Großbritanniens, ihre friedlichen Einrichtungen kontrollieren zu lassen, kein mehr verwendbares Argument. Die Weigerung der Russen, sich dem anzuschließen, sei von vornherein klar, aber kein entscheidendes Argument gegen den NV-Vertrag, zumal deutsche Konkurrenzsorgen sich naturgemäß vor allem auf die Vereinigten Staaten und Großbritannien richteten. Eklund ist überzeugt, daß die Bundesrepublik für die friedlichen Atommächte eine wichtige und große Rolle spielen könnte.

Wir würden daran im wesentlichen durch die von ihm charakterisierte Haltung zum NV-Vertrag gehindert. Es müsse doch im Interesse der deutschen Außenpolitik liegen, diese Freiheit und Möglichkeiten zu gewinnen, indem man aus der Verdachtssphäre herauskommt, wir wollten uns ein Reservat für Waffenherstellung vorbehalten. Seine Besprechungen in Warschau und in Prag hätten ihn von der Echtheit der dortigen Sorgen in dieser Beziehung überzeugt.

Die schwedische Industrie habe die Erfahrung gemacht, daß es sehr leicht sei, mit den Franzosen zu einem Übereinkommen zu gelangen, daß die Franzosen dann aber ständig Schwierigkeiten machten. Bei den Deutschen sei das umgekehrt. Es laufe nach einer schwierigen Verhandlungsphase dann reibungslos. Im Falle des NV-Vertrages sollte man sich in Deutschland überlegen, daß es gefährlich sein könne, perfektionistisch alle denkbaren Schwierigkeiten vorwegzunehmen; denn wenn der Vertrag nicht bis zu diesem Sommer abgeschlossen werde, zweifle er an seinem Zustandekommen. Man könne Prinzipien auch zu Tode reiten. Es sei die schwedische Haltung, auch von den Atomwaffenmächten entsprechende Leistungen zu verlangen. Sollte dies nicht erreichbar sein, dann werde man das Gute, den Vertrag, nicht daran scheitern lassen, daß das Bessere nicht erreichbar sei. Er glaube außerdem, daß eine Reihe deutscher Gesichtspunkte nach Abschluß des Vertrages leichter durchsetzbar sein werden als vorher.

Eklund erklärte sich bereit, den informellen Kontakt fortzusetzen und uns gegebenenfalls Hinweise zu geben bzw. für Fragen oder einen Rat zur Verfügung zu stehen.

Eklund bat, dem Herrn Minister seine Grüße zu übermitteln.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁵ dem Herrn Bundesminister⁶ zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Bahr

VS-Bd. 11572 (Planungsstab)

⁵ Hat Staatssekretär Lahr am 11. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Sollte man Herrn E[klund] die deutschen Motive in einem Memo noch einmal darstellen?“

Hat Staatssekretär Duckwitz am 13. Januar 1968 vorgelegen.

⁶ Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

10

Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10295/68 geheim
Fernschreiben Nr. 56

Aufgabe: 10. Januar 1968, 18.50 Uhr¹
Ankunft: 10. Januar 1968, 20.39 Uhr

Betr.: Deutscher Sitz im Gouverneursrat der IAEO

Bezug: Drahterlaß Nr. 36² – I A 6-81.20/1-9/68 geh. vom 9.1.1968

Den Wunsch der deutschen Regierung nach einer ständigen Vertretung im Gouverneursrat der IAEO habe ich heute bei Staatsminister Mulley im Foreign Office vorgetragen. Den deutschen Plan für die Sitzverteilung für die nächsten Jahre habe ich mit der Bitte um britische Stellungnahme vorgetragen.

Staatsminister Mulley zeigte für den deutschen Wunsch großes Verständnis und sagte die Unterstützung der britischen Regierung zu. Er führte aus, daß Großbritannien den großen Beitrag Deutschlands zur IAEO anerkenne und daher volles Verständnis für den Wunsch nach größerem Mitspracherecht habe. Deutschland durch eine Änderung der Statuten zu einem ständigen Mitglied zu machen, sei nach britischer Ansicht nicht möglich, da weitgehende Änderungswünsche anderer Mitgliedstaaten zu befürchten seien, die zu einer für den Westen ungünstigen Verschiebung des Gleichgewichtes führen würden. Die deutschen Vorschläge enthielten Gedanken, die auch von britischer Seite bereits geprüft worden seien. Das Foreign Office wird in Kürze Stellung nehmen.³ Das Einverständnis der durch die deutschen Vorschläge betroffenen europäischen Länder müsse Deutschland in direkten Gesprächen suchen. Schwierigkeiten seien wohl in erster Linie vor allem von italienischer Seite zu erwarten, da Italien ebenfalls den Wunsch nach besserer Vertretung im Gouverneursrat habe.

Vertraulich bat mich Minister Mulley, meine Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Haltung gegenüber der IAEO bei den Verhandlungen zum Nichtverbreitungsvertrag in Genf bisher zu negativ gewesen sei. Die

¹ Hat Ministerialdirigent Böker am 12. Januar 1968 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat I B 1 verfügte.

² Korrigiert aus: „Nr. 37“.

Ministerialdirigent Frank informierte die Botschaft in London über die nach wie vor bestehende Absicht der Bundesregierung, „sich um eine ständige Vertretung im Gouverneursrat der IAEO zu bemühen. Sie denkt dabei vorerst nicht an eine Satzungsänderung, möchte vielmehr versuchen, ihr Ziel in Absprachen mit den für die Besetzung der Sitze ‚Lieferland technischer Hilfe‘ und ‚Westeuropa‘ sowie des sog. floating oder vacant seat in Frage kommenden Ländern zu erreichen.“ Dazu wurde ein Plan übermittelt, mit dem „durch eine Rotation dieser drei Sitze eine ständige Vertretung der Bundesrepublik gewährleistet“ werden konnte. Vgl. VS-Bd. 2868 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Am 8. Februar 1968 teilte Botschafter Blankenhorn, London, mit, das britische Außenministerium sei der Ansicht, „daß der deutsche Vorschlag auf einer falschen Voraussetzung über die gegenwärtige Sitzverteilung bei den Sitzen für technisches Lieferland, ‚floating‘ Sitz und Sitz für Westeuropa beruht“. Blankenhorn übermittelte eine britische Aufstellung über die gegenwärtige Sitzverteilung im Gouverneursrat der IAEO. Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; VS-Bd. 2868 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

Annahme des IAEO-Kontrollsystems im Artikel 3 des Vertrages⁴ sei von Deutschland abgelehnt worden.⁵ Eine Reihe von europäischen Staaten, vor allem Schweden, lege größten Wert auf die Übernahme der Kontrollen durch die IAEO.⁶ Sollte Deutschland sich in dieser Frage zu Konzessionen entschließen können, würde es der britischen Regierung um so leichter fallen, die deutschen Wünsche nach Vertretung im Gouverneursrat zu unterstützen. Auch die übrigen europäischen Länder könnten dann leichter für die deutschen Pläne gewonnen werden.⁷

[gez.] Blankenhorn

VS-Bd. 2766 (I B 1)

11

Staatssekretär Duckwitz an Botschafter von Walther, Moskau

St.S. 2355¹/67 VS-vertraulich

11. Januar 1968¹

Lieber Walther,

endlich komme ich dazu, auf Ihr ausführliches Schreiben vom 14. Dezember 1967² und Ihre Analyse der letzten Zarapkin-Papiere einzugehen. Es war mir sehr wertvoll, Ihre Auffassung zu den sowjetischen Initiativen vom 21. November³ und vom 8. Dezember 1967⁴ kennenzulernen.

⁴ Zum amerikanischen Entwurf vom 2. November 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 3, Anm. 20.

⁵ Mit Schreiben vom 8. Januar 1968 teilte Bundesminister Brandt dem britischen Außenminister Brown mit: „Wir meinen, daß jeder Text, der die Kontrollen von vornherein als IAEO-Kontrollen bezeichnet, die angestrebte Verifikation des EURATOM-Kontrollsystems angesichts des klaren Widerstandes der Sowjetunion gegen eine solche Lösung nicht realisierbar macht.“ Vgl. VS-Bd. 10080 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1968.

⁶ Vgl. dazu den schwedischen Vorschlag vom 30. August 1967 zu Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 368.

⁷ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftliche Bemerkung: „Nachtigall, ...“

¹ Durchschlag als Konzept.

Hat Staatssekretär Lehr am 10. Januar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Duckwitz (nicht für die Akten). Ich habe Ihren Schriftwechsel mit v[on] W[alther] mit großem Interesse gelesen und teile weitestgehend die Sorgen v[on] W[alther]s. Die Vorstellungen der SU von einem Gewaltverzicht sind ganz andere als die unsrigen; sie laufen auf Unterwerfung hinaus. M. E. war es eine Illusion, zu glauben, die Sowjets seien im Begriff, ihre Politik uns gegenüber zu revidieren – es sei denn, im Sinne einer Verhärtung. Ich halte Ihre Reaktion für richtig. Allerdings wird sie wohl dazu führen, daß das sowjetische Interesse an unseren Vorschlägen erkalten wird.“ Vgl. VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

² Vgl. AAPD 1967, III, Dok. 432.

³ Am 21. November 1967 übergab der sowjetische Botschafter Zarapkin Bundesminister Brandt Entwürfe für eine Erklärung der Bundesrepublik bzw. der UdSSR über den Gewaltverzicht. In einem Memorandum wurde dazu ausgeführt: „Die Unveränderlichkeit der in Europa entstandenen Grenzen, darunter der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, ist eine der Hauptvoraussetzungen für den

Ich neige mit Ihnen der Ansicht zu, daß die Sowjets in der Frage des Gewaltverzichts wahrscheinlich auf zwei Ebenen operieren und daß das massive öffentliche Vorgehen in der Regierungserklärung vom 8. Dezember nicht notwendigerweise vertrauliche Gespräche mit uns ausschließt. Um sicherzugehen, habe ich Herrn Zarapkin am 14. Dezember⁵ auf gewisse Widersprüche zwischen der sowjetischen Erklärung vom 8. Dezember 1967 und den Papieren, die Zarapkin bei seinen Gesprächen mit dem Herrn Bundesminister übergeben hat, hingewiesen. Ich habe ihn ferner gefragt, ob die Erklärung der sowjetischen Regierung einen Einfluß auf die Fortsetzung der Gespräche über den Gewaltverzicht habe. Eine sowjetische Reaktion steht noch aus.

Über die unmittelbaren Aussichten deutsch-sowjetischer Sachgespräche auf der Grundlage der letzten Zarapkin-Papiere machen sich weder der Minister noch ich Illusionen.

Nach eingehendem Studium der sowjetischen Papiere bin ich aber mit dem Minister der Auffassung, daß wir einem Gespräch über Sachfragen „am Rande des Gewaltverzichts“ nicht aus dem Wege gehen und der sowjetischen Seite unsere Ansicht so klar und so eindeutig wie nur möglich darstellen und erläutern sollten. Wichtig ist dabei, daß wir uns von Anfang an eng mit den Alliierten abstimmen und daß wir den Sowjets klarmachen, wo die Grenzen unserer Entspannungs- und Verständigungsbereitschaft liegen.

Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, im sowjetischen Außenministerium und in den sowjetischen Führungsgremien sei die Ansicht verbreitet, die Bundesregierung stehe unter dem Zwang der Verhältnisse kurz vor einem grundsätzlichen Kurswechsel in ihrer Ostpolitik.

Gerade deshalb erscheint es mir besonders wichtig, den Sowjets unsere Position klar vor Augen zu führen und jeden Zweifel daran auszuschließen, daß die Bundesregierung diese Position nicht aufgeben wird. Erst wenn die Sowjetregierung eingesehen haben wird, daß es verfehlt und vergeblich ist, die Bundesrepublik unter Druck setzen oder isolieren zu wollen, werden sachliche Gespräche auch über Grundfragen auf der Basis der Gleichberechtigung möglich sein. Die Tatsache, daß die sowjetische Regierungserklärung vom 8. Dezember 1967 von sämtlichen Adressaten rasch und in würdiger und unpolitischer Form zurückgewiesen wurde⁶, stärkt unsere Position.

Mag auch, wie Sie sagen, die „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik das Endziel der derzeitigen sowjetischen Deutschlandpolitik sein; unsere Aufgabe ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 33

Frieden und die Sicherheit in Europa.“ Zudem sei ein Verzicht der Bundesrepublik und der DDR „auf den Besitz, die Verfügung oder Mitverfügung über Kernwaffen in jeglicher Form“ unabdingbar. Schließlich wurden „die Ansprüche der BRD auf Westberlin, das ein selbständiges politisches Gebilde ist“, für unrechtmäßig erklärt und eine Stellungnahme zur Ungültigkeit des Münchener Abkommen vom 29. September 1938 „von Anfang an“ als notwendig bezeichnet. Vgl. DzD V/1, S. 2048–2053.

Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 395.

⁴ Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 11.

⁵ Für das Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter vgl. AAPD 1967, III, Dok. 430.

⁶ Zur Antwort der Bundesrepublik vom 22. Dezember 1967 vgl. Dok. 6, Anm. 12.

Für den Wortlaut der britischen und der amerikanischen Antwort vom 29. Dezember 1967 vgl. DzD V/1, S. 2288–2290.

Für die französische Erklärung vgl. VS-Bd. 4203 (II A 4).

es, gemeinsam mit unseren Alliierten den Sowjets und deren Verbündeten klarzumachen, daß dies mehr als 22 Jahre nach Kriegsende eine Illusion ist und daß eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung die Mitarbeit eines gleichberechtigten deutschen Partners voraussetzt.

Wir werden sicherlich noch vor ernsthaften Belastungen stehen. Ich vertraue darauf, Ihren guten Rat auch in Zukunft einholen zu können.

Mit herzlichen Grüßen, wie immer,

Ihr
gez. Duckwitz

VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär)

12

Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

V 1-86.00/4-13/68 geheim

11. Januar 1968¹

Betr.: Kirchliche Verwaltung der polnisch besetzten deutschen Ostgebiete²

Bezug: Drahtbericht Nr. 82 vom 19. Dezember 1967 geh.³

Erzbischof Bolesław Kominek, Apostolischer Administrator in Breslau, hielt sich im Dezember 1967 etwa 14 Tage zu Gesprächen in der Abteilung I des Staatssekretariats in Rom auf.

Kominek unterrichtete über diese Gespräche und seine Anliegen am 20. Dezember 1967 Weihbischof Tenhumberg in einer, wie dieser versicherte, sehr

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 15. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] v[on] Treskow.“

² Am 12. Januar 1968 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein zur Unterrichtung des Bundeskanzlers Kiesinger: „Die am 27. Mai 1967 bekanntgegebene Einsetzung von vier Apostolischen Administratoren mit Sitz in Breslau, Oppeln, Allenstein und Landsberg hat die Entscheidung in einer Frage herbeigeführt, die seit vielen Jahren Gegenstand von Überlegungen des Heiligen Stuhls gewesen ist. Die Bundesregierung hat sich zur Hinnahme dieser Entscheidung entschlossen, weil durch diese Maßnahme das Reichskonkordat nicht berührt worden ist und auch keine Änderung bezüglich der Stellung der Kapitularkvikare von Breslau (mit Sitz in Görlitz), Schneidemühl und Ermland (mit Sitz in Münster) eingetreten ist.“ Vgl. VS-Bd. 2729 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.
Vgl. dazu auch AAPD 1967, II, Dok. 180.

³ Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), nahm Stellung zu Pressemeldungen, „wonach Titularerzbischof Kominek, Breslau, nach Rom fahren werden oder gar nach Rom gefahren sei, um den Heiligen Stuhl namens des polnischen Episkopats um Errichtung von Bistümern in Kolberg und Grünberg zu bitten“. Zwar werde Kominek nach Rom kommen; der Unterstaatssekretär im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Benelli, habe aber mitgeteilt, „neuertliche polnische Wünsche wegen der Diözesanverwaltung in den Ostgebieten seien nicht an den Vatikan herangetragen worden“. Sattler stellte fest, daß der Fall anders liege, „wenn die Polen in Kolberg und Grünberg nicht Diözesen eingerichtet, sondern nur Apostolische Administratoren eingesetzt haben wollten. Dies würde das Konkordat nicht berühren und müßte von uns wie die Einsetzung der vier Apostolischen Administratoren vor einem halben Jahr hingenommen werden.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

offenen Unterredung.⁴ Der Anstoß zu diesem Gespräch kam von Kominek selbst, der bis dahin Tenhumberg noch nicht kannte und auch keine Vorstellung von dessen Amt und Wirkungsbereich hatte.

Da Kominek den Eindruck hatte, Tenhumberg vertrete hinsichtlich der unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete zu sehr die Meinung Bonner Regierungskreise, wollte er vor seiner Abreise von Rom noch unbedingt Msgr. Forster, den Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, sprechen, um – wie er sagte – die Haltung des deutschen Episkopats im Hinblick auf die zur Debatte stehenden Fragen kennenzulernen und durch Forster seine Anliegen den deutschen Bischöfen vorzutragen.

Diese Unterredung zwischen Kominek und Forster fand am 29. Dezember 1967 in Rom statt.

Kominek betonte, daß er mit voller Billigung des Primas von Polen⁵ und in völliger Übereinstimmung mit diesem in Rom weile und die Verhandlungen mit dem Staatssekretariat führe. Kominek behandelte bei seinem Gespräch im wesentlichen folgende vier Punkte.

1) Wachsende Sorge bezüglich der NPD

Sehr eindringlich sprach Kominek von der wachsenden Sorge der polnischen Bischöfe und des gesamten polnischen Volkes im Hinblick auf das Wiederaufleben rechtsradikaler nationalistischer Tendenzen in der Bundesrepublik, die sich vor allem in der Gründung und dem Erstarken der NPD zeigten.

Kominek wünschte eine offizielle Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz, in der sich die deutschen Bischöfe eindeutig von der NPD und von ähnlich ausgerichteten Kreisen distanzieren sollten.

Forster sicherte zu, dieses Anliegen entsprechend vortragen zu wollen, und sagte, daß seiner Meinung nach eine solche Stellungnahme im Bereich des Möglichen läge.

2) Ost-Memorandum des Bensberger Kreises⁶

Kominek wies darauf hin, daß er gute persönliche Kontakte zu führenden Leuten des „Bensberger Kreises“ habe (vermutlich zu den Herren Dirks und Kogon). Er erwarte ein Memorandum dieses Kreises zu Fragen der deutschen Ostgebiete⁷ im Sinne der polnischen Bischöfe und etwa in der Art der evangelischen Ost-Denkschrift⁸. Kominek bat darum, die deutschen Bischöfe möchten

⁴ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein vom 15. Januar 1968; VS-Bd. 4315 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968. Für einen Auszug vgl. Anm. 15.

⁵ Stefan Kardinal Wyszyński.

⁶ Der Bensberger Kreis wurde auf einem Treffen von Mitgliedern der Pax-Christi-Bewegung am 7./8. Mai 1966 in Bensberg bei Köln gegründet.

⁷ Das „Bensberger Memorandum“ wurde am 2. März 1968 veröffentlicht. Die Verfasser wiesen u. a. darauf hin, daß die Bundesrepublik der einzige Staat sei, „der die Integrität des von Polen bewohnten Gebietes in Frage stellt“. Man müsse sich der Frage stellen, „warum denn die Bundesrepublik, wenn die Gewaltverzichtserklärungen ernst zu nehmen seien, ihnen nicht die Anerkennung der gegenwärtig bestehenden territorialen Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen folgen lasse; es sei doch bekannt, daß der polnische Staat und die polnische Nation diese Gebiete, die eine notwendige Lebensgrundlage für sie geworden seien, auf friedlichem Wege nicht zurückgeben würden und auch nicht zurückgeben könnten“. Vgl. DzD V/2, S. 307.

⁸ Für den Wortlaut der Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom 1. Oktober 1965 vgl. DzD IV/11, S. 869–897.